

Die Republikaner in der Universitätsstadt Gießen

Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Sozialwissenschaften
der Justus-Liebig-Universität Gießen

gestellt von: Prof. Dr. Claus Leggewie, Gießen

vorgelegt von: Birgit Wedhorn M.A.

Gießen im April 2002

Inhaltsverzeichnis

Einleitung - eigene Vorgehensweise

1. Stand der Forschung	7
1.2 Datenerhebung	10

Die Republikaner in der Universitätsstadt Gießen

1. Die Entwicklung der Universitätsstadt Gießen - ein Porträt	12
1.1 Die Siedlungsstrukturen in Gießen	14
1.2 Die Bevölkerungsstruktur	16
1.3 Die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit	16
1.4 Wahlen in der Universitätsstadt Gießen in den neunziger Jahren	20
1.4.1 Wahlergebnisse der Gießener Kommunalwahl von 1993	21
1.4.1.1 Kurze Wahlanalyse der Kommunalwahl von 1993	22
1.4.2 Wahlergebnisse der Gießener Kommunalwahl von 1997	24
1.4.2.1 Kurze Wahlanalyse der Kommunalwahl von 1997	25
1.4.3 Die Wählerschaft der Republikaner	27
1.5 Zusammenfassung	38

Die interne Strukturierung des Kreisverbandes Gießen

1. Die Entstehung und Entwicklung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner	41
1.1 Die Organisationsstruktur des Kreisverbandes Gießen	41
1.2 Die Gründung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner	41
1.2.1 Der Stadtverband Gießen	42
1.3 Die Entwicklung des Kreisverbandes Gießen	43
2. Die Parteimitglieder im Kreisverband Gießen	44
2.1 Die Mitgliederentwicklung im Kreisverband Gießen	44
2.2 Die Mitgliederrekrutierung	47
2.2.1 Die Mitgliederwerbung	47
2.2.1.1 Probleme bei der Mitgliederwerbung	50
2.2.1.2 Folgewirkungen der Mitgliederwerbung	51
2.2.2 Motive und Anreize für einen Parteibeitritt	52
2.2.3 Motive für einen Nichtbeitritt	53
2.3 Die verschiedenen Mitgliedertypen	54
2.3.1 Das Gründungs- und „geistig-moralische-Wende“-Opfer-Mitglied	54
2.3.2 Das Karriere/Opportunist-Mitglied	54
2.3.3 Das „enttäuschte“ Mitglied	54

2.3.4	Das pragmatisch orientierte Mitglied	55
2.4	Austrittsgründe der Parteimitglieder	55
2.5	Dauer der Mitgliedschaften	55
2.6	Die Loyalität zur Partei	56
2.7	Die Identifikation mit der Partei	56
2.8	Das Sozialprofil der Parteimitglieder des Kreisverbandes Gießen	57
2.8.1	Alter und Geschlecht	57
2.8.2	Die Berufsstruktur	58
2.9	Zusammenfassung	59
3.	Die Mitgliederpartizipation am parteiinternen Willensbildungsprozess	61
3.1	„Aktive“, „gelegenheitsaktive“ und „passive“ Mitgliedschaften	62
3.1.1	Partizipationsverhalten im Kreisverband Gießen	63
3.1.2	Folgewirkungen des Partizipationsverhaltens	64
3.2	Parteispezifische Partizipationsanreize	65
3.3	Motive für die Partizipationsdefizite	65
3.3.1	Partizipationsmöglichkeiten	65
3.3.2	Fehlende Partizipationsanreize	65
3.3.3	Selbstbegrenzung von Partizipation	66
3.3.4	Partizipationswilligkeit	66
3.4	Parteiinterne Kommunikation im Kreisverband Gießen	67
3.4.1	Aktivitätsniveau und parteiinterne Kommunikation	68
3.4.1.1	Kommunikation/Information über parteiinterne Medien	68
3.4.1.1.1	Das Angebot an Parteizeitungen	69
3.4.1.2	Medienaufnahmen bei unterschiedlicher Aktivität	70
3.5	Formelle und informelle Interaktionsstrukturen der Parteimitglieder	71
3.6	Zusammenfassung	72
4.	Innerparteiliche Demokratie im Kreisverband Gießen der Republikaner	74
4.1	Der formale Gesichtspunkt	75
4.2	Mitgliederpartizipation an der Personalrekrutierung	75
4.3	Mitgliederpartizipation an der Politikformulierung	79
4.4	Die parteiinterne Heterogenität	80
4.4.1	Die Intensität der innerparteilichen Interessengegensätze	82
4.4.2	Die „parteiinterne Kultur“ der Republikaner	83
4.5	Zusammenfassung	83

Die externe Strukturierung des Kreisverbandes Gießen

1.	Informatorische und appellative Politikvermittlung	85
1.1	Die Öffentlichkeitsarbeit der Republikaner in Gießen	86
1.1.1	Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Republikaner von März 1989 bis März 1993	86
1.1.2	Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von April 1993 bis Februar 2001	87
1.1.3	Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Republikaner in Gießen als Effizienzproblem und deren Folgewirkungen	89
1.1.4	Zusammenfassung	90
1.2	Der politische Wahlkampf	90
1.2.1	Kommunalwahlkampf 1992/'93 und 1996/'97 der Republikaner	90
1.2.1.1	Der Kommunalwahlkampf von 1992/1993	91

1.2.1.1.1	Wahlkampfmethoden	92
1.2.1.1.2	Die Mobilisierung und Identifikation der Wahlhelfer	93
1.2.1.1.3	Das Wahlprogramm der Republikaner von 1992/1993	93
1.2.1.2	Der Kommunalwahlkampf von 1996/1997	95
1.2.1.2.1	Wahlkampfmethoden	95
1.2.1.2.2	Das Wahlprogramm der Republikaner von 1996/1997	96
1.2.2	Zusammenfassung	97

Die Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament

1.	Forschungsstand über die Republikaner in den Parlamenten	99
1.1	Die Fraktion in der Gießener Stadtverordnetenversammlung von 1993 bis 1997	100
1.1.1	Das Sozialprofil der republikanischen Mandatsträger	101
1.1.1.1	Zur Befragung	101
1.1.1.2	Partizipationsverhalten der Mandatsträger	103
1.1.1.2.1	Persönlicher Zeitaufwand und eigene Partizipationseinschätzung	103
1.1.1.2.2	Engagement der Mandatsträger im vorpolitischen Raum	104
1.1.1.2.3	Kommunikationsmuster innerhalb der Fraktion	105
1.1.1.2.4	Die verschiedenen Kommunikationsräume der Mandatsträger	106
1.1.1.2.5	Repräsentations- und Kommunikationsfunktion	108
1.1.1.2.6	Das Kriterium der „Parlamentarischen Erfahrung“	108
1.1.1.2.7	Die „Qualifikation“ der Mandatsträger	109
1.1.1.2.8	Die Frage von „Macht und Einfluss der Kommune“	109
1.1.1.2.9	Interessenschwerpunkte der Mandatsträger	110
1.1.1.2.10	Zusammenfassung	110
1.2	Die Fraktion in der Gießener Stadtverordnetenversammlung von 1997 bis 2001	112
1.3	Auflösungsprozesse der Fraktion und Skandale	113
1.3.1	Legislaturperiode 1993 bis 1997	113
1.3.2	Legislaturperiode 1997 bis 2001	114
1.3.3	Dauer der Fraktionsangehörigkeit	114
2.	Die Republikaner in ihrer parlamentarischen Arbeit im Gießener Stadtparlament	115
2.1	Die quantitative Analyse ihrer parlamentarischen Arbeit	116
2.1.1	Kommunale Themen	118
2.1.1.1	Allgemeine Themen	118
2.1.1.2	Innere Sicherheit	120
2.1.1.3	Steuern/Haushalt und Finanzen	120
2.1.1.4	Asyl-/Ausländerpolitik	123
2.1.2	Allgemeinpolitische Themen	124

2.3	Die qualitative Analyse ihrer parlamentarischen Arbeit	124
2.4	Parlamentsdebatten und Äußerungen der Abgeordneten der Republikaner	127
2.5	Das Abstimmungsverhalten der Fraktion	135
2.6	Parlamentarischer Sprachgebrauch der Republikaner	135
2.7	Die Fraktion der Republikaner und ihre „Streitkultur“	136
2.8	Personelle Kompetenz der Gießener Republikaner-Fraktion	136
2.9	Die Republikaner aus der Sicht von Fraktionsvertretern anderer Parteien	137
2.9.1	Zur Befragung	137
2.9.2	Beteiligung im Stadtparlament und in den jeweiligen Ausschüssen	138
2.9.3	Inhalt und Umfang ihrer parlamentarischen Tätigkeit	139
2.9.4	Erfolge und Misserfolge in der parlamentarischen Tätigkeit	139
2.9.5	Beurteilung der innerfraktionellen personellen Konstellation	139
2.9.6	Umgang der Republikaner zu den anderen Parteien	140
2.9.7	Umgang der Parteien mit den Republikanern	140
2.9.8	Wahrnehmung der Aktivitäten und der Öffentlichkeitsarbeit	140
2.9.9	Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Gremien	141
2.9.10	Zukünftige Entwicklung der Republikaner	141
2.10	Interfraktionelles Verhältnis	142
2.11	Zusammenfassung	144
	Schlussbetrachtung und Ausblick	147
	Anhang	154
	Literatur- und Quellenverzeichnis	159
	Abkürzungsverzeichnis	168

Einleitung - eigene Vorgehensweise

1. Stand der Forschung

In den neunziger Jahren ist über die Partei „DIE REPUBLIKANER“ vieles gesagt und publiziert worden und das mit unterschiedlicher Qualität und Zielvorstellungen. Publikationen, darunter empirische Befunde und Analysen, haben u.a. Programm, Ideologie, Parteigeschichte, Fremdenfeindlichkeit, Publizistik, Mentalitäten und Orientierungen in der Bevölkerung, Wählerverhalten, Organisationsentwicklung und Mitglieder zum Inhalt. Es gibt kaum ein Feld, das noch nicht Gegenstand wissenschaftlicher Beobachtung geworden ist.¹ Darüber hinaus unterliegt der Themenkomplex „Rechtsextremismus und/oder Republikaner“, je nach dessen Aktualität, einem diskontinuierlichen öffentlichen wie auch wissenschaftlichen Interesse.

Seit dem erneuten Einzug der Republikaner in Landtags- und Kommunalparlamente seit Ende der achtziger Jahre liegen mittlerweile auch empirische Studien zur Parlamentsarbeit und zu den Mandatsträgern von den Republikanern vor. Viele Veröffentlichungen analysierten die Anfangsphase der parlamentarischen Repräsentanz und die ersten Legislaturperioden Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre. Diese bilanzierten, dass die Fraktionen der Republikaner auch nach einer Wiederwahl zu „konstruktiver Mitarbeit“ nicht fähig waren, dass sie „schweigen, desinteressiert, inkompetent, zerstritten und politisch unfähig“, sind, dass viele Fraktionen auseinander fallen, sich teilweise „aufgelöst“ haben und dass ihre Mandatsträger „korrupt“, mit Affären und Skandalen belastet waren. Fast alle Dokumentationen und Untersuchungen sprachen den Mandatsträgern „jede Parlaments- und Politikfähigkeit“ ab, unabhängig davon, um welche Politikebene es sich hierbei handelte.²

¹ Vgl. u.a.: Richard Stöss, „‘Die Republikaner’. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist. Köln 1990; Hans-Gerd Jaschke, „‘Die Republikaner’. Profile einer Rechtsaußen-Partei“, Bonn 1990; Claus Leggewie, „Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an“, Berlin 1990; Eike Henning, „Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz. Eine Studie“, Frankfurt /M. 1989³.

² Vgl. u.a.: Birgit Gries/Gunther Niemann, „Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten (1989-1994)“, in: Christoph Butterwegge u.a., „Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand - Fallstudien - Gegenstrategien. Opladen 1997. Benno Hafeneger, „Politik der ‘extremen Rechten’. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente“, Schwalbach im Taunus 1995; Ders., „Sozialstruktur der extremen Rechten. Mandatsträger der Republikaner und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente“. Schwalbach im Taunus 1997; Ders., „‘Die Republikaner’ in Stadtlendorf. Eine Lokalstudie“, Schwalbach im Taunus 2000; Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, „‘Republikaner’ und DVU in kommunalen und Landtagsparlamenten sowie im Europaparlament. Interne Studien und Berichte der

Trotz dieser bisher vorliegenden Ergebnisse muss dahingehend differenziert werden, dass es auch zwischen den Mandatsträgern und Fraktionen der Republikaner, in Bezug auf ihren parlamentarischen Alltag, Unterschiede gibt.³ Somit kann bisher kein eindimensionales bzw. kohärentes Bild republikanischer Parteipolitik gezeichnet werden.

Keine dieser Studien hat das Binnenleben der Partei auf kommunaler Ebene sowie ihrer Fraktionen näher untersucht, keine hat die Parteimitglieder und die Mandatsträger näher analysiert. Es fehlen Langzeituntersuchungen zur Alltagsarbeit (Themen, taktisches Verhalten, Mitarbeit im Parlament und Ausschusssitzungen etc.) der Fraktionen ebenso wie Analysen, ob und wie die Republikaner in das kommunale politisch-kulturelle Leben (z.B. Mitgliedschaft und Mitarbeit in Vereinen und Verbänden) integriert waren und sind.

Bei dieser Studie handelt es sich um eine in der Parteienliteratur vernachlässigte Thematik einer Klein(st)partei in der kommunalen Praxis, wie sich das „Alltags-“ und „Binnenleben“ von den Republikanern, ihren Mitgliedern, Wählern und Sympathisanten im Einzelnen gestaltet hat.

Die Arbeit zeigt auf, aus welchen Gründen der Kreisverband der Republikaner in Gießen gegründet worden ist, wie er funktionierte und wie er sich im Untersuchungszeitraum entwickelt hat. Die Dissertation beschreibt und analysiert das Binnenleben, die Außendarstellung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner, zeigt die Gründe zweier lokaler Wahlerfolge und die Fraktionsarbeit der Republikaner über den Zeitraum von zwei Legislaturperioden kommunal-politischer Vertretung im Gießener Stadtparlament auf.

Unter diesem Aspekt und über den langen Zeitraum von zwei Legislaturperioden ist noch keine andere Studie publiziert worden und schließt somit eine Lücke in politiksoziologischer und –wissenschaftlicher Parteienforschung. Die Dissertation stellt Neues vor und die Ergebnisse können als Grundlage für andere Studien verwendet werden. Sie trägt deshalb sowohl zur lokalen als auch überregionalen Parteienforschung bei.

Im Kern der Dissertation steht, neben einer Einführung, die interne Strukturierung, die Bedingungen der Mitgliedschaft, Parteibeitritts- und -austrittsmotive, das innerparteiliche Leben, parteiinterne Partizipation und das vielfältige Kommunikations- und Informationsgeflecht. Bei der externen Strukturierung, als zweiter Teil, steht die Politikvermittlung und Außendarstellung der Partei im Vordergrund, im dritten Teil die Fraktionsarbeit der Republikaner im Gießener Stadtparlament.

Konrad-Adenauer-Stiftung 63/1993“. Sankt Augustin 1992; Christoph Butterwegge, „Erfahrungen mit Rechtsextremen in Parlamenten“, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): „Braune Gefahr. DVU. NPD. REP. Geschichte und Zukunft“, Berlin 1999.

³ Christoph Butterwegge, (1997), op.cit., S. 41.

a) Eigene Vorgehensweise

Bei der Kommunalwahl vom 7. März 1993 sind die Republikaner mit zehn Prozent der Wählerstimmen erstmals in das Gießener Stadtparlament eingezogen, ein phänomenaler Erfolg für eine Universitätsstadt mit dem größten Studentenanteil im Verhältnis zu den Einwohnern in Deutschland. Dabei steht im Vordergrund meines Interesses die Frage, wo die *Ursachen* für diesen *Wahlerfolg* und den bei den Kommunalwahlen 1997 lagen.

Weiter werde ich hinterfragen, wie eine *kommunale Parteiorganisation* der Republikaner, hier am Beispiel des Kreisverbandes Gießen, funktioniert, wie sie versucht, den Aufgabenkatalog einer Parteiorganisation umzusetzen und inwieweit dieser in der Publizistik immer wieder erwähnte desolate parteiinterne Zustand der Parteiorganisation und die sich daraus ergebenden Folgewirkungen auch auf den Kreisverband Gießen zutreffen. Aus dieser Aufgabenstellung heraus werde ich den Kreisverband Gießen der Republikaner sowohl hinsichtlich der *internen* wie der *externen Strukturierung* näher analysieren.

In dem Untersuchungsabschnitt über die *interne Strukturierung* nimmt die Analyse der *Parteimitglieder* des Kreisverbandes Gießen der Republikaner den größten Teil ein. Analysiert werden unter anderem die Sozialstruktur der Parteimitglieder, die verschiedenen Mitgliedertypen, ihr Partizipationsverhalten, ihre Bei- und Austrittsmotive sowie ihre verschiedenen parteiinternen Kommunikationsräume. Ebenso werde ich versuchen, Antworten zur innerparteilichen Demokratie, zum Willensbildungsprozess und zu den Oligarchietendenzen zu geben. Darüber hinaus werde ich klären, ob wirklich ein undemokratisches Verhältnis innerhalb des Kreisverbandes Gießen existiert, das viele der ausgetretenen Repräsentanten der örtlichen Parteiebene stets bemängelt haben, und wenn ja, wo die Ursachen hierfür liegen.

Unter der *externen Strukturierung* subsumiere ich vor allem die Öffentlichkeitsdarstellung. Wie agiert die Partei gegenüber der Presse, wie organisiert sie ihren Wahlkampf, welche Themen bevorzugt sie oder wie findet generell ihre Politikvermittlung statt.

Anhand der Auswertung der parlamentarischen Arbeit der *Fraktion der Republikaner* in der Gießener Stadtverordnetenversammlung werde ich klären, ob die Aussagen der bisher publizierten Studien auch auf die Republikaner in Gießen zutreffen oder ob es sich bei der Fraktion hinsichtlich ihres Personals und ihrer parlamentarischen Arbeit und Präsenz um eine Ausnahmeerscheinung handelt. Dabei soll geklärt werden, ob es sich in Gießen auch um die in der Wissenschaft immer wieder dargestellte, „Ein-Thema-Partei“ handelt, welches Spektrum von Themen sie anbietet, wie sie von den anderen demokratischen Parteien im kommunalen Parlament wahrgenommen wird oder ob sich gerade hier auf kommunaler Ebene individuelle Unterschiede bemerkbar machen.

Der *Untersuchungszeitraum* ist von 1989 bis 2001 und beinhaltet zwei Legislaturperioden der Republikaner im kommunalen Parlament der mittelhessischen Universitätsstadt Gießen.

1.2 Datenerhebung

Die ursprüngliche Idee der Dissertation war, einen Kreisverband der Republikaner in all seinen Facetten in einer Fallstudie zu durchleuchten und zu analysieren.

Anfänglich konnte die Idee der Dissertation sehr gut umgesetzt werden, weil der Kreisverband der Republikaner in Gießen diese Arbeit unterstützt hat. Nach anfänglichen Misstrauen meiner Person und meiner Arbeit gegenüber erreichte ich als erste primäre Einblicke in den Kreisverband, was zu einem detailreichen Insiderwissen und in den Besitz von parteiinternen Primärquellen führte.⁴ Für die vorliegende Studie spielte die sich ergebende Bereitschaft von Parteirepräsentanten zur Kooperation eine wichtige Rolle. Nach zweijähriger Forschungsarbeit wurde ich plötzlich damit konfrontiert, dass die Republikaner nicht mehr bereit waren, diese Arbeit weiter zu unterstützen.

Das Quellenmaterial weist deshalb Lücken auf, was eine systematische Aufarbeitung des Materials erschwert hat. Hinzukommt, dass selbst eine nähere Analyse des Profils der Stadt Gießen nicht möglich war. Es war beispielsweise nicht möglich, die statistischen Auswertungen vom Arbeitsamt, Wahl- und Sozialamt miteinander zu vergleichen, weil die statistischen Bereiche unterschiedlich strukturiert sind. Die Studien jedoch, die über die Stadt existieren, wurden zur Auswertung hinzugezogen. Zur Verfügung standen mir für die Dissertation parteiinterne und –externe Primär- und Sekundärquellen. Auf der Grundlage empirischer Detailerhebung, das heißt unter Hinzuziehung eines Fragebogens an die Mandatsträger der Republikaner, Interviews mit regionalen und überregionalen Parteimitgliedern, auch ehemaligen, und führenden Repräsentanten der im Gießener Stadtparlament vertretenden demokratischen Parteien, konnte das soziodemographische Fraktionsprofil und die konkrete Fraktionsarbeit analysiert werden.

Diese vorher nicht einkalkulierbaren Rahmenbedingungen und das Hauptproblem der Datenbasis veranlassten mich, die Dissertation in die deskriptive Richtung zu lenken. Trotz dieser Probleme und den Defiziten konnten gute Einblicke und Forschungsergebnisse erzielt werden. Folgendes Material stand mir zur Auswertung zur Verfügung:

⁴ Protokolle über Stadt-, Kreis-, und Landesvorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Delegiertenwahlen und Mitgliederlisten.

1. Eine standardisierte schriftliche Befragung der Mandatsträger der Republikaner durch einen Fragebogen mit 43 Fragen (siehe Anhang). Die Datenerhebung erfolgte im März 1994 und umfasste die Abgeordneten der Republikaner der Legislaturperiode 1993 bis 1997. Sie verdeutlicht u.a. das Sozialprofil, die verschiedenen fraktionsinternen Kommunikationsräume und -gefälle, Interessenschwerpunkte und die Rollenfunktion der republikanischen Mandatsträger.
2. Eine standardisierte (strukturierte) mündliche Befragung von führenden Repräsentanten der im kommunalen Stadtparlament vertretenen demokratischen Parteien (siehe Anhang). Sie gibt Aufschluss darüber, wie die kommunalpolitisch tätigen Republikaner, ihre Themen und Politikformen inner- und außerhalb des Parlamentes wahrgenommen und eingeschätzt wurden.
3. Interviews (nicht strukturiert) mit führenden kommunalen Repräsentanten der Republikaner.
4. Telefongespräche (nicht strukturiert) mit regionalen/überregionalen Parteimitgliedern der Republikaner und mit Pressevertretern der örtlichen Presse (Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung).
5. Eine Auswertung des schriftlichen Materials aus dem Zeitraum von 1989 bis 2001, basierend auf folgende Quellen: parteiinterne Akten, Protokolle (Kreis-, Bezirks-, Landesvorstandssitzungen) und Mitgliederlisten aus persönlichen Archiven ehemaliger kommunal aktiver Republikaner, Stellungnahmen, Leserbriefe, Anträge und Anfragen der Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament, erschienene Presseartikel, belegte öffentliche Äußerungen örtlicher Parteirepräsentanten, Wahlkampfprogramme und -ausagen sowie sozialwissenschaftliche empirische Untersuchungen und Bürgerbefragungen (bezogen auf die Gießener Bevölkerung) aus den Jahren 1992 bis 2001.

Die Republikaner in der Universitätsstadt Gießen

1. Die Entwicklung der Universitätsstadt Gießen - ein Porträt

Die Universitätsstadt Gießen⁵ mit rund 73.500 Einwohnern hat sich im 20. Jahrhundert zum modernen Kultur-, Wirtschafts-, Hochschul- und Verwaltungszentrum Mittelhessens entwickelt. Die chronologischen Grundlinien der Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg lassen sich an folgenden Eckpunkten aufzeigen.

Durch mehrere schwere Luftangriffe wurde Gießen während des Zweiten Weltkrieges zu rund 65 Prozent zerstört. Durch die Kriegszerstörungen und den abgeschlossenen, mit Straßentrassierungen verbundenen Wiederaufbau, hat die mittelhessische Universitätsstadt ihr historisches Stadtbild eingebüßt.

Die Einwohnerzahl sank durch die Kriegswirren auf unter 30.000. Von 1959 bis 1969 erlebt die Stadt einen großen Aufschwung auf fast allen Gebieten, vor allem durch die Erschließung von Wohngebieten im Osten und Norden und den Bau von Industrieanlagen. Ihre Einwohnerzahl stieg von rund 48.000 im Jahre 1950 auf rund 74.000 im Jahre 1969 an. Mitte der achtziger Jahre erreichte sie einen Tiefpunkt von rund 70.000. Danach stieg die Einwohnerzahl erneut auf 74.500 an. Von diesem Zeitpunkt an stabilisiert sich die Zahl bis in die neunziger Jahre und ist nur noch leichten Schwankungen ausgesetzt. 1998 erreichte die Einwohnerzahl einen erneuten Tiefstand von 72.471 Bürgern.

In Gießen entstand seit Ende des Zweiten Weltkrieges innerhalb von drei Phasen ein neues Gesellschaftsgefüge, welches alte Traditionen auflöste. War Gießen vor dem Krieg eine Provinzstadt, so wurde die Stadt nach Kriegsende sehr schnell zu einer multikulturellen. Neue urbane Kulturen entstanden durch die Ansiedlung von rund 40.000 Flüchtlingen, die stationierten amerikanischen Besatzungssoldaten, die Rückkehrer aus der Gefangenschaft, die Zuzügler aus dem Umland und die Einwohnern. Hierzu kommen später, in einer zweiten Phase, ausländische Studenten der Universität bzw. Hochschule für Medizin und ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familienangehörigen und seit ungefähr 1975, in einer dritten Phase, verstärkt Aussiedler und Asylsuchende durch das zentrale Notaufnahmelager

⁵ Ludwig Brake/Heinrich Brinkmann (Hrsg.), „800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997“, Gießen 1997; „800 Jahre Gießen“, Sonderveröffentlichung der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 28.6.1997; „800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997“, Sonderbeilage des Gießener Anzeigers vom Juni 1997 und Eckhard Dommer/Peter Schmidt, „Auf der Suche nach Gießen“, Gießen 1995.

nach Gießen. Der Ausländeranteil an der Gießener Gesamtbevölkerung stieg von 10,4 Prozent im Jahr 1990 auf 14,4 Prozent im Jahr 1997.⁶

a) Gebietsreform

Mit dem Scheitern der Gebietsreform in den siebziger Jahren, ausgelöst auch durch den Protest der Gießener Bevölkerung, ist die Retortenstadt „Lahn“ gescheitert. Sie wurde am 31. Juli 1979, 31 Monaten nach ihrer Gründung, aufgelöst. Die Gebietsreform sah vor, Wetzlar, Gießen und 14 weitere Gemeinden im mittleren Lahntal zu einer kreisfreien Großstadt von fast 160.000 Einwohnern zusammenzufassen. Mit dem Scheitern hatte sich die Situation Gießens verschlechtert. Im Zuge der kommunalen Gebietsveränderungen nach der Auflösung, verlor die mittelhessische Universitätsstadt ihre Kreisfreiheit und wurde nur um einen Stadtteil (Lützellinden) erweitert. Von der Neustrukturierung hat Gießen somit kaum profitieren können, stattdessen wurden die Umlandgemeinden gestärkt.

Das hatte zur Folge, dass sich die Stadt in der Fläche, im Gegensatz zu den Konkurrenzstädten Wetzlar, Marburg und Siegen, kaum vergrößern konnte und seitdem in Bezug auf Gewerbeflächen und Wohngebiete über sehr wenige Ressourcen verfügt. Diese Situation konnte auch nicht durch die Übernahme ehemaliger militärischer Gebiete in den neunziger Jahren abgefangen werden. Die Stadt leidet daher an einer Abwanderung ins Umland.

b) Garnisonsstadt

Durch den fast vollständigen Abzug der amerikanischen Truppen und großer Kontingente der Bundeswehr Anfang der neunziger Jahre entstand für die Stadt Gießen wirtschaftlich und historisch eine neue Situation. Die Stadt verlor ihren Charakter als Garnisonsstadt, eine stark von militärischen Einrichtungen geprägte Kommune. Parallel dazu fällt ihr, in ihrer Geschichte einmalig, eine große Aufgabe zu, nämlich die Umstrukturierung der freiwerdenden Militärflächen für eine friedliche Nutzung. Das gelang in Gießen in erstaunlich kurzer Zeit, so dass die Stadt bei der Kürze der Konversionszeit von Militärflächen eine Spitzenposition einnahm.

c) Erstaufnahmestelle Gießen

Gießen war, bis zur Wiedervereinigung, hessische Erstaufnahmestelle für DDR-Übersiedler. Nach der Wiedervereinigung wurde die Stadt zur hessischen Erstaufnahmeseinrichtung für Asylsuchende, ein Faktor, der die Universitätsstadt bis in die Gegenwart hinein prägte, nachhaltig veränderte, zugleich aber Diskontinuitäten schuf, vor allem während des Jahres 1992, als zahlreiche Asylbewerber in die durch den Abzug der amerikanischen

⁶ Zahlenangaben aus dem Statistischen Jahresbericht der Universitätsstadt Gießen von 1997.

Besatzungstruppen freigewordenen Kasernen einquartiert wurden. Seit 1995 stagniert, aufgrund des neuen Asylgesetzes die Zahl der Asylsuchenden in Gießen.⁷

1.1 Die Siedlungsstrukturen in Gießen

Die mittelhessische Universitätsstadt Gießen lässt sich in drei große sozialräumliche Einheiten gliedern. Die historisch gewachsene Kernstadt; die beiden „Vororte“ Kleinlinden und Wieseck und die eingegliederten, ehemals selbständigen Kommunen Allendorf, Rödgen und Lützellinden. Der historisch gewachsene Stadtkern ist in fünf statistische Bereiche untergliedert (Innenstadt, Gießen-Nord, Gießen-West, Gießen-Süd und Gießen-Ost).

Gießen verfügt über vier Stadtteile mit „sozialen Brennpunkten“. Das sind „Eulenkopf“, „Gummiinsel“ und „Margarethenhütte“, die vollständig bzw. weitgehend von der Stadt saniert wurden. Hingegen hat sich die „Nordstadt“ in den vergangenen Jahren zu einem sozialen Brennpunkt weiterentwickelt.⁸

Die räumliche Lage am Rande der Stadt spiegelt auch die Situation der Bewohner eines der „sozialen Brennpunkte“ Gießens, dem „Eulenkopf“, wider. Hier leben überwiegend Menschen, die zu den gesellschaftlichen Randgruppen gerechnet werden. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, nur wenige verfügen über berufliche Qualifikationen, viele sind auf Sozialhilfe angewiesen. Daneben findet sich auch eine Konzentration von kinderreichen Familien. Zu erkennen ist auch, dass individuelle Probleme innerhalb einer Familie von Generation zu Generation „weitergereicht“ werden. Das heißt, man hat sich an beengte Wohnverhältnisse, Stigmatisierung und berufliche Perspektivlosigkeit gewöhnt. In den fünfziger Jahren waren so genannte Schlichtbauten am Heyerweg mit dem Ziel gebaut worden, Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Familien kurzfristig unterzubringen. Die Provisorien wurden zur Dauerbleibe.

Der zweite soziale Brennpunkt, die „Margarethenhütte“ am Rand der Lahn gelegen, zwischen Industrieanlagen und großen Straßen, war bis Mitte der achtziger Jahre Abschiebebahnhof für von Zwangsräumung betroffene Familien. Viele der noch 1997 rund 250 Einwohner der „Margarethenhütte“ sind heute arbeitslos, fast die Hälfte der Männer und Frauen im erwerbstätigen Alter ist auf der Suche nach einer Anstellung. Die meisten Anwohner gehören nach Einkommen und Bildung der Unterschicht an. Auch zahlreiche Rentner rund um die Henriette-Fürth-Straße sind auf Sozialhilfeleistungen angewiesen. Die

⁷ Gießener Anzeiger vom 9.7.1997.

⁸ „Bericht über die Sanierung von sozialen Brennpunkten in der Universitätsstadt Gießen. Sozialplanerische Konzeption zur Verhinderung von Obdachlosigkeit in der Stadt Gießen“. Hrsg. Lothar Schüler, Bürgermeister, Dezernent für Jugend, Soziales und Wohnen. o.D.

Kriminalitätsrate liegt mittlerweile unter dem städtischen Durchschnitt.⁹ Noch bis Mitte der achtziger Jahre war die Siedlung das Einweisungsgebiet für sozial schwache Problemmieter.

Der größte der drei „klassischen“ Brennpunkte ist die „Gummiinsel“ in der Weststadt im Bereich des Leimkauter Wegs und der Krofdorfer Straße. Sie ist heute geprägt von einem multikulturellen und multisozialen Zusammenleben. Sowohl Akademiker und Mittelschichtfamilien mit Eigenheimen, aber auch viele Alleinerziehende und sozial schwache Familien türkischer, deutscher und aramäischer Herkunft bilden heute die Population der Weststadt. Ein Zusammenleben, das nicht immer frei von Problemen ist. Hier ist zu beobachten, dass es einen Trend hin zu einer größeren Gewaltbereitschaft bei immer jüngeren Jugendlichen gibt.¹⁰

Kein klassischer sozialer Brennpunkt, aber dennoch mit einer sozialen Problemlage belastet, ist die Gießener Nordstadt. Heute ist das Stadtviertel mit über 10.000 Einwohnern von einer hohen Anzahl Alleinerziehender, Erwerbsloser, Migranten unterschiedlichster Kulturen und unterschiedlichem Aufenthaltsstatus, Sozialhilfeempfängern und einer Vielzahl nicht intakter Familien gekennzeichnet. Hinzu kommt eine große Zahl von Sozialwohnungen mit schlichter, am heutigen Wohnstandard orientierter Ausstattung in sanierungsbedürftigem Zustand, die zum Teil kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut worden waren. Die Wohnqualität (gemessen an der Wohnfläche je Person) fällt hier gering aus. Darüber hinaus ist die Kriminalitätsrate und der Hang zum Vandalismus in der Nordstadt besonders ausgeprägt.¹¹

Als sozialpolitisches Projekt entwarf man die Nordstadt Ende des Zweiten Weltkrieges als gemischte Ansiedlung, die heute neben den Sozialbauten auch Eigentumswohnungen und Mehrfamilienhäuser umfasst. Hierzu gehört das als kleinbürgerlich zu bezeichnende „Blumenviertel“ zwischen Reichenberger Straße und Neuem Friedhof mit seinen Einfamilienhäusern und seiner großflächigen Reihenhausanlage. Daher ist das Stadtviertel zu heterogen, um als Brennpunkt zu gelten.

Damit auf diesem von Wohnungsnot, Armut, sozialer, psychologischer und ideologischer Heimatlosigkeit geprägten Nährboden die Probleme nicht unkontrolliert wachsen, wurde bereits 1985 mit einer Brennpunktsanierung begonnen, die teilweise 1997 abgeschlossen wurde. Sie sollte die Lebensbedingungen verbessern, eine fehlende soziale Infrastruktur entstehen lassen und Fehlentwicklungen des Städtebaus ausgleichen.¹²

⁹ Gießener Anzeiger vom 20.2.1997.

¹⁰ Zur Einwohnerstruktur der drei Sozialen Brennpunkte in Gießen, siehe: „Bericht über die Sanierung von sozialen Brennpunkten ...“, op.cit., S. 81.

¹¹ Gießener Anzeiger vom 14.5.1997 und 5.7.1997.

¹² „Bericht über die Sanierung von sozialen Brennpunkten ...“, op.cit.

1.2 Die Bevölkerungsstruktur

Zur gesellschaftlichen Normalität einer kapitalistischen Industriegesellschaft gehört, dass die Lebenschancen der Menschen insgesamt sehr ungleich verteilt sind, und die mittelhessische Universitätsstadt Gießen hierbei keine Ausnahme macht. In den zurückliegenden Jahren hat sich der Abstand zwischen oben und unten, zwischen arm und reich sukzessiv vergrößert, die „Zweidrittelgesellschaft“ immer mehr herausgebildet. Massen-, Dauererwerbslosigkeit und Einschnitte in das soziale Leistungssystem haben das Problem der Armut prosperieren lassen und neu definiert. Darüber hinaus haben sich soziale Risiken verbreitert; „Problemgruppen“ (z.B. Kinderreiche, Alte, Ausländer, Am-Markt-vorbei-Ausgebildete) zugenommen. Die „neue Armut“ umfasst mittlerweile wachsende Teile der Bevölkerung. Angehörige der Mittelschichten können heute (jedenfalls für eine gewisse Zeit) ebenfalls zu Sozialhilfeempfängern werden. Nach dem Armutsbericht der Stadt Gießen lebte bereits 1989 ein Drittel der Bevölkerung in der Einkommensarmut, mit steigender Tendenz.¹³

1.3 Die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit

Die wirtschaftliche Stärke der Stadt liegt im tertiären Sektor (öffentliche und private Dienstleistungen). Die Universität ist innerhalb der Stadt der größte Arbeitgeber. Man kann die Stadt daher als moderne Verwaltungs- und Einkaufsstadt bezeichnen (Stadt der Administration und des regionalen Geschäftes).

Durch den Truppenabzug von Bundeswehr und US-Armee Anfang der neunziger Jahre verlor die Stadt Arbeitsplätze und Kaufkraft. Ferner leidet sie unter einem fortschreitenden ökonomischen Strukturwandel und einer drohenden Abwanderung oder Schließung von Produktionsbetrieben, beispielsweise MINOX, Gail oder Heyligenstedt, sowie den Einsparungen bei den Behörden. Hierdurch reduziert sich die Beschäftigung. Überlagert wird diese Situation von den generellen der Bundesrepublik zugeordneten Standortproblemen.

Dieser Strukturwandel hat zur Folge, dass es zwischen 1990 und 1997 zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Stadt kam. Lag die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1990 noch bei 7,9 Prozent, stieg sie bis 1997 auf 18,8 Prozent.¹⁴ Besonders von dieser Entwicklung betroffen sind Ausländer (24,4 Prozent), Arbeiter (16,6 Prozent), Langzeitarbeitslose (15,5 Prozent) und Arbeitnehmer unter 25 Jahren (12,5 Prozent).

¹³ „Armutsbericht der Universitätsstadt Giessen“. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen – Sozialdezernat -. Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Dieter Eißel, Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gießen 1993.

¹⁴ Gießener Allgemeine Zeitung vom 23.1.1998.

Nach einem gewaltigen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu Beginn der achtziger Jahre kann bis heute keineswegs von einer Entspannung der Arbeitsmarktlage gesprochen werden. Im direkten Vergleich der Angaben des Arbeitsamtbezirkes Gießen mit überregionalen Angaben liegen die Durchschnittszahlen für Gießen durchweg über dem Bundesdurchschnitt und seit 1988 erheblich über den Werten für das Land Hessen (siehe Tabelle 1.1). 1995 verzeichnete Gießen beispielsweise einen Verlust von 3.000 Arbeitsplätzen, eine Folge der Abnahme des verarbeitenden Gewerbes, vor allem in der Metallbranche sowie der Holz- und Kunststoffverarbeitung. In ähnlicher Größenordnung, nämlich Einbußen von bis zu 14 Prozent, gab es auch im öffentlichen Dienst als Folge des Abzugs der Bundeswehr und großer Teile der amerikanischen Streitkräfte und des damit verbundenen Abbaus ziviler Arbeitsplätze. Wegen der finanziellen Engpässe der öffentlichen Hand bekam die Behördenstadt Gießen außerdem die Auswirkungen von Sparkonzepten stärker als andere mittelhessischen Kommunen zu spüren. 1997 liegt der Gießener Arbeitsamtbezirk mit seinem Jahresdurchschnitt von 11,8 Prozent Arbeitslosen über dem Landesdurchschnitt und über der Quote des Bundesgebietes. Zwar sinkt die Arbeitslosenquote 1999 auf 10,7 Prozent; sie bleibt weiterhin aber über dem Landesdurchschnitt und über der des Bundesgebietes.

Tabelle 1.1: Arbeitslosenentwicklung in Gießen *) **) von 1990 bis 1999 im Vergleich zum Land Hessen und dem Bundesgebiet. Quote in Prozentzahlen.

Jahr	Gießen	Hessen	Bundesrepublik *) ***)
1990	7,9	5,7	7,2
1991	7,3	5,1	6,3
1992	7,6	5,5	6,6
1993	9,2	7,0	8,2
1994	10,4	8,2	9,2
1995	10,2	8,4	9,3
1996	11,1	9,3	10,1
1997	11,8	10,4	11,0
1998	11,5	10,0	10,5
1999	10,5	9,4	9,9

Anmerkung: *) im Jahresdurchschnitt; **) im Hauptamtsbezirk des Arbeitsamtes Gießen = Landkreis (ohne die Gemeinde Biebertal; ab 1.04.1997 mit der Gemeinde Biebertal); ***) alte Bundesländer.

Quelle: Statistischer Jahresbericht der Universitätsstadt Gießen von 1999. Eigene Berechnung und Darstellung.

Seit Herbst 1993 avancierte die Arbeitslosigkeit in der mittelhessischen Universitätsstadt zum Zentralthema, sie begünstigte die „relative“ Deprivation und Anomie. Bei der Gießener Bürgerbefragung von 1994 haben nur 12,6 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Situation in Gießen als „(sehr) gut“ eingeschätzt, demgegenüber waren es zwei Jahre vorher (1992), noch 29,5 Prozent. Die negative Einschätzung lag 1992 bei 18,5 Prozent und 1994 schon bei 30,7 Prozent.¹⁵ Diese negativen Werte sind als Folge der Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in und um Gießen zu interpretieren.

44 Prozent der Gießener beurteilten die wirtschaftliche Lage in Deutschland 1997 eher schlecht oder gar sehr schlecht, nur 14 Prozent sie sei gut. Die persönlichen Verhältnisse bewerteten sie im Vergleich deutlich optimistisch. 51,5 Prozent aller Interviewten gab an, es gehe ihnen ökonomisch gesehen „(sehr) gut“. „Schlecht“ schätzten ihre wirtschaftliche Lage nur 12 Prozent ein. 6,4 Prozent (1996) sehen eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung, gleichzeitig war die Zahl der persönlich Zufriedenen rückläufig. Anfang 1996 hatten noch 56,5 Prozent (5 Prozent mehr) als 1997 geäußert, es gehe „ihnen (sehr) gut“. Die allgemeine wirtschaftliche Lage bezeichnet nur noch jeder siebte als „(sehr) gut“.

Bei der Politbarometer-Umfrage im März 2000 meinten 9,8 Prozent der Befragten, dass es ihnen besser gehe als 1999 (7,0 Prozent). 25,8 Prozent waren der Meinung, es gehe ihnen schlechter als 1999 (40,0 Prozent).¹⁶ Im September 2001 wurde die wirtschaftliche Lage in der Universitätsstadt wieder schlechter eingeschätzt. So waren es nur noch 4,2 Prozent der Befragten, denen es nach ihrer Meinung nach besser als vor einem Jahr (6,2 Prozent) gehe. 34,5 Prozent der Gießener schätzten ihre Lage schlechter im Vergleich zu 2000 (22,6 Prozent) ein.¹⁷

Gesunken war auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. War 1992 noch mit rund 49.256 versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen ein Höchststand verzeichnet worden, so sank die Quote 1993 durch den Abzug von Bundeswehr und US-Armee auf 47.988. In den folgenden Jahren reduzierte sich die Anzahl der Beitragszahler dieses Beschäftigungstyps sukzessiv. Waren es im Jahr 1995 noch 46.271, erreichte man 1998 einen Tiefstand von 44.472, um 1999 auf 44.481 Beitragszahler geringfügig anzusteigen. Im Bereich des tertiären Sektors stieg die Zahl der Beschäftigten. Neue Arbeitsplätze entstanden vor allem im Gesundheits- und Pflegeservice sowie bei Rechts- und Wirtschaftsberatungen. Auf den öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich entfielen 1999*) 43,6 Prozent aller Wirtschaftsbereiche.¹⁸

¹⁵ Eckard Dommer/Peter Schmidt, „Bürgerbefragung in Gießen“, unveröffentlichtes Manuskript, Gießen 1994.

¹⁶ Politbarometer im Gießener Anzeiger vom 18.3.2000.

¹⁷ Gießener Meinungen: Gießener Allgemeinen Zeitung vom 6.10.2001.

¹⁸ Zahlen aus dem Statistischen Jahresbericht der Universitätsstadt Gießen von 1999. *) Ab 1999 neue Gliederung nach Wirtschaftsbereichen.

Im Februar 1997 wurde die Arbeitslosigkeit für immer mehr Gießener zu einem Problem, das sie selbst bedrohte. Jeder fünfte Erwerbstätige in der Stadt Gießen rechnete mit seiner Entlassung. 1996 war es nur jeder achte. Der Pessimismus ist in diesen Jahren weiter gestiegen.¹⁹

Parallel hierzu setzt eine massive Verarmung breiter Bevölkerungsschichten ein. Die Sozialhilfekosten²⁰ (siehe Tabelle 1.2) der Stadt stiegen parallel zu denen der Arbeitslosigkeit von 30,2439 Mio. DM im Jahr 1990 auf 55,8769 Mio. DM im Jahr 1996 und erzielte damit einen Nachkriegsrekord.²¹ Wurden in Gießen 1990 noch 25 Mio. DM als Hilfe zum Lebensunterhalt ausgezahlt, waren es 1992 bereits 27 Mio. DM. Danach stieg sie sukzessiv und erreichte 1997 den Höchststand von 40,6 Mio. DM. Ein Jahr später sind es bereits 40,9 Mio. DM, danach nahm die Sozialhilfeausgabenentwicklung erstmals wieder ab. Eine Steigerung innerhalb von 6 Jahren um fast 62 Prozent. Die Ausgaben lagen 1999 bei 38,1 Mio. DM.

Tabelle 1.2: Sozialhilfeausgaben der Universitätsstadt Gießen von 1990 bis 1999. Entwicklung der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ in Millionen DM.

Jahr	„Hilfe zum Lebensunterhalt“
1990	25,3087
1991	25,7340
1992	26,9927
1993	30,4668
1994	34,3446
1995	39,7269
1996	40,0772
1997	40,6606
1998	40,9036
1999	38,1611

Quelle: Statistischer Jahresbericht der Universitätsstadt Gießen von 1999. Eigene Berechnung und Darstellung.

Weitere Daten verdeutlichen, dass man in der Universitätsstadt einer „Feminisierung der Armut“ gegenübersteht. Zwei Drittel aller Bezieher von Sozialhilfe waren Frauen. Der Trend

¹⁹ Politbarometer im Gießener Anzeiger vom 25.10.1997.

²⁰ Statistischer Jahresbericht der Universitätsstadt Gießen von 1997. Gießener Anzeiger vom 17.2.1996.

²¹ Zahlenangaben aus dem Statistischen Jahresbericht der Universitätsstadt Gießen von 1997.

verläuft jedoch in Richtung „Infantilisierung der Armut“. Jedes achte Kind in Gießen lebte Anfang der neunziger Jahre von Sozialhilfe.²²

Zu erkennen ist auch, dass es in der mittelhessischen Universitätsstadt in den letzten Jahrzehnten zur Herausbildung pluralistischer Lebensformen gekommen war, in denen die spezifisch geprägten Strukturen der traditionellen Lebensmilieus zunehmend verschwanden. In den zentralen Lebensbereichen wie Familie, Bildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung lassen sich immer weniger fest gefügte Milieus auffinden. Das zeigt sich beispielsweise in der steigenden Anzahl von Single-Haushalten, dem extrem hohen Anteil von Alleinerziehenden (jedes fünfte Kind in Gießen, zum Vergleich jedes zehnte in der Bundesrepublik lebt bei der allein erziehenden Mutter), unter anderem eine Folge des hohen Studentenanteils sowie einer hohen Scheidungsrate von rund 65 Prozent im Vergleich zu 35 Prozent in der Bundesrepublik.²³ Hierbei handelt es sich um Personengruppen, die sozial nur wenig integriert sind.

Darüber hinaus sind die sozialen Probleme Gießens auch das Ergebnis seiner Stellung als Oberzentrum im Umkreis. Die hohe Arbeitslosenquote, vor allem bei jungen Menschen, erklärt sich daraus, dass viele Schulabgänger und Studienabsolventen aufgrund schlechter sozialökonomischer Perspektiven in ihrem vertrauten Milieu, bei den Eltern oder in ihrer gewohnten sozialen studentischen Umgebung wohnen bleiben.

Da Gießen zudem über besondere Einrichtungen verfügt, die sich um Obdachlose kümmern, ist es verständlich, dass sich auch ein überdurchschnittlich hoher Prozentsatz Betroffener in der Stadt aufhält. Darüber hinaus lässt es sich nicht ganz von der Hand weisen, dass sich die sozialen Probleme des Kreises zum Teil stärker nach Gießen verlagern.

1.4 Wahlen in der Universitätsstadt Gießen in den neunziger Jahren

Tabelle 1.3 zeigt die Ergebnisse der Kommunalwahlen sowie der Landtags- und Bundestagswahlen in Gießen in den neunziger Jahren:

²² Siehe auch den „Armutsbericht der Stadt Gießen“, hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen. Gießen 1993, S. 63 ff.; „Alleinerziehende Mütter in der Universitätsstadt Gießen“, hrsg. von der Frauenbeauftragten beim Oberbürgermeister der Universitätsstadt Gießen, Gießen 1989, S. 288-372. Gießener Allgemeine Zeitung vom 13.1.1994, 10.12.1996 und 17.2.1997.

²³ Zur Scheidungsrate in der Stadt Gießen siehe: Statistische Jahrbücher der Universitätsstadt Gießen von 1989 bis 1999.

Tabelle 1.3: Wahlergebnisse in der Universitätsstadt Gießen von 1990 bis 2001 (in Prozent).

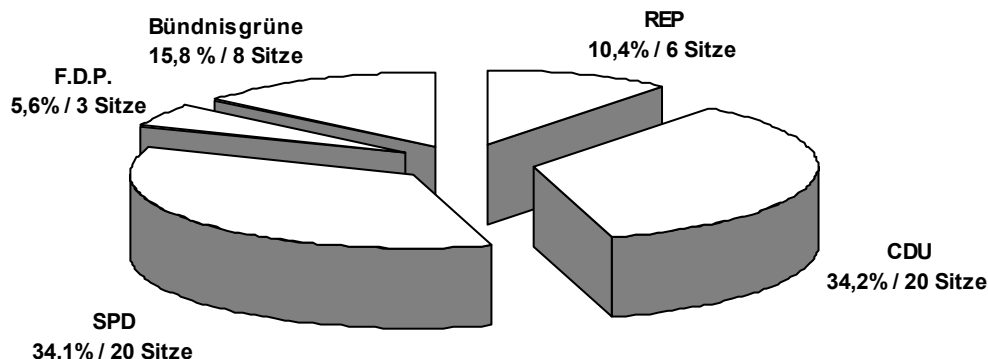
Wahl*)	Jahr	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	REP	FWG
BTW	1990	71,3	33,2	45,6	13,8	6,0	—	—
LTW	1991	66,5	40,2	41,6	11,0	5,9	—	—
KW	1993	66,7	34,2	34,1	15,8	5,6	10,4	—
EW	1994	56,4	32,8	30,8	18,3	5,3	4,9	—
BTW	1994	77,9	36,0	35,0	14,1	9,1	2,5	—
LTW	1995	63,9	36,6	34,4	16,6	7,8	2,4	—
KW	1997	61,6	33,8	34,8	12,5	3,4	5,9	7,6
BTW	1998	78,2	32,7	37,5	12,6	8,3	2,4	—
LTW	1999	61,9	41,6	34,8	11,3	6,7	2,8	—
EW	1999	42,0	44,2	30,2	12,0	4,5	2,0	—
KW	2001	47,2	38,6	33,4	9,7	5,5	—	7,4

Quelle: Statistische Jahresberichte der Universitätsstadt Gießen von 1990 bis 1999. Wahlstatistiken der Stadt Gießen von 1990 bis 2001; Wirtschaft und Staat in Hessen Bde. 1990 bis 1997; 50 Jahre CDU in Gießen. *) Verwendete Abkürzungen: BTW (Bundestagswahl), LTW (Landtagswahl), KW (Kommunalwahl), EW (Europawahl), SPD (Sozialdemokraten), CDU (Christliche Demokratische Union), F.D.P. (Freie Demokratische Partei), REP (Republikaner), FWG (Freie Wählergemeinschaft). Eigene Darstellung.

1.4.1 Wahlergebnisse der Gießener Kommunalwahl von 1993

Die *Sozialdemokraten* erreichten das schlechteste Ergebnis bei einer Kommunalwahl in Gießen seit 1981. Sie verloren 11,5 Prozentpunkte und fielen auf 34,1 Prozent zurück. Somit verfügte die SPD im Parlament der Legislaturperiode 1993 bis 1997 nur noch über 20 gegenüber 27 Sitzen. Ebenfalls 20 Sitze erreichten die *Christdemokraten*, obwohl die Partei mit 35,2 Prozent zwei Prozentpunkte hinzugewonnen hatte. Die *Bündnisgrünen* gewannen erneut Wähler hinzu. Sie konnten sich um zwei Prozentpunkte verbessern und errangen mit 15,8 Prozent 10 Sitze. Das war das beste Ergebnis, welches die Bündnisgrünen bislang in Gießen bei einer Wahl erzielen konnten. Die *F.D.P.* fiel von 6 auf 5,6 Prozent zurück. Die *Republikaner* waren die eindeutigen Gewinner dieser Kommunalwahl. Sie erreichten aus dem Stand 10,4 Prozent und damit 6 Sitze im Stadtparlament. Mit dem Stimmenzuwachs avancierten die Republikaner zur vierstärksten Kraft im Gießener Stadtparlament. Die *Wahlbeteiligung* lag bei 66,7 Prozent. Das ist das schlechteste Ergebnis, was bei einer Kommunalwahl seit Ende des Zweiten Weltkrieges erzielt wurde.

Abbildung 1a: Wahl zur Gießener Stadtverordnetenversammlung vom 7. März 1993. Ergebnisse in Prozentzahlen und Sitzverteilung.



Quelle: Gießener Wahlstatistik von 1993. Eigene Berechnung und Darstellung.

Fazit: Bei dieser Kommunalwahl zeigte sich, dass die etablierten Oppositionsparteien CDU und F.D.P. kaum von den Wählerwanderungen profitierten. Die Regierungspartei SPD verlor, die Oppositionspartei gewann jedoch kaum etwas hinzu. Gewinner dieser Wanderungen waren die Bündnisgrünen, die Gruppe der „Wahlverweigerer“ und vor allem die Republikaner.

1.4.1.1 Kurze Wahlanalyse der Kommunalwahl von 1993

Das Abschneiden der fünf Parteien in den einzelnen Gießener Stadtteilen zeigt Abweichungen vom Gesamtergebnis. Eindeutig zeigte sich bei dieser Kommunalwahl, dass die Sozialdemokraten in keinem einzigen Wahllokal einen höheren Stimmenanteil als bei der Kommunalwahl von 1989 erzielen konnten. Die größten Einbußen für die Sozialdemokraten gab es in Gießen-Nord mit Minuswerten von 19,5, 17,3 und 16,0 Prozent in den jeweiligen Stimmbezirken, insgesamt also 11,5 Prozent. Der Stadtbezirk Gießen-Nord gehörte mit Stimmenanteilen von deutlich über 40 Prozent 1989 zu den Hochburgen der Sozialdemokraten. In der Weststadt, ebenfalls eine SPD-Hochburg mit Anteilen von 40 Prozent, war es nicht deutlich abzulesen, weil hier ein zusätzlicher Stimmbezirk eingerichtet worden war und deshalb kein Vergleich zu 1989 möglich ist. Ihren höchsten Stimmenanteil mit 53,3 Prozent erzielte die SPD im Sozialzentrum „Eulenkopf“. Die SPD hatte 1993 am meisten dort verloren, wo die Republikaner zugleich die höchsten Stimmenanteile erzielen konnten.

Die Wahlstatistik verdeutlicht auch, dass die Republikaner relativ gleichmäßig im Stadtgebiet gewählt wurden, nur in sechs von den 50 Wahlbezirken 1993 lag das Ergebnis unter fünf Prozent. Die größten Wahlsiege und das Stadtergebnis von 10,4 Prozent verdankten sie ihren Spitzenergebnissen zwischen 22 und 26 Prozent in den traditionellen SPD-Hochburgen (Nord- und Weststadt) mit ihrer schwierigen Sozialstruktur. Das Ergebnis bestätigt wahlsoziologische Befunde, wonach die Wähler der Republikaner vor allem ehemalige SPD-Wähler sind.²⁴ Auf dieses Wahlergebnis trifft auch die Ausführung von Wiesendahl zu, der den Wahlerfolg der Republikaner als „rechten Wähleraufstand im sozialdemokratischen Arbeiter- und Sozialhilfeempfängermilieu“ bezeichnet, dem die Sozialdemokraten als linke Reformpartei nur schwer begegnen können.²⁵ Die größten Wahlerfolge konnten die Republikaner in den Stadtteilen mit „sozialen Brennpunkten“ erzielen. Dieses Bild belegt wahlsoziologische Thesen, wonach alle mehr oder weniger davon ausgehen, dass die Republikaner in „sozialen Problemgebieten“²⁶, in abgehängten Stadtteilen mit niedrigem Wohnwert, hoher Bevölkerungsfuktuation, überdurchschnittlichem Prozentsatz an Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und einem hohen Ausländer- und Zuwandereranteil besonders gute Wahlergebnisse erzielen.²⁷

Bei der CDU zeigte sich eine außerordentlich große Spannweite, nämlich zwischen einem Zuwachs von 9,1 Prozent in der Anneröder Siedlung und einem Verlust von 12,2 Prozent in ihrer bisherigen Hochburg Evangelischer Siedlung. Weniger auffällig waren die Verschiebungen bei der F.D.P. und den Bündnisgrünen, wobei letztere ihre herausragende Stellung in der Innenstadt behaupten konnten.

Auch zeigt die Kommunalwahl von 1993, dass die Umbrüche nach 1985 und die wirtschaftlichen Krisen bei den Themenpräferenzen der Wählerschaft Spuren hinterlassen haben. Die Wirtschafts- und Sozialthemen überlagern bei den Wählern alle anderen Fragen. In Westdeutschland dominierten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die Themen Umweltschutz und Arbeitslosigkeit, bevor in den Jahren 1990/91 mit der Wiedervereinigung zusammenhängende Themen in den Vordergrund rückten. Nach 1992 stellte das Thema Ausländer und Asyl alle anderen Themen in den Schatten. 1993 und vor allem 1994/95 nahm wieder das Dauerthema Arbeitslosigkeit und damit verbunden die

²⁴ Karl-Heinz Klär u.a. (Hrsg.), „Sozialstruktur und Einstellungen von Wählern rechtsextremer Parteien“, 3 Bde., Bonn 1989; Richard Stöss, (1990), *op.cit.*, S. 94; Dieter Roth, „Sind die Reps die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Reps“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 41-42/1989.

²⁵ Elmar Wiesendahl, „Verwirklichung und Verschluß der Mitte. Zum Umgang des etablierten Politikbetriebs mit der rechtsextremistischen Herausforderung“, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), „Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktion auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus“, Frankfurt/M. 1994, S. 128.

²⁶ Jürgen W. Falter, (1994), *op.cit.*, S. 60.

²⁷ Vgl. u.a.: Eike Henning, „Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz“, Frankfurt/M. 1991, S. 171 ff.; Jürgen Dinse, „Zum Rechtsextremismus in Bremen. Ursachen und Hintergründe der Erfolge rechtsextremer Parteien“, Bremen 1992.

Arbeitsmarktsituation den ersten Platz ein. Bei einer Politbarometer-Umfrage unter der Gießener Bevölkerung wurde ermittelt, dass Arbeitslosigkeit eines der wichtigsten Probleme der Stadtbevölkerung war. Traditionell gleichauf lagen die Themen Wohnen und Verkehr, gefolgt von der Kriminalitätsbekämpfung.²⁸

1.4.2 Wahlergebnisse der Gießener Kommunalwahl von 1997

In der Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1997 bis 2001 war die Sitzverteilung für die insgesamt 59 Mandate wie folgt zusammengesetzt (in Klammern die Sitzverteilung von 1993): SPD 22 (20), CDU 21 (20), Bündnisgrüne 8 (8), FWG 5 (0), Republikaner 3 (6) (siehe Abbildung 1b).

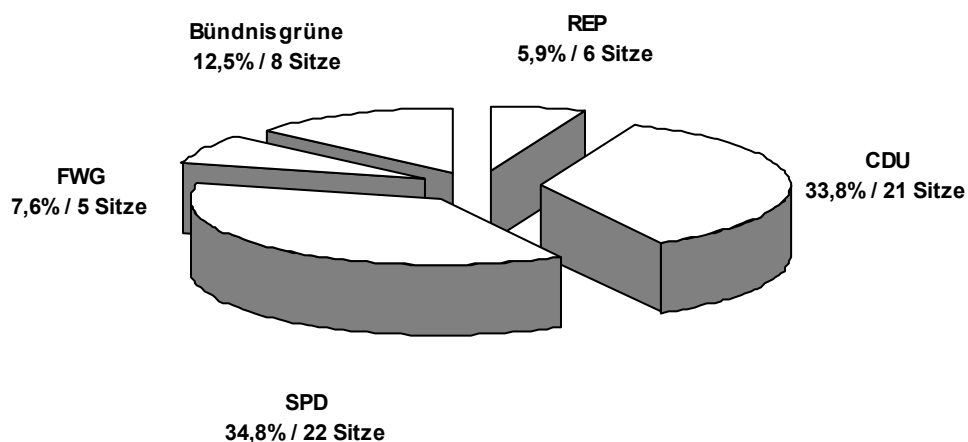
Die Querelen der rot-grünen Koalition, die Ende 1994 zerbrochen und nach langem Ringen schließlich wieder gebildet wurde, hatten die Wähler offenkundig in erster Linie den *Bündnisgrünen* angelastet. Der kleinere Bündnispartner verlor unerwartet und stark. Der Anteil der Grünen, der seit ihrem erstmaligen Einzug in das Gießener Stadtparlament im Jahr 1981 kontinuierlich zugenommen hatte, fiel erstmals von 15,8 auf 12,5 Prozent der Stimmen. Trotzdem konnten sie sich als dritte Kraft im Kommunalparteiensystem der mittelhessischen Universitätsstadt weiter behaupten. Während in vergleichbaren hessischen Städten durchweg ein Fünftel der Stimmen auf die Grünen entfiel, hatte in Gießen, der Stadt mit dem größten Zahlenverhältnis zwischen Studierenden und Einwohnern, nur jeder Achte grün gewählt. Die *Sozialdemokraten* konnten bei geringfügigem Zugewinn von 0,7 Prozent der Wählerstimmen ihr Wahldebakel von 1993, bei dem sie einen Verlust von 11,5 Prozentpunkten hinnehmen mussten, kaum wettmachen.

Auf die SPD entfielen 34,8 Prozent der Wählerstimmen. Den von rot-grün verursachten Stillstand in der Stadtpolitik konnten die *Christdemokraten* für sich nicht nutzen. Sie verloren 0,4 Prozentpunkte und fielen auf 33,8 Prozent zurück. Die *Liberalen* erreichten nur noch 3,4 Prozent der Wahlberechtigten gegenüber 5,6 Prozent im Jahr 1993 und scheiterten überraschend deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde. Sieger in Gießen war die *Freie Wählergemeinschaft* (FWG), die sich erstmals um Mandate bewarb.²⁹ Sie erreichte aus dem Stand 7,6 Prozent der Wählerstimmen und damit fünf Sitze im Stadtparlament. Mit diesem Stimmenzuwachs avancierten die „Freien Wähler“ zur vierstärksten Kraft in der Gießener

²⁸ Gießener Anzeiger vom 21.5.1994.

²⁹ Bis zu dieser Wahl hatte die Freie Wählergemeinschaft eine Gemeinschafts-Liste mit der F.D.P.

Abbildung 1b: Wahl zur Gießener Stadtverordnetenversammlung vom 2. März 1997. Ergebnisse in Prozentzahlen und Sitzverteilung.



Quelle: Gießener Wahlstatistik von 1997. Eigene Berechnung und Darstellung.

Stadtverordnetenversammlung. Verlierer sind in Gießen, mehr noch als in anderen größeren hessischen Städten, die *Republikaner*. Die Partei, die bei den Kommunalwahlen von 1993 noch mit 10,4 Prozent gewählt wurde und sechs Mandate erzielte, verlor 4,5 Prozentpunkte und rutschte auf einen Wähleranteil von 5,9 Prozent ab. Sie stellte für die Legislaturperiode 1997 bis 2001 als kleinste Fraktion nur noch 3 Abgeordnete. Bei der Kommunalwahl 1997 übertraf die Gruppe der „Nichtwähler“ mit 38,3 Prozent erstmals den Wähleranteil sowohl der CDU als auch SPD. Beide großen Parteien erreichten zusammen nur 68,1 Prozent, wogegen sie 1993 noch 69,3 Prozent auf sich vereinigen konnten. Seit den achtziger Jahren war der Konzentrationsgrad der beiden großen Parteien rückläufig. Alle angetretenen Parteien konnten bei den Kommunalwahlen 1997 rund 38 Prozent des gesamten Stimmenpotenzials nicht ausschöpfen. Diese Entwicklung fand ausschließlich auf Kosten der beiden großen Parteien statt und begünstigte hingegen die kleinen Parteien.

1.4.2.1 Kurze Wahlanalyse der Kommunalwahl von 1997

Das Abschneiden der einzelnen Parteien in den Gießener Stadtteilen zeigte, wie schon vier Jahren zuvor, Abweichungen vom Gesamtergebnis. Die Sozialdemokraten erzielten ihren zweithöchsten Stimmenanteil, trotz leichter Einbußen von 2,1 Prozentpunkten, mit 51,1 Prozent im Sozialzentrum „Eulenkopf“ (Gesamtstadt 43,8 Prozent). Gleichzeitig erreichte die PDS hier ihren höchsten Wähleranteil von 5,6 Prozent in der Stadt. Die Republikaner, die 1993 noch auf 11,2 Prozent kamen, erhielten jetzt hier nur noch 3,3 Prozent der Wählerstimmen.

Deutlich war in diesem Ergebnis, dass die Sozialdemokraten ihren Wähleranteil, trotz abgeschlossener Brennpunktsanierung in diesem Stadtteil, nicht wieder zurückgewinnen konnten. In dieser ehemaligen Hochburg der SPD waren die Gewinner der Wählerwanderungen die CDU, die 2,5 Prozent hinzugewinnen konnte, sowie die FWG mit 3,3 Prozent und die PDS. Den niedrigsten Wähleranteil erzielte die SPD im Wahllokal 301 (Gießen-Ost) mit 25,2 gegenüber 27,0 im Jahr 1993. Hier profitierten die Bündnisgrünen mit einem leichten Gewinn von 0,9 Prozent und die Wählergemeinschaft mit 7,1 Prozent. Ein Blick auf die einzelnen Wahllokale zeigt, dass die SPD sich mit Ergebnissen um 50 Prozent vor allem dort verbessern konnte, wo die Republikaner vier Jahre zuvor ihre Hochburgen mit Stimmenanteilen um 20 Prozent hatten. In der Nordstadt konnte die SPD jedoch im Durchschnitt nur 2,3 Prozentpunkte hinzugewinnen. 1993 hatte sie dort 13,3 Prozent verloren. Die Republikaner verloren hier im Durchschnitt 6,5 Prozent. Die Freien Wähler gewannen 7,3 Prozent und hatten sowohl von den Wählern der F.D.P., die 2,1 Prozent verlor, als auch von dem Verlust der Republikanern profitieren können.

In der Weststadt gewann die SPD im Durchschnitt 3,2 Prozentpunkte hinzu. Die Republikaner verloren 7,2. Von der Wählerbewegung profitierte in diesem Stadtteil in erster Linie auch wiederum die Freie Wählergemeinschaft. Die SPD konnte einen geringen Wähleranteil von den Republikanern und von den Bündnisgrünen zurückgewinnen. In diesem Stadtteil hatten die Sozialdemokraten aber auch ihre höchste Stimmenzahl von 56,4 gegenüber 44,0 Prozent aus dem Jahre 1993, im Wahllokal 405 in der „Gummiinsel“ erzielen können. In diesem Maß verloren auch die Republikaner. Sie rutschten von 24,1 auf 14,3 Prozentpunkte ab. In diesem Wahlbezirk konnte die SPD offenkundig wieder ihre Wählerklientel zurückgewinnen.

Die Kommunalwahl von 1997 zeigte, dass die Republikaner nicht mehr gleichmäßig im Stadtgebiet der Wählerpräferenzen unterlagen. In 18 von 51 Wahlbezirken lag das Ergebnis unter fünf Prozent. Im Vergleich zu 1993 waren es sechs Wahlbezirke. Bestätigt wurden die Republikaner von den Wählern erneut in den Stadtteilen mit SPD-Hochburgen, trotz der Stimmeneinbußen, in teilweise zweistelliger Höhe.

Fazit: Ein kleiner Teil der Protestwähler in der Nord- und in der Weststadt war offenbar zur SPD zurückgekehrt. Das zeigten die Wählerwanderungen in den einzelnen Wahllokalen. Trotz dieses Ergebnisses war immer noch ein größerer Protestwähleranteil vorhanden, der sich bei dieser Wahl dazu entschloss, seine Stimme den Freien Wählern zu geben. Sie profitierten von dem Trend, dass Bürger sich mehr und mehr außerhalb politischer Parteien engagieren wollen, z.B. in Bürgerinitiativen oder in Wählergemeinschaften.³⁰

³⁰ Vgl. u.a.: Thomas Möller, „Die kommunalen Wählervereinigungen in Hessen“, in: Dirk Berg-Schlosser/Thomas Noetzel, „Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994“, Marburg 1994, S. 229; Ders., „Die kommunalen Wählergemeinschaften in der BRD“, München 1981.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1993 und 1997 zeigten, dass beide Volksparteien nicht bestätigt wurden. Sie konnten nur noch 68,1 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. In einer Stadt mit einer eher traditionell hohen Wahlbeteiligung wirft diese Entwicklung Fragen bezüglich einer „Legitimationskrise“ des politischen Systems in Gießen auf.

Deutlich wird bei dieser Entwicklung, dass, während etablierte Parteien unter dem Verlust der Wählerbindungen leiden, kleine Parteien Repräsentationsräume im politischen Parteienspektrum Gießens besetzten und sich so eine politische Nischenexistenz aufbauen konnten. Gerade diese Kleinparteien zeigten gesellschaftliche Protest- und Unzufriedenheitspotenziale auf und verdeutlichten ihre Legitimations- und Integrationskompetenz. Sie wiesen neben vernachlässigten Problemfeldern und Interessen auch auf die Mobilisierungskraft politischer Streitfragen hin, die an neuen Konfliktlinien („cleavages“), z.B. Ökologie, Ausländer, Asylsuchende oder Kriminalität ansetzten, und auf die die etablierten Parteien nicht ausreichend reagieren konnten. Anfang der achtziger Jahre waren das im Bereich Ökologie und der links-alternativen Szene die Bündnisgrünen und Ende der achtziger Jahre im rechts-konservativen Bereich die Republikaner. Eine Revitalisierung erfuhr am Ende der neunziger Jahre die Freie Wählergemeinschaft, die sich selbst als neutral sieht, aber doch die Interessen des alten Mittelstandes repräsentiert und eher im rechten Parteienspektrum anzusiedeln ist.³¹ Ihre Wahlerfolge gaben Auskunft über Art und Ausmaß des in Teilen der Gießener Gesellschaft entstandenen Kritikpotenzials. Republikaner und die Freie Wählergemeinschaft konnten bei beiden Wahlen die Wählerwanderungen kanalisieren und zu ihrem Wahlerfolg verwenden.

1.4.3 Die Wählerschaft der Republikaner

Rund 30 Jahre nach den letzten größeren Erfolgen der NPD in Gießen gelang es 1993 erstmals wieder einer Partei des äußeren rechten Parteienspektrums (den Republikanern), die Fünf-Prozent-Hürde bei einer Kommunalwahl zu überspringen. Im Mittelpunkt der aufkommenden Diskussionen stand dabei die Frage, ob es sich bei den Wählern der

³¹ Vgl. u.a.: Franz Urban Pappi, „Konfliktlinien“, in: Dieter Nohlen/Rainer Schulze (Hrsg.), „Pipers Wörterbuch Staat und Politik“, München 1995, S. 340 ff.; Claus Leggewie erklärt den Erfolg kleiner Rechtsparteien in den achtziger Jahren mit neuen Spaltungslinien innerhalb der Gesellschaft. Vgl. Claus Leggewie, „Die Zwerge am rechten Rand - zu den Chancen kleiner neuer Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Politische Vierteljahresschrift 4/1987, S. 376 ff.; Vgl. hierzu Joachim Raschke, „Soziale Konflikte und Parteiensysteme in der Bundesrepublik“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49/1985, S. 24 ff.; Jürgen W. Falter/Siegfried Schuhmann/Jürgen Winkler, „Erklärungsmodelle vom Wählerverhalten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37-38/1990, S. 7 f. Zur Freien Wählergemeinschaft vgl. Dirk Berg-Schlosser/Thomas Noetzel, (1994), op.cit.; Hiltrud Naßmacher, „Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik“, in: Oscar W. Gabriel /Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), „Parteiendemokratie“, Bonn 1997, S. 427-458; Vera Rüdiger, „Die kommunalen Wählervereinigungen in Hessen“, Meisenheim am Glan 1966.

Republikaner tatsächlich um überzeugte Rechtsextremisten handelte, oder ob die Wahl eher mit einer unideologischen Unzufriedenheit erklärt werden konnte.

Viele empirische Untersuchungen zur Erklärung rechtsgerichteten Wahlverhaltens stützen sich in der Regel entweder auf die Protestwahlthese oder auf die Modernisierungsofferhypothese.

a) Modernisierungsofferhypothese

Bereits in den sechziger Jahren gingen Scheuch und Klingemann in ihrer Darstellung der „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“ davon aus, dass unter den Bedingungen eines raschen gesellschaftlichen Wandels tradierte Verhaltensweisen und Werte mit diesen in Konflikt gerieten. Die damit verbundenen Spannungen könne das Individuum nicht konstruktiv verarbeiten. Die Folge sei, nach Meinung von Stöss, dass sich diese Individuen nicht nur in den in ihren sozialen Status bedrohten Schichten finden lassen würden, sondern auch in den Bevölkerungsgruppen, die aufgrund traditionalistischer soziokultureller Orientierungen mit dem rasanten gesellschaftlichen Wandel und seinen Individualisierungstendenzen nicht fertig wurden.³² Damit nähert sich die Auseinandersetzung mit dem „Modernisierungsoffern“ in auffallender Weise der technokratisch-konservativen Auffassung vom Rechtsextremismus als „normaler Pathologie“ westlicher Industriegesellschaften, wie sie Scheuch und Klingemann bereits 1967 vorgetragen hatten.³³ Leggewie kennzeichnet das Auftreten rechtsextremistischer Strömungen als ein normales soziokulturelles Phänomen.³⁴

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang und in den letzten zehn Jahren vermehrt im Mittelpunkt der Diskussionen stehend ist der „Modernisierungsoffer-Ansatz“. Die These, eine Kombination von sozioökonomischen und sozial-psychologischen Faktoren, geht davon aus, dass es vor allem die im Prozess der ökonomischen, kulturellen und technologischen „Modernisierung“ der Bundesrepublik an den Rand gedrängten und daher in ihrem Status gefährdeten sozialen Schichten sind, die Republikaner politisieren und wählen.³⁵

Letztere These formuliert folgenden Zusammenhang: Objektive soziale Benachteiligung führe zu subjektiver Deprivation, welche ihrerseits Politikverdrossenheit und rechtsextreme Denkmuster fördere. Das Zusammentreffen dieser Einstellungsmuster begünstige dann die

³² Richard Stöss, (1990), op.cit., S. 108; Vgl. u.a.: Norbert Götz, „Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin“, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 26 H 6 (1997), S. 393.

³³ Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 12 (1967), S. 18.

³⁴ Claus Leggewie, (1990), op.cit.

³⁵ Richard Stöss, (1990), op.cit. S. 106 ff.; Arno Klönne, „Aufstand der Modernisierungsoffer“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 34/1989, S. 545 ff.

Wahl rechtsextremer Parteien.³⁶ Jüngst konnten Falter/Klein zeigen, dass die in dieser These formulierte Kausalkette einem stringenten empirischen Test nicht standhalten konnte. Sie machten deutlich, dass die Ursache für die, wie sie schreiben, Koinzidenz von Rechtsextremismus, subjektiver Deprivation und Politikverdrossenheit in dem engen Zusammenhang von sozialem Status und Bildung liege. Sie führten aus, dass sich Personen mit niedrigem Bildungsstand in der Regel am unteren Ende der Schichtungspyramide wieder finden, was ein Gefühl sozialer Benachteiligung verursachen kann und in der Folge Politikverdrossenheit begünstige. Weiterhin sind sie aufgrund ihrer geringen kognitiven Flexibilität und ihrer eher geringen Integration in das allgemein akzeptierte gesellschaftliche Wertesystem anfällig für einfache Denk- und Erklärungsmuster.³⁷

b) Protestwahlthese

Im Rahmen der Protestwahlthese³⁸ wird dagegen die Wahl der Republikaner als Konglomerat unterschiedlich motivierten Protests verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gesehen.³⁹ Am Ende der Kausalkette kann das Protestverhalten auch, nach der Argumentation von Hofmann-Jahring und Roth, zu einer Wahlverweigerung führen, die, wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge, zu einer Aufsplitterung des Elektorats beiträgt.⁴⁰

Im Kern besagt die Protestwahlthese, dass der Protest nicht ideologisch motiviert sei, sondern dass rechtsextreme Parteien gewählt werden, um den etablierten Parteien einen „Denkzettel“ zu verpassen und sie zu einer Korrektur ihrer bisherigen Politik zu zwingen.⁴¹ Die Folge wäre, dass sich die Rationalität einer solchen Protestwahl in der momentanen Abstrafung entlädt.⁴²

Folgt man dieser Argumentation, wäre der Aufstieg der Republikaner nichts anderes als ein gut kalkulierter Versuch enttäuschter Wähler, ihre bisher unterstützten Parteien zu erziehen. Schaut man etwas genauer hin, fällt auf, dass es nicht irgendwelche

³⁶ Jürgen Falter (in Zusammenarbeit mit Markus Klein), „Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremer Parteien im vereinigten Deutschland“, München 1994, S. 157.

³⁷ Markus Klein/Jürgen W. Falter, „die Wähler der Republikaner zwischen sozialer Benachteiligung, rechtem Bekenntnis und rationalem Protest“, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), „Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien“, Frankfurt/M. 1996, S. 149-173.

³⁸ Franz Urban Pappi, „Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/1989; Dieter Roth, (1990), op.cit.; Klaus Erdmenger, „REP-Wahlen als rationaler Protest?“, in: Der Bürger im Staat H 40 (1990), S. 192-195. Hans-Joachim Veen/Norbert Lepszy/Peter Mnich, „Die Rep-Partei zu Beginn der 90er Jahre. Programm, Propaganda, Organisation, Wähler- und Sympathisantenstrukturen“. Interne Studien der Konrad Adenauer Stiftung Nr. 14/1991-1992, Sankt Augustin.

³⁹ Konrad Schacht, „Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte H 2 (1991), S. 155.

⁴⁰ Birgit Hofmann-Jahring/Dieter Roth, „Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Diskrepanz zu den Parteien?“, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.), „Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten“, Köln 1994, S. 132-157.

⁴¹ Ursula Feist, „Rechtsruck in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein“, in: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.), „Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?“, Köln 1992, S. 73 f.

⁴² Franz Urban Pappi hat die Wahl der Republikaner an Anlehnung an Anthony Downs Ausführungen als ein „rationales Protestwählen“ bezeichnet. Siehe Ders., (1989), op.cit., S. 39.

programmatischen Defizite waren, die den Protest auslösten. Folglich ist die Interpretation, die in der Rechtswahl allein den Ausdruck unideologischen Protests zu erkennen glaubt, in sich noch nicht stimmig. Daher bleibt weiter ungeklärt, wie und weshalb sich bestimmte Protestmotive gerade mit rechtsextremen Politikformen verbinden.

Mit dem Hinweis auf rationalen Protest allein ist somit das Phänomen nicht zu beantworten. In diesem Fall müsste man den Wählern eine gute Kenntnis des politischen Systems, der Parteiprogramme und der Handlungsmuster der politischen Akteure unterstellen, die es überhaupt erst möglich machen würden, eine rationale Wahlentscheidung zu treffen. Dies ist jedoch aufgrund der als gering einzuschätzenden kognitiven Flexibilität und der eher geringen Integration in das gesellschaftliche Wertesystem eines Großteils der Wählerschaft wenig wahrscheinlich. So argumentiert auch Henning, wonach lediglich ein Fünftel der Wähler ihre Wahlentscheidung auf programmatische Überzeugungen zurückführe, während die überwiegende Mehrheit aus einem Motivkonglomerat heraus ihrem Frust freien Lauf lies.⁴³ Vielmehr sei die Antwort in den politischen Einstellungen und Problemsichten der Bevölkerung zu suchen.

c) Unzufriedenheitsniveau

Wahlsoziologischen Befunden zufolge, u.a. von Veen, begünstigt ein hohes Unzufriedenheitsniveau mit dem Handeln der etablierten Parteien und Politiker die Bereitschaft zur Republikanerwahl. Da es sich in erster Linie um ein Unzufriedenheitsvotum gegen die etablierten Parteien und generell gegen „die da oben“ handelt.⁴⁴ Indessen ist auch an dieser Stelle vor der Vereinfachung zu warnen, Politikverdrossenheit münde unweigerlich in die Unterstützung der Republikaner.

Unzufriedenheit mit den Parteien ist nach Stöss „so alt wie die Parteien selbst“⁴⁵, und mit Blick auf Gießen, auch dort gewachsen. Das konnte empirisch nachgewiesen werden. Gerade einmal ein Viertel der Befragten äußerte in der Politbarometer-Umfrage von 1997 seine Zufriedenheit mit einer Partei. Bei der SPD waren es 26,5 Prozent, den Bündnisgrünen 23,9 Prozent, der CDU 17,2 und der F.D.P. gerade noch 11,3 Prozent. Hinsichtlich der Republikaner war das Maß der Zufriedenheit kaum noch feststellbar, zu denen knapp die Hälfte der Befragten ihren Missmut äußerte. Hinsichtlich F.D.P., CDU und Grüne gab jeder achte ein zufriedenes Urteil ab, bei der SPD waren es nur geringfügig weniger. F.D.P. und Republikaner müssen sich damit abfinden, dass eine Mehrheit keine Meinung von ihnen

⁴³ Eike Henning, „Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?“, in: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.), „Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz“, Opladen 1994, S. 343.

⁴⁴ Hans-Joachim Veen, „‘Programm’ und ‘Wähler’ der Reps-Etablierung noch offen“, in: Eichholzbrief 4/ 1989, S. 62 f.

⁴⁵ Richard Stöss, „Parteienkritik und Parteienverdrossenheit“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/1990, S. 15.

hatte. Tendenziell überwog Kritik die Zufriedenheit mit den Parteien in Gießen. Im Durchschnitt hatte ungefähr nur jeder zweite keine Meinung zu den Parteien.⁴⁶

d) Vertrauensverlust

Andere Autoren, z.B. Backes/Jesse, deuten die Wahl der Republikaner als Folge eines Vertrauensverlustes in die Funktionsfähigkeit und Problemlösungskapazität des bestehenden politischen Systems und seiner Institutionen und knüpfen somit an die Argumentation von Jaschke, an, der bereits 1987 Wahlerfolge von Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums als „spezifische Schwäche des bundesdeutschen Parteiensystems“⁴⁷ einordnete. Folgt man den Annahmen der sozialpsychologischen Theorie des Wählerverhaltens, so ist für den Wahlentscheid vor allem die Bewertung der Problemlösungskompetenz der Parteien und ihrer Kandidaten entscheidend. Die Einschätzung der Kompetenz eines Politikers und die Zufriedenheit mit einer Partei seien maßgeblich für die Stimmabgabe zugunsten der jeweiligen politischen Gruppierung.⁴⁸

Bezogen auf die mittelhessische Universitätsstadt Gießen wurden in verschiedenen Umfragen unterschiedliche Einstellungen der Gießener Bevölkerung, darunter auch diejenigen über die Politiker allgemein und die Stadtregierung, in einem Fragekatalog zur Politik getestet.

Bei der ersten Gießener Bürgerbefragung von 1992 stimmten bei der Beurteilung der Aussage: „Ich glaube nicht, dass sich Kommunalpolitiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken“ 75 Prozent der Befragten dieser Aussage „voll“ oder „weitgehend“ zu.⁴⁹ Gegenüber den achtziger Jahren ist die Zustimmung zu solchen Thesen in Gießen und zur Kommunalpolitik deutlich gewachsen,⁵⁰ denn 1988 wurden „nur“ 65 Prozent zu derselben These nachgewiesen.⁵¹

Zwei Jahre später, 1994 wurde in der Politbarometer-Umfrage unter der Gießener Bevölkerung die Lösungskompetenz folgender Probleme wie folgt ermittelt: Bei der Kriminalitätsfrage lag die CDU mit 24 Prozent vor der SPD mit 18 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 1,5, den Republikanern mit 1,4 und der F.D.P. mit 0,8 Prozent. Bei der Frage nach der Arbeitslosigkeit lag die SPD mit 22,4 Prozent vor der CDU mit 16,8 Prozent. Auffällig war hierbei entgegen dem Bundestrend, dass die Gießener Bevölkerung die der

⁴⁶ Gießener Meinungen in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 15.2.1997.

⁴⁷ Hans-Gerd Jaschke, „Splitterparteien: Indikatoren für unzufriedene Minderheiten“, in: Peter Haungs und Eckard Jesse (Hrsg.), „Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven“, Köln 1987, S. 224.

⁴⁸ Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, „Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994“, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), „Parteiendemokratie in Deutschland“, Bonn 1997, S. 495-513. Hans Rattinger, „Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/ 1993, S. 33.

⁴⁹ Vgl. Eckard Dommer/Peter Schmidt, „Bürgerbefragung in Gießen“, unveröffentlichtes Manuskript 1994, op.cit.

⁵⁰ Gießener Politbarometer im Gießener Anzeiger vom 21.5.1994.

⁵¹ Gießener Politbarometer im Gießener Anzeiger vom 18.12.1993.

CDU traditionell zugeschriebenen Fähigkeit, Konjunkturen anzukurbeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen, weniger zutraut als der SPD. Nur 0,8 Prozent trauten es der F.D.P., 0,5 Prozent den Grünen und nur 0,3 Prozent den Republikanern zu.⁵²

Klein/Falter weisen noch auf einen anderen, bisher wenig beachteten Zusammenhang hin. Danach kommt insbesondere der Kompetenzzuschreibung auf dem Gebiet der Asylpolitik eine wesentliche Bedeutung für die Erklärung der Wahlerfolge der Republikaner zu. Auch dieser Gesichtspunkt spricht gegen die These vom rationalen Protest, der zufolge Protestwähler der Protestpartei keine Regierungsverantwortung verschaffen wollen, sondern lediglich ihre eigene Partei zu disziplinieren versuchen. Insbesondere der Asylkompromiss hat deutlich gemacht, dass die etablierten Parteien Wähler am rechten Rand dann binden können, wenn die auf dem Gebiet der Ausländer- und Asylpolitik Handlungsfähigkeit und Parteikompetenz beweisen. Klein/Falter konnten auch nachweisen, dass selbst in dem für die Republikaner so erfolgreichen Jahr 1989 ihnen lediglich 25 Prozent der stark rechtsextrem eingestellten Befragten in der Asylpolitik Lösungskompetenz zuerkannten.

In Gießen stimmten dem pauschalen Satz, „die meisten Politiker versprechen viel, tun aber nichts“, in einer Politbarometer-Umfrage von 1997, unabhängig vom politischen Lager ganz oder zumindest teilweise jeweils große Mehrheiten zu. Vielfach wird den Volksvertretern sogar Sachkunde abgesprochen. „Politiker sind kompetente Leute, die genau wissen, was sie tun“, dieser Aussage wollte nur jeder vierte CDU-Wähler und jeder fünfte SPD- oder Bündnisgrüne-Wähler zustimmen.⁵³

In den neunziger Jahren waren alle Parteien einem Ansehens- oder Vertrauensverlustes seitens der Bürger der mittelhessischen Universitätsstadt ausgesetzt. Form und Verständnis von Politik hatte sich geändert. Nicht Politik an sich ist unwichtiger geworden, sondern die Parteipolitik. Parallel dazu nehmen die Kritik und der Missmut an der Person des „Politikers“ zu. Hier erkennt man die „Vertrauenslücke“⁵⁴, die Klages in seiner Studie als auslösenden Faktor für die Parteienverdrossenheit ansieht.

Rechte Parteien, das zeigen die historischen Beispiele NSDAP- und NPD-Erfolge, gewinnen dann Wählerstimmen, wenn sie in der Lage sind, an allgemein vertretene Unzufriedenheitsmuster anzuschließen.⁵⁵ Gerade an diese Unzufriedenheitsmuster knüpfen die Republikaner als Partei, als „Anwalt der kleinen Leute“ an, indem sie Unmut und die rechtspopulistische Sicht komplexer Themenbereiche artikulieren, die ansonsten im Parteiensystem keinen Ausdruck finden und diese gegen das etablierte System der Altparteien

⁵² Gießener Anzeiger vom 21.5.1994.

⁵³ Gießener Meinungen in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 22.2.1997.

⁵⁴ Helmut Klages, „Häutungen der Demokratie“, Zürich 1993, S. 8.

⁵⁵ Jürgen W. Falter, „Hitlers Wähler“, München 1991, S. 285 ff. u. 364 ff.; Richard Stöss, „Die extreme Rechte in der Bundesrepublik“, Opladen 1989, S. 140.

wenden. Es schadet ihnen keineswegs, dass sie nur wenige Themenbereiche vertreten und kaum über kompetentes Personal verfügen. Ihre Wahl allein ist für einen Großteil ihrer Wähler gegenwärtig schon Protest genug.

Die Themen dieser Partei bilden in vielen Fällen ein konkurrentes Abbild gerade des kleinbürgerlichen Milieus, in dem Vertrauenswürdigkeit, Solidarität im Sinne der Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Überschaubarkeit eine wichtige Rolle spielt.

e) Wertewandel

Andere Autoren, z.B. Bürklin, folgen einer Argumentationslinie, nach der der Wertewandel die Wahl der Republikaner begünstigen kann. Bürklin argumentiert, dass aufgrund der Bildungsexpansion eine Gruppe prosperierte, die durchaus interessiert und distanziert die politischen Geschäfte verfolgte. Der Wertewandel zugunsten des individualisierten Menschen, der sich von traditionellen Großorganisationen jeder Art abwendet, setzt einen Trend frei, hin zur individualisierten, aktiveren, stärker punktpartizipationsorientierten Gesellschaft. Intermediäre Instanzen der politischen Interessenvermittlung, wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, Träger der pluralistischen Vermittlung von Staat und Gesellschaft mit langfristigen Engagementserwartungen, verlieren immer mehr an Einfluss.⁵⁶ Parallel dazu nimmt die Bereitschaft zur dauerhaften Organisationsbindung ab, und es lockert sich die Verankerung der Parteien in den jeweiligen Traditionsmilieus und gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen. Politisches Verhalten unterliegt immer mehr dem, was Sozialwissenschaftler als „rationales“ Kalkül bezeichnen. Parteibeitritt und -engagement werden von höchst unterschiedlichen Nutzmotiven bestimmt. Der jahrzehntelang anhaltende Trend, dass Parteien ihre Mitglieder und ihren Nachwuchs aus dem so genannten „vorphysischen Raum“ rekrutierten, hat sich abgeschwächt. Der Argumentationskette Bürklins schließt sich Falter an, in dem er einen Verlust der Kirchen- oder Gewerkschaftsbindung mit einer Steigerung eines Wahlerfolges für die Republikaner gleichsetzt.⁵⁷ Diesen Überlegungen steht das Ergebnis der Sinus-Studie von 1989 diametral gegenüber, wonach eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft keineswegs vor einer Wahl der Republikaner immunisiert.⁵⁸ Folglich trägt auch diese Interpretation nur zum Teil zur Erklärung bei.

Wertewandel und kognitive Mobilisierung führen zu einer erhöhten Kritikbereitschaft gegenüber Institutionen und etablierten Strukturen. Die Folge ist, dass die originäre Aufgabe der politischen Parteien, gesellschaftliche Interessen zu aggregieren und in das politische

⁵⁶ Vgl. Wilhelm Bürklin, „Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung“, in: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.), „Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?“, Köln 1992, S. 35.

⁵⁷ Jürgen W. Falter, (1994), op.cit., S. 83 u. 89 f.

⁵⁸ Karl-Heinz Klär, (1989), op.cit., S. 27.

System zu transformieren, zunehmend in Frage gestellt wird. Im Zuge dieser Entwicklung kommt es zu einer Pluralisierung des Parteiensystems, die Volatilität nimmt ab und die Gruppe der Nichtwähler steigt sukzessiv.

f) Nichtwähler

Wahlsoziologischen Befunden zufolge kann Wahlverweigerung eine der Möglichkeiten sein, seine Unzufriedenheit auszudrücken. In der Kontroverse über die abnehmende Wahlbeteiligung sind verschiedene Standpunkte vertreten worden. Roth z.B. widerspricht der These, dass eine hohe Wahlbeteiligung bei freien Wahlen eher ein Krisensymptom als ein Ausdruck der Systemzufriedenheit sei. Seiner Meinung nach sei eine sinkende Wahlbeteiligung eher ein Zeichen der Normalisierung in einer funktionierenden Demokratie.⁵⁹ Feist hebt hingegen die größer werdende Distanz von Jugendlichen gegenüber den Parteien hervor und bewertet den Rückgang der Wahlbeteiligung kritisch als ein Signal für vielfältig motivierte politische Unzufriedenheit.⁶⁰ Ähnlich argumentieren Falter/Schuhmann, nachdem ihrer Meinung nach Wahlenthaltung aus einer Unzufriedenheit mit den Parteien kommt.⁶¹

Die Gründe, nicht zur Wahlurne zu gehen, sind multiple und basieren auf lang- und kurzfristigen Einflüssen. Hofmann-Jahring und Roth weisen in ihrer Studie auf sozialstrukturelle und psychologische Gründe hin, die letztendlich zur Nichtwahl führen können und sehen in der Wahlverweigerung der „dritten Phase“ (nach 1990) zunehmend eine Form der Protestwahl.⁶² Folgt man den Ausführungen von Eilfort, neigen Frauen eher als Männer, junge Menschen und Senioren eher als Vertreter der mittleren Jahrgänge, Protestanten eher als Katholiken zur Wahlabstinenz. Darüber hinaus sind Bürger mit einem geringeren Sozialstatus und Randgruppen teilnahmsloser als angesehene, integrierte Bürger mit einem höheren Bildungs-, Einkommens- und Lebensniveau.⁶³

In Gießen ist, basierend auf Untersuchungen, bei den Nichtwählern die Unzufriedenheit am größten. Jeder zweite, der nicht zur Urne ging, bekannte sich zur Aussage „Politiker haben nicht die Kompetenz, die richtigen Entscheidungen zu treffen“.⁶⁴ Zwischen „befriedigend“ und „ausreichend“ liegen die Leistungen der Gießener Politiker im Urteil der Bürger. Noch schlechter als die der Koalition wird in der Politbarometer-Umfrage von 1996

⁵⁹ Dieter Roth, „Sinkende Wahlbeteiligung - eher Normalisierung als Krisensymptom“, in: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.), „Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?“, Köln 1992, S. 68.

⁶⁰ Ursula Feist, „Niedrige Wahlbeteiligung - Normalisierung oder Krisensymptom?“, in: Karl Starzacher, (1992), op.cit., S. 57.

⁶¹ Jürgen W. Falter/Siegfried Schuhmann, „Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B11/1993, S. 39-49.

⁶² Birgit Hofmann-Jahring/Dieter Roth, (1994), op.cit.

⁶³ Michael Eilfort, „Nichtwähler“, in: „Bürger im Staat. Wahlverhalten“, Stuttgart 1991, S. 239.

⁶⁴ Gießener Meinungen in: Gießener Allgemeine Zeitung vom 22.2.1997.

die Arbeit der Opposition aus CDU, F.D.P. und Republikanern im Stadtparlament beurteilt.⁶⁵ Sehr nachdenklich stimmt auch die Tatsache, dass so die Oppositionsparteien von der Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierungsparteien kaum profitierten. Beide Teile verloren gleichermaßen an Vertrauen. Die wachsende Unzufriedenheit der Regierung mündet nicht in die Zustimmung der Opposition. Das so genannte „give and take“, wonach Verluste auf der einen Seite automatisch zu Gewinnen auf der anderen Seite und umgekehrt führen, funktionierte nicht. Das zeigten beide Kommunalwahlergebnisse. Die Opposition kann sich immer weniger als Alternative präsentieren.

Die Entwicklung des Wählerverhaltens in Gießen entsprach der sinkenden Zustimmung kommunalpolitischer Entscheidungen, den subjektiv wahrgenommenen kommunalpolitischen Kompetenz- und Leistungsdefiziten aus Sicht vieler Bürger. Diese Sichtweise konnte nachgewiesen werden. Die Bürger erkannten immer häufiger, dass die Problemlösungskapazitäten der staatlichen Institutionen höchst begrenzt waren.

g) Rechtsextreme Orientierungen

Eine Reihe von Autoren verwendet eine diametrale Interpretation.⁶⁶ Danach bringen die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien nicht vorwiegend politische Kalküle von Bürgern zum Ausdruck, die mit den Leistungen der übrigen Parteien und des politischen Systems unzufrieden sind, sondern spiegeln vor allem rechtsextreme Orientierungen wider. Demnach führen, je für sich genommen, weder ein rechtsextremes Einstellungssyndrom noch politische Unzufriedenheit zur Wahl rechtspopulistischer Parteien. Erst ein Zusammentreffen beider Komponenten (rechtsextreme Orientierung und politische Unzufriedenheit) lässt die Wahrscheinlichkeit für die Rechtswahl merklich anwachsen. Für diesen Sachverhalt wird in der wissenschaftlichen und publizistischen Diskussion der weit verbreitete Begriff der Politikverdrossenheit verwendet.

Demnach spielt das Gefühl der sozioökonomischen Benachteiligung für die Bereitschaft zur Rechtswahl durchaus eine Rolle. So kann gesagt werden, dass 1993 die Neigung, sich an der Wahlurne für die Republikaner zu entscheiden, merklich mit dem Grad der subjektiv empfundenen gesellschaftlichen Benachteiligung zunahm. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der im Schrifttum vertretenen prominenten These, rechtsextreme Parteien sammelten die Stimmen der Verlierer gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse ein. Das verdeutlichen beide Gießener Kommunalwahlen. Jedoch kann keineswegs davon die Rede sein, Modernisierungsverlierer wählten gleichsam naturgesetzlich Republikaner.

⁶⁵ Gießener Anzeiger vom 12.10.1996.

⁶⁶ Ursula Feist, „Rechtsruck in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein“, in: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.): „Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?“, Köln 1992, S. 69-76; Eike Henning in Zusammenarbeit mit Manfred Kieserling und Rolf Kirchner, „Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz. Eine Studie“. Frankfurt/M. 1991.

Im Unterschied zur Protestwahlthese geht die klassische Erklärung für die Erfolge der Republikaner von der Vermutung aus, diese beruhten auf verbreiteten rechten Orientierungen in der Wählerschaft. Gesagt werden kann auch, dass rechte Gesinnung nicht unweigerlich zur Wahl als rechtsextrem geltender Parteien führt. Vielmehr stimmt der größte Teil der rechtsextrem eingestellten Bürger nach Arzheimer/Falter in der Regel für eine der beiden Volksparteien.⁶⁷ Dieser Sachverhalt unterstreicht die wichtige staatspolitische Funktion von CDU/CSU und SPD, nämlich diese Bürger in das politische System mit seinen Institutionen zu integrieren.

In zahlreichen wahlsoziologischen und politikwissenschaftlichen Studien ist nachgewiesen worden, dass der Komplex um Xenophobie und die Projektion eigener Probleme auf Fremdgruppen, z.B. auf Ausländer, Asylbewerber, Aus- und Übersiedler letztendlich eine Wahl der Republikaner begünstigen konnte.⁶⁸

Darüber hinaus bestätigten Wahlanalysen seit 1989, dass die Angst vor den Zuwanderern, Angst vor „Überfremdung“, im Zusammenhang mit dem besitzbürgerlichen deutschen „Wohlstandschauvinismus“ wichtige Motive für die Wahl der Partei „DIE REPUBLIKANER“ sind.⁶⁹ Darüber hinaus ist kein Thema in Deutschland so stark von Emotionen und so wenig von Sachkenntnis geprägt wie die der Ausländerpolitik.

Fast alle Wahlanalysen seit 1989 bestätigten, dass die verschärfte Konkurrenz um Wohnungen, Arbeits- und Ausbildungsplatz und bevorzugte Wohnlagen die Einwanderer subjektiv zu einer Bedrohung für nicht unwesentliche Teile der Einheimischen machte. Verantwortlich dafür wurde die Politik gemacht, die keine verbindlichen Perspektiven der Einwanderung aufzeigte, und ein sich abzeichnendes gesellschaftliches System, das Individualismus und Konkurrenz durch die Globalisierung weiter förderte.

Während es im Bundeswahlkampf 1990 noch primär um Alternativen für die Gestaltung des Einigungsprozesses ging, trat das Asylthema in dem Maße in den Vordergrund, wie der eingeschlagene Weg der raschen wirtschaftlichen und administrativen „Integration“ der neuen Länder Nebenfolgen zeigte. Auslöser für die Dramatisierung der Asylfrage waren die wachsenden Asylbewerberzahlen, die im Jahr 1992 vor allem durch die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sprunghaft anstiegen. Vom September 1991 bis zum Sommer 1993 war das wichtigste Themenfeld für die Bevölkerung im Westteil der Bundesrepublik die Asyl-

⁶⁷ Kai Arzheimer/Harald Schoen/Jürgen W. Falter, „Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten“, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), „Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz“. Bonn 2000, S. 234.

⁶⁸ Siehe hierzu u.a.: Jürgen W. Falter, (1994), op.cit.; Dieter Roth, (1990), op.cit., S. 37 f.; Ders., (1989), op.cit., S. 16; Hans-Gerd Jaschke, „‘Die Republikaner’ - Profile einer Rechtsaußen-Partei“, Bonn 1990, S. 129; Ders., „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Begriff, Positionen, Praxisfelder“, Opladen 1994; Claus Leggewie, (1990), op.cit.; Ders., „Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1993.

⁶⁹ Jürgen W. Falter, (1994), op.cit., S. 110-115.

und Ausländerpolitik. Vor allem das Frühjahr 1993 war gekennzeichnet von der bundesweiten Asyldebatte. In einer Umfrage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Juni 1993 waren 68 Prozent der Wahlberechtigten westdeutschen Bürger überzeugt, dass durch den Zustrom von Ausländern die Probleme wachsen.

Eine latent vorhandene Xenophobie unter der Gießener Bevölkerung wurde seit 1991 in zahlreichen Gießener Politbarometer-Umfragen ermittelt. 1991 stimmten der Aussage: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, 50 Prozent der Republikaner-Sympathisanten zu. Auf Seiten der Gesamtstichprobe waren es 13,4 Prozent. Der weiteren Aussage: „Man sollte Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen“, stimmten 78,1 Prozent zu, in der Gesamtstichprobe waren es 30,7. Im Jahr 1991 war die Ausländerpolitik der Universitätsstadt unter der Gießener Bevölkerung als sehr wichtig eingestuft worden.

Darüber hinaus stimmten 53,3 Prozent der Sympathisanten der Republikaner der Aussage zu, „es kommen zu viele Übersiedler in die Bundesrepublik“, verglichen mit 31,9 Prozent der Gesamtstichprobe. DDR-Übersiedler und Aussiedler wurden in der Untersuchung jedoch klar unterschieden. Darüber hinaus wurden diese Menschen viel stärker als Konkurrenten auf dem Wohnungs- bzw. Arbeitsmarkt wahrgenommen. 81,5 Prozent, gegenüber 39,6 Prozent der Gesamtstichprobe, bzw. 87,5 Prozent (46,7 Prozent Gesamtstichprobe) der mit einer Wahlpräferenz für die Republikaner meinten, Aussiedler nehmen uns Wohnungen bzw. Arbeitsplätze weg.⁷⁰ Ein Jahr später im Politbarometer des Gießener Anzeigers vom Dezember 1992 wurde ebenfalls der Ausländeranteil als das Problemfeld, von dem sich der Protestwähleranteil stark berührt fühlte, ermittelt.⁷¹ 5,5 Prozent der Befragten hielten bei der Bürgerbefragung von 1992 die Asylsuchenden und die ausländische Bevölkerung in Gießen für das größte Problem. Ausländische Mitbürger und Flüchtlinge wurden bei einer Umfrage vier Jahre später (1996) doppelt so oft als Problem genannt im Vergleich zur Ausländerfeindlichkeit.⁷²

Bei dieser Fremdenfeindlichkeit in der mittelhessischen Universitätsstadt handelte es sich um keine spezifische Form von Rassismus, sondern um ein deutliches Zeichen von „Wohlstandschauvinismus“. Diesem Grundmuster zufolge hätten nur diejenigen Anspruch auf Leistungen des Verteilungsstaates, die als Deutsche in der Bundesrepublik den gesellschaftlichen Reichtum erwirtschafteten.⁷³ Am ehesten akzeptierte man noch langjährig

⁷⁰ Susanne Rippl/Peter Schmidt u.a., „Determinanten der Parteisymphathie für die Republikaner: Eine Regionale Studie“, in: *Journal für Sozialforschung*, Jg. 31, H 2 (1991), S. 156.

⁷¹ Gießener Anzeiger vom 3.12.1992. Die Union nahm zwar das Thema „Asylbewerber“ nicht in ihr Wahlprogramm von 1993 auf, sondern verabschiedete eine Resolution, in der sie ihr Nein zu der von der Landesregierung geplanten Unterbringung von bis zu 4.000 Asylsuchenden in Gießen bekräftigte. Darüber hinaus sprach sich die CDU gegen Sonderrechte für Ausländer, für eine Abschiebung straffällig gewordener Ausländer und gegen ein allgemeines Ausländerwahlrecht aus. Gießener Allgemeine Zeitung vom 13.1.1993.

⁷² Gießener Anzeiger vom 3.2.1996.

⁷³ Karl-Heinz Klär, (1989), op.cit., S. 15. Dieter Roth, (1990), op.cit., S. 38.

in der Bundesrepublik lebende und Steuern zahlende „Gastarbeiter“. Unter den Wohlstandschauvinisten dürfte die Gruppe älterer Mitbürger den größten Teil ausmachen, denn gerade sie fürchten, dass ihr geschätzter Wohlstand durch Ausländer, Asylsuchende und Übersiedler beeinträchtigt würde.

Der politische Diskurs um das „Ausländerproblem“ bildet somit ein Konglomerat aus verschiedenen binnensozialen Bedrohungsgefühlen und Überfremdungsängsten. Werden solche und andere Verunsicherungen in einer besonderen Art ideologisch auf das Ausländerthema gebündelt und fehlen gleichzeitig politische Alternativen aufgrund der fortwirkenden Zerfaserung des Parteiensystems oder werden sie von anderen Parteien übernommen, steigt die Chance der Republikaner, gewählt zu werden. Denn sie verstanden es, einen ideologischen Gewinn aus einer als unsicher und krisenhaft empfundenen Übergangssituation zu ziehen.

1.5 Zusammenfassung

Die mittelhessische Universitätsstadt war stark von sozialen, ökonomischen und strukturellen Problemlagen gekennzeichnet. Sozialpolitisch gesehen wies Gießen viele großstadtypische Probleme auf. Bundesweit war sie die Stadt mit der höchsten Quote an Alleinerziehenden (31 Prozent), einer hohen Scheidungsrate (rund 65 Prozent der geschlossenen Ehen werden in Gießen geschieden, gegenüber 35 Prozent in der Bundesrepublik) und die Stadt mit der höchsten Studentendichte, bezogen auf die Einwohnerzahl. Die hohe Zahl von Migrantenfamilien und Aussiedlern gehört ebenso zu den besonderen Bedingungen der Stadt. Diese Bevölkerungsgruppen sind gesellschaftlich und sozial nur wenig integriert und könnten, nach der These von Falter, sich deshalb leichter dazu entscheiden, ihre Wahlstimme den Republikanern zu geben. Falter geht auf ein Kernkonzept der Theorie der Massengesellschaft von Durkheim u.a. zurück und schreibt, dass „Ledige, Geschiedene und getrennt Lebende ... eine stärkere Affinität zu den Rechtsparteien aufweisen wie Arbeitslose, Konfessionslose und Personen, die weder einer Gewerkschaft noch einem Verein angehören“⁷⁴. Ihnen würde die soziale Abstützung ihrer politischen Entscheidungen fehlen, welche, trotz abnehmender Bindekraft, nach wie vor von der Familie, den Gewerkschaften oder den Kirchen übernommen werden.

Diese stattfindende „Individualisierung“ von Lebenslagen, nach der Konzeption der „Risikogesellschaft“ Becks, führe, wie oben schon erwähnt, zum Bindungsverlust an traditionelle, kollektive Lebensformen und Milieus. Diese Entwicklung ruft z.B. im Fall der

⁷⁴ Jürgen W. Falter, „Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland“, München 1990, S. 37.

neuen Mittelschichten Emanzipation, in den tiefbürgerlichen Gesellschaftsschichten und in den sozial Unteren hingegen Verängstigung, Verunsicherung und Angstreaktionen aus. Diese Tendenz nötige zum selbstverantwortlichen Leben und zur individuellen Konfliktlösung, was letztendlich zur Suche und zur Flucht nach/in neue Bindungen führe. Existentielle soziale Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit werden im Zuge dessen immer mehr privatisiert und als individuelles Schicksal begriffen. Die Familie als primäres soziales Auffangbecken kann diese Funktion immer weniger erfüllen.⁷⁵ Diese Entwicklung würde die Wahl der Republikaner begünstigen.

Die hohe Arbeitslosenquote resultierte daraus, dass Gießen eine typische Dienstleistungsstadt ist und daher Arbeitsplätze für gering Qualifizierte im gewerblichen und im industriellen Bereich nicht anbieten kann. Die Arbeitslosenzahlen und die einzelnen Ergebnisse der Politbarometer-Umfragen verdeutlichen, dass eine Angst vor Arbeitsplatzverlust, sozialem Abstieg und persönlicher Armut in der mittelhessischen Universitätsstadt durchaus vorhanden ist. Dieses Konglomerat könnte ein idealer Nährboden sowie ein möglicher Einflussfaktor für die Wahl der Republikaner sein. Falter geht in seiner Studie davon aus, dass „die Angst vor Arbeitsverlust die Affinität zu den Rechtsparteien in allen betroffenen Gruppen beeinflusst“⁷⁶. Roth argumentiert in seinem Aufsatz dahingehend, dass sich die Wähler der Republikaner in einer schlechteren wirtschaftlichen Lage sehen.⁷⁷

Eine weitere Tatsache ist, dass Menschen mit besonderen Problemlagen eher in die Stadt als in den Landkreis ziehen, weil dort die Angebote bei der Wohnungsversorgung, den Altenpflegeplätzen, den Kindertagesstätten, den Angeboten für Wohnsitzlose und entsprechende medizinische Angebote fehlen. Folgewirkungen sind wachsende Haushaltsdefizite und dadurch bedingte Einschränkungen kommunaler Dienstleistungen für die Bürger. Darüber hinaus weisen die große Zahl von Sozialhilfeempfängern und die sozialen Brennpunkte auf das deutliche Phänomen der Armut im Wohlstand hin. Der Gießener Arbeitsamtdirektor Wolfgang Dohmen sprach 1998 von der „problematischsten größeren Stadt in Hessen“⁷⁸.

Die Entwicklung Gießens verdeutlicht, dass die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen gesamtgesellschaftlichem Reichtum und der persönlich empfundenen Armut immer mehr auseinanderklafft. Diese „relative“ und „absolute“ Deprivation wird in vielen wissenschaftlichen Studien als Katalysator zur Erzeugung eines rechtsextremen Denkens und Wählerverhaltens angesehen.⁷⁹

⁷⁵ Ulrich Beck, „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“, Frankfurt/M. 1986, S. 209.

⁷⁶ Ibid., S. 76.

⁷⁷ Dieter Roth, „Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37-38/1990, S. 37.

⁷⁸ Gießener Allgemeine Zeitung vom 23.1.1998.

⁷⁹ Vgl. u.a.: Richard Stöss, „Die ‘Republikaner’. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist“, Köln 1990.

Zu einer weiteren Besonderheit der mittelhessischen Universitätsstadt gehört die ethnisch-kulturell differenzierte Stadtgesellschaft, in der es eine soziale Integration und interethnische Beziehungen gibt. Hierzu beigetragen hat auch die Ansiedlungspolitik des Magistrats für Aussiedler Anfang der neunziger Jahre. Danach wurden Aussiedler nicht in Gettos, sondern über das ganze Stadt verteilt angesiedelt. Darüber hinaus sind weitere Formen der sozialen Integration von Migranten der zweiten und dritten Generation zu erkennen.⁸⁰ Nach ihrem Aufbau her könnte die Bevölkerungsstruktur als konfliktträchtig gelten, war aber bisher frei von Gewalt, Fundamentalismus oder offenem Rassismus.

Die Analyse zeigt deutlich, dass die Bevölkerung in der mittelhessischen Universitätsstadt unterschiedliche Motivationsmuster aufwies, die sie zur Wahl der Partei „DIE REPUBLIKANER“ bewegte. Demnach schienen die Republikaner in der Tat für Bevölkerungsteile attraktiv zu sein, die subjektiv schlechte Zukunftsaussichten hatten und sich für die Verlierer eines rasanten Aufschwungs hielten, der sich vor allem seit den achtziger Jahren als dauerhaft erwies. So war zu beobachten, dass die Republikaner in kulturellen Umbrüchen Erfolg hatten und haben, indem sie in erster Linie die „Modernisierungsverlierer“ auf sammelten, die sich durch verschiedenartige Problemfelder und die Konkurrenz einer multikulturellen Gesellschaft bedroht fühlten.

Weitere Rahmenbedingungen lagen in der politischen Schwäche der Volksparteien, der nachlassenden Integrationskraft aller Parteien, der fortschreitenden Pluralisierung des kommunalen Parteiensystems und der Auflösung traditioneller Milieubindungen. Deutlich spiegelte sich diese Entwicklung in der Krise der Sozialdemokraten wider, wie stark die Republikaner, vor allem bei der Kommunalwahl von 1993, in ihr Wählermilieu eindringen konnten. Eine weitere günstige Ausgangslage für die Wahl der Republikaner bildete die sukzessiv wachsende Gruppe der „Wahlverweigerer“, „Protest-“ und „Wechselwähler“ und dem in ihr zum Ausdruck kommenden Missmut über die Parteien und die Politikerklientel.

Waren u.a. folgende Rahmenbedingungen erfüllt und gebündelt vorhanden, wie schlechte ökonomische und soziale Zukunftsaussichten und -ängste (z.B. vor Kriminalität, Fremdenfeindlichkeit infolge erhöhter Zuwanderung), sozialpolitische Probleme, kulturelle Verunsicherung und politische Unzufriedenheit, dann waren und sind die Republikaner durchaus in der Lage, Wähler zu mobilisieren und sie zur Protest- oder Sanktionswahl zu bewegen.

⁸⁰ Zum Einblick der verschiedenen Ethnien in Gießen siehe die Statistischen Jahresberichte der Universitätsstadt Gießen, op.cit.

Die interne Strukturierung des Kreisverbandes Gießen

1. Die Entstehung und Entwicklung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner

In diesem Kapitel über die interne Strukturierung soll geklärt werden, wie die organisationssoziostrukturelle Komponente des Gießener Kreisverbandes der Republikaner im Untersuchungszeitraum aussah. Zu hinterfragen ist, wie die kommunale Parteiorganisation aufgebaut war und funktionierte. Wie sie versuchte, den Aufgabenkatalog einer Parteiorganisation umzusetzen, und inwieweit die in wissenschaftlichen Studien immer wieder erwähnte extreme Organisationsstrukturelle Schwäche der Republikaner auf kommunaler Ebene für Gießen zutraf und wenn ja, welche Folgen sich daraus ergaben.⁸¹

1.1 Die Organisationsstruktur des Kreisverbandes Gießen

Das Statut der hessischen Landessatzung der Republikaner ordnet in § 3, Abs. 3, einen Kreisverband der Verwaltungsebene eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt zu. Der Kreisverband stellt aufgrund seiner Satzungshoheit und seiner selbständigen Kassenführung innerhalb der Partei der Republikaner die kleinste selbständige organisatorische Einheit dar. Die Ortsverbände agieren als nachgeordnete Einheiten eines Kreisverbandes im vorgegebenen Zuständigkeitsrahmen.⁸²

1.2 Die Gründung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner

Der Kreisverband Gießen der Partei die „DIE REPUBLIKANER“ wurde am 23. Mai 1989 in Buseck-Beuern mit dem Hauptziel gegründet, der Gießener Bevölkerung eine Parteialternative rechts der Union, auch auf der kommunalen Ebene, anbieten zu können. Der Gründungsprozess kann einerseits in den Bemühungen seitens des hessischen Landesverbandes der Republikaner, die Partei zu dezentralisieren und damit zu regionalisieren, um dadurch die politische Partizipation an der Basis zu erhöhen, gesehen werden, andererseits unter dem Aspekt der Wahlerfolge zum Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 und dem nachfolgenden hessischen Kommunalwahlerfolg im März 1989.⁸³

⁸¹ Vgl. u.a.: Benno Hafener, (1995), op.cit.; Christoph Butterwegge, (1999), op.cit.; Richard Stöss, (1990), op.cit.; Claus Leggewie, (1990), op.cit.; Dieter Roth, (1990), op.cit.

⁸² Siehe hierzu § 3, 5 und 6 der hessischen Landessatzung der Republikaner. Stand August 1992.

⁸³ Am 23. Mai 1989 wurde in der Gaststätte „Alte Post“ in Buseck-Beuern der Kreisverband Gießen gegründet. Bei der Gründungsveranstaltung waren 24 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Der

1.2.1 Der Stadtverband Gießen

Mit dem unerwarteten großen Erfolg der Republikaner bei der Europawahl im Juni 1989, bei der die Partei in Gießen 7,8 Prozent der Zweitstimmen erzielen konnte, wurden die Weichen für die wenige Wochen darauf folgende erste Ortsverbandsgründung im Kreisverband Gießen gelegt.

Am 11. Juli 1989 wurde der Stadtverband Gießen gegründet.⁸⁴ Zum Arbeitsbereich des Stadtverbandes gehörte die Durchführung, Finanzierung und Organisation von Wahlkampfveranstaltungen, Presseerklärungen zu kommunalpolitischen Themen, Aufbauarbeit des Verbandes sowie die Mitgliederwerbung und -betreuung.

Sechs Monate nach der Gründung fanden im Januar 1990 erstmals Neu- und Nachwahlen des Stadtverbandvorstandes statt, um einerseits der neuen hessischen Satzung der Republikaner, andererseits der Verdoppelung der Mitgliederzahlen innerhalb eines Vierteljahres Rechnung zu tragen.⁸⁵ Zu diesem Zeitpunkt waren weitere Ortsverbandsgründungen geplant. Kurzfristige zu realisierende Ortsverbandsgründungen für die Ortsteile Gießen-Kleinlinden, -Allendorf, -Rödgen und -Ost. Grünberg, Lich, Buseck und Lollar sollten in der Mittelfristperspektive folgen.

Im September 1990 stellte der Stadtverband Gießen, 13 Monate nach seiner Gründung, die Arbeit und Repräsentation ein. Die Einstellung der Aktivitäten begründete der kurz zuvor gewählte neue Kreisverbandsvorsitzende, Ulrich Kolan.⁸⁶ Der Beschluss war im Ortsverband

Kreisverbandsvorstand wurde wie folgt gewählt. 1. Vorsitzender: Gerhard Keil aus Lich; 1. stellv. Vorsitzender: Helmut Mauer aus Lich; 2. stellv. Vorsitzende: Beate Nikolai aus Gießen; Schatzmeisterin: Sylvia Wessel-Hilse aus Lich; Schriftführer: Helmut Fink aus Buseck; 1. Beisitzer: Werner Koch aus Lich; 2. Beisitzer: Bernhard Gattwinkel aus Gießen. Ferner wurde Helmut Pätzold aus Gießen, der bereits seit 1983 Mitglied bei den Republikanern war, zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Protokoll über die Mitgliederversammlung der Republikaner im Kreisverband Gießen vom 23.5.1989, Privatarchiv Gerhard Keil. Pätzold war bereits 1983 Gründungsmitglied der Republikaner in Bayern gewesen, später Wegbereiter der Partei in Mittelhessen, als sie noch keiner kannte und Teilnehmer an allen wichtigen Gesprächen, die zwischen Gerhard Keil und Franz Schönhuber stattfanden. Gießener Allgemeine Zeitung vom 24. Mai 1989.

⁸⁴ Anwesend waren bei der Stadtverbandsgründung in Buseck, neben dem Kreisverbandsvorsitzenden Gerhard Keil, der Landesverbandsvorsitzende Erich Fuchs, der Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes Gießen, Helmut Pätzold, der Vorsitzende des Lahn-Dill-Kreisverbandes der Republikaner, Boris Rupp, sowie 16 stimmberechtigte Mitglieder. In einer geheimen Wahl wurden zum 1. Vorsitzenden, Bernhard Gattwinkel; zur stellv. Vorsitzenden, Beate Nikolai; Schatzmeisterin: Ellen Bäumer; Schriftführer: Rüdiger Winter; 1. Beisitzer: Otto Bock, 2. Beisitzer: Ulrich Kolan und zum Kassenprüfer: Gerhard Fuchs und Harald Brückel gewählt. Siehe Protokoll über die Gründung des Stadtverbandes Gießen der Republikaner in Gießen vom 11.7.1989, Privatarchiv Gerhard Keil; Gießener Allgemeine vom 11.7.1989.

⁸⁵ Bei dieser Stadtverbandssitzung wurde zum 2. stellv. Vorsitzenden: Klaus Bäumer; ein neuer Schriftführer: Hans-Jörg Starmann und drei weitere Beisitzer: die Herren Brückel, Fuchs sowie Frau Ring gewählt. Gießener Allgemeine Zeitung vom 31.1.1990 und Gießener Anzeiger vom 2.2.1990.

⁸⁶ Auf einer Mitgliederversammlung wurde über die Arbeitseinstellung des Stadtverbandes Gießen abgestimmt. Der erst zuvor neu gewählte Kreisverbandsvorsitzende, Ulrich Kolan, war, nach Aussage des damaligen Fraktionsvorsitzenden Bernhard Gattwinkel, zum damaligen Zeitpunkt der Meinung, dass die Partei in Gießen keinen Stadtverband benötige, wenn der Kreisverbandsvorsitzende in Gießen selbst wohne. Diese Abstimmung fand, nach den Aussagen von Bernhard Gattwinkel, nicht ordnungsgemäß statt, da die Mitgliederversammlung in ihrer Funktion nicht dazu berechtigt war und eine Zweidrittelmehrheit fehlte. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 24.10.1994.

umstritten. Eine Reaktivierung des Stadtverbandes Gießen fand bis zum heutigen Zeitpunkt nicht statt.⁸⁷ Der Stadtverband Gießen existierte somit nur wenige Monate.

1.3 Die Entwicklung des Kreisverbandes Gießen

Die Wahlerfolge des Jahres 1989 und der darauf folgenden Jahre waren für den Kreisverband für den parteiinternen Zustand auf kommunaler Ebene von einer großen Ambivalenz.

Einerseits erreichten die Republikaner erstmals, neben einer bundes- und landesweiten, auch eine kommunale öffentliche Aufmerksamkeit, die zwangsläufig zur Auseinandersetzung mit ihnen führte. Aus dieser Auseinandersetzung resultierten Widersprüche, Proteste und Gegendemonstrationen.⁸⁸ Andererseits schien eine relativ konstant ansteigende Mitgliederzahl die vorhandene kommunale Parteistruktur der Republikaner zu festigen.

Im Sommer 1990, knapp ein Jahr nach seiner Gründung, fiel der Kreisverband in eine erste Krise. Auslösender Faktor war der Parteiaustritt des damaligen Kreisverbandsvorsitzenden und hessischen Generalsekretärs, Gerhard Keil. Am 4. Mai 1990 folgten ihm aus Solidarität, neben zahlreichen „einfachen“ Parteimitgliedern, alle Mitglieder des Kreisverbandsvorstandes bis auf eine Ausnahme. Beate Nikolai, die damalige stellvertretende Vorsitzende, gehörte bis zur Neuwahl des Kreisverbandsvorstandes im September 1990 dem Kreisvorstand weiterhin an.⁸⁹ Die Folge war ein temporärer, fast vollständiger Arbeitszusammenbruch im Kreisverband Gießen.⁹⁰

Im September 1990 wählten die in der Partei verbliebenen Mitglieder einen neuen Kreisverbandsvorstand. Zum ersten Vorsitzenden wurde Ulrich Kolan gewählt.⁹¹ Dieses Amt übte er bis zum November 1996 aus. Sein Nachfolger wurde der Philosophiestudent Daniel Schäfer. Im Mai 2000 wird Eva Pfeffer-Schmidt neue Vorsitzende.

⁸⁷ Obwohl zwei Drittel der dem Kreisverband Gießen angehörenden Mitglieder ihren Wohnsitz in Gießen hatten. Die Zahlenangabe geht aus der Mitgliederliste des Kreisverbandes Gießen der Republikaner hervor. Privatarchiv des dem ehrenamtlichen Magistrat der Stadt Gießen angehörenden Stadtrat Helmut Zimmermann.

⁸⁸ Hierunter fallen Diskussionsrunden, Informationsabende und Demonstrationen, die von Parteien, Gewerkschaften und Interessenverbände im Kreis Gießen organisiert und durchgeführt wurden.

⁸⁹ Gießener Allgemeine Zeitung vom 29.5.1989. Zehn Personen traten aus der Partei aus. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

⁹⁰ In der Jahreswende 1989/90 trat der erst im Sommer in den Kreisvorstand gewählte Werner Koch mit zwei weiteren Parteimitgliedern aus der Partei aus. Wenige Monate später verließ zunächst der Vorsitzende des Kreisverbandes Gießen und Generalsekretär, Gerhard Keil, am 30.3.1990 die Partei. Gießener Allgemeine Zeitung vom 28.5. 1990.

⁹¹ Gießener Allgemeine Zeitung vom 19.9.1990 und Gießener Anzeiger vom 20.9.1990. Auf einer Mitgliederversammlung im November 1992 wurde Ulrich Kolan als Kreisverbandsvorsitzender erneut in seinem Amt bestätigt. Gießener Allgemeine vom 14.11.1992.

2. Die Parteimitglieder im Kreisverband Gießen

In den letzten Jahren wurde relativ viel über die Mandatsträger der Republikaner publiziert, mit wenigen Ausnahmen kaum etwas über die Parteimitglieder generell.⁹² In diesem Kapitel werde ich näher auf die Parteimitglieder der Republikaner in Gießen eingehen.

2.1 Die Mitgliederentwicklung im Kreisverband Gießen

Folgt man den spezifischen Publikationen über die Parteien, ist das zentrale Thema das „Problem“ der Parteimitgliedschaft. Hierbei geht es vor allem um das Problem der geringen Zahl von Bürgern, in der Regel nur zwei bis drei Prozent, die sich entschließen, einer Partei beizutreten und um die geringe Teilnahme der Parteimitglieder am Parteileben generell.

Wie viele Mitglieder dem Kreisverband Gießen angehören, kann nur unter Vorbehalt geschätzt werden. Ungeachtet aller Forschungsprobleme in diesem Teilbereich bleibt, dass zuverlässige Angaben über die Mitgliederstärke und -bewegungen im Kreisverband Gießen für den Untersuchungszeitraum seit seiner Gründung im Mai 1989 bis März 2001, die eine empirische Auswertung zulassen könnten, nicht vorliegen.⁹³ Nach Angaben des damaligen Gießener Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan, gehörten dem Kreisverband Ende 1993 „ungefähr 100 Parteimitglieder“⁹⁴ an.

Durch den Erfolg bei der hessischen Kommunalwahl 1989 in den Mittelpunkt öffentlicher kommunaler Aufmerksamkeit gelangt, strömten der Partei zahlreiche neue Mitglieder zu. Nach Angaben des Kreisverbandes konnte sich während dieser Zeit die Mitgliederzahl vervierfachen. Ende März 1989 waren es angeblich schon 40 Mitglieder. Daher kann nicht geleugnet werden, dass zu diesem Zeitpunkt (1989) eine Mitgliederentwicklung nach oben stattfand.⁹⁵ Anfang März 1993 zählte der Kreisverband nach parteieigenen Angaben rund 50 Parteimitglieder.⁹⁶

Betrachtet man die Gesamtbestandsentwicklung an Mitgliedern im Kreisverband Gießen, so stieg diese im Zeitraum vom Mai 1989 bis Mai 1993 von 27 auf ca. 70 Personen an.⁹⁷

⁹² Vgl. u.a. Benno Hafener, (1995), (1997), (1999), op.cit.; Christoph Butterwegge, (1998), (1999), op.cit.; Birgit Griesse/Gunther Niermann, (1999), op.cit.

⁹³ Als gesicherte Daten über die Mitgliederzahl des Kreisverbandes Gießen gilt die Angabe von 27 Mitgliedern aus dem Protokoll der konstituierenden Versammlung des Kreisverbandes Gießen vom 24.5.1989; 29 Mitgliedern Anfang August im Sitzungsprotokoll der konstituierenden Versammlung des Stadtverbandes Gießen (Privatarchiv Gerhard Keil) und 66 Mitgliedern aus der Mitgliederliste vom 31.4.1993 (Privatarchiv Helmut Zimmermann und Bernhard Gattwinkel).

⁹⁴ Zahlenangabe von Ulrich Kolan in einem Interview am 4.12.1993, op.cit.

⁹⁵ Gießener Anzeiger vom 29.3.1989.

⁹⁶ Ulrich Kolan im Gießener Anzeiger vom 8.3.1993.

⁹⁷ Für den November 1992 werden ca. 40 Parteimitglieder angegeben. Gießener Allgemeine Zeitung vom 20.11.1992.

Diese Mitgliederentwicklung wurde seitens des damaligen Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan, für die Rechtfertigung einer „kontinuierlich wachsenden“ Zahl an Parteimitgliedern verwandt.⁹⁸

Unter diesem scheinbar „kontinuierlichen Anstieg“ wurden vielschichtige Bewegungen erkennbar. Tiefgreifende innerparteiliche Auseinandersetzungen, politische Streitfragen und die Wechselfälle bei den darauf folgenden Wahlen haben zu Einbrüchen in der Entwicklung der Mitgliedschaft auf Kreisebene geführt. Seit 1989 verlaufen die Mitgliederzugänge demnach in Zyklen unterschiedlich starken Zugangs. Ihre Höhepunkte lagen in Übereinstimmungen mit den Erfolgen bei der Europawahl 1989 und der Kommunalwahl 1993. Ein relativ kontinuierliches Wachstum oder zumindest ein relativ fester Bestand an Mitgliedschaften war nur für die Monate der Gründungs- und Aufbauphase der Partei in Stadt- und Kreisverband Gießen für das Jahr 1989 zu erkennen. Im Sommer 1990 kommt es durch die Austritte von Gerhard Keil und zahlreicher Parteimitglieder zu einem abrupten Mitgliederrückgang. Seitdem wechselten sich Stagnation, Zu- und Austritte ab. Zu einer Belebung der Mitgliederzuwächse kam es kurzfristig um die Kommunalwahl im März 1993. Inwieweit diese zu einer Stabilisierung geführt hatten, kann nicht gesagt werden.

Die Kristallisierungspunkte der Mitgliederentwicklung waren vor allem die erfolgreiche Beteiligung bei den Wahlen von 1989 und 1993 (vergl. vorangegangene Ausführungen). Die Partei wies zu Mobilisierungs- und Politisierungszeiten von Wahljahren somit einen erhöhten Mitgliederzulauf auf. Die Mitgliederbewegungen bei den Republikanern verliefen in Wahlzyklen, die sich auch zukünftig abschwächen können.⁹⁹ Das zeigte sich deutlich in den darauf folgenden Jahren.

Fazit: Für den Kreisverband Gießen ist festzuhalten, dass Wahlerfolge die wichtigste Voraussetzung für die Mitgliederrekrutierung darstellten.

Betrachtet man den Verlauf der Gesamtmitgliederentwicklung während des Untersuchungszeitraums im Kreisverband Gießen, können sechs Phasen unterschieden werden:

Phase A: Eine steigende Zuwachsrate während der Gründungs- und Aufbauphase, die durchaus von der Berlin- und Europawahl 1989 beeinflusst war. Sie erreichte jedoch nicht das von den hessischen Funktionären erhoffte Ausmaß. Zum Jahresende 1989 setzte eine langsam abfallende Tendenz der Zuwachsraten ein.

⁹⁸ Interview mit dem damaligen Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan, vom 4.12.1993.

⁹⁹ Elmar Wiesendahl, „Noch Zukunft für die Mitgliederparteien?“, in: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), „Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland“, Bonn 1997, S. 356. Einschränkend zu seiner Hypothese ist zu sagen, dass sie nur für die Mitgliederzugänge zutrifft und vom Wahlerfolg einer Partei abhängig ist.

Phase B: Sie beginnt Anfang 1990 mit einer Stagnation bei den Mitgliedszugängen. Die Zu- und Abgänge waren bestenfalls ausgeglichen.

Phase C: Der Parteiaustritt des damaligen Gießener Kreisverbandsvorsitzenden, Gerhard Keil, im März 1990 und zahlreicher Parteimitglieder führt zu einem abrupten Rückgang der Mitgliederzahl, die zu diesem Zeitpunkt sicherlich auch ihren Tiefstand erreichte.

Phase D: Sie umfasst den Zeitraum von Ende April 1990 bis zur Kommunalwahl 1993. Während dieser Phase wechseln sich Stagnation, Zu- und Abgänge ab. Die Zuwächse liegen teilweise deutlich unter denen aus der Gründungs- und Aufbauphase von 1989.

Phase E: Vor und nach der Kommunalwahl im März 1993 kam es kurzfristig zu einer Erholung bei den Mitgliedschaften,¹⁰⁰ die jedoch bis zum Jahresende wieder eine rückläufige Tendenz aufwies.

Phase F: Sie umfasst den Zeitraum von April 1993 bis März 2001. Über die Mitgliederentwicklung während dieser Phase lässt sich aufgrund fehlender Daten nichts Genaues sagen. Vermutlich wechseln sich ähnlich der Phase D Stagnation, Zu- und Abgänge ab.

Tabelle 2.1: Mitgliederstärke der Gießener Parteien

	Mitglieder
SPD: Stadtverband	1211
CDU: Stadtverband	521
F.D.P.: Stadtverband	119
Bündnisgrüne: Kreisverband	341
Republikaner: Kreisverband	ca. 50 ¹⁰¹

Quelle: Zahlenangaben der einzelnen Parteien (SPD, CDU, F.D.P., Bündnisgrüne) aus der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 4.8.1994. Eigene Darstellung.

Zieht man das so genannte „Vollständigkeits-Kriterium“ zur weiteren Darstellung hinzu, hätten die Republikaner, rein theoretisch betrachtet, ein großes Wachstumspotenzial, da der Anteil ihrer organisierten Mitglieder an den Wahlberechtigten gering war. Von den 53.052 Wahlberechtigten bei der Kommunalwahl 1993 standen durchschnittlich einem Gießener

¹⁰⁰ „Die Republikaner erfreuen sich in letzter Zeit eines großen Zuspruchs und hätten allein in der vergangenen Woche acht neue Mitglieder aufnehmen können“, zitiert aus der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 14.11.1992.

¹⁰¹ Diese Zahl geht aus der standardisierten Fragebogenaktion im März 1994 hervor. Seitens der Partei wurden hierzu keine Angaben gemacht.

Republikanermittglied 804 Einwohner gegenüber.¹⁰² Der Organisationsgrad ist somit als sehr gering zu bezeichnen.

2.2 Die Mitgliederrekrutierung

Im Sinne der Parteientypologie¹⁰³ handelt es sich bei den Republikanern um eine „kleine“ Partei, und daher besitzt die Partei grundsätzlich eine kleine Ressource an Mitgliedern. Um ihre Organisationsfähigkeit zu halten bzw. zu erweitern, denn nur viele Mitglieder können eine Organisation stabilisieren, müsste die Partei theoretisch ihr Hauptaugenmerk dahingehend lenken, für ein möglichst großes Mitgliederreservoir zu sorgen.¹⁰⁴ Das wiederum setzt aber einen bereits vorhandenen aktiven Mitgliederkreis voraus, der an einer Erhöhung der Mitgliederzahl interessiert und in der Lage ist, dieses Ziel auch umzusetzen.

2.2.1 Die Mitgliederwerbung

Während der Gründungs- und Aufbauphase des Kreisverbandes Gießen im Jahr 1989 wurden intensiv und erfolgreich Mitglieder geworben. Mit der Parteikrise im Sommer 1990 ließen auch die Aktivitäten in diese Richtung nach. Erst mit dem Erfolg bei der Kommunalwahl im März 1993 und dem Einzug in Kreis- und Stadtparlament wurden erneut Versuche unternommen, mit teilflächig verteilten Flugblättern in Form von Wurfsendungen, eine aktive Mitgliederwerbung zu betreiben.¹⁰⁵ Zweck dieser Aktionen lag in der direkten Ansprache und in der gleichzeitigen Aufforderung der Gießener Bevölkerung, das Gespräch mit den Parteimitgliedern der Republikaner während der Parteisprechstunde im Tagungszimmer der Stadtfraktion zu suchen. Die Resonanz dieser Aktionen blieb weit hinter den Erwartungen zurück.¹⁰⁶ Daneben verzeichnete die Partei Sympathiebekundungen und

¹⁰² Zur Berechnung des „Vollständigkeits-Kriteriums“ wurde die Mitgliederzahl von 66 Personen verwendet. Die Zahl geht aus der Mitgliederliste des Kreisverbandes Gießen hervor (Stand 30. April 1993). Privataarchiv Helmut Zimmermann.

Zum Aussagewert des Organisationsgrads siehe Elmar Wiesendahl, (1997), op.cit., S. 354 f. Er geht davon aus, dass es über die Organisationsstärke oder -schwäche politischer Parteien nur dann Sinn macht zu reden, wenn man nicht, wie beim Organisationsgrad, das mobilisierbare Mitgliederpotenzial mit der Gesamtwählerschaft gleichsetzt, sondern an der weitaus kleineren Gruppe von Aktivisten misst.

¹⁰³ Zur Rolle und Typologie einer kleinen Partei, siehe Manfred Rowold/Stefan Immerfall: „Im Schatten der Macht. Nicht etablierte Kleinparteien“, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), „Parteien in der Bundesrepublik Deutschland“, Bonn 1992, S. 362-420. Vgl. auch Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter, „Zukunftsperspektiven des Parteiensystems“, in: Dies., (1992), op.cit., S. 485-508.

¹⁰⁴ Vgl. zum folgenden Renate Mayntz, „Parteigruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU“, Köln/Opladen 1959, S. 28 f.

¹⁰⁵ Beispielsweise neben dem Ortsteil Gießen-Kleinlinden wurden auch in den Ortsteilen, wo die Republikaner hohe Wahlerfolge erzielt hatten (z.B. Nordviertel), Flugblätter verteilt. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

¹⁰⁶ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

eine große Nachfrage an parteispezifischem Informationsmaterial (Parteiprogramme, Infoblätter etc.), besonders von Schüler- und Jugendgruppen, die es für den Schulunterricht benötigten.¹⁰⁷ Zahlreiche Bürger, die ihr Interesse an einer Parteimitgliedschaft äußerten, wurden in so genannten „Interessentenlisten“ eingetragen und parteispezifischen Vorauswahlkriterien unterzogen. Gelegentlich kam es zwischen ihnen und einem Parteirepräsentanten zu einem persönlichen Gespräch.¹⁰⁸ Wie viele Interessenten letztendlich den Schritt zur formellen Mitgliedschaft vollzogen, kann aufgrund fehlender Angaben nicht gesagt werden.

Die Rekrutierungsfunktion für den lokalpolitischen Raum wurde durchaus von der Partei wahrgenommen und auch als wichtige Aufgabe betrachtet.¹⁰⁹ Bei den Versuchen, Parteimitglieder zu werben, wurde gezielt vorgegangen. Neben Mitbürgern, zu denen ein persönlicher Kontakt bestand und die sich als politisch interessiert oder engagiert zu erkennen gaben, auch gute Bekannte oder Familienangehörige, die man ohnehin dem potenziellen Mitgliederkreis seiner Partei zurechnete wurden angesprochen. Es fand eine „Außenrekrutierung“¹¹⁰ statt, die vor allem innerhalb primärer Bezugsgruppen erfolgte. So setzten sich die Mitglieder des Kreisverbandes während der Gründungs- und Aufbauphase der Partei vornehmlich aus dem Bekanntenkreis von Gerhard Keil zusammen. Auch viele Familienmitglieder gehörten der Partei an, z.B. die Ehefrauen von Gerhard Keil, Bernhard Gattwinkel, Ulrich Kolan, Horst Öhl und dessen Tochter Beate Nikolai.¹¹¹ In den geführten Gesprächen während des Untersuchungszeitraumes wurde immer wieder darauf verwiesen, dass es nur dem Ansehen der Partei dienlich sein könne, wenn gute Bekannte als Mitglieder geworben würden.¹¹² Darüber hinaus ist festzustellen, dass zumindest ansatzweise ausgebildete rhetorische Fähigkeiten und die Kenntnis der Parteiprogrammatik, die bei der „Werbung durch Überzeugung“ bei den einzelnen Werbern vorausgesetzt werden sollte, vielfach fehlten. Aus diesem Grund waren Parteifunktionäre, -mitglieder und Mandatsträger ohne viel Diskussionserfahrung in der Mitgliederwerbung wenig erfolgreich.¹¹³

¹⁰⁷ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994 und Telefongespräch mit Ulrich Kolan am 19.9.1994.

¹⁰⁸ Die Interessenten wurden in speziell angelegten Listen eingetragen und parteispezifischen Auswahlkriterien unterzogen. Beispielsweise, ob sie über Parteierfahrungen verfügten. Siehe Privatarchiv Helmut Zimmermann.

¹⁰⁹ Der neu gewählte Stadtverbandsvorsitzende in Gießen, Bernhard Gattwinkel, bat die Versammlungsteilnehmer, sich auch weiterhin werbend für die Republikaner einzusetzen. Gießener Allgemeine Zeitung vom 13.7.1989.

¹¹⁰ Dietrich Herzog, „Die Führungsgremien der Parteien. Funktionswandel und Strukturentwicklungen“, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), „Parteiendemokratie in Deutschland“, Bonn 1997, S. 325.

¹¹¹ Interview mit Gerhard Keil am 12.11.1993.

¹¹² Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

¹¹³ Zur rhetorischen Unfähigkeit der Parteimitglieder siehe auch das Kapitel über die Parlamentarischen Sprachgebrauch der Mandatsträger. „Wenige Knaben kennen unsere Satzung zu 100 Prozent. Ausnahme seien hierbei Gattwinkel und ich [Helmut Zimmermann, B.W.]“. Interview mit Helmut Zimmermann am 19.9.1994.

Wegen der dargestellten Schwierigkeiten bei der Mitgliederwerbung gehe ich davon aus, dass in diesem Bereich ein weitgehender persönlicher Einsatz kaum erfolgte.¹¹⁴ Die lokale Parteiorganisation machte aus diesem „Nichttätigwerden“ sogar eine Ideologie und stellte die Vorteile, die sich durch die Passivität auf diesem Gebiet ergaben, heraus. So wurde beispielsweise von einem neuen Mitglied so viel eigenes Engagement erwartet, dass es aus eigener innerer Überzeugung auf die Partei zutreten sollte.¹¹⁵ Man handelte hier meiner Meinung nach nach dem Motto, lieber ein kleiner Kreis zu sein, den man kennt, als ein großer, unübersichtlicher. Innerhalb des Kreisverbandes Gießen überwog demnach die „Selbstrekrutierung“¹¹⁶.

Wer sich dennoch dazu entschloss, Mitglied bei den Republikanern zu werden, musste nach der Bundessatzung der Republikaner die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, das 18. Lebensjahr vollendet haben und sich ideologisch als auch programmatisch zur Partei bekennen. Ferner durfte er keiner anderen Partei, und darauf wurde besonders großen Wert gelegt, weder einer links- oder rechtsextremen Partei noch einer verfassungsfeindlichen Organisation angehören und angehört haben.¹¹⁷ Darüber hinaus wurde neben dem Ausfüllen des Beitrittsformulars mit wenigen Angaben zur eigenen Person ein persönliches Gespräch mit zwei Mitgliedern des Kreisverbandsvorstandes gefordert. Der Zweck dieses Gesprächs lag darin, dass von vornherein verhindert werden sollte, dass unerwünschte Personen ferngehalten werden sollten. Über den Aufnahmeantrag wurde dann im Kreisverbandsvorstand beraten und entschieden. Zu diesem Punkt muss gesagt werden, dass die Partei keinen aufnehmen musste, den sie nicht wollte. Sie kann den Antragsteller ohne Angabe von Gründen ablehnen. Ein Führungszeugnis wurde erst im Falle einer Mandatsübernahme erforderlich.¹¹⁸ Also lagen minimale „Qualifikationen“¹¹⁹ bei den Voraussetzungen für den Erwerb der bloßen Parteimitgliedschaft vor.

Sollte das Gespräch auf der einen Seite einen Sicherheitsfaktor darstellen, war es gleichzeitig auf der anderen Seite eine Schwachstelle. Da die Aufnahme nach dem Grundsatz von Treu und Glauben erfolgte, konnten trotzdem „unerwünschte Personen“ diese Eintrittsschwelle leicht überwinden und als „passive“ Parteimitglieder viele Jahre unentdeckt in der Partei verweilen. Der Gießener Parteiführung war es nicht gelungen, kleinkriminelle Elemente, vor denen sich gerade die Partei schützen wollte, fernzuhalten. Explizit ist das damalige Parteimitglied Günther Franz zu nennen. Erst bei seiner Mandatsübernahme im Kreistag wurde auf Initiative des ehemaligen Kreisverbandsvorsitzenden, Gerhard Keil, seine

¹¹⁴ „Eine Mitgliederwerbung in dem Sinne gibt es bei uns nicht“. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

¹¹⁵ Telefongespräch mit Ulrich Kolan am 12.1.1994.

¹¹⁶ Dietrich Herzog, (1997), op.cit., S. 324.

¹¹⁷ Siehe Bundessatzung der Republikaner, Ausgabe November 1992.

¹¹⁸ Interview mit Björn Clemens, Dr. Jochen Klings, Ulrich Kolan am 4.12.1993, Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994 und Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

¹¹⁹ Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter, (1997), op.cit., S. 498.

antisemitistische Vergangenheit aufgedeckt.¹²⁰ Im Stadtparlament sollte er als Vorbestrafter in den parlamentarischen Anhörungsausschuss entsendet werden.

2.2.1.1 Probleme bei der Mitgliederwerbung

Gerade im Hinblick auf die Rekrutierung von Mitgliedern werden alle Parteien, und da machen die Republikaner keine Ausnahme, mehr oder weniger mit der Tatsache konfrontiert, dass sie in einer vielfältigen Konkurrenzsituation mit anderen freiwilligen Organisationen, beispielsweise den Vereinen, stehen.¹²¹

Generell, und darin unterscheiden sich die Republikaner ebenfalls nicht von anderen Parteien, stehen Parteien vor dem Problem, dass Bürger, die die Ziele einer Partei für richtig halten, noch lange nicht der von ihr vorgezogenen Partei beitreten müssen. In der Regel genügt es ihnen schon, wenn sie ihrer Partei ihre Wahlstimme geben. Dieser Personenkreis muss erst durch besondere Anreize bzw. durch eine intensive Werbung für eine Parteimitgliedschaft gewonnen werden.¹²²

Darüber hinaus sahen und sehen sich die Republikaner mit dem Problem einer besonders hohen „Hemmschwelle“ konfrontiert. Viele Interessenten hatten und haben Bedenken, sich öffentlich zur Partei „DIE REPUBLIKANER“ zu bekennen. Viele schreckten davor zurück, sich einer „rechtsextremen“, „-populistischen“ oder „-radikalen“ Partei anzuschließen.¹²³ Hier zeigte sich der Erfolg der öffentlichen bundesweiten Aufklärungskampagnen verschiedener Organisationen (negative Medienberichterstattung, öffentliche Schuldzuweisung für die rechtsextreme Gewaltwelle, Publikationen etc.), sowie die Wirkung einer nachrichtendienstlichen Überwachung der Republikaner.

Ebenso fehlten und fehlen der Partei die so genannten „Zubringerdienste“ anderer Organisationen, wie Vereine, Gewerkschaften oder Kirchen. Aus den geführten Gesprächen geht hervor, dass die Parteimitglieder in solchen Organisationen kaum integriert sind.

¹²⁰ Gießener Allgemeine Zeitung vom 5.6., 17.6. und vom 14.7.1993 („Vorbestrafter im Anhörungsausschuß?“). Der betroffene Republikaner wurde wegen Volksverhetzung verurteilt. Er „hatte nach eigenem Bekunden Plakate mit der Aufschrift ‘Juden raus’ gedruckt“. Des Weiteren geht aus dem Artikel hervor: „eine Verurteilung wegen illegalen Waffen- und Munitionsbesitzes; versuchten Versicherungsbetruges, Volksverhetzung und fahrlässiger Körperverletzung im Straßenverkehr“. Der damalige Kreisverbandsvorsitzende, Ulrich Kolan, argumentierte, dass „hier Dinge aufgetischt werden, die wohl schon verjährt sind“. Dem Gießener Anzeiger gegenüber verwies er „auf Straftaten führender Mitglieder der etablierten“ Parteien, ohne jedoch konkrete Namen zu nennen. Gießener Anzeiger vom 5.6.1993.

¹²¹ In Gießen gab es Ende Oktober 1994 beispielsweise 1.500 eingetragene Vereine, MAZ vom 2.11.1994. Darüber hinaus seien Gewerkschaften, Bauernverbände, Berufsorganisationen, Interessen- und Traditionsverbände zu nennen. Hierzu Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter, (1997), op.cit., S. 499.

¹²² Reinhold Roth/Elmar Wiesendahl, „Das Handlungs- und Orientierungssystem politischer Parteien: Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte“, Nr. 17, Bremen 1986, S. 60-66.

¹²³ Telefongespräch mit der Ex-Mandatsträgerin im Stadt- und Kreisparlament, Christine Kunze, am 13.9.1994.

2.2.1.2 Folgewirkungen der Mitgliederwerbung

Die oben genannten Probleme hatten besondere Folgewirkungen auf die Republikaner im Kreisverband Gießen.

Die weitgehende Voraussetzungslosigkeit und Freiwilligkeit als auch die geringe Mitgliederzahl musste und muss zu erheblichen Konsequenzen in der Selektion von entsprechend qualifiziertem Führungs- und Funktionärspersonal führen. Ähnlich argumentieren, bezogen auf das deutsche Parteiensystem, Mintzel und Oberreuter in ihrem Aufsatz.¹²⁴

Die Partei besaß und besitzt keine Gewähr, aus ihrem Mitgliederreservoir nach Anzahl und Qualifikation genügend kompetente Mitglieder für die zu vergebenden Führungspositionen der verschiedenen innerparteilichen Sektionen auswählen zu können. Das war an folgenden Punkten zu erkennen. Erstens wurden keine weiteren Ortsverbände innerhalb des Kreisverbandes gegründet. Zweitens wurden die Republikaner-Fraktionen sowohl des Stadtparlamentes als auch des Kreistages beider Legislaturperioden (1993 bis 1997 und 1997 bis 2001) bis auf wenige Ausnahmen mit denselben Personen besetzt und drittens konnten die vakanten Mandate jeweils nicht mehr neu besetzt werden.¹²⁵

Ein ebenfalls nicht zu unterschätzender Aspekt war die finanzielle Unterstützung des Kreisverbandes in Form der Mitgliedsbeiträge, die aufgrund der oben aufgeführten Lage gering ausfallen dürfte.

Bei einer geringen Mitgliederzahl war die Zahl der Multiplikatoren bzw. den Kommunikationsträgern für die Verbreitung republikanischer Themen und Forderungen ebenfalls gering. Darüber hinaus war die Bedeutung politischer Alltagskommunikation (Freundeskreis, Familie etc.) zwar schwer zu messen, aber kaum zu unterschätzen.

Um diese Schwachstellen abzubauen, müsste die Partei alle Anstrengungen unternehmen, ein großes Mitgliederreservoir zu bilden, um eine Basis für die Zukunft zu schaffen. Ausgangslage wäre eine intensive und vor allem kontinuierliche Mitgliederwerbung.

Fazit: Im Kreisverband Gießen war die Mitgliederwerbung zufällig und diskontinuierlich, da sie von jedem einzelnen Parteimitglied abhing. Mit anderen Worten: die Republikaner hatten bisher keine aktive, gezielte, kontinuierliche und konzentrierte Mitgliederwerbung auf kommunaler Ebene betrieben.

¹²⁴ Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter, (1997), op.cit., S. 498.

¹²⁵ Nähere Ausführungen hierzu im Kapitel: „Die Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament“.

2.2.2 Motive und Anreize für einen Parteibeitritt

Theoretische Ansätze von Parteibeitrittsmotiven lassen sich in den Arbeiten der „klassischen“ Sozialwissenschaften und im psychologischen Teilbereich der Politikwissenschaften finden. Maurice Duverger beispielsweise greift in seiner Analyse des Charakters von Parteibindungen in modifizierter Form Ferdinand Tönnies zentrale Kategorie der „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ auf und ergänzte sie. Eine mit Duvergers Überlegungen partiell vergleichbare Typologie von Parteibindungsmotiven lässt sich aus Max Webers Parteienkonzept gewinnen, nach dem Parteien als „charismatische Gefolgschaften, traditionelle Dienerschaften, rationale (zweck- oder wertrationale, ‘weltanschauungsmäßige’) Anhängerschaften entstehen“ können.¹²⁶

Diametral hierzu sind bei den Politologen, die sich mit dem psychologischen Teilbereich näher auseinandersetzen, vor allem die Arbeiten von Robert E. Lane zu nennen, der sechs Bedürfnistypen zum Parteibeitritt unterscheidet: Streben nach materiellen Vorteilen, nach sozialer Einsicht, nach sozialer Angleichung/Bindung, nach dem Lösen interner psychischer Spannungen, nach Macht über andere und nach Verstärkung der Selbstachtung.¹²⁷

Bei den Motiven, die die aktiven Gießener Parteimitglieder zum Zeitpunkt der geführten Erhebung zum Parteibeitritt bewegten, zeichneten sich neben den persönlichen Lebenszusammenhängen und Besonderheiten in der individuellen Biographie charakteristische Kategorien ab. Zu erkennen war, dass ein Parteibeitritt in der Regel nicht monokausal zu begründen war, sondern, dass zu der allgemeinen positiven Einstellung zur Partei letztendlich ein auslösender Faktor hinzukommen musste, um den Schritt zum Beitritt auch wirklich zu vollziehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass unter den Mitgliedern Personen waren, die Parteiwechsel vorgenommen hatten.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass es sich bei manchen Parteibeitritten nicht nur um differenzierte ideologische, sondern auch um karrierebezogene, eigennützige Motive handelte, die in der Regel aufgrund der örtlichen formalen Rahmenbedingungen der Republikaner zufrieden gestellt werden konnten. Die Partei erfüllte Aufstiegsmöglichkeiten und konnte Profilisierungssüchte der jeweiligen engagierten Parteimitglieder befriedigen und verhalf darüber hinaus zu einer zweiten Karriere als „Berufspolitiker“. Allerdings waren diese Gratifikationen in der Zahl beschränkt und von Skandalen begleitet. Diese Sekundärziele dienten aber nicht zuletzt auch der Selbsterhaltung der Gesamtpartei, beispielsweise durch ein sehr hohes persönliches Engagement dieser

¹²⁶ Maurice Duverger, „Die politischen Parteien“, Hrsg. und übersetzt von Siegfried Landshut, Tübingen 1959, op.cit. S. 143 f.

¹²⁷ Aufgelistet nach den Ausführungen von Dietrich Herzog, (1997), op.cit., S. 326 f.

Mitglieder.¹²⁸ Man handelte meiner Meinung nach nach dem Motto, lieber ein Funktionär einer kleinen Partei zu sein, als Gefahr zu laufen, in dem Verteilungskampf um Parteiposten und Einfluss in einer „großen“ Partei unterzugehen.¹²⁹ Als Beispiele seien hierzu genannt: Gerhard Keil, ehemaliger Landtagsabgeordneter der christdemokratischen Union, wurde kurze Zeit, nachdem er den Republikanern beigetreten war, Generalsekretär des Landesverbandes Hessen und Kreisverbandsvorsitzender in Gießen. Bernhard Gattwinkel, ehemaliges Mitglied der Sozialdemokraten, kam in die Position des Stadtverbandsvorsitzenden in Gießen. Nach seinem zweiten Parteibeitritt Ende 1992, nachdem er im Sommer 1990 bereits ausgetreten war, wurde er Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Gießener Stadtparlament. Ulrich Kolan, langjähriger Sympathisant der CDU, stieg zum Kreisverbandsvorsitzenden von Gießen auf, war Mitglied sowohl des Bezirksverbandsvorstandes Mitte-Nord-Hessen als auch Landesverbandsvorstandsmitglied der Republikaner in Hessen. Helmut Zimmermann, ehemaliges Mitglied bei der Jungen Union, avancierte zum ehrenamtlichen Magistratsmitglied des Gießener Stadtparlamentes und gehörte dem hessischen Schiedsgericht der Republikaner an.

2.2.3 *Motive für einen Nichtbeitritt*

Folgende Beweggründe, die für einen Nichtbeitritt zur Partei „DIE REPUBLIKANER“ sprachen, wurden von den Gesprächsteilnehmern genannt. Sie beruhen auf den Erfahrungen, die sie bei den Versuchen, neue Mitglieder für ihre Partei zu werben, gemacht hatten. In den geführten Gesprächen wurde als primäre Ursache genannt, dass sie generell mit dem Problem der politischen Apathie konfrontiert worden seien. Bürger seien nur unter den größten Mühen für diese Partei zu interessieren. Darüber hinaus seien viele Bürger grundsätzlich skeptisch gegenüber den Republikanern eingestellt. Ebenso äußerten viele, dass sie Bedenken hätten, sich öffentlich zur Partei „DIE REPUBLIKANER“ zu bekennen, weil sie berufliche und/oder private Repressalien seitens ihrer sozialen Umwelt befürchteten. Sie würden davor zurückschrecken, formelles Mitglied einer „rechtsextremen“, „-populistischen“ oder „-radikalen“ Partei zu werden.¹³⁰

¹²⁸ Parteien als Karrierevehikel bezeichnete bereits Winfried Steffani, vgl. Ders., „Parteien als soziale Organisationen. Zur politischen Parteianalyse“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 19 (1988), S. 550.

¹²⁹ Eigennützige Motive für einen Parteibeitritt und für eine spätere Partizipation innerhalb der Partei konnten in der Regel aufgrund der Parteigröße und der extrem dünnen Personaldecke zufrieden gestellt werden. Gießener Allgemeine Zeitung vom 23.6.1989.

¹³⁰ Motive wurden genannt im Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994, im Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994 und in einem Telefongespräch mit der Ex-Mandatsträgerin, Christine Kunze, am 13.9.1994.

2.3 Die verschiedenen Mitgliedertypen

Entsprechend den unterschiedlichen Beitrittsmotiven, der Mitgliederentwicklung im Kreisverband Gießen und den Beitrittszeitpunkten können folgende Mitgliedertypen unterschieden werden:

2.3.1 *Das Gründungs- und „geistig-moralische-Wende“-Opfer-Mitglied*

Fragt man nach den Beitrittsmotiven, stand der Wunsch, politisch aktiv zu werden im Vordergrund. Idealistische, aktive Parteimitglieder waren es, die, vor allem während der Gründungs- und Aufbauphase des Kreisverbandes Gießen, an langfristigen Zielen orientiert und durch die Sache bewegt waren. Diese Gruppe schloss sich in der Anfangsphase der Partei an. Vorrangig für sie war die Gründung einer „mitte-rechts-konservativen“ Sammlungspartei. Motiviert war die Gruppe in erster Linie durch ideologische und partizipatorische Anreize, weniger durch materielle und immaterielle Belohnungen. Dieser Gruppe gehörten auch verstärkt enttäuschte Anhänger der konservativ-liberalen Koalition an, die seit 1982/83 auf die nicht umgesetzte „geistig-moralische“ Wende gewartet hatten.

2.3.2 *Das Karriere/Opportunist-Mitglied*

Dieser Mitgliedertyp schloss sich aus rein karrierebezogenen, opportunistischen Motiven den Republikanern an. Er hatte von Anfang an sein persönliches politisches Ämterstreben und seine Aufstiegsambitionen im Auge und trat zu einem Zeitpunkt der Partei bei, als sie noch als neue und zukunftsichere Alternative galt. Er handelte nach dem Motto, lieber ein Funktionär einer kleinen Partei zu werden, als Gefahr zu laufen, an dem langfristig angelegten Verteilungskampf um Parteiposten in einer „großen“ Partei, zu scheitern. Ein späterer Wechsel zu einer demokratisch etablierten Partei war von vornherein nicht ausgeschlossen.

2.3.3 *Das „enttäuschte“ Mitglied*

Unter diese Kategorie fallen einerseits ehemalige Mitglieder von SPD und CDU, die ihre soziale Lebenswelt, ihre „Heimat“ durch Zuzug von Ausländern bedroht sahen; andererseits Arbeitnehmer und statusbedrohte Mittelständler, die sich wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich durch Ausländer überrundet fühlten. Für ihre Misere machten sie Politiker und Behörden verantwortlich, was folglich zum Vertrauensverlust in die politische Kompetenz und Handlungsfähigkeit der etablierten Parteien führte. „Bei uns haben alle Platz,

die von CDU, SPD, F.D.P. und Grünen enttäuscht sind und in diesen Parteien die Zukunftsperspektiven vermissen“¹³¹, sie sahen ihre Interessen am besten durch die Partei „DIE REPUBLIKANER“ vertreten.

2.3.4 *Das pragmatisch orientierte Mitglied*

Zu dieser Kategorie gehören Mitglieder, die sich selbst rekrutieren. Sie sind mehrheitlich politisch interessierter und häufiger deswegen in die Partei eingetreten, weil sie den politischen Prozess aktiv mittragen und gestalten wollten. Sie stießen zur Partei, als sie nicht mehr so in der öffentlichen Auseinandersetzung stand.

2.4 Austrittsgründe der Parteimitglieder

Die Beendigung der Parteimitgliedschaft bei den Republikanern war von einer Summe sehr unterschiedlicher und sicherlich auch zufällig verteilter Faktoren abhängig. Bei den Motiven, die zu einem Parteiaustritt führten, waren neben sozialen, persönlichen, finanziellen (z.B. zu hohe Beitragszahlungen), situationsbedingten, auch politisch motivierte Austritte zu erkennen. Daneben gab es Ausschlüsse wegen „parteischädigenden“ Verhaltens, Folgewirkungen teils offener Konfliktaustragungen, die zur Aufgabe zwangen und zum Ausschluss der Mitgliedschaften führten.¹³² Der „normale“ Parteiaustritt erfolgte ohne technische Probleme, es genügte eine formlose Erklärung und die Rückgabe des Mitgliederausweises.

2.5 Dauer der Mitgliedschaften

Betrachtet man die Parteimitgliedschaften etwas näher, gehören nur noch ganz wenige aus der Anfangsphase der Partei an.¹³³ Das verdeutlicht einen überaus großen Anteil an vorübergehenden Mitgliedschaften. Während dauerhafte Mitgliedschaften zu einer Stabilität

¹³¹ Licher Anzeiger Nr. 18 vom 3.5.1989.

¹³² Zu den Parteiaustrittsgründen sind folgende Beispiele zu nennen: „(...) eine permanente Aushöhlung der 'Mitte-Rechts-Ausrichtung' allerdings und Ihre gegenwärtigen schwankenden politischen Wertvorstellungen machen ein Verbleiben nicht möglich“. Schreiben Gerhard Keil an Fuchs vom 30.3.1990, Privatarchiv Gerhard Keil. Unregelmäßigkeiten bei Delegiertenwahlen, Gießener Allgemeine Zeitung vom 6.10.1994; Parteiausschlussverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens, Gießener Anzeiger vom 20.12.1994; Finanziell begründeter Austritt, wegen zu hoher Mitgliedsbeiträge, Gießener Anzeiger vom 6.10.1994.

¹³³ Zu dieser Gruppe zählen unter anderem die Ehepaare Kolan und Öhl.

einer Partei beitragen, können nicht dauerhafte zu einer Instabilität führen, die zwangsläufig zu einer ineffizienten Parteiarbeit in der jeweiligen Parteigliederung führt.

2.6 Die Loyalität zur Partei

Betrachtet man die geringe Anzahl der Mitglieder, die bereits langfristig der Partei angehörten, kann für den Kreisverband Gießen festgestellt werden, dass die Loyalität zur Organisation nach einem einmal vollzogenen Beitritt größer zu sein scheint als der Einfluss zeitweiliger politischer Entwicklungen, aber nur, wenn der politische Wertehorizont der Parteimitglieder eine hohe Identifikation mit der Partei aufwies. Man blieb der Partei gegenüber loyal, auch wenn zeitweilig Unzufriedenheit oder Mängel aufgetreten waren.¹³⁴

Daneben war auch eine brüchige „Organisationstreue“¹³⁵ der Parteimitglieder zu erkennen. Austrittsbewegungen steigerten sich teilweise zum temporären verlustreichen Protest, wenn Spitzenpolitiker in Affären verwickelt oder Ideologiedefizite auftraten (siehe explizit Austritte Gerhard Keil und Bernhard Gattwinkel).

2.7 Die Identifikation mit der Partei

Mit den bereits oben erwähnten Aspekten eng verbunden ist die Identifikation eines Parteimitglieds mit seiner Partei. Bei dem Begriff der Identifikation soll es lediglich um die sichtbare Demonstration der Verbundenheit mit der Gesamtpartei nach außen gehen.

Identifikationsgrade liegen beispielsweise im Auftreten des Mitglieds in der Öffentlichkeit, in seinem Bekennen zur Partei oder in der deutlichen öffentlichen Demonstration seiner Mitgliedschaft.¹³⁶ Dies kann durch das Erwähnen der Parteimitgliedschaft in Gesprächen sein oder durch ihr Sichtbarmachen gegenüber Jedem, beispielsweise durch das Tragen deutlich auszumachender Parteisymbole. Als äußerlicher Indikator einer so demonstrierten Verbundenheit mit der Partei kann das Befestigen von Autoaufklebern auf dem privat genutzten Pkw oder das Tragen von T-Shirt mit Republikaneremblem gelten.

Das deutliche Bekennen zur Parteimitgliedschaft im engeren Sozialkreis wurde bei den Befragten im Kreisverband Gießen allgemein als positiv bewertet. Die Entscheidung, durch das Tragen von Parteiemblemen für die Öffentlichkeit als Mitglied erkennbar zu sein, wurde jedem Angehörigen der lokalen Parteiorganisation selbst überlassen. Dabei wurde aber

¹³⁴ Hierzu als Beispiele Ehepaar Kolan und Horst Öhl, die trotz aller Parteikrisen der Partei verbunden blieben.

¹³⁵ Wiesendahl, (1997), op.cit., S. 356.

¹³⁶ Zum Begriff der Öffentlichkeit siehe: Jürgen Habermas, „Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft“, 8. Aufl., Neuwied/Berlin 1976.

eingeräumt, dass selbst solch differenziertes Offenlegen für einige Mitglieder mit Problemen verbunden war. So konnte ein Teil unter den Mitgliedern ausgemacht werden, der geneigt war, seine Mitgliedschaft auch Teilöffentlichkeiten gegenüber nicht zu offenbaren, aus Angst vor Repressalien, beispielsweise am Arbeitsplatz oder die Sorge vor Sachbeschädigungen am eigenen Pkw durch das Befestigen von Autoaufklebern durch politisch anders orientierte Personen. Von den anderen Akteuren, die sich offen zu ihrer Mitgliedschaft bekannten, waren Nachteile im konkreten Sinne nur äußerst selten oder überhaupt nicht zu beobachten.¹³⁷

2.8 Das Sozialprofil der Parteimitglieder des Kreisverbandes Gießen

2.8.1 Alter und Geschlecht

Eine Variable für die Sozialstruktur¹³⁸ einer Partei ist die Altersverteilung. Das Mitgliederpotenzial der Republikaner im Kreisverband umfasst alle Altersklassen mit unterschiedlichen Schwerpunktbildungen. Nach parteieigenen Angaben gliederten sich die Mitglieder Ende 1993 prozentual in folgende Altersklassen auf (siehe Tabelle 2.2).¹³⁹

Tabelle 2.2: Prozentuale Aufteilung der Mitglieder des Kreisverbandes Gießen der Republikaner im Dezember 1993 nach Alter und Geschlecht.

Jahre	männlich	weiblich
bis 30	26,0 %	5,0 %
30 - 45	43,5 %	18,0 %
bis 60	19,0 %	0 %
über 60	11,5 %	22,0 %

Quelle: Parteieigene Angaben vom damaligen Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan, vom Januar 1994. Eigene Darstellung.

¹³⁷ Als Beispiele: Der Mandatsträger im Kreistag, Franz Ilgenfritz, trat sein Mandat nicht an, weil er Repressalien am Arbeitsplatz erwartete. Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994. Ein Auto mit Republikaner-Aufkleber wurde gerammt; sein [Ulrich Kolan, B.W.] Haus wurde beschmiert. Die Balkontür mit Steinen zertrümmert. Beim Verteilen von Flugblättern wurde man behindert. Alle Beispiele wurden im Telefongespräch mit Ulrich Kolan am 19.9.1994, genannt. Ulrich Kolan im Gießener Anzeiger vom 26.2.1997: „Drohanrufe, eingeworfene Fensterscheiben und Schmierparolen am Haus“. „Das Kolan Drohungen erhalten hat, ist bekannt. Nur wundert es mich, dass weder Gattwinkel noch ich [Helmut Zimmermann, B.W.] oder andere Funktionsträger irgendwelche erhalten haben“. Interview mit Helmut Zimmermann am 19.9.1994. Oder die Vorkommnisse anlässlich der Kandidatenaufstellung zur Kommunalwahl im März 1993, dass die Bewerber der Republikaner „massivem Druck am jeweiligen Arbeitsplatz ausgesetzt waren“. Gießener Allgemeine Zeitung vom 16.9.1994.

¹³⁸ Zur Sozialstruktur und ihrer theoretischen Auswertung, siehe Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer, „Entwicklung und Sozialstruktur der Parteienmitgliedschaften“, in: Dies. und Richard Stöss (Hrsg.), (1997), op.cit., S. 285-290.

¹³⁹ Die prozentualen Angaben aus Tabelle 2.2 sind vom damaligen Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Kolan in einem Telefongespräch vom 12.1.1994 genannt worden. Wie diese prozentualen Angaben zusammengestellt worden sind, kann nicht nachvollzogen werden.

Sehr hoch mit 69,5 Prozent war der männliche Anteil der bis „45-jährigen“, gefolgt von der Gruppe der „45- bis 60-jährigen“ Männer mit 30,5 Prozent. Mit 26 Prozent war der „bis 30-jährigen“ männliche Anteil der Parteimitglieder vertreten.

Bei den Frauen gliederten sich die Altersklassen hingegen anders auf. Hier war die Altersgruppe der „30- bis 45-jährigen“ mit 18 Prozent und die der „über 60-jährigen“ mit 22 Prozent vergleichsweise gleich stark repräsentiert. Sehr ausgedünnt mit nur 5 Prozent waren die Frauen in der Altersklasse der „bis 30-jährigen“ vertreten. Eine Alterslücke klafft um die Gruppe der „45- bis 60-jährigen“ Frauen.

Dieses Ergebnis zeigte Parallelen zu bereits aufgestellten Thesen. Stöss geht davon aus, dass die Generation der 30- bis 45-jährigen innerhalb der Republikaner stark vertreten sei.¹⁴⁰ Darüber hinaus verdeutlichen diese Prozentzahlen bei einem durchschnittlichen Gesamtfrauenanteil von ca. 14 Prozent eine Überrepräsentation der Männer, nicht nur in der Wähler-, sondern auch in der Mitgliedschaft. Die Republikaner im Kreisverband Gießen sind eine Männerpartei. Mit fast 50 Prozent der Gruppe der männlichen Parteimitglieder von „30- bis 45-jährigen“ war keine deutliche „Jugendlichkeit“ oder „Vergreisung“ im Kreisverband Gießen zu erkennen, die unter anderen in den Studien von Leggewie und Lepszy für die Republikaner festgestellt worden waren.¹⁴¹ Somit weicht der Kreisverband Gießen in seiner Alters- und Geschlechtsstruktur teilweise von der in der wissenschaftlichen Publizistik immer wieder dargestellten typischen Erscheinungsform einer dem rechten Parteienspektrum zuzuordnenden Partei ab.

2.8.2 *Die Berufsstruktur*

Am Beispiel der Berufsstruktur der Mitgliedschaft lässt sich erkennen, wie stark sich die Partei aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen rekrutiert.

Die soziale Zusammensetzung der Parteimitglieder der Republikaner im Kreisverband Gießen war nach parteieigenen Angaben „durchwachsen“¹⁴². Sie reichte von Selbständigen über Beamte, Angestellte, Kaufleute, Akademiker, Rentner bis hin zu Studenten. Auffällig hierbei waren die vielen Hinweise auf die große Streubreite der Berufsgruppen. Nicht festgestellt werden konnte, ob mehrheitlich Polizisten, Bundeswehrsoldaten, Richter und Staatsanwälte, wie Lepszy schreibt, die dominierenden Berufsgruppen der Republikaner ausmachten.¹⁴³

¹⁴⁰ Richard Stöss, (1990), op.cit., S. 55.

¹⁴¹ Claus Leggewie, (1990), op.cit., S. 70; Norbert Lepszy, (1990), op.cit., S. 3.

¹⁴² Telefongespräch mit Ulrich Kolan am 12.1.1994, op.cit.

¹⁴³ Norbert Lepszy, (1990), op.cit., S. 3.

2.9 Zusammenfassung

Der Kreisverband Gießen der Partei „DIE REPUBLIKANER“ wurde im Mai 1989 gegründet. Nach einem unerwarteten großen Erfolg bei der Europawahl im Juni 1989 wurde im Juli 1989 der erste *Stadtverband* Gießen gegründet. Kurz- und mittelfristig waren auch weitere Ortsverbandsgründungen innerhalb des Kreisverbandes Gießen vorgesehen. Sie wurden bis zum heutigen Zeitpunkt nicht realisiert. Der Ortsverband Gießen existierte nur knapp ein Jahr. Er blieb auch der einzige innerhalb des Kreisverbandes Gießen. Die *Organisationsdichte*, das heißt die Zahl der Ortsverbände innerhalb des Kreisverbandes, ist gleich null. Folglich existiert *keine Parteipräsenz* auf kommunaler Ebene. Diese Entwicklung verdeutlicht eine extrem schwache *Organisationsstruktur*, die eine flächendeckende Basisarbeit seitens der Parteiorganisation nur eingeschränkt zulässt.

Knapp ein Jahr nach seiner Gründung fällt der Kreisverband in seine erste *Parteikrise*. Die Folge war ein fast vollständiger Arbeitseinbruch im Kreisverband. Nach diesem Vorfall traten die Republikaner kaum öffentlich in Erscheinung. Dies änderte sich erst bei der Kommunalwahl 1993.

Tiefgreifende innerparteiliche Auseinandersetzungen, politische Streitfragen und die Wechselfälle bei den Wahlen führten zu Einbrüchen in der *Mitgliederentwicklung*. Die Mitgliederzugänge verliefen in Zyklen unterschiedlicher Stärke, dabei konnten sechs Phasen unterschieden werden. Kristallisationspunkte waren vor allem die Wahlerfolge der Partei. Demnach verliefen die Mitgliederbewegungen in *Wahlzyklen*. Die Datenlage zur Mitgliederzahl war sehr lückenhaft, genaue Angaben über die *Gesamtmitgliederzahl* können aufgrund fehlender Daten nicht gemacht werden.

Während seiner nunmehr dreizehnjährigen Existenz konnte sich der Kreisverband Gießen nicht zu einer mitgliederstarken Parteiorganisation entwickeln.

Die *Mitgliederrekrutierungsfunktion* für den kommunalpolitischen Raum wurde und wird von der Partei durchaus wahrgenommen und auch als wichtige Aufgabe betrachtet. Zahlreiche Aktionen wurden hierzu gestartet, deren Erfolge weit hinter den Erwartungen zurückblieben. In der Werbung wurden nicht beliebige Personen angesprochen, sondern neben Mitbürgern, zu denen ein persönlicher Kontakt bestand und die sich als politisch interessiert oder engagiert zu erkennen gaben, auch gute Bekannte oder Familienangehörige, die man ohnehin dem potenziellen Mitgliederkreis der Partei zurechnete. Es existierte sowohl eine *Außen-* als auch *Selbstrekrutierung* im Kreisverband Gießen. Letztere nahm den größeren Bereich innerhalb der Mitgliederrekrutierung ein.

Die *Mitgliederwerbung* war als eine zufällige, diskontinuierliche und von der Initiative jedes einzelnen Mitglieds abhängige Variable zu bezeichnen.

Trotz zahlreicher *parteieigener Sicherheitsfaktoren* (z.B. das persönliche Gespräch) bei der Mitgliederwerbung war es der Gießener Führung nicht gelungen, kleinkriminelle Elemente, vor denen sie sich gerade schützen wollte, von der Partei fernzuhalten.

Die Partei stand und steht, wie alle anderen auch, in einer vielfältigen *Konkurrenzsituation* mit anderen *freiwilligen Organisationen*. Darüber hinaus standen und stehen die Republikaner vor dem Problem, dass Bürger, die die Ziele ihrer Partei für richtig hielten, ihr noch lange nicht beitreten. Ferner litt sie unter der besonders hohen „Hemmschwelle“. Viele Interessenten hatten Bedenken, sich einer „rechtsextremen“, „populistischen“ oder „radikalen“ Partei anzuschließen. Ebenso fehlten der Partei die so genannten „Zubringerdienste“ anderer Organisationen, weil die Parteimitglieder in ihnen kaum verankert waren.

Dies hatte und hat verschiedene Folgewirkungen. So führten z.B. die weitgehende Voraussetzungslosigkeit und Freiwilligkeit als auch die geringe Mitgliederzahl zu erheblichen Konsequenzen in der Selektion von entsprechendem qualifiziertem Führungs- und Funktionärspersonal. Die Partei hatte nicht die Möglichkeit, aus ihrem Mitgliederreservoir aufgrund der unzureichenden Qualifikationsstruktur ihre Führungspositionen weder innerparteilich noch in den Parlamenten zu besetzen. Auch spielte der finanzielle Aspekt eine erhebliche Rolle. Bei einer geringen Mitgliederzahl ist die Zahl der *Kommunikationsträger* für die Verbreitung parteipolitischer Themen und Forderungen ebenfalls gering. Diese Kriterien wirkten sich auf die allgemeine Kreisverbandsentwicklung der darauf folgenden Jahre negativ aus.

Die *Mitgliederfrage* stellt sich, meiner Meinung nach, für die Republikaner als *zentrales Überlebensproblem* dar.

Die *Motive*, die für den *Parteibeitritt* sprachen und sprechen, sind nicht monokausal zu begründen. Es sind vor allem differenzierte ideologische, karrierebezogene, politisch-partizipatorische. Auffallend hierbei, dass kommunale Ereignisse nicht ausschlaggebend für den Beitritt waren, sondern überregionale Politikbereiche und spezielle Ereignisse, die besonders in der Öffentlichkeit Beachtung fanden (z.B. Europapolitik, Asylproblematik). Dabei konnten verschiedene Mitgliedertypen unterschieden werden.

Bei den *Austrittsmotiven* handelte es sich neben „sozialen“, „persönlichen“, „finanziellen“ (z.B. zu hohe Beitragszahlungen) und situationsbedingten Gründen auch um politisch motivierte oder Parteiausschlussverfahren.

Unter den Parteibeitritten im Kreisverband war ein großer Anteil an vorübergehenden Mitgliedschaften zu erkennen, die *Fluktuationsrate* war dementsprechend hoch. Diese Situation könnte letztendlich zu einer Instabilität der Partei und einer negativ beeinflussten Arbeitsfähigkeit führen.

Bei der *Identifikation* handelte es sich um die sichtbare Demonstration der Verbundenheit mit der Gesamtpartei. Das deutliche Bekennen zur Parteimitgliedschaft im engeren Sozialkreis wurde bei den Befragten im Kreisverband Gießen allgemein als positiv bewertet. Die Entscheidung, durch das Tragen von Parteiemblemen für die Öffentlichkeit als Mitglied erkennbar zu sein, wurde jedem Parteimitglied selbst überlassen. Hierbei traten für einzelne auch Nachteile auf, von der Mehrheit der Akteure waren Nachteile im konkreten Sinn überhaupt nicht beobachtet worden.

Bei der *Sozialstruktur* der Parteimitglieder war, nach parteieigenen Angaben, besonders stark die mittlere Altersklasse, der 30- bis 45-jährigen im Kreisverband Gießen vertreten. Eine männliche Überrepräsentation ist zu erkennen. Die Berufsstruktur zeigt eine große Streubreite.

3. Die Mitgliederpartizipation am parteiinternen Willensbildungsprozess

Parteien gelten im Allgemeinen als Domäne institutionell verfasster politischer Partizipation. Nach § 1 des Parteiengesetzes von 1967 sind sie sogar damit beauftragt, „die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben“¹⁴⁴ zu fördern.

Unter einer politischen Partizipation, orientiert an den Überlegungen Niedermayers, können „alle freiwilligen, auf die Beeinflussung innerparteilicher Entscheidungen und deren Vermittlung im Rahmen des zwischenparteilichen Wettbewerbs gerichteten Aktivitäten von Parteimitgliedern angesehen werden“¹⁴⁵. Die Qualität dieser Partizipation wächst mit der Zahl der in einer Partei aktiv mitwirkenden Mitglieder.

Aktivitäten dieser Art können in *binnen-* und *außenorientierte* unterteilt werden. Bei den *binnenorientierten Aktivitäten* handelt es sich vor allem um die Mitgliederbeteiligung an der Personalrekrutierung und an der Politikformulierung. Unter den *außenorientierten Aktivitäten* sind solche Handlungen als partizipatorisch anzusehen, die im Rahmen des zwischenparteilichen Wettbewerbs aus der direkten Beeinflussung politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Parteiumwelt gerichtet sind, hierunter werden alle Aktivitäten an einer Beteiligung der Parteimitglieder an der Politikvermittlung verstanden.

¹⁴⁴ Elmar Wiesendahl, (1997), op.cit., S. 349.

¹⁴⁵ Oskar Niedermayer, „Innerparteiliche Partizipation. Zur Analyse der Beteiligung von Parteimitgliedern am parteiinternen Willensbildungsprozeß“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/1989, S. 15.

3.1 „Aktive“, „gelegenhitsaktive“ und „passive“ Mitgliedschaften

Für die weitere Analyse der Mitgliederpartizipation wichtig erscheint mir die Frage, in welchem Ausmaß Parteimitglieder generell am parteiinternen Leben teilnehmen, teilnehmen können und wollen.

Nur ungefähr fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung entschließt sich, aktives oder passives Mitglied einer Partei zu werden.¹⁴⁶ Mit diesem Schritt wird nicht unbedingt die Vorstellung einer weitgehenden Aktivität verbunden. Wissenschaftlichen Überlegungen zufolge ist etwa nur die Hälfte der einer Partei Beitretenden auch bereit, in ihr aktiv mitzuarbeiten. Diesem Trend entspricht, dass parteiinterne Versammlungen von einer Mitgliederminorität besucht werden. Weiter wird angenommen, dass nur ungefähr 20 bis 25 Prozent der Parteimitglieder zu den parteiintern „aktiv“ Mitwirkenden, im Sinne eines regelmäßigen Versammlungsbesuchs, gerechnet werden können.¹⁴⁷ Für die kommunale Praxis würde das bedeuten, dass aus diesem Kreis aktiver Mitglieder die örtlichen Vorstandsmitglieder, Delegierte und Mandatsträger für die Gemeinderäte zu wählen sind. Das engt unter dem quantitativen Aspekt von vornherein die Selektionsmöglichkeiten ein. Die Parteipolitik wird folglich nicht von der Mitgliedschaft insgesamt, sondern im Wesentlichen von einer kleineren Gruppe „Aktiver“ bestimmt.

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass eine klare Grenzziehung zwischen dem, was unter politisch „aktiver“ und „passiver“ Mitgliedschaft verstanden wird, nicht ohne weiteres möglich ist. Es handelt sich hier um fließende Übergänge, da durchaus ein Teil der passiven Mitgliedschaft zu gelegentlichen Aktivitäten bereit ist. Wiesendahl rechnet zu dieser Gruppe auch noch die Personen, welche von Anfangserwartungen enttäuscht, sich aus der aktiven Parteiarbeit zurückgezogen haben.¹⁴⁸ Nach den bisherigen wissenschaftlichen Aussagen kann die Parteimitgliedschaft in „aktive“, „gelegenhitsaktive“ und „passive“ Mitglieder unterteilt werden.

1. Das „aktive“-Mitglied: Unter diesem Mitgliedertyp sind Personen mit einer hohen Teilnahmeintensität zu verstehen, die die Partei durch eine aktive Mitarbeit unterstützen wollen und darüber hinaus auch geneigt sind, ein Amt oder ein Mandat zu übernehmen, folglich also eine hohe Ämterneigung besitzen.

¹⁴⁶ Ulrich von Alemann, „Special: Parteien“, Reinbeck bei Hamburg 1995, S. 38.

¹⁴⁷ Oskar Niedermayer, (1989), op.cit., S. 15 ff., insbs. S. 20; Ders., „Innerparteiliche Demokratie“, Opladen 1989, S. 209 f., 222, 225 und 242 f.; Renate Mayntz, Parteigruppen in der Großstadt“, Köln/Opladen 1959, S. 36; Ulrich von Alemann, „Ungeschwächte Stabilität der Parteien. Anfechtungen und Herausforderungen im liberal-demokratischen Staat“, in: Das Parlament, Nr. 30 (1980), S. 3; Elmar Wiesendahl, „Parteien und Demokratie“, Opladen 1980, S. 315; Ders., (1997), op.cit., S. 359 f.

¹⁴⁸ Elmar Wiesendahl, (1997), op.cit., S. 360.

2. Das „*gelegenhetsaktive*“-Mitglied: Bei dieser Kategorie handelt es sich vorwiegend um Mitglieder mit einer mittleren Teilnahmeintensität und einer grundsätzlichen Bereitschaft zu einer gelegentlichen Mitarbeit in der Partei, die aber keine Ämterneigung besitzen.

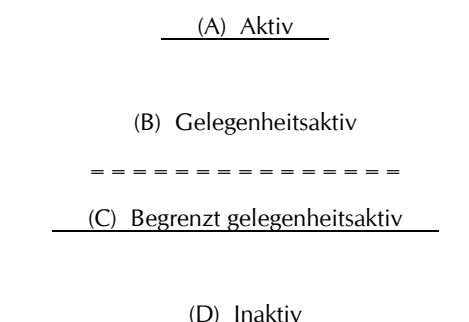
3. Das „*passive*“-Mitglied: Das sind Mitglieder, die ihre Rolle in einer passiven Unterstützung der Partei nur durch den Erwerb der Mitgliedschaft selbst, ohne jede besondere Aktivitäten, sehen. Für sie stellt sich die Frage der Ämterneigung erst gar nicht.

3.1.1 Partizipationsverhalten im Kreisverband Gießen

An dieser Stelle soll nun analysiert werden, inwieweit der oben skizzierte Aktivitätsindex auf das Partizipationsverhalten der Republikaner im Kreisverband Gießen zutrifft, und welches Partizipationsverhalten zu erkennen ist. Vier Verhaltensgruppen (siehe Abbildung 3.1) können unterschieden werden:

In der Gruppe (A) ist der potenziell aktive Kern der Gesamtmitgliedschaft zusammengefasst. Hierbei handelt es sich um den Teil der Mitgliedschaft, der versucht, den politischen Entscheidungsprozess innerhalb der Partei aktiv mitzugestalten. Weitgehend sind es Personen, die bereits über Jahre hinweg in der Partei kontinuierlich engagiert sind und eine aktive Verantwortung für den Kreisverband Gießen tragen. Ungefähr 17 Parteimitglieder können dieser Gruppe zugerechnet werden, das ist ungefähr ein Drittel

Abbildung 3.1: Aktivitätsschema des Partizipationsverhalten der Gesamtmitgliedschaft des Kreisverbandes Gießen der Republikaner.



Quelle: Fragebogenauswertung und Interviews mit den Parteimitgliedern des Kreisverbandes Gießen der Republikaner. Eigene Darstellung.

der Gesamtmitgliedschaft. Darüber hinaus kann diese Gruppe mit den formellen Amts- und Funktionsträgern gleichgesetzt werden. Hierzu gehören, neben dem Vorstand angehörenden Mitgliedern, die Delegierten der lokalen Parteiorganisation zu den nächstliegenden Gebietskonferenzen, sowie die Mandatsträger des Kreis- und Stadtparlamentes.¹⁴⁹

In der Gruppe (B) sind die „Gelegenheitsaktiven“ zusammengefasst. Hierunter fallen beispielsweise Träger einer phasenweisen Partizipation, das heißt Parteimitglieder, die sich überreden lassen, in Wahlkämpfen oder kleineren Kampagnen einen Infotisch aufzustellen, Flugblätter zu verteilen oder Plakate zu kleben.¹⁵⁰

Die Gruppe (C) umfasst Personen, die bei seltenen Gelegenheiten aktiv werden, hierunter fällt beispielsweise der gelegentliche Besuch einer Mitgliederversammlung. Fasst man die Gruppe (B) und (C) zusammen ergibt das für den Kreisverband einen Anteil von ungefähr 15 Prozent an der Gesamtmitgliedschaft.¹⁵¹

Zur letzten Gruppe (D) gehören die dauerhaft inaktiven Parteimitglieder, deren Aktivität über die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages nicht hinausgeht. Der Kreisverband Gießen beziffert die dauerhaft Inaktiven mit 50 Prozent.¹⁵² So kann für diese Gruppe der größte Anteil an der Gesamtmitgliedschaft ausgemacht werden.

Im Vergleich zum oben skizzierten allgemeinen parteiinternen Partizipationsindex gehe ich für den Kreisverband Gießen davon aus, dass aufgrund der geringen Anzahl der Gesamtmitgliedschaften und den parteiinternen formalen Rahmenbedingungen (z. B. Anzahl der Vorstandsmitglieder) der Anteil an den „aktiven“ Mitgliedern mit 35 Prozent etwas höher lag, als in den allgemein in der Wissenschaft dargestellten Überlegungen angenommen wird. Hier wird ein Bereich von zwischen 10 bis 25 Prozent an „Aktiven“ angegeben.¹⁵³

3.1.2 Folgewirkungen des Partizipationsverhaltens

Die Folge dieses unterschiedlichen Partizipationsverhaltens der Gesamtmitgliedschaft im Kreisverband der Republikaner in Gießen war, dass unter dem rein quantitativen Aspekt die

¹⁴⁹ Der Gruppe (A) sind beispielsweise folgende Personen aus dem Kreisverband Gießen im Untersuchungszeitraum zuzurechnen: Ulrich Kolan, Ursula Kolan, Björn Clemens, Bernhard Gattwinkel, Horst Öhl, Carsten Beck, Rainer Schuster, Richard Maar, André Radtke, Werner Haas, Kurt Jung, Christine Kunze und Daniel Schäfer. Alle gehörten dem Kreisverbandsvorstand an (Stand 1993). Ferner die Mandatsträger des Kreis- und Stadtparlamentes und der ehrenamtliche Stadtrat, Helmut Zimmermann.

Bei dieser Gruppe regelmäßiger Aktiven bzw. Funktionsträgern war ein Erwartungsprofil erkennbar, das eine Mitwirkung an der Zielbestimmung, am politischen Einfluss über Ämter und Mandate oder informellen Machtpositionen, soziale Anerkennung sowie eine politisch durchwirkte Geselligkeit beinhaltete.

¹⁵⁰ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

¹⁵¹ Diese Prozentzahl wurde im Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994 genannt.

¹⁵² Diese Prozentzahl wurde im Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994 genannt.

¹⁵³ Vgl. hierzu: Elmar Wiesendahl, (1997), op.cit., S. 359; Oskar Niedermayer, (1989), op.cit., S. 235 f.; Ders., (1993), op.cit., S. 234 ff.

Selektionsmöglichkeiten für Führungs- und Funktionärspersonal bereits sehr eingeschränkt waren. Die Tatsache, dass es sich in Gießen noch um eine kleine und mitgliederschwache Partei handelt, engt das auszulesende Potenzial noch weiter ein. Die Folgewirkungen waren Ämterkumulationen oder auch ein Kooptationssystem bei der Besetzung verwaister Vorstandspositionen. Bei den „aktiv“ Mitwirkenden handelte es sich in erster Linie um Mehrbereichsakteure (siehe hierzu die Mandatsträger). Die Parteiarbeit lag in den Händen Weniger.

3.2 Parteispezifische Partizipationsanreize

Im Kreisverband Gießen war während des Untersuchungszeitraums zu beobachten, dass die geringe Partizipation der Mitglieder mit den Anreizen, die für jedes einzelne Parteimitglied bestand, zusammenhing. Diese reichten von individueller und sozialpsychologischer Art bis hin zu staatsbürgerlichem Pflichtbewusstsein, einfacher Geltungssucht oder persönlicher Gratifikation. Die Förderung der persönlichen Ziele hat auf jeden Fall Einfluss auf die Partizipationsmotivation.

3.3 Motive für die parteiinternen Partizipationsdefizite

Geht man der Frage nach, wo die Ursachen der parteiinternen Partizipationsdefizite für einen Großteil der Parteimitglieder des Kreisverbandes gelegen haben könnten, kristallisieren sich folgende Motivschwerpunkte heraus.

3.3.1 Partizipationsmöglichkeiten

Zu beobachten war, dass es Grenzen der Partizipationsmöglichkeiten gab. Neben der generellen Restriktion der knappen Zeit waren sie in der Organisationsform der Partei zu finden. Aufgrund der geringen organisatorischen Ausdifferenzierung des Kreisverbandes fehlten die Orte für eine Partizipationsausübung, beispielsweise die Ortsverbände, aber auch ein ausdifferenziertes Arbeitssystem.

3.3.2 Fehlende Partizipationsanreize

Gerade eine längerfristige Partizipation und ein besonders intensives Engagement führten aufgrund ungeeigneter materieller oder sozialer Anreizstrukturen oftmals zu Enttäuschungen. Parteimitglieder sind primär auf emotionale Gratifikationen angewiesen. Vor allem „aktive“

Parteimitglieder sind nach ihrem Zeitbudget Berufspolitiker, werden aber ehrenamtlich besoldet. Deshalb überrascht das Partizipationsverhalten kaum. Ein sozialer Aufstieg oder gesellschaftliche Anerkennung im außerparteilichen Raum war mit einer aktiven Teilnahme am Parteileben nicht verbunden, weil man als Mitglied einer „rechtsextremen“, „-populistischen“ oder „-radikalen“ Partei eingestuft wurde.¹⁵⁴

3.3.3 *Selbstbegrenzung von Partizipation*

Ein nicht zu unterschätzendes Motiv für das defizitäre Partizipationsverhalten lag in der begrenzten Neigung der Parteimitglieder, sich zu exponieren. Sie befürchteten Repressalien gegen die eigene Person aus ihrer sozialen Umwelt, wenn sie sich aktiv am Parteileben beteiligten oder durch eine Mandatsübernahme sich öffentlich für die Republikaner bekennen mussten. Um sich dieser Situation zu entziehen, zog dieser Personenkreis es lieber vor, passiv zu bleiben.¹⁵⁵

3.3.4 *Partizipationswilligkeit*

Ein weiteres Motiv für die parteiinternen Partizipationsdefizite lag in der Partizipationswilligkeit der Mitglieder. Meiner Meinung nach spiegelt sie sich in dem relativ geringen Stellenwert der *Mitgliederversammlung* wider, den sie unter den Parteimitgliedern der Republikaner genoss. Viele der Mitglieder hatten nur ein- bis zweimal an der Mitgliederversammlung teilgenommen. Ihre Vorstellung von einer Partizipation war die, dass sie regelmäßig ihren Beitrag zahlten.¹⁵⁶ In den seltenen Fällen, in denen Wichtiges anstand, stieg die Beteiligung leicht an, beispielsweise wenn es sich um wichtige Personalentscheidungen handelte. Jedoch selbst diese Höhepunkte des Parteilebens vermochten die chronisch Inaktiven nicht zu einer Teilnahme zu bewegen. An diesem Punkt machte sich das deutliche Fehlen einer gezielten Mobilisierung bemerkbar. Seitens der Partei wurde immer wieder bemängelt, dass Probleme entstünden, die Mitglieder zu motivieren und aktiv in die Partei einzubinden.¹⁵⁷

Hingegen war eine hohe Beteiligung von Funktions- und Mandatsträgern an den Versammlungen zu erkennen. Einerseits ist das darauf zurückzuführen, dass sie sich für die Partei insgesamt verantwortlich fühlten, andererseits repräsentierten gerade sie den aktiven

¹⁵⁴ Dies wurde in den geführten Gesprächen mit den Teilnehmern immer sehr deutlich hervorgehoben, dass man sich sozial deklariert fühlte, weil man als Mitglied einer „rechtsextremen“ Partei folglich auch als „rechtsextrem“ galt.

¹⁵⁵ Alle Motive wurden im Interview mit Bernhard Gattwinkel am 19.7.1994 genannt.

¹⁵⁶ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 19.7.1994.

¹⁵⁷ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

Teil der Mitgliedschaft.¹⁵⁸ Unverkennbar ist, dass die Mitgliederversammlung nur eine geringe Repräsentativität in Bezug auf die Mitgliedschaft besaß, weil die durchschnittliche Frequenz gering und der Anteil der Amts- und Mandatsträgern groß war.

3.4 Parteiinterne Kommunikation im Kreisverband Gießen

Kommunikation ist Voraussetzung und ein grundlegendes Bedürfnis jeder Interaktion menschlichen Zusammenlebens und nach Ronneberger „zunächst nichts anderes als die Übermittlung von Informationen“¹⁵⁹. Wenn der Informationsaustausch beiläufig im Rahmen bestehender sozialer Interaktionen stattfindet oder zum Austausch bestimmter Inhalte institutionell geregelt ist, wird von „informaler“ oder „formaler“ Kommunikation gesprochen.¹⁶⁰

Persönliche Kommunikationsmuster sind einerseits Ausdruck persönlicher Orientierungen, andererseits Ausdruck einer Struktur von Kommunikationsgelegenheiten und Informationsangeboten. Zusammen kennzeichnen sie ein System, über das Personen mehr oder weniger direkt miteinander in Verbindung stehen und sich der Möglichkeit wechselseitigen Einflusses aussetzen.

Parteiveranstaltungen aller Art dienen meines Erachtens dazu, den parteiinternen Kommunikations-/Informationsaustausch unter den Parteimitgliedern aufrechtzuerhalten. Neben den satzungsgemäß reglementierten wurden den Mitgliedern im Kreisverband Gießen noch eine große Auswahl an gesellschaftlichen Veranstaltungen angeboten. Hierzu gehören u.a. Grillabende, Dämmerchoppen, Weihnachtsfeiern oder Wanderungen.¹⁶¹

Aus den geführten Gesprächen geht hervor, dass die aktiven Mitglieder im Durchschnitt mehrmals im Monat die Versammlungen, Veranstaltungen und Treffen der Partei besuchten, die „einfachen“ Parteimitglieder vermutlich nur etwa alle zwei bis drei Monate.¹⁶² Der damalige Stadtparlamentsfraktionsvorsitzende, Bernhard Gattwinkel, äußerte sich dahingehend, dass davon ausgegangen werden konnte, dass ein regelmäßiger parteiinterner Informationsaustausch zwischen den „aktiven“ Parteimitgliedern existierte, nicht jedoch zu den „einfachen“ Parteimitgliedern.¹⁶³ Demnach besteht ein innerparteiliches Kommunikations- und Informationsgefälle zwischen der „aktiven“ und der „passiven“

¹⁵⁸ Es sind „... diejenigen die im Parteivorstand, im Stadt- und Kreistag sitzen, die die regelmäßigen Besucher dieser Versammlungen sind“. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 21.7.1994.

¹⁵⁹ Franz Ronneberger/Jürgen Walchschröfer, „Parteien als Kommunikationssysteme“, in: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), „Strukturprobleme des lokalen Parteiensystems“, Bonn 1975, S. 115.

¹⁶⁰ Ibid., S. 110.

¹⁶¹ Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994; Express-Magazin 3/93.

¹⁶² Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994 und Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

¹⁶³ „Demnächst soll wieder ein Stammtisch eingeführt werden auf Stadtebene. Früher war er auf Kreisebene, um wieder die Kommunikation in der Parteibasis wiederherzustellen“. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 19.7.1994.

Mitgliedschaft. Hinzu kommt ein weiterer Faktor, dass bei geringen Mitgliedschaften noch weniger Kommunikationsnutzung zu erwarten ist.¹⁶⁴

3.4.1 Aktivitätsniveau und parteiinterne Kommunikation

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, inwieweit das Aktivitätsniveau mit der parteiinternen Kommunikation der Mitglieder des Kreisverbandes Gießen der Republikaner zusammenhängt. Eine umfassende Analyse der in der Parteimitgliedschaft der Republikaner bestehenden Kommunikationsbeziehungen ist aufgrund ihrer Komplexität und mangelnder Informationen leider nicht möglich. Es können daher lediglich Voraussetzungen und Bedingungen für die Aufnahme, Verarbeitung und Weiterleitung von Informationen nicht näher bestimmten Inhaltes aufgezeigt werden.¹⁶⁵

Die Kommunikationsintensität kann als Ausdruck für den Aufwand und die Anstrengungen, die ein Mitglied aufwendet, um seine Interessen und Werte in die Entscheidungen der Partei einzubringen, gedeutet werden. Hierbei soll in der weiteren Analyse zwischen einer einseitigen, direkten Information über die parteiinternen Medien und einer einseitigen, indirekten Information über die öffentlichen Massenmedien unterschieden werden.

3.4.1.1 Kommunikation/Information über parteiinterne Medien

Auf die Frage, welche Informationsquelle den Parteimitgliedern am wichtigsten erschien, um sich über den Standpunkt der Partei zu bestimmten Fragen zu informieren, meinten die Gesprächsteilnehmer, dass sie sich über persönliche Kontakte zu Funktionären oder Delegierten und in privaten Gesprächen informierten. Darüber hinaus waren für sie die Parteipublikationen neben den Parteiveranstaltungen das wichtigste Informationsinstrument, sich über die Ziele und Handlungen der Partei zu informieren.

Aufgrund dieses Ergebnisses gehe ich davon aus, dass diese Parteimedien vorrangig der parteiinternen Kommunikation bzw. der Information der Mitglieder dienen. Diese Publizistik kann daher als ein relativ stabiler Faktor in der Kommunikation gesehen werden.

¹⁶⁴ Ulrich von Alemann, „Parteien und Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Rekrutierung, Konkurrenz und Responsivität“, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), (1992), op.cit., S. 122.

¹⁶⁵ Franz Ronneberger/Jürgen Walchsdörfer, (1975), op.cit.

3.4.1.1.1 Das Angebot an Parteizeitungen

In der weiteren Untersuchung beschränke ich mich auf die relativ leicht feststellbaren quantitativen Merkmale der von einer Partei herausgegebenen Medien.¹⁶⁶

Das zentrale Parteiorgan der Bundespartei ist die 1983 gegründete Zeitschrift „Der Republikaner“ mit einer monatlichen Auflage von ca. 85.000 Stück. Zunächst unter dem Titel „Republikanischer Anzeiger“ verbreitet, erschien sie bis Ende 1995 unter dem o.g. Titel im 13. Jahrgang. Es war eine im Zeitungsformat gehaltene und die einzige periodisch erscheinende Schrift der gesamten Parteiorganisation, die für jedes Parteimitglied erhältlich ist.¹⁶⁷

Der Landesverband Hessen gab nur einmal im Nov./Dez. 1989 ein Zweimonatsblatt unter dem Titel „Der hessische Republikaner“ heraus. Seitdem besaß er Wechelseiten im „Republikaner“, die er redaktionell eigenständig gestalten konnte. Darüber hinaus besaß der Landesverband Hessen einen Informationsdienst, den vor allem die engeren Führungsgruppen der Partei nutzten.

Der Kreisverband Gießen gab keine regelmäßig erscheinende eigene Informationsschrift heraus.¹⁶⁸

Hinzu kam, dass auch das innerorganisatorische Informations- und Kommunikationssystem, insbesondere durch elektronische Textübermittlungsmöglichkeiten /Internet in den letzten Jahren ständig erweitert wurde. Dadurch konnte die Reaktionsgeschwindigkeit der Untergliederungen auf politische Ereignisse erhöht werden, allerdings auch das Steuerungspotenzial übergeordneter gegenüber untergeordneten Einheiten. Seit März 1994 sollte eine parteinahe Franz-Schönhuber-Stiftung einen weiteren Beitrag zur politischen Bildungsarbeit und zur wissenschaftlichen Politikberatung leisten. Die Einrichtung wurde jedoch vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster zurückgewiesen.¹⁶⁹

Im Kreisverband Gießen existierte ein vielfältiges Geflecht von binnenorganisatorischen politischen Vermittlungs- und Kommunikationsaktivitäten und -leistungen. Vom Ausbau der organisationsinternen Vermittlungsapparate und die damit in Verbindung stehenden

¹⁶⁶ Hierunter fallen beispielsweise Auflagenhöhe, Erscheinungshäufigkeit und Definition der Empfänger. Nicht berücksichtigt werden die Inhalte der einzelnen Medien, redaktionelle Konzeptionen und deren professionelle Handhabung sowie personelle, finanzielle und organisatorische Unterstützung bei der Herausgabe. Unter dem verwendeten Begriff der Parteipublikationen soll im Allgemeinen Zeitschriften verstanden werden, die langfristig und mit einer Mindesthäufigkeit erscheinen. Auch keine Berücksichtigung finden die zeitlich, thematisch und räumlich punktuellen Schwerpunktmaßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere während der Wahlkämpfe.

¹⁶⁷ Vgl. Rainer Fromm/Barbara Kernbach, „... und morgen die ganze Welt?, Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa“, Marburg 1995, S. 130; Vgl. Siegfried Jäger (Hrsg.), „Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten“, Berlin/Bonn 1988, S. 223; Astrid Lange, „Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Ziele. Inhalte. Taktik“, München 1993, S. 64 ff.

¹⁶⁸ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994 und Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994.

¹⁶⁹ Vgl. Franziska Hundseder, „Rechte machen Kasse. Gelder und Finanziere der braunen Szene“, München 1995, S. 39-50; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.2.1998.

Kommunikationsangebote profitierten jedoch nicht alle Parteimitglieder, sondern nur diejenigen, die innerhalb der Organisation ohnehin schon an herausgehobener Position standen.

Nun stellt sich die Frage, wie das Angebot an periodisch erscheinenden parteiinternen Publikationen durch die Mitglieder angenommen wurde. Meiner Einschätzung nach ist auf individueller Ebene die Zahl der vom einzelnen Mitglied aufgenommenen bzw. gelesenen Publikationen nicht nur ein Maß für den Aufwand, den das einzelne Mitglied für seine Information betreibt, sondern auch eine Folge der Angebotsstruktur. Der Umfang, in dem die einzelnen Publikationen von der Gesamtmitgliedschaft aufgenommen werden, macht die Struktur der Informations- und Einflusschancen in die Mitgliedschaft über die parteiinternen Publikationen deutlich.

In den geführten Gesprächen wurde deutlich, dass sich die Mitglieder in erster Linie über die Parteipublizistik informierten, gefolgt von Parteiveranstaltungen, Hörfunk-/Fernsehberichten und Tageszeitungen. Dabei wurden auch erhebliche Unterschiede bei den aktiven Mitgliedern deutlich. Die Aufnahme von Parteipublikationen war dort am größten, wo auch die Kommunikation über die persönlichen Kontakte am dichtesten waren. Je berufsmäßiger Politik betrieben wurde, um so größer war der Aufwand für die Kenntnisnahme der parteiinternen Publikationen. Die umfangreiche Verarbeitung und Informationsaufnahme der parteiinternen Publikationen kann als Teil des Koordinations- und Integrationsaufwandes derer angesehen werden, die die Politik der Partei mit ihrer förmlichen Autorität in den Parteiämtern und bei der Ausübung von Mandaten aktiv gestalteten und formulierten.

3.4.1.2 Medienaufnahmen bei unterschiedlicher Aktivität

Die Medienaufnahme durch die Parteimitglieder im Kreisverband Gießen war demnach abhängig von der Stärke ihres politischen Interesses, das wiederum in der mehr oder weniger großen Aktivität in der Partei zum Ausdruck kam. Mehr oder weniger große Aktivität entsprach einer korrespondierenden Bereitschaft, sich umfangreicher über öffentliche Medien zu informieren, wie es aus den geführten Gesprächen hervor ging. Während bei der Aufnahme parteiinterner Medien berücksichtigt werden musste, dass aktive und passive Mitglieder kein gleich umfangreiches Medienangebot erhielten, waren die öffentlichen Medien jedermann gleichermaßen zugänglich. Als allgemeine Informationsquelle konnten lokale und regionale Tageszeitungen und die bundesweiten Nachrichtensendungen des Fernsehens praktisch von allen aktiven oder passiven Mitgliedern genutzt werden. Die Medienstruktur bei den aktiven Mitgliedern war vielfältiger als bei den passiven, weil die

Mediennutzung mit zunehmender Aktivität umfangreicher wurde. Der individuelle Aufwand war deshalb sehr unterschiedlich.

3.5 Formelle und informelle Interaktionsstrukturen der Parteimitglieder

Parallel zu den oben näher erläuterten formellen Interaktionsmustern existierten im Kreisverband Gießen eine Reihe informeller Interaktionsstrukturen.

Hierbei handelt es sich in erster Linie um informelle Treffen innerparteilicher Interessengruppierungen bzw. politische Diskussionen auf privater Ebene, die insbesondere der Vorklärung von Strategien in den formellen Organen zu dienen schienen.¹⁷⁰ Aufgrund der geführten Gespräche kann davon ausgegangen werden, dass im Kreisverband derartige informelle Kontakte vom Umfang her gesehen weit über die formellen Interaktionen hinausgingen und für den tatsächlichen Verlauf der innerparteilichen Willensbildungsprozesse ausschlaggebend waren. Nicht unbedeutend in dieser Hinsicht war die Kommunikationsintensität innerhalb der einzelnen Ehepaare (z.B. Kolan, Öhl), die teilweise auch dem Kreisverbandsvorstand angehörten.

Die ausschlaggebende Bedeutung dieser informellen Interaktionen lag in ihrer Unkontrollierbarkeit begründet. Sie waren auf Grund der mangelnden Transparenz auch für mich nur bedingt erkennbar.

Aufgrund der formellen Organisationsstruktur der Partei war der parteiinterne Erfolg bei der Durchsetzung politischer Interessen von Abstimmungserfolgen in den Mitgliederversammlungen abhängig. Das galt sowohl für inhaltliche wie auch für personalpolitische Interessen. Wie es schien, kam dabei den Entscheidungen über die personelle Zusammensetzung der Vorstände und die Nominierung von Kandidaten, trotz Personalknappheit und geringen Partizipationsverhaltens der Mitglieder, eine erhöhte Bedeutung zu. Sie stellten zugleich Vorentscheidungen über politische Inhalte dar.¹⁷¹

Ebenso kann gesagt werden, dass die informellen Interaktionen bei den Republikanern im Kreisverband Gießen, abgesehen von gewissen technischen Funktionen, hauptsächlich der Entwicklung und Vereinbarung von Verhaltensstrategien dienten, die auf den Erfolg in formellen Abstimmungen zielten.

Weiter konnte festgestellt werden, dass die Struktur der informellen Interaktionsmuster in der Partei nicht isomorph zu der formellen Organisationsstruktur war. Sie scheint sich vielmehr über alle Gliederungsebenen und Organe der Parteien zu erstrecken, allerdings mit

¹⁷⁰ In einem Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994 wurden Treffen auf privater Ebene genannt, deren Aufgaben darin bestanden, über Probleme, die sich bei der Parteiarbeit ergaben, zu diskutieren und Lösungsschritte zu finden.

¹⁷¹ Je nach der Zusammensetzung des Kreisvorstandes konnte es sich dabei entweder um eine konservative oder gemäßigte Politikausrichtung handeln.

Verdichtungen, die auf die jeweiligen Gremien bezogen waren. Es drängte sich der Eindruck auf, dass in den Parteien weniger „antizipiert“ als telefoniert wurde, um die verschiedenen innerparteilichen Strategien soweit wie möglich aufeinander abzustimmen. Seitens der Partei wurde zugegeben, dass, um den parteiinternen formellen oder informellen Informationsfluss aufrecht halten zu können, sehr viel unter den einzelnen Parteigruppenangehörigen telefoniert werde.¹⁷² Die Folge war, dass es zu einer Abkapselung in der Binnenkommunikation kam, die auch auf einer allzu engen Selektionsbasis ihrer Mitgliedschaft beruhte.

3.6 Zusammenfassung

Im Kreisverband Gießen der Republikaner konnte ich ein unterschiedlich strukturiertes Partizipationsverhalten in der Gesamtmitgliedschaft feststellen. Auf der Grundlage eines Aktivitätsindex wurden vier verschiedene Verhaltensgruppen ermittelt. Die Folge dieses unterschiedlichen *Partizipationsverhaltens* der Gesamtmitgliedschaft war, dass unter dem rein quantitativen Aspekt die *Selektionsmöglichkeiten* für Führungs- und Funktionärspersonal bereits stark eingeschränkt war. Die Tatsache, dass es sich in Gießen noch um eine kleine, mitgliederschwache Partei handelte, engte dieses Problem weiter ein. Die Folgewirkungen waren Ämterkumulationen oder auch ein Kooptationssystem bei der Zuwahl von Vorstandsmitgliedern, was sich in der hohen Zahl an Mehrbereichsakteuren, die es im Kreisverband gab und gibt, verdeutlichte.

Ferner war zu beobachten, dass die Partizipation der Mitglieder mit den persönlichen Anreizen korrelierte. Diese reichten von individueller, sozialpsychologischer Art bis hin zu staatsbürgerlichem Pflichtbewusstsein, einfacher Geltungssucht oder persönlicher Gratifikation. Darüber hinaus war zu erkennen, dass die Förderung der persönlichen Ziele auf jeden Fall Einfluss auf die Partizipationsmotivation hatte.

Es gab und gibt auch Grenzen der *Partizipationsmöglichkeiten*. Neben individuellen (z.B. der Restriktion knapper Zeit) lagen sie vor allem in der Organisationsform der Partei. Aufgrund der geringen organisatorischen Ausdifferenzierung (z.B. das Fehlen von Arbeitsgruppen oder weiterer Ortsverbände) des Kreisverbandes fehlten die Orte für eine Partizipationsausübung und dadurch auch Partizipationsanreize. Darüber hinaus existierte eine *Selbstbegrenzung* der *Partizipation*, die in der begrenzten Neigung der Parteimitglieder, sich zu exponieren, lag. Die *Partizipationswilligkeit* spiegelte sich in dem relativ geringen Stellenwert der Mitgliederversammlungen wider, den sie unter den Parteimitgliedern genoss.

¹⁷² Um den parteiinternen informellen wie formellen Informationsfluss aufrecht halten zu können, wurde unter den der Gruppe angehörenden Personen sehr viel telefoniert. Helmut Zimmermann in einem Interview am 22.3.1994.

Durchschnittlich nur dreißig Prozent der Mitglieder des Kreisverbandes kamen zu diesen Versammlungen. Diese Angabe unterscheidet sich kaum von den Zahlen anderer freiwilliger Organisationen. Darüber hinaus machte sich das deutliche Fehlen einer gezielten Mobilisierung bemerkbar. Seitens der Partei wurde immer wieder bemängelt, dass Probleme entstünden, die Mitglieder zu motivieren und aktiv in die Partei einzubinden. Hingegen war eine hohe Beteiligung von Funktionsträgern an den Mitgliederversammlungen zu erkennen.

Es konnte festgestellt werden, dass ein regelmäßiger parteiinterner Informationsaustausch zwischen den „aktiven“ Parteimitgliedern existierte, nicht jedoch zu den „einfachen“ Parteimitgliedern. Demnach bestand ein innerparteiliches *Kommunikations-* und damit *Informationsgefälle* innerhalb der untersuchten Gesamtmitgliedschaft.

Parteipublikationen waren neben den Parteiveranstaltungen das wichtigste Informationsinstrument, um sich über die Ziele und Handlungen der Partei zu informieren. Diese Publizistik kann daher als ein relativ stabiler Faktor in der parteiinternen Kommunikation gesehen werden.

Von dem vielfältigen Geflecht an Kommunikations- und Informationsangeboten und -leistungen, das in der Partei existierte, profitierten nicht alle Parteimitglieder gleichmäßig, sondern nur diejenigen, die innerhalb der Organisation ohnehin schon zum elitären Kreis gehörten. Zusammengefasst bedeutet das, dass im Kreisverband Gießen nur ein äußerst geringer Teil der Parteipublikationen als Instrumente einer wirklichen stetigen Kommunikation und Information angesehen werden konnte.

Darüber hinaus integrierten die innerorganisatorischen Kommunikationskanäle fast ausschließlich die Funktionsträger und einen Teil der aktiven Mitglieder. Diese Integration war uneinheitlich. Die Parteiorganisation besaß deshalb ein Gefüge von Kommunikationsräumen, zwischen denen erhebliche Aktivitäts- und Kommunikationsgefälle bestanden.

Parallel zu diesen formellen Interaktionsmustern existierte eine Reihe informeller Interaktionsstrukturen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um informelle Treffen innerparteilicher Interessengruppen bzw. politische Absprachen auf privater Ebene, die insbesondere der Vorabklärung von Strategien in den formellen Organen zu dienen schienen. Derartige Kontakte gingen vom Umfang her gesehen weit über die formellen Interaktionen hinaus und waren meiner Meinung nach für den tatsächlichen Verlauf der parteiinternen Willensbildungsprozesse ausschlaggebend.

4. Innerparteiliche Demokratie im Kreisverband Gießen der Republikaner

Den größten Teil an Publikationen, sowohl in der Parteienforschung als auch in der politischen Sozialisationstheorie, nimmt die Analyse der parteiinternen Demokratie ein. Betrachtet man die theoretischen Studien zu diesem Thema, fällt auf, dass sie vor allem mit Robert Michels ehemern „Gesetz der Oligarchie“¹⁷³ in den Parteiorganisationen ihren Ausgang hatte. In den wissenschaftlich geführten Diskussionen fand seine Theorie entweder ihre Bestätigung oder Widerlegung.¹⁷⁴ Auffallend bei den geführten Debatten war, dass sie sich immer auf homogene Parteien in einer politischen Umwelt bezogen, die sich deutlich in rechts und links und in Interessengegensätzen pro oder contra gliederten.

Der Grundsatz der innerparteilichen Demokratie fordert die direkte oder indirekte Mitwirkung möglichst vieler Parteimitglieder an der Formulierung der Partei-Programme, der Besetzung der Führungsstellen und der Aufstellung von Kandidaten für Parlamentswahlen sowie eine regelmäßige Erneuerung der leitenden Parteiorgane. Der Prozess der politischen Willensbildung soll also auf der untersten Ebene der Partei beginnen und sich bis zur Parteispitze fortsetzen. Hinzukommt, dass Führungsprobleme im Allgemeinen auch unter dem Postulat nach innerparteilicher Demokratie behandelt wird, wobei man meistens von Michels „ehernem Gesetz der Oligarchie“ ausgeht, dem zufolge die Oligarchie im Sinne der Hervorbringung von sich abkapselnden Führungsgruppen das Schicksal jeder Organisation sei. Als Regel gelte, dass die Macht der Führer im gleichen Maßstab wächst wie die Organisation, und mit zunehmender Organisation sei deshalb die innerorganisatorische Demokratie im Schwinden begriffen, ohne auch nur die Übertragbarkeit von dessen Prämissen auf heutige Verhältnisse zu überprüfen.

Weil sich das Parteileben im Kreisverband der Republikaner in Gießen auf einen kleinen, fast familiären Kreis von Insidern beschränkt, kann der Theoriebau Michels mit der auf Großparteien und Massenorganisationen bezogene Begrifflichkeit (Oligarchisierung) nicht auf eine Klein(st)partei, wie die Republikaner in Gießen, angewendet werden. Die Analyse der parteiinternen Demokratie müsste in der mikrophysiologischen und –soziologischen Gruppenuntersuchung liegen; hierzu hatte ich jedoch keine Hinweise.

Um im Kreisverband Gießen von einer innerparteilichen Demokratie zu sprechen, muss meiner Meinung nach ein anderer Begriff gewählt werden. Die Republikaner haben politisch

¹⁷³ Siehe Robert Michels, „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über oligarchische Tendenzen des Gruppenlebens“, 4. Aufl., hrsg. und mit einer Einführung versehen von Frank R. Pfetsch, Stuttgart 1989.

¹⁷⁴ Hierzu: Oskar Niedermayer, „Innerparteiliche Demokratie“, Opladen 1989; Ulrich Lohmar, „Innerparteiliche Demokratie“, Stuttgart 1963, 2. Aufl. 1968. Michael Th. Greven, „Parteien und politische Herrschaft“, Meisenheim: Hain 1977, S. 260. Besonders intensiv hat sich Duverger um den Nachweis oligarchischer Tendenzen in Parteien bei der Auswahl leitender Parteifunktionäre (S. 151) und die zur Oligarchisierung führende psychologische Eigendynamik der Führungsverantwortung bemüht (s. 174), in: Maurice Duverger, „Die politischen Parteien“, Tübingen 1959.

gearbeitet und gehandelt wie eine Art „Wohnzimmerpartei“. Theoretisch müsste man annehmen, dass eine innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben weit besser ausgeprägt ist, eine Willensbildung von oben nach unten kaum existiert. Das konnte jedoch nicht bestätigt werden. Die selbstherrlichen Tendenzen des damaligen Kreisvorsitzenden, Ulrich Kolan, sprechen dem entgegen. Dem gegenüber steht aber, dass Kolan demokratisch und legitim in den Mitgliederversammlungen immer wieder gewählt worden ist. Deshalb spreche ich von einer demokratisch legitimierten Autokratie, die im Kreisverband Gießen der Republikaner existierte.

4.1 Der formale Gesichtspunkt

Die parteiinterne Demokratie im Kreisverband wurde unter dem Gesichtspunkt der Mitgliederpartizipation betrachtet. Hier vor allem, beim Bereich Mitgliederteilnahme an der Personalrekrutierung, Politikformulierung und -vermittlung.

Die Leitung des Kreisverbandes Gießen lag beim Vorstand und war formal geregelt. Der Vorstand wird gemäß der Satzung von den Mitgliedern für eine relativ kurze Amtsdauer von zwei Jahren gewählt und kann jederzeit während der Amtsperiode von der Mitgliederversammlung abberufen werden.¹⁷⁵ Unter diesem rein formalen Gesichtspunkt hatte die Mitgliederversammlung, als höchstes Organ in der Partei, eine formelle Schlüsselposition für den innerparteilichen Willensbildungsprozess. Sie wählte den Vorstand, konnte ihn auch durch eigene Beschlüsse binden oder abwählen.

4.2 Mitgliederpartizipation an der Personalrekrutierung

Die Beurteilung des Bewusstseins zur innerparteilichen Demokratie ist ein vielschichtiges und schwieriges Unterfangen.

Als indirekter Maßstab für eine parteiinterne mangelhaften Demokratie dienen in der Parteienforschung, u.a. nach Niedermayer, Indikatoren wie eine lange Amtsdauer von Parteifunktionären, mangelnde personelle Alternativen bei Personalentscheidungen und Beeinflussung der Personalentscheidung durch eine Führungsgruppe.¹⁷⁶

¹⁷⁵ Siehe Landessatzung der Republikaner Hessen, op.cit..

¹⁷⁶ Oskar Niedermayer, (1989), op.cit.

Aufgrund des unterschiedlichen Partizipationsverhaltens der Parteimitglieder konnte nur ein kleiner Teil der Mitglieder des Kreisverbandes zur Gruppe der „aktiv“ Mitwirkenden gezählt werden. Das Binnenleben der Partei war deshalb weitestgehend von einer Minderheit getragen. Aus dieser Gruppe der „Aktiven“ mussten dann die Vorstandsmitglieder, Delegierte und Mandatsträger für das Kreis- und Stadtparlament gewählt werden.

Erschwerend kam noch hinzu, dass das Aktivenreservoir der Partei als äußerst strapaziert und zum Ende der beiden Legislaturperioden 1993 bis 1997 und 1997 bis 2001 auch als ausgeschöpft gelten konnte.¹⁷⁷ Aufgrund dieser einschränkenden Selektionsmöglichkeiten waren u.a. Ämterkumulationen, mangelnde personelle Alternativen bei Personalentscheidungen, eine lange Amtsdauer von Parteifunktionären, sowie Beeinflussung der Personalentscheidung durch eine Führungsgruppe unausweichlich.¹⁷⁸ Ein Vergleich mit den, von Heino Kaack für einen fiktiven Ortsverein Anfang der siebziger Jahre gemachten Aussagen ergibt, dass sich bezogen auf die Republikaner in Gießen kaum Unterschiede feststellen ließen. Kaack konnte beobachten, dass eine relativ kleine Gruppe von Parteimitgliedern eine relativ große Zahl von Mandatsträgern und Amtsinhabern stellen musste und dass das Rekrutierungspotenzial der Ortsvereine in zahlreichen Fällen so gering war, dass für die zu besetzenden Ämter nicht genügend qualifizierte Bewerber gefunden werden konnten. Dies erleichterte die Bildung von Oligarchien.¹⁷⁹ Nach der Überlegung von Herzog, bezogen auf alle kommunalen Parteien, werden die Personalentscheidungen durch die Funktionäre vorbereitet und damit weitgehend vorbestimmt.¹⁸⁰

Aus den geführten Gesprächen geht hervor, dass die Nachfrage der Parteimitglieder für ein Parteiamt sich in Grenzen hielt. Letztendlich war man froh, halbwegs qualifizierte und verfügbare Personen gefunden zu haben. Das galt ebenfalls für die Wahl der Kommunalabgeordneten und die Delegierten.

Bei der Untersuchung der Kontaktintensität innerparteilicher Gruppen kam ich zum Ergebnis, dass ein regelmäßiger parteiinterner Informationsaustausch zwischen den „aktiven“ Parteimitgliedern existierte, jedoch kaum zu den „passiven“. Die Parteiorganisation besaß ein Geflecht von Kommunikationsräumen, in denen ein erhebliches Aktivitäts- und Kommunikationsgefälle zwischen Aktiven und dem Rest der Parteimitglieder bestand. Darüber hinaus war die Informationsbeschaffung bei den aktiven Mitgliedern aufgrund

¹⁷⁷ Deutlich erkennbar wird diese Situation, dass vakante Mandatsstellen nicht ohne weiteres neu besetzt werden konnten. Viele Parteiaktive über 20 Stunden die Woche, teilweise neben ihrem Beruf und somit an der Grenze der eigenen Belastbarkeit, arbeiteten. Siehe Auswertung des Fragebogens vom März 1994.

¹⁷⁸ Als Beispiel einer langen Amtsdauer ist Ulrich Kolan zu nennen, der das Amt des ersten Kreisverbandsvorsitzenden in Gießen von 1989 bis 1997 innehatte.

¹⁷⁹ Heino Kaack, „Die Basis der Parteien. Struktur und Funktionen der Ortsvereine“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1 (1971), S. 36.

¹⁸⁰ Dietrich Herzog, „Politische Führungsgruppen: Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung“, Darmstadt 1982, S. 88.

unterschiedlichen Zugangs vielfältiger als bei den passiven. Für die tägliche politische Praxis bedeutete das, dass sowohl die Verbreitung eigener Ideen als auch die intensive informelle Kommunikation gerade innerhalb dieser kleinen Gruppe stattfand. Langfristig würde sich das parteiinterne Kräfteparallelogramm zu ihren Gunsten verschieben.

Zur Frage, wie die Parteimitglieder ihren innerparteilichen Einfluss generell einschätzten, antworteten die Gesprächsteilnehmer, dass die Mandats- und Funktionsträger/„Aktive“ ihren Einfluss als groß, „passive“ Parteimitglieder hingegen als gering einordneten. Demnach hielt sich in der Partei nur der „aktive“ Teil der Mitglieder für einflussreich.

Zur weiteren Analyse des Mitgliedereinflusses wurden den Befragungsteilnehmern drei Fragen zur Bewertung des Mitgliedereinflusses auf wichtige Personalentscheidungen, politische bzw. kommunalpolitische Grundsatzfragen gestellt.

Bei der Bewertung, wie sie die Einflussmöglichkeiten eines „einfachen“ Parteimitglieds beurteilten, lassen sich die Ergebnisse im Einzelnen wie folgt zusammenfassen. Die Befragungsteilnehmer antworteten, dass bei kommunalpolitischen Grundsatzfragen die Einflussmöglichkeiten eines „einfachen“ Parteimitgliedes groß, bei politischen Grundsatzfragen und wichtiger Personalentscheidungen hingegen gering waren. Bei der Beurteilung der Einflussmöglichkeiten in politische Grundsatzfragen und wichtige Personalentscheidungen wurde somit das Bild vermittelt, dass die Einflussmöglichkeiten auf Wenige verlagert waren. Deutlich aus der Reihe fiel der Wert bei der Beurteilung des Mitgliedereinflusses bei kommunalpolitischen Grundsatzfragen. Dieses Ergebnis verleitet zur Interpretation, dass eine größere Basisnähe in der Kommunalpolitik gleichzeitig eine direktere Demokratie ermögliche. Alle Beteiligten des Kreisverbandes Gießen der Republikaner („aktive“ und „passive“) strebten keinen höheren Einfluss an und waren mit ihrer gegenwärtigen Situation zufrieden. Das unterstreicht die bereits festgestellte unterschiedliche Partizipationswilligkeit unter den Parteimitgliedern.

Eine adäquate Beurteilung der Führungsproblematik im Kreisverband Gießen kann wegen mangelnder Informationen zwar nicht abgegeben werden, aber es kann gesagt werden, dass der Kreisverbandsvorsitzende durch seine eigenen, individuellen Vorstellungen die parteiinterne Willensbildung des Kreisverbandes prägte. Er entwickelte sich zum alleinigen Ansprechpartner für alle Angelegenheiten. Aufgaben wurden, nach Aussagen verschiedener Parteirepräsentanten, in der Regel nicht delegiert, sondern von ihm alleine gelöst wenn es sein musste, auch über die Vorstandsmitglieder hinweg.¹⁸¹ Immer öfters wurde aus den

¹⁸¹ Gießener Allgemeine Zeitung vom 6.10.1994. Bemängelt wurde auch, dass sogar der Schriftführer keinen Einblick in seine eigene Mappe erhielt. Bei Rechenschaftsberichten könne man nicht nachvollziehen, ob sie korrekt geführt seien, denn es lägen keine vor. Sämtliche Protokolle seien im Besitz des Kreisverbandsvorsitzenden. Alle Punkte aus einem Interview mit Bernhard Gattwinkel am

parteiinternen Reihen der aktiven Mitglieder Kritik laut, die sich vor allem gegen die „Allkompetenz“ und „Vetternwirtschaft“ des damaligen Kreisverbandsvorsitzenden Kolan richtete. Darüber hinaus warfen ihm verschiedene Funktionäre „eigenmächtiges Handeln“ und unzureichendes „Demokratieverständnis“ vor. In einem Gespräch bezeichnete der damalige Fraktionsvorsitzende Bernhard Gattwinkel ihn sogar als „kleinen Schönhuber“¹⁸². Deutlich wurde diese Situation, als Bernhard Gattwinkel sich z.B. öffentlich zu Unregelmäßigkeiten bei einer Delegiertenwahl für den Listenparteitag zur Bundestagswahl 1994 und der hessischen Landtagswahl 1995 in der Gießener Presse äußerte. Bei diesen Unregelmäßigkeiten sollen die Delegierten seiner Meinung nach nicht gewählt, sondern vom Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Kolan nur benannt worden sein. Verstärkend wirkte sich dieser Situation aus, dass seine Frau Ursula zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls dem geschäftsführenden Vorstand angehörte.¹⁸³

Unverkennbar war, dass der Kreisverbandsvorsitzende nach seinem persönlichen Bedarf ohne weiteres Mitglieder protegieren, präsentieren und einsetzen konnte. Diese Situation zeigte sehr deutliche Anzeichen eines autoritären Führungsstils, verbunden mit einem „eigenen“ Verständnis des parteiinternen Willensbildungsprozesses. Diese Zentrierung auf eine Person erweckt den Eindruck mangelnder Transparenz und unzureichender demokratischer Kontrolle.

Im Kreisverband war klar eine Personifizierung der Macht eines leitenden Parteifunktionärs zu erkennen.¹⁸⁴ Im konkreten Fall heißt das, dass ein Führungsverantwortlicher in Abhängigkeit von seiner Position unterschiedliche Auffassungen darüber entwickelt, wem gegenüber er verantwortlich und rechtfertigungspflichtig ist.

Deutlich zu erkennen war, dass es sich in Gießen um eine demokratisch legitimierte Autokratie handelte, die ihren Ursprung in der Partizipationsunwilligkeit der Parteimitglieder hatte. Dieser Parteispitze ihre Verantwortlichkeit in einer Mitgliederversammlung abzuverlangen, darin läge das eigentliche demokratische Element. Im November 1996 wurde

10.10.1994. Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994. „Ein-Mann-Partei“. Gießener Anzeiger vom 21.7.2000.

Informationen würden bewusst zurückgehalten, um etwaigen unangenehmen Gesprächen aus dem Weg zu gehen. In einem Brief der Mandatsträgerin, Christine Kunze, vom 28.2.1994 an den Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Kolan heißt es: „Hier drängt sich mir [Christine Kunze; B.W.] der Verdacht auf, daß Sie [Ulrich Kolan; B.W.] evtl. unangenehmen Verhandlungen aus dem Weg gehen wollen“. Privatarchiv Bernhard Gattwinkel.

Nach Meinung einiger Parteimitglieder würden aktuelle Mitgliederlisten an Mitglieder des Kreisverbandsvorstandes nicht weitergegeben. In einem Brief von Christine Kunze an den Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Kolan vom 2.3.1994 ist dort zu entnehmen: „mir [Christine Kunze; B.W.] die Mitgliederliste (...) noch immer nicht zugegangen ist ...“. Privatarchiv Bernhard Gattwinkel.

¹⁸² Interview mit Bernhard Gattwinkel am 10.10.1994.

¹⁸³ Das geht aus den geführten Interviews mit Bernhard Gattwinkel am 10.10.1994 und Helmut Zimmermann am 22.3.1994, hervor. Zum Selbstschutz seiner Person und Handlungen entfaltete Ulrich Kolan eine Wehrhaftigkeit gegen angebliche Verleumdungen und Nachstellungen durch so genannte „U-Boote“, „Abweichler“, Gießener Allgemeine Zeitung vom 6.10.1994. Der Gießener Presse warf er „Undemokratisches Verhalten gegenüber den Republikanern“ vor, Gießener Anzeiger vom 8.3.1993. „Böswillige Lügen“, Gießener Allgemeine Zeitung vom 21.7.2000.

¹⁸⁴ Maurice Duverger, „Die politischen Parteien“, Tübingen 1959, op.cit., S. 174.

Ulrich Kolan, weil er sich für das Amt des Vorsitzenden nicht mehr zur Verfügung stellte, durch den Philosophiestudenten Daniel Schäfer in einer Mitgliederversammlung durch Wahl ersetzt. Im Mai 2000 wurde Eva Pfeffer-Schmidt Kreisverbandsvorsitzende.

Die oben skizzierten Probleme wiesen auf kommunaler Ebene nicht auf mangelnde Partizipationschancen und in einer partizipationsrestringierenden Strategie einer Führungsgruppe oder -person hin, sondern auf eine allgemein vorherrschende mangelnde Partizipationsbereitschaft eines Großteils der Mitgliederbasis, am inhaltlichen und personellen Willensbildungsprozess aktiv und regelmäßig teilzunehmen, eine Funktion zu übernehmen oder Alternativkandidaten zu benennen. Die Defizite im Kreisverband Gießen sind demnach ausschließlich bei den Mitgliedern und deren Leistungsmotivation zu suchen. Die Parteimitglieder in Gießen förderten mit ihrem mangelnden Partizipationsverhalten Strukturen einer demokratisch legitimierten Autokratie. Die innerparteiliche Demokratie im Kreisverband ist als ein Partizipationsproblem zu definieren.

Die erwähnten Probleme müssten theoretisch aufgrund der starken Mitgliederfluktuation und des geringen Mitgliederpotenzials zu einer größeren Aktivitäts- und Leistungsbereitschaft innerhalb des Kreisverbandes Gießen führen. Ob sich nun die Teilnahmeintensität der gesamten Mitgliedschaft in dem Untersuchungszeitraum von 1989 bis 2001 verändert hatte, kann aufgrund fehlender Informationen nicht gesagt werden. Sicher ist, dass eine aktive Mitgliedschaft nicht mit einer längerfristig bestehenden Mitgliedschaft gleichzusetzen ist.

4.3 Mitgliederpartizipation an der Politikformulierung

Eine Teilnahme an Veranstaltungen sagt allein wenig über die innerparteiliche politische Partizipation der Parteimitglieder aus. Hinweise auf das Ausmaß an der parteiinternen Politikformulierung durch die Parteibasis lassen sich entweder durch Analysen programmatischer Wandlungsprozesse der Partei oder durch die Analyse von Parteitagsverläufen und deren Ergebnissen feststellen. Beides ließ sich aufgrund fehlender Informationen nicht umsetzen.

Hingegen konnte festgestellt werden, dass bei den Mitgliederversammlungen kommunalpolitische Fragen selten auf der Tagesordnung standen, sondern in erster Linie organisatorische Aufgaben. Zum Austausch bzw. zu Debatten inhaltlicher Positionen kam es selten. Die stattgefundenen Diskussionen hatten größtenteils emotionale und aktuelle Themenbereiche zum Inhalt, z.B. wurden Attacken gegen Wahlkampfhelfer oder

Diskussionen über „Verleumdungskampagnen“¹⁸⁵ erörtert. Referate von Funktionsträgern der eigenen Partei waren unregelmäßig.

Das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung weist Parallelen zu den Aussagen von Lammert auf, der davon ausgeht, dass die unteren Parteiebenen durch „eine routinierte Abwicklung organisatorischer Probleme und durch das völlige Fehlen jeder sachpolitischen Auseinandersetzung gekennzeichnet“¹⁸⁶ seien.

Die Mitgliederversammlung erfüllt, nach Aussagen von einzelnen Parteirepräsentanten, neben der Funktion der Personalrekrutierung und der kollektiven Identitätsbildung auch Kommunikationsbedürfnisse unter Alters- und Ideologiegleichen.¹⁸⁷ In Grenzen hat sie deshalb auch politische Informations- und Bildungsfunktionen. In Gießen handelte es sich um einen politisch lokalen Routinebetrieb.

4.4 Die parteiinterne Heterogenität

Wie bereits an vorangegangener Stelle dargestellt, ist bei den Republikanern von einer ausgeprägten Heterogenität politischer Interessen und ideologischer Orientierungen auszugehen. Der Kreisverband fungierte als Sammelbecken höchst divergenter Vorstellungen, Schichten, Konfessionen, Werteorientierungen und Altersgruppen. Diese verschiedenen Interessenstrukturen müssten sich bei den Republikanern in einer Vielzahl von parteiinternen Konfliktlinien widerspiegeln.

Weiter kann gesagt werden, dass neben den formalen Gremien der Partei und deren Beziehungen untereinander im Kreisverband auch politisch-inhaltlich begründete innerparteiliche Gruppierungen, die als „Faktionen“ zu bezeichnen sind, existierten. So äußerte sich der damalige Fraktionsvorsitzende Bernhard Gattwinkel in einem Gespräch: „... dass aufgrund der vorhergehenden Parteizugehörigkeiten oder Sympathien der Fraktionsmitglieder, es einen gemäßigteren Teil und einen etwas konservativeren gibt“¹⁸⁸. Die informellen Kontakte spielten sich allem Anschein nach insbesondere innerhalb und zwischen den verschiedenen Faktionen ab, die um die Beeinflussung bzw. Beherrschung der

¹⁸⁵ Als Beispiel das Protokoll der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner vom 10.9.1993. Privatarchiv Bernhard Gattwinkel. Gießener Anzeiger vom 9.9.1994.

¹⁸⁶ Norbert Lammert, „Die Bedeutung regionaler und nichtregionaler Organisationsstrukturen im Willensbildungsprozeß politischer Parteien auf unterer Organisationsebene, dargestellt am Beispiel eines CDU-Kreises im Ruhrgebiet“, Bochum 1974, S. 142.

¹⁸⁷ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994. Interview mit Helmut Zimmermann am 22.3.1994.

¹⁸⁸ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

formalen innerparteilichen Entscheidungsorgane wetteiferten und auf dichten direkten kommunikativen Strukturen basierten.¹⁸⁹

Um ihrem politischen Gestaltungsanspruch nachzukommen, bestand auch gleichzeitig ein Zwang zur Kooperation über die Interessengegensätze hinweg. War dies nicht mehr möglich, entstand ein parteiinterner Konflikt, der meiner Meinung nach in der Partei unausweichlich zu sein schien. Sie konnte deshalb nur als Konfliktsystem existieren. Die Intensität und Dauer dieses parteiinternen Konfliktes hing letztendlich von der tatsächlichen Intensität der Gegensätze zwischen den in der Partei vertretenen unterschiedlichen Interessen ab.

Bei den parteiinternen Auseinandersetzungen können neben Richtungskämpfen, Zerwürfnissen, gezielten Verleumdungen und enttäuschten Erwartungen einzelner Personen oder Interessengruppen sowohl autoritäre wie auch ideologische Formen ausgemacht werden, die sich in einer unterschiedlichen Intensität manifestierten, verdichteten und in einem unterschiedlichen Umfang miteinander rivalisierten. Hieraus erwuchsen innerparteiliche Konflikte, vor allem dann, wenn sich Politikinnovationen an den Grenzen der gemeinsamen Wertvorstellungen bewegten.¹⁹⁰

Eine präzise Darstellung der parteiinternen Machtverteilung wird durch eine Überlagerung von Funktionen, Konfliktlinien, Komplexität und Ambivalenz der Mechanismen für außenstehende Beobachter erschwert. Festgestellt werden konnte, dass sich die verschiedenen Interessengruppen verselbständigten und es dadurch vermehrt zu faktionellen, konfliktreichen Einzelaktionen kam, die den Charakter von Grabenkämpfen hatten.¹⁹¹ Bei diesen Auseinandersetzungen wurde der Anschein erweckt, dass es sich bei den innerparteilichen Konflikten in erster Linie nicht um Posten, sondern um persönliche Eitelkeiten ging.

Im Widerspruch hierzu stand und steht die Forderung nach einem geschlossenen Erscheinungsbild.

Das geschlossene Erscheinungsbild scheint meiner Vermutung nach vor allem der Funktion eines Disziplinierungsmittels zuzukommen, mit dessen Hilfe versucht wurde,

¹⁸⁹ So sind Faktionen innerhalb des Kreisverbandes auszumachen, die für einen transparenteren Kurs der Partei eintraten.

¹⁹⁰ Gießener Anzeiger vom 21.7.2000.

¹⁹¹ Innerhalb des Kreisverbandes Gießen konnte ein konservativer Flügel ausgemacht werden, dem vor allem Personen von der „ersten Stunde“ angehörten, beispielsweise waren das, das Ehepaar Kolan, Horst Öhl, Helmut Pätzold und Björn Clemens. Zur gemäßigten Faktion, hierzu gehörten vor allem Mitglieder die zwischen 1992/93 der Partei beigetreten waren. Sie riefen zu mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit auf und wehrten sich gegen das „Katakombendenken“ (Zimmermann, 22.3.1994) ihres Kreisverbandsvorsitzenden. Dieser Gruppe können unter anderen Bernhard Gattwinkel, Helmut Zimmermann, Rainer Schuster und Christine Kunze zugerechnet werden. Als klassisches Beispiel zu den parteiinternen Grabenkämpfen war die „Troika“, bestehend aus Bernhard Gattwinkel, Rainer Schuster und Helmut Zimmermann, bei der Anfechtung der Delegiertenwahl zu nennen.

Dem ausgetretenen Herrn Koch „störten auch die innerparteilichen Machtkämpfe“, Gießener Allgemeine Zeitung vom 26.1.1990.

bestimmte, in der jeweils gegebenen innerparteilichen Situation besonders konfliktträchtige politische Ansprüche von Parteimitgliedern aus dem Willensbildungsprozess auszuschließen. Zu beobachten war, dass allzu kritischen Parteimitgliedern, die durchaus berechnete Missstände aufdeckten und diese sogar öffentlich äußerten, diffamiert und mit Disziplinarverfahren isoliert wurden.¹⁹² Dabei wirkte die inhaltliche Auseinandersetzung des Kritikers unangebracht und wurde als Einzelmeinung abgetan. Wenn Kritiker nicht im vornherein eine gefestigte Mehrheit hinter sich hatten, liefen sie Gefahr, mit ansehen zu müssen, wie die vermeintlichen Mitstreiter von dem angeblich parteischädigenden Kurs abgebracht wurden.¹⁹³ Später wurden diese Kritiker aus der Partei gedrängt oder verließen sie mit einem vorzeitigen Austritt freiwillig.¹⁹⁴

Die Existenz von Faktionen wurde in der Gießener Öffentlichkeit geleugnet, parteiintern als störend, sogar als entbehrlich empfunden.¹⁹⁵ Um dennoch Konflikte lösen und dem Anspruch eines geschlossenen Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit nach wie vor zu entsprechen, wurden Versuche unternommen, die dem Anschein von Parteiaüßerungen gleichkamen und gleichzeitig einen Mangel an parteiinterner Demokratie zeigten.¹⁹⁶

4.4.1 Die Intensität der innerparteilichen Interessengegensätze

Je größer die Intensität der Interessengegensätze zwischen den Mitgliedern, umso prekärer wird vermutlich die innerparteiliche Kooperation, der innerparteiliche Willensbildungsprozess und letztendlich die Stabilität der Partei.¹⁹⁷ Das Ausmaß der Interessengegensätze wird dann nicht auf programmatische Fragen oder sonstige Ansatzpunkte grundsätzlich politischer Erwägungen bezogen, sondern auf das Verhältnis der Parteimitglieder zu der tatsächlich praktizierten Politik der Partei. Eine gemeinsame Parteiidentifikation und Politikausrichtung wäre dann erst recht nicht mehr möglich. Die

¹⁹² Als Beispiele dienen hierzu die angeblichen Unregelmäßigkeiten bei den Delegiertenlisten zur Bundestagswahl 1994 und der hessischen Landtagswahl 1995, oder folgende Äußerungen in der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 6.10.1994: „Mit solchen Querulanten sind wir immer fertig geworden“, „U-Boot“, oder „ein Maulwurf“. Gießener Allgemeine Zeitung vom 6.10.1994.

¹⁹³ Anders sah es beim Austritt von Gerhard Keil aus, der eine breite Mehrheit hinter sich hatte.

¹⁹⁴ So konnte sich der Mitstreiter von Bernhard Gattwinkel und Helmut Zimmermann, der Mandatsträger Rainer Schuster, in der Frage der „Delegiertenwahl“ plötzlich wieder daran erinnern, dass er als Delegierter gewählt worden ist. Dann bedurfte es nur noch einer Demütigung oder einer temperamentvoll ausgesprochenen öffentlichen kritischen Bemerkung, um die Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens mit sofortiger Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auszulösen. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 10.10.1994.

¹⁹⁵ Interview mit Helmut Zimmermann am 19.9.1994.

¹⁹⁶ Hierunter fallen Ordnungsmaßnahmen, die vor allem durch die Ausrichtung des § 8 der Bundessatzung der Republikaner begünstigt werden, nämlich Abmahnungen und Parteiausschlussverfahren. Vgl. Bundessatzung, op.cit.

¹⁹⁷ Ähnlich Hans-Gerd Jaschke, (1990), op.cit., S. 86 ff.

Partei würde letztendlich an ihrer parteiinternen Krisenhaftigkeit zerbrechen, was sich in den Jahren 2000 und 2001 gezeigt hat.¹⁹⁸

4.4.2 Die „parteiinterne Kultur“ der Republikaner

Meiner Meinung nach verfügte die Partei über eine Art „parteiinterner Kultur“, die in einem „Kodex“ das Verhalten der Mitglieder auf ein geschlossenes Erscheinungsbild der Partei festlegte.

Parteiintern richtet sich diese Forderung gegen die Faktionsbildung und -extern auf die Forderung, ein möglichst geschlossenes Erscheinungsbild abzugeben. Diese angemahnte „Geschlossenheit“ steht teilweise in erheblichem Gegensatz zur Realität und scheint heute vielfach darauf reduziert zu sein, die parteiinternen Konflikte gewissermaßen durch einen Harmonisierungsdruck zu verschleiern. Wenn auch diese Forderung für eine erhebliche Zahl der Mitglieder immer noch verbindlichen Charakter hat, so bin ich doch der Ansicht, dass ihre Hauptfunktion (Geschlossenheit) darin liegt, die Akteure dazu zu zwingen, den „Schein nach außen zu wahren“.

4.5 Zusammenfassung

Die formale innere Ordnung der Parteiorganisation der Republikaner räumte den Parteimitgliedern in Gießen alle Möglichkeiten ein, die Politik des Kreisverbandes zu bestimmen und somit aktiv am innerparteilichen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Das unterschiedliche Partizipationsverhalten der Parteimitglieder führte jedoch dazu, dass das Binnenleben der Partei weitgehend von einer Minderheit „Aktiver“ getragen wurde. Aufgrund der daraus entstandenen eingeschränkten quantitativen und qualitativen Selektionsmöglichkeiten waren Ämterkumulationen, mangelnde personelle Alternativen sowie Beeinflussung von Personalentscheidungen durch eine Führungsgruppe unausweichlich. Darüber hinaus besaß die Parteiorganisation ein Geflecht von parteiinternen Kommunikationsräumen, in denen erhebliche Aktivitäts-, Kommunikations- und Informationsgefälle zwischen Aktiven und dem Rest der Parteimitglieder bestanden.

Deutlich zu erkennen war eine Personifizierung der Macht eines leitenden Parteifunktionärs in der Person des damaligen Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan. Unterstützend auf diese Entwicklung wirkte sich das Fehlen eines Alternativkandidaten für das Amt des Kreisverbandsvorsitzenden und seine lange Amtsdauer aus. Die oben skizzierten Probleme wiesen auf kommunaler Ebene daher nicht auf mangelnde Beteiligungschancen

¹⁹⁸ Austritte von Parteimitgliedern bei der Wahl zur Kreisverbandsvorsitzenden im Mai 2000. Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung beide vom 21.7.2000.

und in einer Mitgliederpartizipation einschränkenden Führungsgruppe oder -person, die ihre Wiederwahl zu sichern suchte, hin, sondern eher in einer allgemein vorherrschenden mangelnden Partizipationsbereitschaft eines Großteils der Mitgliederbasis, am innerparteilichen inhaltlichen und personellen Willensbildungsprozess aktiv und regelmäßig teilzunehmen. Die Parteimitglieder in Gießen förderten mit ihrem Partizipationsverhalten eine demokratisch legitimierte Autokratie.

Die Defizite waren demnach ausschließlich bei den Mitgliedern und deren Leistungsmotivationen zu suchen. Für den Kreisverband Gießen traf die These zu, dass innerparteiliche Demokratie als ein Partizipationsproblem zu bezeichnen ist.

Die Mitgliederversammlungen waren durch eine routinierte Arbeitsabwicklung organisatorischer Probleme und durch das Fehlen jeder sachpolitischen Auseinandersetzung gekennzeichnet.

Neben den formal funktionierenden Parteigremien und deren Beziehungen untereinander existieren im Kreisverband Gießen auch politisch-inhaltlich begründete innerparteiliche Interessengruppierungen. Bei den parteiinternen Auseinandersetzungen handelte es sich neben Richtungskämpfen, Zerwürfnissen, gezielten Verleumdungen und enttäuschte Erwartungen einzelner Personen oder Interessengruppen sowohl um autoritäre wie auch ideologische Formen, die sich in einer unterschiedlichen Intensität manifestierten und von zunehmender Rivalität geprägt waren. Aus dieser Situation erwuchsen letztendlich massive parteiinterne Konflikte. Letztendlich verfügte die Parteiorganisation über eine Art „parteiinterner Kultur“, die sich extern in der Forderung nach einem geschlossenen Erscheinungsbild und intern gegen Faktionsbildungen richtete.

Die externe Strukturierung des Kreisverbandes Gießen

1. Informatorische und appellative Politikvermittlung

Nach Sarcinelli bedarf Politik der Vermittlung zwischen denen, die den politischen Prozess maßgeblich beeinflussen, und jenen, die von den Auswirkungen der politischen Entscheidungen betroffen sind, zwischen den politischen Führungseliten und den Bürgern.¹⁹⁹ Diese kommunikativen Austauschprozesse sind vielfältig und komplex und in der wissenschaftlichen Publizistik unter dem Begriff der „Politikvermittlung“ zusammengefasst.²⁰⁰

Im vorhergehenden Abschnitt habe ich die *parteiinterne Kommunikation* der republikanischen Parteimitglieder mit Fragen der Häufigkeit politischer Gespräche und der Anzahl von persönlichen Kontakten mit verschiedenen Adressaten aus dem sozialen und parteispezifischen Umfeld untersucht. Anschließend bin ich der Frage nachgegangen, inwieweit das einzelne aktive Mitglied durch seine persönlichen Kontakte in der Lage ist, Überzeugungsarbeit für die Partei zu leisten und inwieweit eine erfolgreiche Politikvermittlung stattfindet.

Für die weitere Analyse erscheint mir die Frage wichtig, wie vonseiten der Mitglieder des Kreisverbandes Gießen anderen, außenstehenden Personen, die nicht ihrem sozialen und parteispezifischen Umfeld angehören, Politik vermittelt wird. Hierbei soll vor allem in die *informatorische* und *appellative Funktion* der Politikvermittlung unterschieden werden. Beide Funktionen sind, nach den Ausführungen von Sarcinelli, Bestandteil der legitimen Bemühungen, mit denen die Bürger seitens politischer Akteure oder Institutionen konfrontiert werden.²⁰¹ Die *informatorische Funktion* wird unter dem Aspekt des individuellen Kommunikationsraums und der politischen Öffentlichkeitsarbeit betrachtet, die *appellative* unter dem des politischen Wahlkampfes.

¹⁹⁹ Vgl. hierzu Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), „Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur“, in: ders., „Politikvermittlung - Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur, Bonn 1987, S. 19 f.

²⁰⁰ Mit diesem integrativen Konzept der „Politikvermittlung“ wird in theoretischen und empirischen Ansätzen versucht, den Politikprozess insgesamt als Kommunikationsprozess zu thematisieren und um es auf das politische Führungspersonal zu beschränken.

²⁰¹ Vgl. Ulrich Sarcinelli, (1987), op.cit., S. 26.

1.1 Die Öffentlichkeitsarbeit der Republikaner in Gießen

Um den Bürgern eine wichtige Orientierung zu geben, muss jedes demokratische politische Teilsystem, seine Existenz, Ziele und Zielverwirklichungsabsichten in einem kontinuierlichen Informationsangebot nach außen tragen. Explizit geschieht das, indem Sachkompetenz dargestellt, politische Alternativen angeboten und eine Nähe zum Bürger demonstriert wird, um sich gegenüber seinen Adressaten als vertrauens- und zustimmungswürdig zu erweisen. Alles läuft darauf hinaus über eine permanente Medienpräsenz eine Öffentlichkeit herzustellen, die in einer Parteitranparenz endet. Unverkennbar ist der neueste Trend bei allen Parteien, dass Außenkommunikation zunehmend unter dem Diktat des „going public“²⁰² steht. Politische Organisationen sind, nach Sarcinelli, heute sowohl bei der internen wie auch bei der externen Information bzw. Kommunikation auf die Medien angewiesen.

Öffentlichkeitswirksam agieren zu können, geht jedoch mit der Professionalität und der Etabliertheit des politischen Akteurs, in diesem Fall der kommunalen Parteiorganisation der Republikaner, einher.

Die Massenmedien nehmen aufgrund ihrer quantitativen Transferleistungen eine Schlüsselposition im Prozess der parteiintendierten Politikvermittlung ein. Auf kommunaler Ebene sind das, nach Ronneberger, vor allem die Lokalzeitungen.²⁰³ Eine kaum etablierte, ressourcenschwache Oppositionspartei, wie die Republikaner in Gießen, muss nach theoretischen Überlegungen bei der Öffentlichkeitsdarstellung ihrer Ziele und Zielverwirklichungsabsichten die Massenmedien stark nutzen, um in weiten Teilen der Gießener Bevölkerung bekannt und vor allem anerkannt zu werden. Eine permanente Medienpräsenz muss im Sinne des Erfolgs auf kommunaler Ebene gewährleistet sein. Denn, folgt man den Ausführungen von Jarren, muss politische Öffentlichkeit „von Fall zu Fall und von Thema zu Thema neu hergestellt werden“²⁰⁴, weil sich das allgemeine öffentliche Verständnis fortlaufend ändert.

1.1.1 Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von März 1989 bis März 1993

Während der Monate der Gründungs- und Aufbauphase des Kreis- und Stadtverbandes Gießen unter dem damaligen Kreisverbandsvorsitzenden Gerhard Keil wurde eine kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Für die zu diesem Zeitpunkt in

²⁰² Ulrich Sarcinelli, „Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie?“, in: Ders. (Hrsg.), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“, Bonn 1998, S. 284.

²⁰³ Franz Ronneberger/Dieter Wolz, „Lokale Presse und Herrschaft in der Ortsgemeinde“, in: Publizistik, H 19 (1974).

²⁰⁴ Otfried Jarren, „Politik und politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/1994, S. 7.

Gießen noch nicht etablierte Partei und deren Ziele und Zielverwirklichungsabsichten wurde versucht, nach professionellen Regeln des Journalismus eine bürgernahe Öffentlichkeitsarbeit aufzubauen. Es wurde z.B. zu Pressekonferenzen eingeladen,²⁰⁵ es wurden Interviews gegeben,²⁰⁶ schriftliche Stellungnahmen und Presseerklärungen in beiden Gießener Tageszeitungen abgegeben,²⁰⁷ Leserbriefe geschrieben²⁰⁸ und für informelle Kontakte bei öffentlichen Wahl- oder Informationsveranstaltungen²⁰⁹ gesorgt. Der Gießener Bevölkerung stand ein kontinuierliches Informationsangebot zur Verfügung.

Mit der Austrittswelle, die zu einem abrupten Mitgliederrückgang im Sommer 1990 führte, kam es unter dem damals neu gewählten Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Kolan zur Einstellung der anfänglichen Öffentlichkeitsarbeit. Mitgliederversammlungen wurden nicht mehr öffentlich gehalten und Versammlungsergebnisse nicht mehr an die Presse weitergeben.²¹⁰ Erst mit dem Kommunalwahltermin vom März 1993 und der darauf folgenden parlamentarischen Präsenz in Stadt und Kreis Gießen wurde ein erneuter Versuch unternommen, die Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren.²¹¹

1.1.2 Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von April 1993 bis Februar 2001

Die Republikaner nutzten im Zeitraum von 1993 bis 2001, in dem die Partei eine parlamentarische Präsenz in Stadt und Kreis besaß, kaum die Gießener Medien. Die Partei beschränkte sich in ihrer öffentlichen Darstellung auf wenige Presseerklärungen und Leserbriefe und gab selten Stellungnahmen zu kommunalpolitisch relevanten Themen ab. Wenn Pressearbeit eingesetzt wurde, verstand sie sich als gelegentlich schönfärberische globale Selbstdarstellung. Hierbei ging die Initiative zur Publikation größtenteils vonseiten der Pressevertreter aus.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums war zu erkennen, dass sich im Umgang mit den Medien auch die politische Entwicklung der Republikaner als Partei widerspiegelte. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ihrer propagierten Ziele und den

²⁰⁵ Pressekonferenz des Kreisverbandes Gießen. Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung beide vom 31.5. 1989.

²⁰⁶ Interview mit dem Kreisverbandsvorsitzenden, Gerhard Keil, in: Gießener Stadtzeitung, Juni 1989, und Express-Magazin 11/89, S. 6 f.

²⁰⁷ Pressemitteilungen und -erklärungen in der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 27.7., 16.8., 5.9., 14.11., 21.11. und 27.11.1989. Gießener Anzeiger vom 27.7., 17.8. und 5.9.1989.

²⁰⁸ Leserbriefe in der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 23.9. und 17.11.1989, 25.1. und 26.2.1990, Gießener Anzeiger vom 18.11.1989.

²⁰⁹ Offene Wahl- und Informationsveranstaltungen, Gießener Anzeiger vom 22.4., 24.5. und 16.9.1989.

²¹⁰ Der damalige Fraktionsvorsitzende äußerte sich in einem Interview dahingehend, dass Mitgliederversammlungen nicht mehr öffentlich sind, weil es Kolan so will. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 21.7.1994.

²¹¹ Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger beide vom 9.3.1993 und Licher Wochenblatt vom 18.3.1993. Anzeige Weihnachtswünsche in der Gießener Allgemeinen Zeitung und im Gießener Anzeiger beide vom 24.12.1996. Danksagungen an die Wähler und Wählerinnen der Republikaner bei der Kommunalwahl im März 1993, die in beiden Gießener Tageszeitungen erschienen sind.

beschränkten Möglichkeiten zur Umsetzung dieser wurde immer deutlicher. Je länger die Partei im Kreis- und Stadtparlament präsent war, umso mehr geriet sie unter den Anpassungsdruck parlamentarischer Mechanismen. Eng damit verbunden war ihre wachsende Erfahrung mit den Zwängen des Mediensystems als Teil des politischen Systems, die die Parteivertreter als persönlichen Druck empfanden. So ging parallel mit ihrer kommunalen Parlamentarisierung eine Mediatisierung der Partei einher.

Bei der Thematisierung politischer Fragen ist die Pförtner-Funktion der Medien nicht zu unterschätzen, denn politische Relevanz können Themen nur bei entsprechender Verbreitung und Wichtigkeit gewinnen. Wenn Informationen nicht weitergeleitet werden, können sie nicht verarbeitet werden. Daraus resultiert, dass es kein Ergebnis gibt, worüber berichtet werden kann. Darüber hinaus muss die präsentierte Information jedoch immer einen journalistischen Wert haben.

Um sich dieser Mediatisierung ihrer Partei zu entziehen, flüchteten sich die Republikaner in eine selbst auferlegte „Schweigespirale“. Diese wurde in der breiten Gießener Öffentlichkeit als Kommunikationsverweigerung angesehen. Durch selbst inszenierte Medienbarrieren wurde ihnen der Zugang zur Öffentlichkeit versperrt und der Transport ihrer Politikinhalte in die Bevölkerung erschwert bzw. teilweise oder ganz verhindert. Eine bürgernahe Öffentlichkeit und engere Austauschbeziehungen zur Gießener Presse fanden deshalb nur begrenzt statt.

Konturiert wurde dieses Problemfeld mit der vorherrschenden mangelnden Substanz ihrer kommunalpolitischen Arbeit, der Defizite ihrer kommunikativen Kompetenz und Professionalität, sowie der „mangelnden“ Etabliertheit als politischer Akteur.

Um ihrer hausgemachten Medienbarriere zu entrinnen, unternahmen die Republikaner verschiedene Versuche einer direkten Ansprache der Bevölkerung (Flugblätter und Wurfsendungen). Sie sollten zur „richtigen und objektiven“²¹² Darstellung sowohl der Partei als Ganzes, als auch ihrer kommunalpolitischen Arbeit dienen. Hier muss deutlich gesagt werden, dass einzelne spontane Flugblattaktionen noch keine kontinuierliche Partei- und Öffentlichkeitsarbeit ergeben.

²¹² Seitens der Partei wird die Meinung vertreten, dass die Gießener Medienberichterstattung über die Republikaner nicht objektiv sei, dass sie unter einer „Medienblockade“ leidet. Sie fühlten sich durch jegliche Art von Pressearbeit missverstanden, „totgeschwiegen“, „undemokratisch behandelt“ oder gar diffamiert und fanden sich in der Opferrolle und der daraus resultierenden Mentalität wieder. Mit einer Art Trotzreaktion („Ein gebranntes Kind scheut das Feuer“) flüchteten sie sich in eine „Schweigespirale“, um nach ihrer Meinung so wenig wie möglich Angriffspunkte für eine öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung mit ihnen bieten zu können.

Trotzdem monierte Ulrich Kolan am Kommunalwahlabend des 2.3.1997 der Gießener Allgemeinen Zeitung gegenüber, dass „seine Fraktion eine gute Arbeit im Sinne der Bürger geleistet habe“, über die „von den unfairen und undemokratischen Medien“ zu wenig berichtet worden sei.

Zum Negativimage der Republikaner trugen die Berichte über deren Konflikte, Affären und Skandale innerhalb der Partei und ihr Auftreten im Stadtparlament bei. So konnte man explizit in beiden Gießener Tageszeitungen lesen: „Republikaner putzte heimlich das Denkmal“²¹³, „Republikaner ersparen der Stadt Millionen“²¹⁴, „Kein Geld für ausländische Hunde“²¹⁵, „Hauskrach bei den Republikanern. Heftige Vorwürfe gegen Kolan“²¹⁶, „Hauen und Stechen bei den Republikanern“²¹⁷ oder „Bahnhof: REP verhindern weitere Verzögerung“²¹⁸. Solche Schlagzeilen suggerieren den Eindruck einer mangelnden Handlungsbereitschaft und/oder Problemlösungsfähigkeit der Republikaner, die zur praktischen Politik unfähig sind.

Beide Gießener Tageszeitungen (Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung) berichteten über die Republikaner kritisch. Neben Parteienkonkurrenz, Grundkonstellationen im Machtgefüge der Parteien, Parlamentsmehrheiten und Regierungskonstellationen wurde über die Strategien der etablierten Parteien und Regierungen gegenüber den Republikanern (Angriff oder Abgrenzung) geschrieben. Darüber hinaus erschienen Artikel, die die Parteientwicklung der Republikaner, deren Parteikonzept und deren Rolle im politischen System insgesamt (Protest- oder rechtsextreme Partei) zum Inhalt hatten.

1.1.3 Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Republikaner in Gießen als Effizienzproblem und deren Folgewirkungen

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Republikaner zeigt Effizienzprobleme. Die präsentierte Information besaß temporär keinen journalistischen Wert. Oftmals wurden die Pressemitteilungen zeitlich und inhaltlich unkoordiniert erstellt und gingen in der Regel ohne jeglichen Bezug zur politischen Aktualität bei beiden Gießener Tageszeitungen ein. Diese reagierten in den meisten Fällen mit ihrer Nichtveröffentlichung.²¹⁹ Darüber hinaus wiesen sie stilistische und orthographische Mängel und einen zu geringen Informations- und Nachrichtenwert für die Medien auf. Vor allem durch diese Tatsachen fühlten sich die Republikaner durch die Presse angegriffen. Sie warfen indirekt den Medien vor, Pressemitteilungen entweder nicht oder stark verkürzt und dadurch sinnentstellt

²¹³ Gießener Anzeiger vom 6.11.1993.

²¹⁴ Gießener Allgemeine Zeitung vom 9.3.1994.

²¹⁵ Gießener Anzeiger vom 9.3.1994.

²¹⁶ Gießener Anzeiger vom 21.07.2000.

²¹⁷ Gießener Allgemeine Zeitung vom 21.07.2000.

²¹⁸ Gießener Allgemeine Zeitung vom 17.02.2001.

²¹⁹ Die hier aufgelisteten Effizienzprobleme werden unabhängig voneinander im Telefongespräch mit Guido Tamm, Chefredakteur der Gießener Allgemeinen Zeitung am 19.9.1994 und in Gesprächen mit Torsten Winter, zum damaligen Zeitpunkt, Redakteur bei der Gießener Allgemeinen Zeitung am 20.9.1994 und mit Dr. Andreas Emmerich, Chefredakteur des Gießener Anzeigers, am 22.11.1993 bestätigt.

veröffentlicht zu haben.²²⁰ Gerade in dieser Reaktion zeigte sich ihre mangelnde Erkenntnis darüber, dass eine Information spezifische Anforderungen erfüllen muss, um im Auswahlprozess der Medien einen Nachrichtenwert zu bekommen. Für eine zielgerichtete kontinuierliche Pressearbeit fand eine zu geringe Konzentration auf Themenschwerpunkte statt. Darüber hinaus fehlten Pressekonferenzen oder offene Informationsveranstaltungen ebenso wie die kontinuierliche Kontaktpflege zur Gießener Presse.

Die Pressemitteilungen wurden nicht vom Pressesprecher des Kreisverbandes verfasst, der der offizielle Parteibeauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit ist,²²¹ sondern von verschiedenen Amts- und Mandatsträgern stellvertretend für die Stadtparlaments- oder Kreistagsfraktion. Hierzu muss einschränkend gesagt werden, dass es natürlich jedem Parteimitglied freigestellt ist, sich öffentlich zu äußern.²²² Dennoch lässt diese Entwicklung die Vermutung zu, dass die Pressemitteilungen oft nur zur innerfraktionellen Selbstdarstellung und zum Tätigkeitsnachweis einzelner Amts- und Mandatsträger dienen.

Im Gießener Kreisverband der Republikaner gab und gibt es keine Ansprechperson, die im Stande war und ist, Pressekontakte funktionsadäquat und dauerhaft zu pflegen.

1.1.4 Zusammenfassung

Eine bürgernahe Öffentlichkeit und engere Austauschbeziehungen zur Gießener Presse fanden nur begrenzt statt. Konturiert wurde dieses Problemfeld mit der vorherrschenden mangelnden Substanz ihrer kommunalpolitischen Arbeit, ihrer mangelnden Etabliertheit als politischer Akteur sowie der Defizite ihrer kommunikativen Kompetenz und Professionalität. Die Republikaner betrieben eine passive und ineffiziente Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Deshalb beherrschen sie bis zum heutigen Zeitpunkt, auch nicht nach achtjähriger parlamentarischer Präsenz, weder ihre professionellen Regeln noch Standards.

1.2 Der politische Wahlkampf

1.2.1 Kommunalwahlkampf 1992/'93 und 1996/'97 der Republikaner

Das Bemühen um Wählerstimmen erfordert eine permanente und gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die es, wie ich bereits im vorhergegangenen Abschnitt erläutert habe, bei den Republikanern im Kreisverband Gießen nur eingeschränkt und defizitär gab. In

²²⁰ Telefongespräch mit Ulrich Kolan am 19.9.1994.

²²¹ Der Pressesprecher des Kreisverbandes Gießen erschien in seiner Funktion nur einmal in den Gießener Zeitungen und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

²²² Die Pressemitteilungen sind in erster Linie von Ulrich und Ursula Kolan und Bernhard Gattwinkel verfasst.

diesem Abschnitt soll der politische Wahlkampf der Republikaner näher betrachtet werden. Trotz unterschiedlicher Ziele, die eine Partei mit ihrem Wahlkampf verfolgt, stehen nach den Überlegungen von Woyke drei Funktionen im Vordergrund: Information, Identifikation und Mobilisierung.²²³

Die *Information* richtet sich an die Wählerschaft, hier vor allem an die Unentschlossenen und Wechselwähler. Diese sollen mit Informationen über das Wahlprogramm und über die Parteikandidaten überzeugt werden. Informiert wird in diesem Fall überwiegend durch die Verteilung von Wahlprogrammen, Flugblättern und durch Gespräche von Politikern mit Bürgern, unter anderem an Informationsständen.

Beide, *Identifikation* und *Mobilisierung*, verfolgen das Ziel, eine möglichst große Anzahl von Parteimitgliedern oder parteinahen Personen zu bewegen, sich öffentlich zur Partei und ihren Zielen zu bekennen, um weitere Wähler anzuregen, sich ihrerseits für die betreffende Partei zu engagieren. Hierbei übernehmen die Mitglieder oder Parteisympathisanten die wichtige Funktion der Multiplikatoren.

1.2.1.1 Der Kommunalwahlkampf 1992/1993

1993 nahmen die Republikaner seit der Gründung ihres Kreisverbandes im Jahr 1989, erstmals an einer Kommunalwahl in Stadt und Kreis Gießen teil.²²⁴

Konzentrierten sich die Gießener Republikaner im Herbst 1992 noch ausschließlich auf die Neuwahl des Kreistages, so entschloss sich die Partei erst um die Jahreswende, mit einer eigenen Liste auch an der Kommunalwahl der Universitätsstadt Gießen teilzunehmen.²²⁵ Vier Gründe waren für diesen späten Schritt ausschlaggebend. Erstens spielte der Kandidatenmangel eine Rolle; zweitens der noch nicht abgeschlossene Meinungsbildungsprozess bei den dafür in Frage kommenden Kandidaten, und als dritten Grund nannte der kurz zuvor wieder gewählte Kreisverbandsvorsitzende Ulrich Kolan die weitere Einquartierung von Asylbewerbern in Gießen, durch die die Partei einen „sehr, sehr großen Zuspruch“²²⁶ hätte. Konturiert wurden seine Überlegungen mit den Rahmenbedingungen, die die Partei im Frühjahr 1993 mit der bundesweiten Asyldebatte und deren gesamtgesellschaftlichen Wirkung besaß. Die Republikaner hatten ganz bewusst auf die Zielgruppe, die sich gegen einen weiteren Zuzug von Asylbewerbern und Ausländern aussprach, mit ihrer kurzfristigen Entscheidung zur Wahlteilnahme reagiert.

²²³ Wichard Woyke, „Stichwort: Wahlen“, Bonn 1994, 8. Aufl., S. 96.

²²⁴ Gießener Allgemeine Zeitung vom 7.10.1992.

²²⁵ Erst auf der spät einberufenen Mitgliederversammlung am 12.11.1992 entschlossen sich die Republikaner, mit einer eigenen Liste anzutreten. Der Grund für diese späte Entscheidung lag einerseits bei der geringen Mitgliederzahl und dem noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozess bei den für eine kommunalpolitische Tätigkeit in Frage kommenden Personen. Siehe Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger beide vom 13.11.1992.

²²⁶ Gießener Anzeiger vom 14.11.1992.

Trotz des Zeitmangels, der die kurzfristige Teilnahmeentscheidung mit sich brachte, konnten die Republikaner die nach dem hessischen Kommunalwahlgesetz erforderlichen 118 Unterschriften für die Wahlteilnahme in einer „Unterstützungsliste“ zusammenbringen.

Die zwölf Kandidaten für die Gießener Stadtverordnetenversammlung wurden in einer nicht öffentlichen Wahl nominiert. Einige dieser Kandidaten waren erst kurz vor dem Nominierungsprozess der Partei beigetreten.²²⁷ Das deutet daraufhin, dass nicht Konkurrenz, sondern Kandidatenmangel die Rekrutierung von Bewerbern erschwert haben muss.

Zwei Frauen waren in die zwölf Kandidaten umfassenden Liste aufgenommen worden. Diese Quote zeigt, dass die Republikaner nicht in der Lage waren, eine größere Anzahl von Kandidatinnen zu präsentieren. Die Frauen sind eklatant unterrepräsentiert. Dieses Ergebnis unterstreicht den kürzlich publizierten Aufsatz von Hafener und Niebling.²²⁸ Drei Anwärter waren jünger als 40 Jahre. In der Berufsstruktur überwogen „einfache“ Angestellte und Rentner.²²⁹ Auch hier ist kaum ein Unterschied zu den Ergebnissen von Hafener zu erkennen. Er schreibt: „daß es den ‘Republikanern’ gelingt, vor allem aus ... der Gruppe der ‘einfachen’ Angestellten Nominierungen zu rekrutieren“. Die Kandidaten der vorderen Listenplätze gehörten dem Kreisverbandsvorstand an. Damit kann die Aussage Naßmachers auch für die Gießener Republikaner bestätigt werden, nach der eine Kandidatur für ein öffentliches Mandat meistens entscheidende Parteiämter bzw. Parteiaktivitäten voraussetzt.²³⁰

1.2.1.1.1 Wahlkampfmethoden

Die Gießener Republikaner hatten kein eigenes, speziell auf Gießen ausgerichtetes Wahlprogramm erarbeitet. Sie informierten die Wähler mit den vom Landesverband Hessen der Republikaner zentral erstellten Flugblättern, Broschüren, Faltblättern etc. und Plakaten. Diese waren sehr allgemein gehalten und enthielten überwiegend Forderungen für die Bundes- und Landespolitik. An dem in der Gießener Fußgängerzone aufgestellten Informationsstand wurde eine direkte Kontaktaufnahme und Kommunikation zwischen Parteifunktionären, -mitgliedern, Wahlkämpfer und -helfer auf der einen und dem Wähler auf der anderen Seite (Direktansprache) gesucht.

Offizielle Termine für Wahl- oder Diskussionsveranstaltungen gab es in Gießen nicht. Weder in den Medien noch auf Plakaten wurde für die Veranstaltungen öffentlichkeitswirksam geworben. Zu geschlossenen Wahlveranstaltungen wurden nur persönlich ausgewählte Personen und potenzielle Sympathisanten gezielt eingeladen.

²²⁷ Hier sind z.B. Bernhard Gattwinkel und Rainer Schuster zu nennen.

²²⁸ Benno Hafener, (1997), op.cit., S. 26; Ders./Thorsten Niebling, (1999), op.cit., S. 169.

²²⁹ Siehe die „Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Kommunalwahlen am 7. März 1993“, Wahlleiter der Universitätsstadt Gießen, 2. Februar 1993.

²³⁰ Hiltrud Naßmacher, „Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik“, in: Oscar W. Gabriel u.a., (1997), op.cit., S. 431.

1.2.1.1.2 Die Mobilisierung und Identifikation der Wahlhelfer

Der Wahlkampf gestaltete sich für die Republikaner als arbeitstechnisches Problem. Es war schwierig, Mitglieder für ein aktives Wahlkampfengagement zu mobilisieren, auch die persönliche Ansprache führte nicht zum gewünschten Erfolg. Zahlreiche Parteimitglieder wollten sich aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Öffentlichkeit für die Partei engagieren.²³¹

1.2.1.1.3 Das Wahlprogramm der Republikaner von 1992/93

Den Wahlkampf 1992/93 bestritten die Republikaner vorwiegend mit einem Faltblatt, welches elf kommunalpolitische Thesen zum Inhalt hatte, und einem Flugblatt mit der Überschrift: „4 gute Gründe am 7. März wählen zu gehen“.²³² Beide waren vom Landesverband der Republikaner in Hessen zusammengestellt und herausgegeben worden. Sie enthielten überwiegend pauschale Forderungen der Bundes- und Landespolitik.

Festzustellen ist, dass die Republikaner im Gießener Wahlkampf somit keinerlei konkrete Aussagen zur Gießener Stadt- und Kreispolitik tätigten, weder auf ihren Flugblättern noch auf ihren Plakaten. Gießen wird in dem Faltblatt nur einmal erwähnt und zwar mit dem Verlangen nach Wiederherstellung der Kreisfreiheit.

Die „Wahlaussagen“ aus dem Faltblatt basierten gänzlich auf der Ausgrenzung und Diskriminierung von Ausländern. Es finden sich ausländerfeindliche Äußerungen und eine ständige Unterscheidung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen fast durchgehend im Kommunalwahlprogramm der Republikaner wieder.

So forderten die Republikaner für die Bundesebene die Abschaffung des Artikels 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz (Grundrecht auf Asyl). Asylbewerber sollten ausschließlich in Sammellagern, möglichst im Außenbereich der Gemeinden, untergebracht werden. Ferner

²³¹ Für das Fehlen eines spezifisch auf Gießen ausgerichteten parteieigenen Wahlprogramms nannte der Kreisverband Gießen nach parteieigener Aussage drei Gründe. Einerseits spielte der zeitliche Faktor eine Rolle, da durch die kurzfristige Entscheidung zur Wahlteilnahme die Partei nicht mehr genügend Zeit gehabt habe, ein für Gießen ausgerichtetes Wahlprogramm zu erstellen. Andererseits hatte sich die Partei in den vorangegangenen Jahren nicht intensiv genug mit der Gießener Kommunalpolitik auseinandergesetzt, um im vorliegenden Wahlkampf ihre Zielsetzungen und Problemlösungen einer breiten Öffentlichkeit vorstellen zu können. Als dritter Grund wurden die finanzielle Lage des Kreisverbandes und die hohen Wahlkampfkosten genannt. Der Wahlkampf musste so weit wie möglich kostengünstig geführt werden. Dies konnte nur erreicht werden, indem man das vom Landesverband zentral hergestellte Material verwendete. Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1994.

²³² Die elf kommunalpolitischen Thesen waren: 1. Tradition und Bürgernähe, 2. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, 3. Dienen und nicht verdienen, 4. Sicherheit zuerst, 5. Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben, 6. Stop dem Asylbetrug, 7. Wohnungspolitik, 8. Wirtschafts- und Finanzpolitik, 9. Schulpolitik, 10. Verkehrspolitik und 11. Tierschutz. Das Flugblatt „4 Gründe am 7. März wählen zu gehen“ setzte sich mit 1. Korruption, 2. Asylpolitik, 3. Wohnungspolitik und 4. Kriminalität auseinander.

wandte sich die Partei gegen jede Bargeldzahlung an Asylbewerber und forderten stattdessen Sachleistungen.

In der Schulpolitik forderte die Partei, dass „ausländische Kinder vor der Aufnahme in die Grundschule ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachzuweisen“ hätten. Weiter sah das Programm vor, dass der Anteil von ausländischen Kindern in Schulklassen den Anteil der deutschen Schüler nicht überwiegen dürfte. Darüber hinaus lehnten sie in dem Thesenblattpunkt Nr. 2 das kommunale Wahlrecht für Ausländer ab. Ebenso setzten sich die Republikaner gegen Neuinstitutionalisierung von Ausländerbeiräten sowie die Abschaffung bereits bestehender Ausländerbeiräte ein.

Im Kapitel „Wohnungspolitik“ setzte sich die Partei beispielsweise für eine bevorzugte Wohnraumzuteilung an Deutsche und hier für „sozial wichtige Berufsgruppen (Polizei, Pflegedienst u.a.)“ ein.

Die Republikaner warfen den „Altparteien“ vor, sich den „Staat zur Beute gemacht zu haben“ und forderten deshalb, dass ab einem bestimmten Prozentsatz von „Mitgliedern der einzelnen Parteien an gehobenen und höheren Positionen“ der Verwaltung, „die Ernennung weiterer Mitglieder dieser Parteien nur mit Zustimmung des Rechnungshofes“ zu erlauben sei.

Um die innere Sicherheit zu erhöhen, forderte die Partei mehr „Polizeifußstreifen in den Städten“, „eine bevorzugte Wohnungsvergabe an Polizeibeamte“ sowie die „Erhaltung bzw. Einrichtung von rund um die Uhr besetzten Polizeistationen“.

In dem „Wahlprogramm“ fanden sich jedoch auch widersprüchliche Aussagen, beispielsweise wurden zeitgleich eine Privatisierung der kommunalen Verkehrsbetriebe und eine drastische Herabsetzung der Fahrpreise gefordert.

Beim Wahlkampf 1992/93 zeigte sich, dass der politische Informationsgehalt des zu Vermittelnden auf ein Minimum reduziert war. Öffentlichkeitswirksame Schlagworte, einprägsame Redewendungen und Formulierungen in den Broschüren, Flugblätter etc. kennzeichneten die politischen Äußerungen. In erster Linie zielten sie auf Ressentiments, Suggestionen und Emotionalisierungen in der breiten Öffentlichkeit, die durchaus in der Lage waren, Ängste in die Bevölkerung zu transportieren, indem vorhandene Unsicherheiten bewusst überspitzt dargestellt wurden.

1.2.1.2 Der Kommunalwahlkampf von 1996/1997

Zur Kommunalwahl am 2. März 1997 traten die Republikaner erneut in Stadt und Kreis Gießen an.

Sieben Kandidaten bewarben sich um den Einzug in das Stadtparlament der Legislaturperiode 1997 bis 2001.²³³ Zum Vergleich hatten sich 1993 noch zwölf Kandidaten zur Verfügung gestellt. In dieser nahezu um die Hälfte verkleinerten Liste, zeigte sich, dass die Partei bei der Rekrutierung der Bewerber weiterhin erhebliche Schwierigkeiten gehabt hatte.²³⁴ Ein zweites Mal kandidierten Horst Öhl, Ulrich Kolan und seine Ehefrau Ursula. Aus der vierköpfigen Fraktion der Legislaturperiode 1993 bis 1997 stand Carsten Beck für eine erneute Kandidatur nicht mehr zur Verfügung.²³⁵ Darüber hinaus war keiner dieser Anwärter jünger als vierzig Jahre.²³⁶ Die durchschnittliche Altersstruktur der Mandatsträger lag bei 59,6 Jahre, die Frauenquote bei 28,5 Prozent. Unter diesen sieben Kandidaten befanden sich zwei Ehepaare, ein klarer Hinweis für die Probleme bei der Kandidatenrekrutierung. Die Berufsstruktur war gesplittet in Rentner, Kaufmann, Hausfrauen und Angestellte.

1.2.1.2.1 Wahlkampfmethoden

Auch bei diesem Wahlkampf hatten die Gießener Republikaner kein speziell auf die mittelhessische Universitätsstadt ausgerichtetes Wahlprogramm erarbeitet. Sie hatten keine eigenständigen kommunalpolitischen Zielvorstellungen für die Legislaturperiode 1997 bis 2001 erarbeitet, sondern die von der Gesamtpartei vorgegebenen, pauschalen Themen erneut verwandt. Die Wähler wurden, wie schon beim Kommunalwahlkampf vier Jahre zuvor, mit den vom Landesverband Hessen zentral hergestellten Flugblättern, Broschüren, Faltblättern, Wahlzeitungen, Plakaten und Wurfsendungen an die Haushalte informiert. Auch diesmal waren die Informationen sehr allgemein gehalten und enthielten überwiegend Forderungen der Bundes- und Landespolitik. Neu im Vergleich zu 1993 war, dass teilweise das Wahlmaterial auf der letzten Seite die Kontaktadresse des Kreisverbandes Gießen enthielt und nicht die des Landesverbandes Hessen in Frankfurt.

²³³ Zur Rechtfertigung dieser Situation äußerte sich der damalige Pressesprecher des Kreisverbandes Gießen in einem Leserbrief in der Gießener Allgemeinen Zeitung, „daß die landesweit gültigen Thesen Probleme betreffen, die in jeder Kommune Gültigkeit haben“.

Zu diesen sieben Anwärtern gehören: 1. Ulrich Kolan, 2. Horst Öhl, 3. Ursula Kolan, 4. Manfred Bruder, 5. Gerda Öhl, 6. Herbert Völker und 7. Hans Kessler.

²³⁴ Nach Aussage des Spitzenkandidaten Ulrich Kolan konnte die Partei für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung „nicht so viele“ Bewerber aufbringen. Gießener Anzeiger vom 5.12.1996.

²³⁵ Gießener Anzeiger vom 10.12.1996.

²³⁶ Ulrich Kolan sprach im Sommer 1996 noch davon, dass „jüngere Leute“ rangelassen werden sollten. Gießener Allgemeine Zeitung vom 4.7.1996.

An dem in der Gießener Fußgängerzone neben dem „Kugelbrunnen“ aufgestellten Informationsstand wurde während der „heißen“ Phase des Wahlkampfes, wie schon vier Jahre zuvor, erneut die Direktansprache zwischen Parteivertretern und Wahlkampfkandidaten auf der einen und den Wählerinnen und Wähler auf der anderen Seite gesucht.

In den Gießener Tageszeitungen wurden der Partei Möglichkeiten eingeräumt, sich umfassender zu präsentieren. Das war gegenüber dem vorangegangenen Kommunalwahlkampf (der Legislaturperiode 1993/’97) ebenfalls neu. Neu war auch der Telefonwahlkampf. Hierzu wurden bei der Lokalredaktion der Gießener Allgemeinen Zeitung Leitungen geschaltet, an denen sich die sechs Spitzenkandidaten der Gießener Parteien den Fragen der Wähler stellen konnten.²³⁷ Ebenfalls neu war die Briefkastenwerbung.

Der Wahlkampf gestaltete sich auch diesmal wieder als arbeitstechnisches Problem und als zu hoher Kostenfaktor. Offizielle Termine für Wahlveranstaltungen, auf die beispielsweise in den Gießener Tageszeitungen hätte hingewiesen werden können, gab es auch bei dieser Wahl nicht. Wollte man an einer Wahlveranstaltung teilnehmen, musste man sich direkt an den Kreisverband oder den Landesverband wenden, um die Termine zu erfahren. In diesem Bereich erfolgte der Wahlkampf, wie schon die Jahre zuvor, auf stillen Kanälen.

1.2.1.2.2 Das „Wahlprogramm“ der Republikaner von 1996/1997

Obwohl das „Republikanerthema“, die Ausländer- und Asylpolitik, in den Augen sowohl der Wähler als auch der bundesweiten Medienöffentlichkeit schon lange durch die Themenbereiche Arbeitslosigkeit, Rentensicherung und Steuerreform verdrängt worden war, richteten die Republikaner in Gießen ihren Wahlkampf ausschließlich auf das Ausländer- und Asylthema aus.

Den Wahlkampf bestritten die Republikaner u. a. mit folgenden Faltblättern: „10 Thesen zu einem brisanten Thema: ‘Republikaner und Ausländer’“, „Protestieren Sie mit uns REP“; „Rückkehr der Bosnien-Flüchtlinge 1997?, 1998?, 1999?, 2000?, Wir fordern: Sofort!“, zwei Faltblättern in Zeitungsform, das eine mit Bundes-, das andere mit Landesthemen („Republikaner in Hessen“), sowie einem Farbfaltblatt mit neuen Thesen unter dem Motto „Wofür wir Stehen“.

Auch bei diesen Wahlkampfaussagen waren die Republikaner auf landes- und bundespolitische Themen ausgewichen. Lediglich speziell zur Gießener Stadtpolitik haben sie sich bei den „20 Fragen an sechs Spitzenpolitiker für die Kommunalwahl am 2. März“²³⁸,

²³⁷ Gießener Allgemeine Zeitung vom 28.2.1997.

²³⁸ Gießener Allgemeine Zeitung vom 28.2.1997. Siehe die Antworten 3., 4., 16. und 20. Die sechs Spitzenpolitiker waren: Manfred Mutz (SPD), Werner Nohl (CDU), Karin Hagemann (Bündnisgrüne), Eva Maria Schmitt-Thomas (F.D.P.), Johannes Zippel (FWG) und Ulrich Kolan (Republikaner).

welche von der Gießener Allgemeinen Zeitung gestellt worden waren, geäußert. Auffallend bei den Antworten war, dass die Ausländerpolitik das Schlüsselproblem für die wirtschaftlichen, wohnungs- und umweltpolitischen Probleme war. Auch in diesem Wahlkampf traten sie als die Partei auf, die für deutsche Interessen eintritt. Bei der kommunalen Beschäftigungspolitik sollten nach Meinung des Spitzenkandidaten, Ulrich Kolan, „öffentliche Aufträge (...) vorzugsweise an Betriebe aus der heimischen Wirtschaft vergeben werden. Insbesondere sollten Firmen Berücksichtigung finden, die deutsche Arbeitnehmer beschäftigen, (...)“, darüber hinaus „ (...) ist insbesondere darauf zu achten, daß die Beschäftigungssituation der deutschen Arbeitnehmer verbessert wird“. Eine Lösung der Misere auf dem Wohnungsmarkt und dem Umweltschutz liege im Zuwanderungsstopp für Ausländer, denn bei „Begrenzung der Zuwanderung würde sich die Ausweisung neuer Wohngebiete erübrigen. Damit wäre auch dem Naturschutz gedient“.

Die „Wahlaussagen“ aus den Faltblättern basierten, wie bereits vier Jahre zuvor, auf der Ausgrenzung und Diskriminierung von Ausländern und Asylbewerbern. So finden sich ausländerfeindliche Äußerungen und eine ständige Unterscheidung nach Deutschen und Nichtdeutschen fast durchgehend bei den Republikanern wieder. Beispielsweise sind Ausländer nur als Gäste und Touristen willkommen. Konsequenz abzuschieben sind alle Ausländer, die aus wirtschaftlichen Gründen einreisen und das Asylrecht missbrauchen. Die Ausschreitungen gegen Ausländer waren aus dieser Sicht auf eine verfehlte Ausländer- und Asylpolitik der verantwortlichen Parteien bzw. auf eine allgemeine Verwahrlosung zurückzuführen. Die Republikaner setzen sich für eine Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft ein, denn Deutschland sei kein Einwanderungsland. Nach ihren Überlegungen verschärften Flüchtlinge nur die Umweltprobleme, die steigende Kriminalitätsrate und führten zu Milliardenausgaben. Darüber hinaus wollen sie verhindern, dass inländerfeindliche Politiker sich für den weiteren Zuzug von ungelernten Arbeitskräften und Sozialhilfeempfängern einsetzten. Die Republikaner waren für eine umgehende Rückführung der Bosnienkriegsflüchtlinge. Sozialhilfeempfänger sollten möglichst schnell abgeschoben werden.

1.2.2 Zusammenfassung

In beiden Wahlkämpfen waren die Republikaner, die nur über eine schwache Parteistruktur in Gießen verfügen, praktisch nicht präsent. Offizielle Termine für Wahlveranstaltungen gab es in Gießen nicht. Zwischen Partei und Wählern gab es kaum Kontakt- und Dialogangebote. In ihren beiden, auf einem erschreckend niedrigen inhaltlichen Niveau geführten Wahlkämpfen ohne kommunalpolitischen Bezug dominierten primitive Slogans und Schmähungen. Der politische Informationsgehalt des zu Vermittelnden war auf ein Minimum reduziert. Während der beiden Wahlkampfperioden traten die Republikaner als Partei gegen

Gewalt, Asylmissbrauch, Kriminalität und Ämterfilz auf. Beide Wahlkämpfe wurden zentral vom hessischen Landesverband der Republikaner in Frankfurt organisiert. Das zeigt deutlich, dass die Republikaner es nicht geschafft haben, ein eigenes kommunalpolitisches Profil bzw. Programm zu erstellen.

Die Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament

1. Forschungsstand über die Republikaner in den Parlamenten

Die Republikaner sind mittlerweile, teilweise auch zum wiederholten Mal, in Kommunal- und Länderparlamenten vertreten und können deshalb nicht mehr als „Übergangsphänomen“ betrachtet werden.

Neben einzelnen fundierten Studien gibt es eine geringere Anzahl von Lokal- und Regionalfallstudien zur parlamentarischen Arbeit der Republikaner sowie zur Sozialstruktur ihrer Mandatsträger.²³⁹ Darüber hinaus setzen sich einige Dokumentationen von demokratischen Parteien mit der Politik von Fraktionen und Abgeordneten der Republikaner auseinander.²⁴⁰

Diese Dokumentationen und Untersuchungen kommen durchweg zu dem Ergebnis, dass die Fraktionen, auch nach einer Wiederwahl, zu „konstruktiver Mitarbeit“ nicht fähig waren. Sie zeichneten sich durch Schweigen, Desinteresse, Inkompetenz, Zerstrittenheit und politische Unfähigkeit aus. Darüber hinaus waren viele Fraktionen durch die angesprochenen Defizite auseinander gefallen oder hatten sich teilweise „aufgelöst“. Ihre Mandatsträger waren als „korrupt“, mit Affären und Skandalen belastet, charakterisiert worden. Klassische politische Themen der Republikaner seien nach wie vor die Ethnisierung sozialer Probleme bzw. die aus ihrer Sicht entstandenen Probleme durch Defizite in der Ausländer- und Asylpolitik sowie in der inneren Sicherheit. Fast alle Hintergrundberichte oder Studien sprachen den Mandatsträgern „jede Parlaments- und Politikfähigkeit ab“²⁴¹, unabhängig davon, um welche Politikebene es sich hierbei handelt.²⁴² Eine Analyse der

²³⁹ Fundierte Studien u.a.: Richard Stöss, (1990), op.cit.; Claus Leggewie, (1990), op.cit.; Hans-Gerd Jaschke, (1990), op.cit.; Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.), „Extremismus & Demokratie“. Baden-Baden 1997; Dies., „Extremismus & Demokratie“, Baden-Baden 1999. Steffen Kailitz, „Die ‘Republikaner’ - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft“, in: Uwe Backes/Eckard Jesse „Extremismus & Demokratie“, Baden-Baden 2001, S. 139-159. Regionale bzw. lokale Fallstudien u.a.: Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, (1992), op.cit.; Benno Hafeneger, (1995, 1997 und 1999), op.cit.; Christoph Butterwegge, (1997, 1998 und 1999), op.cit.; Birgit Griese/Gunther Niemann, (1997) op.cit.; Lüder Meier/Birgit Griese, „Die REPublikaner im Landtag von Baden-Württemberg (1992-1996)“, in: Christoph Butterwegge u.a., (1997), op.cit.; Matthias Schmidt, „Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der ‘Deutschen Volksunion’ im Schleswig-Holsteinischen Landtag“, Münster 1997; Jürgen Hoffmann, „Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt“, in: Uwe Backes/Eckard Jesse, „Extremismus & Demokratie“, Baden-Baden 2000.

²⁴⁰ Vgl. u.a.: CDU-Fraktion im hessischen Landtag (Hrsg.), „Mit den Republikanern ist kein Staat zu machen. Eine Analyse der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag ein Jahr nach dem Einzug dieser Partei in die hessischen Kommunalparlamente“. o.D.

²⁴¹ Christoph Butterwegge, (1997), op.cit., S. 39.

²⁴² Ders., (1999), op.cit., S.178.

Mandatsträger der Republikaner nach einem Jahr in den hessischen Kommunalparlamenten zeigte nach Ansicht des damaligen CDU-Fraktionschefs im hessischen Landtag, Roland Koch, dass der Partei „jegliche politische Kompetenz abgesprochen“ werden kann. „Mit den Reps ist auf kommunaler Ebene wahrscheinlich kein Staat zu machen“. Die Wähler der Partei könnten „nicht einmal auf ein Minimum an personeller Kontinuität, organisatorischer Stabilität und programmatischer Seriosität rechnen“.²⁴³ „Faul, uninformat und hoffnungslos zerstritten“²⁴⁴ resümierte 1994 in einer Ausgabe der SPIEGEL. „An Debatten würden sie sich kaum beteiligen. Ernsthafte Anträge seien eine Rarität“.²⁴⁵

1.1 Die Fraktion in der Gießener Stadtverordnetenversammlung von 1993 bis 1997

1.1.1 Das Sozialprofil der republikanischen Mandatsträger

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, aus welchen Personen sich die Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament zusammensetzte.

1.1.1.1 Zur Befragung

Zur Analyse ihrer soziodemographischen Struktur (Alter, Geschlecht, Bildungsstand, Beruf und Dauer der Parteizugehörigkeit etc.) habe ich einen Katalog von 43 Fragen zusammengestellt, der den Mandatsträgern der Legislaturperiode 1993 bis 1997 in einem standardisierten Fragebogen vorgelegt wurde. Darin wurde u.a. auch nach ihrer Partizipation, ihren Kommunikationsstrukturen, ihrer Politikvermittlung, ihrem Engagement im vorpolitischen Raum (z.B. lokale Verankerungen in gesellschaftlichen Organisationen) gefragt und welchen politischen Funktionen und Tätigkeiten sie nachgegangen sind. Das Befragungsergebnis ergab folgendes:

a) Mandatsträger

Die Fraktion setzte sich aus folgenden Mandatsträgern zusammen:

1) Die Funktion als Vorsitzender der Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament hatte, bis zu seiner Mandatsaufgabe im September 1995, Bernhard Gattwinkel (Jahrgang 47), technischer Angestellter, übernommen. Er war von 1989 bis 1991 und von 1992 bis 1995 Mitglied bei den Republikanern. Davor war er Mitglied bei der SPD.

²⁴³ Gießener Allgemeine Zeitung vom 20.5.1994

²⁴⁴ „Freier Fall. Wo Republikaner in Parlamente gelangen, herrschen bald Zwietracht und Stümperei in der rechtsextremen Partei“, in: Der Spiegel 20/1994, S. 55.

²⁴⁵ Gießener Anzeiger vom 10.5.1994.

- 2) Stellvertretender Fraktionsvorsitzender war Ulrich Kolan (Jahrgang 26), Industriekaufmann und Ruheständler. Darüber hinaus war er von 1990 bis November 1996 Vorsitzender des Kreisverbandes Gießen, gehörte sowohl dem Vorstand des Bezirks- als auch dem Landesvorstand der Republikaner in Hessen an. Er ist seit 1989 Mitglied der Republikaner.
- 3) Horst Öhl (Jahrgang 38), Warenannehmer, ist Mitglied der Republikaner seit 1988 und Vorstandsmitglied im Kreisverband Gießen. Er übernahm nach dem Ausscheiden von Bernhard Gattwinkel den Fraktionsvorsitz im Gießener Stadtparlament.
- 4) Rainer Schuster (Jahrgang 45), Koch, war seit 1992 Parteimitglied und Mitglied im Kreisverbandsvorstand. Er übernahm kurzzeitig, bis die Frage der Nachfolge von Bernhard Gattwinkel gelöst war, den Fraktionsvorsitz. Seit September 1995 gehört er als Fraktionsloser dem Gießener Parlament an, nachdem er von seinen Ämtern zurück, und aus der Partei ausgetreten ist.
- 5) Christine Kunze (Jahrgang 47), Kunsthandwerkerin und Mitglied des Kreisverbandsvorstandes gab im September 1993 ihr Mandat wegen ihres Wohnsitzwechsels auf. Ihr Nachfolger wurde Carsten Beck.
- 6) Carsten Beck (Jahrgang 67), Angestellter und Mitglied des Kreisverbandsvorstandes.
- 7) Ursula Kolan (Jahrgang 31), Industriekauffrau und –technikerin im Ruhestand, ist seit 1989 Mitglied der Republikaner und übte die Funktion als Schatzmeisterin des Kreisverbandsvorstandes aus.
- 8) Richard Maar (Jahrgang 26), Rentner und Mitglied des Kreisverbandsvorstandes, war bis zu seinem Tod im April 1996 Nachfolger von Rainer Schuster.

b) Altersstruktur

Die Auswertung der Daten der sechs republikanischen Mandatsträger zeigt folgendes Ergebnis:

Bei der Alterstruktur der Fraktionsmitglieder der Republikaner im Gießener Stadtparlament, ist die Gruppe der 42- bis 63-jährigen am stärksten repräsentiert. Nur ein Mandatsträger ist am Beginn der Legislaturperiode 27 Jahre alt.

Die Republikaner stellen darüber hinaus mit ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Ulrich Kolan (Jahrgang 1926) den ältesten Mandatsträger des Gießener Stadtparlamentes der Legislaturperiode 1993 bis 1997.²⁴⁶

²⁴⁶ Als ältester Abgeordneter des Gießener Stadtparlamentes durfte Ulrich Kolan als Alterspräsident die erste Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1993 bis 1997 eröffnen.

Im Vergleich zu den anderen im Stadtparlament vertretenen Parteien betrug der statistische Durchschnitt eines Gießener Stadtparlamentariers 45,5 Jahre (Stand März 1993). Von diesem Mittel wichen die Republikaner mit einem Durchschnittsalter von 53,8 Jahren stark ab. Im Vergleich wiesen die Bündnisgrünen beispielsweise ein Durchschnittsalter von 33 Jahren, die Liberalen von 42 Jahren, die Union von knapp 45 Jahren und die Sozialdemokraten von 46,5 Jahren auf. Gießener Anzeiger vom 16.3.1993.

c) Geschlecht

Zu Beginn der Legislaturperiode 1993 bis 1997 gehörten zwei Frauen der Fraktion an. Durch die Mandatsaufgabe einer Abgeordneten im September 1993 hat sich der Anteil auf eine Frau reduziert.²⁴⁷

d) Konfession

Auf die Frage, welcher Konfession die sechs Mandatsträger der Republikaner angehören, antworteten bei der Befragung, dass drei der katholischen, zwei der evangelischen Konfession angehörten und einer konfessionslos war. Kein Fraktionsmitglied nimmt an kirchlichen Aktivitäten teil.

e) Schulabschluss

Bei der Frage, über welchen Schulabschluss die sechs Mandatsträger der Republikaner verfügen, kann unter Verwendung des Kriteriums des formalen Schulabschlusses in einen „niedrigen“ und „höheren“ Bildungsstand unterschieden werden.

Zwei Mandatsträger haben den Volks-/Hauptschulabschluss, weitere zwei einen Realschulabschluss und bilden insgesamt die stärkere Gruppe. Einer besitzt einen Fachschulabschluss und einer hat die Abiturprüfung erfolgreich abgelegt.

f) Berufsstruktur

Mehr als die Schulbildung stellt die berufliche Qualifikation ein weiteres wichtiges Kriterium im Prozess der Auswahl des politischen Führungspersonals dar.

Wie aus der Befragung ersichtlich wurde, dominierten bei der Fraktion der Republikaner die Berufsgruppe der Angestellten mit drei Akteuren und die der Rentner mit zwei, gefolgt von einem Facharbeiter und einem selbständigen Unternehmer.

g) Familien- und Verwandtschaftsverhältnisse

In der Legislaturperiode 1993 bis 1997 gehört ein Ehepaar (Ursula und Ulrich Kolan) der Fraktion an.

h) Dauer der Parteizugehörigkeit

Auf die Frage, seit wann die einzelnen sechs Mandatsträger Parteimitglied bei den Republikanern geworden sind, antwortete ein Akteur seit 1988, zwei seit 1989, zwei seit 1992 und bei einer Enthaltung.

²⁴⁷ Die Republikaner-Abgeordnete Christine Kunze, hatte Ende September 1993 wegen ihres Wohnortwechsels ihr Mandat zurückgegeben.

i) „Parteielite“ und Ämterhäufung

Von den sechs Mandatsträgern, die der Fraktion des Gießener Stadtparlamentes angehörten, waren alle ebenfalls gewählte Mitglieder eines oder mehrerer Vorstände ihrer Partei. Es handelte sich durchweg um Multifunktionsträger. Diese personelle Verzahnung von Kreisvorstand und kommunaler Mandatsträgerschaft ergab zwar keine institutionalisierte, aber eine praktische Arbeitsteilung. Auf Dauer ergab sich aber in der öffentlichen Wahrnehmung eine dauerhafte Verbindung und Identität dieser Organe.

1.1.1.2 Partizipationsverhalten der Mandatsträger*1.1.1.2.1 Persönlicher Zeitaufwand und eigene Partizipationseinschätzung*

Die Gießener Mandatsträger mussten sehr viel Zeit für ihre Parlamentstätigkeit, für die Wahrnehmung ihrer „Doppelfunktion“²⁴⁸ als Mandatsträger im Stadt- sowie im Kreisparlament und für ihre arbeitsintensiven außerparlamentarischen Nebenverpflichtungen in der lokalen Parteiorganisation aufbringen.²⁴⁹ Das zeigt sich schon anhand ihrer hohen Wochenstundenzahl von über 20 Stunden, die sie für ihre Parteiarbeit aufwandten.²⁵⁰

Ein genereller Zeitaufwand für eine Ratsarbeit hätte nach einem Aufsatz von Pfeiffer zur Folge, dass bestimmte Berufsgruppen, die über viel Zeit verfügen, in einer Fraktion überrepräsentiert sein müssten.²⁵¹ Tatsächlich zeigt das Ergebnis, dass der Anteil der Rentner und einfachen Angestellten dominant vertreten waren. Eine Gruppe, die über ein hohes Zeitbudget verfügte.

Darüber hinaus bedeutete der hohe Zeitaufwand auch eine enorme Belastung für jeden einzelnen Mandatsträger und wirft die Frage auf, ob sich die Abgeordneten neben ihrem Beruf mit den anstehenden kommunalpolitischen Fragen intensiv und ausreichend beschäftigen konnten. Meinem Erachten nach konnte dies nicht der Fall sein. Das zeigt sich z.B. deutlich in der geringen Anzahl gestellter parlamentarischer Anträge, die die o.g. These bestätigen.

Darüber hinaus waren diese in vielen Fällen parallel gestellt. Diese ineffektive parlamentarische Arbeitsweise deutet auf die zeitliche Überforderung hin. Innerfraktionelle Sitzungen zur Koordination der Parlamentsarbeit unterblieben infolge der zeitlichen und

²⁴⁸ Unter „Doppelfunktion“ verstehe ich Mandatsträger, die sowohl im Kreistag wie auch im Stadtparlament tätig sind.

²⁴⁹ Hierzu zähle ich die Fraktionssitzungen, Mitarbeit in den Ausschüssen, Stadtverordnetenversammlungen und deren Vorbereitungen, Stadtwerke-Betriebskommission und eine bestimmte Stundenzahl für außerparlamentarische Nebenverpflichtungen in der Partei.

²⁵⁰ Interview mit Bernhard Gattwinkel am 15.7.1993.

²⁵¹ Ulrich Pfeiffer, „Eine Partei der Zeitreichen und Immobilien. Folgerungen für eine Strukturreform“, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 44 (1997), S. 392 f.

arbeitsmäßigen Überbelastung (Parteivorstandsarbeit und Mandat) der republikanischen „Parteielite“ bei geringer Ausprägung der lokalen Parteistruktur.

Auf die Frage, wie die sechs Mandatsträger ihre eigene Mitarbeit in der Partei einschätzten würden, ordneten zwei Abgeordnete ihre eigene Partizipation als „aktiv“ und vier als „sehr aktiv“ ein. Darüber hinaus arbeiteten sie, bis auf einen Mandatsinhaber, mehr als 20 Stunden in der Woche für die Partei.

Die Gießener Ergebnisse können in diesem Teilbereich nur eingeschränkt verwendet werden, weil die Angaben auf der subjektiven Selbsteinschätzung der Befragten beruhen.²⁵²

1.1.1.2.2 Engagement der Mandatsträger im vorpolitischen Raum

Ich gehe davon aus, dass das lokale gesellschaftliche Interaktionsfeld, hier am Beispiel der Universitätsstadt Gießen, einen hohen Komplexitätsgrad besitzt und ein einzelner Mandatsträger kaum in der Lage ist, zu allen Bereichen der gesellschaftlichen Umwelt politische Kommunikationsbeziehungen aufrechtzuerhalten.

An dieser Stelle steht im Vordergrund meines Interesses die außerparteiliche gesellschaftliche Verankerung der kommunalen Mandatsträger der Republikaner des Gießener Stadtparlamentes. Hierunter subsumiere ich die Zugehörigkeit und Mitgliedschaften in gesellschaftlichen Organisationen, vor allem im lokalen Vereins- und Verbandswesen.

Aktivitäten und Mitgliedschaften in Vereinen, Interessenverbänden, karitativen und kirchlichen Gruppen, also in Vereinigungen, in denen Bürger freiwillig in einer organisierten Gemeinschaft bestimmte Interessen verfolgen, werden im allgemeinen als wichtige Voraussetzung einer demokratischen Bürgerkultur betrachtet. In der wissenschaftlichen Publizistik wird die Meinung vertreten, gesellschaftliche Aktivität in Vereinen oder Interessengruppen erhöhe die Bereitschaft zur politischen Partizipation. Begründet wird das mit der „Sozialisationswirkung der Vereine“²⁵³. Als weiteres Motiv für eine Vereinsaktivität

²⁵² Zur Problematik einer Operationalisierung innerparteilicher Aktivitäten siehe: Michael Th. Greven, „Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das Alltagsbewußtsein in Parteien“, Opladen 1987, S. 38 f.

²⁵³ Klaus Simon, „Lokale Vereine - Schule der Demokratie? Zum Einfluß lokaler Freizeitvereinigungen auf die politische Beteiligung der Bürger in der Gemeinde“, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), „Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie“, München 1983, S. 248. Vereine seien ein 'Soziopolitisches Übungsfeld', in dem Verhaltensweisen internalisiert werden könnten, die auch die Kompetenz zur politischen Teilnahme erhöhten. Diese Auffassung über die politische Funktion von Vereinen überrascht angesichts der ausgesprochen großen Vielfalt von Vereinsformen, -zielen und -größen. Vgl. *ibid.* S. 266. Andere Untersuchungen differenzieren auch diese Aussagen. So wurde festgestellt, dass Vereine als „Trainingsstätte für politische oder demokratische Aktivität [...] nur für den Kern der Aktiven in Frage [...] komme. Die breite Vereinsmitgliedschaft hat an diesen Partizipationsmöglichkeiten [...] höchstens einen indirekten Anteil, indem sie 'ihre' Vereinsführer in politischen Fragen einzusetzen versuchen kann“. Vgl. *ibid.*, S. 269.

wird das gesellschaftliche Informationsbedürfnis lokaler Parteiakteure angesehen. Vereine können als Forum genutzt werden, um in überschaubaren Gruppen persönliche Kontakte mit sozial aktiven und gesellschaftlich informierten Personen zu knüpfen. „Der Verein ist [...] der Ort, an dem Interessen von kommunalpolitischer Relevanz vorsortiert und kanalisiert werden“²⁵⁴. Zur Analyse der Vereinsmitarbeit und der lokalen Verankerung in gesellschaftlichen Organisationen habe ich einen Katalog von verschiedenen Vereinen, Verbänden, karitativen und kirchlichen Organisationen zusammengestellt, der den Befragten in einem standardisierten Fragebogen vorgelegt wurde. Die Aufzählung enthält zum einen verschiedene Arten örtlicher Traditionsvereine, beispielsweise Heimat- und Bürgervereine, Sport-, Schützen-, Musik- und Faschingsvereine, Freiwillige Feuerwehr, karitative Organisationen (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Rotes Kreuz und Malteser) sowie Bürgerinitiativen, Elternbeirat und Gewerkschaften.

Das Befragungsergebnis ergab weiter, dass die Hälfte der Mandatsträger zur Zeit der Befragung Mitglied in einem Verein waren, jedoch selten/nie oder überhaupt keinen Kontakt zu Vereinskollegen hatten. Daraus schließe ich, dass es sich hierbei um passive Mitgliedschaften handeln muss. Darüber hinaus waren einige Mandatsträger in mehreren Vereinen Mitglied. Durch diese Streuung von Vereinsmitgliedschaften hätte theoretisch das Mitglied als Ansprechpartner der Bevölkerung zur Verfügung stehen können. Aufgrund ihrer durchweg passiven Mitgliedschaft konnte ein solcher aktiver Politiktransport kaum möglich sein. Eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft war nicht zu erkennen. Alle Ergebnisse zeigten, dass zwar eine soziale Aktivität vielfach gleichzeitig in mehreren Bereichen festgestellt werden konnte, sogar eine Kumulation sozialer Aktivitäten vorlag, diese aber nicht genutzt werden konnten. Die Abgeordneten waren aufgrund der Passivität in die verschiedenen Bereiche der parteiexternen gesellschaftlichen Organisationen der Gemeinde somit kaum integriert.

1.1.1.2.3 Kommunikationsmuster innerhalb der Fraktion

Persönliche Kommunikationsmuster sind einerseits Ausdruck persönlicher Orientierungen, andererseits Ausdruck einer Struktur von Kommunikationsgelegenheiten und Informationsangeboten. Zusammen bilden sie ein System, über das Personen mehr oder weniger direkt miteinander in Verbindung stehen und sich der Möglichkeit wechselseitigen

Die meisten Analysen stufen Vereine und Verbände als determinierende Faktoren des politischen Partizipationsverhaltens ein. Die Bedeutung von Vereinen als „vorpoltischer Raum“ der Parteien wird immer wieder damit begründet, dass eine enge Personalunion zwischen lokalen politischen Eliten und Vereinsführungen besteht, eine hohe Kontaktdichte zwischen beiden Gruppen festgestellt werden kann. Vgl. *ibid.*, S. 258.

²⁵⁴ Hans-Jörg Siewert, „Lokale Elitensysteme“, Königstein/Taunus 1979, S. 169.

Einflusses aussetzen. Nicht persönliche Kontakte informeller Art sollen untersucht werden, sondern formeller Art, nämlich Kontakte zu Parteiinstitutionen oder Personengruppen.

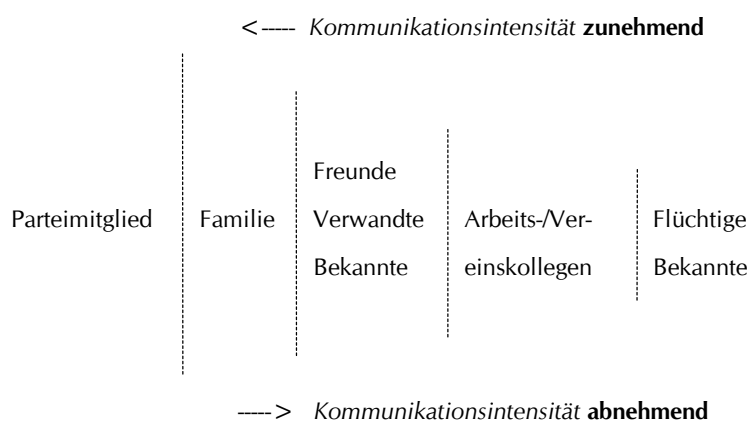
Bei der Untersuchung der Kontaktintensität zu innerparteilichen Gruppen und Institutionen sprachen sich die Mandatsträger in der Befragung aus, dass sie zu Gemeinde-/Stadt- und Kreismitgliedern drei- bis fünfmal die Woche, mit den kommunalen Vorstandsmitgliedern wenigstens ein- bis zweimal wöchentlich Kontakt hielten, zu den „einfachen“ Parteimitgliedern es nur sehr selten Kontakt gab. Die Kontaktintensität nahm demnach vom „aktiven“ Mandatsträger zum „einfachen“ Parteimitglied sehr stark ab. Es entstand ein Kontaktgefälle zwischen den Mandatsträgern zur Gesamtmitgliedschaft, und da es sich durchweg um Mehrbereichsakteure handelte, vermute ich ein weiteres Kontaktgefälle innerhalb der Gesamtmitgliedschaft der Partei.

1.1.1.2.4 Die verschiedenen Kommunikationsräume der Mandatsträger

In den geführten Gesprächen mit den Mandatsträgern des Gießener Stadtparlamentes wurde die Zusammensetzung der Kommunikationsräume der Gesprächsteilnehmer erörtert. Hierbei wurde deutlich, dass der Kommunikationsraum in verschiedenen Gruppen um das Individuum strukturiert ist.

Unterschieden wurde bei den Gesprächspartnern zwischen Verwandten, Freunden und engeren Bekannten. Zur dritten bzw. vierten Gruppe wurde der Kreis der flüchtigen Bekannten, mit denen kein kontinuierlicher Kommunikationsprozess gepflegt wird, als eigenständige Personengruppe dargestellt. Als besonderes Abgrenzungsproblem stellte sich heraus, dass von den Gesprächsteilnehmern der Begriff Freund bzw. guter Bekannter

Abbildung 1c: Verschiedene Kommunikationsräume und Kommunikationsintensität der republikanischen Mandatsträger im Gießener Stadtparlament.



Quelle: Auswertung standardisierter Fragebogen. Eigene Darstellung.

individuell verschieden interpretiert wurde. Verstanden wurden darunter Personen, mit denen man in kleinen Gruppen die Freizeit verbringt oder mit denen man neben regelmäßigen Treffen in Vereinen auch privat zusammenkommt.

Hinsichtlich der Differenzierung des Kommunikationsraums in einzelne Personengruppen und des Gesprächsverhaltens ist demnach zwischen dem Personenkreis, mit dem der Einzelne gern, freiwillig und möglichst häufig seine Freizeit verbringt, im folgenden „Freunde“ bzw. „gute Bekannte“ genannt, den Verwandten, mit denen man zwar nicht immer häufig, aber regelmäßig zusammenkommt, und anderen Personen zu unterscheiden. Diese Begriffe grenzen eindeutig den Personenkreis aus, den man zwar kennt, der aber mehr unausgesucht und eher zufällig in bestimmten Lebensbereichen und -situationen des Mitglieds auftaucht.

In der vorliegenden Untersuchung wurde die parteiinterne und -externe Kommunikation der Abgeordneten des Gießener Stadtparlamentes mit Fragen der Häufigkeit politischer Gespräche und der Anzahl von persönlichen Kontakten mit verschiedenen Adressaten aus dem sozialen und parteispezifischen Umfeld erfasst.

Bei der Frage, mit wem und wie oft die Abgeordneten der Republikaner in Gießen wöchentlich über Politik reden, kristallisierten sich drei Schwerpunktgruppen heraus. In erster Linie reden sie mit den Familienmitgliedern und Parteimitgliedern über fünfmal in der Woche über Politik, gefolgt von der Gruppe der Freunde und Arbeits-/Berufskollegen, mit der sie drei- bis fünfmal wöchentlich sprechen. Mit den Vereinskollegen erfolgt kaum eine politische Konversation.

Fazit: Je enger die räumliche Nähe, je ähnlicher der sozioökonomische Status, desto größer ist die Kommunikationschance und ihre Nutzung.

Es schließt sich die Frage an, inwieweit das einzelne aktive Mitglied durch seine persönlichen Kontakte in der Lage ist, Überzeugungsarbeit für die Partei zu leisten. Hierbei geht es um die Kommunikation innerhalb der persönlichen Kontaktkreise, mit denen jeder einzelne Abgeordnete individuelle Kommunikationsstrukturen aufbaut. Prinzipiell lassen sich dabei zwei verschiedene Arten von Kontaktgruppen unterscheiden. Einmal handelt es sich dabei um Personen, die man zwar persönlich mit Namen und anderen biographischen Daten kennt, mit denen man sich aber eher zufällig oder aufgrund äußerer Gegebenheiten, beispielsweise beim Kneipenbesuch oder bei Sportveranstaltungen, trifft. Wesentlich bei der Abgrenzung dieser Gruppe ist, dass man sich nicht einer Person direkt zuwendet, sondern dass primär ein Ereignis als Kommunikationsanlass im Mittelpunkt des Interesses steht, bei dessen Gelegenheit sich ein Gespräch ergeben kann. Bei der zweiten Kontaktgruppe handelt es sich um eine meist kleinere Anzahl von Personen, so genannten engeren Freunden und Bekannten, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie gern, freiwillig und regelmäßig

miteinander in Kontakt treten, man also von einer festen Kommunikationsstruktur sprechen muss.

1.1.1.2.5 Repräsentations- und Kommunikationsfunktionen

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die republikanischen Mandatsträger in Gießen einer umfangreichen Aufgabe der Repräsentation widmen. In der Regel existierten keine festen Bürgersprechstunden der einzelnen Abgeordneten. Die Wahlveranstaltungen wurden auf ein Minimum reduziert. Sie waren und sind kaum im vorpolitischen Raum engagiert, das heißt die Republikaner „pflegten“ und „pflegen“ ihren Wahlkreis kaum durch Bürger- und Vereinskontakte. Eine Initiative, die schlechte Kommunikationsstruktur zu verbessern, war im Rahmen der durchgeführten Untersuchung nicht zu erkennen. Jedoch unterlagen die Mandatsträger durch ihre parlamentarische Präsenz Repräsentationszwängen (Bürgersprechstunden in den einzelnen Stadtteilen).

Als zusammenfassendes Ergebnis steht fest, dass die Republikaner nur ansatzweise Repräsentations- und Kommunikationsfunktionen erfüllten. Sie waren demnach kaum in der Lage, durch persönliche Kontakte Überzeugungsarbeit für die Partei zu leisten. Eine Politikvermittlung fand nur in einem geringen Umfang statt. Die bewusste Übermittlung oder Weitergabe von Informationen, die in der Öffentlichkeit ein positives Gesamtbild der Fraktion hätte ergeben können, fehlten weitgehend. Diese Situation trug zu einem Imageverlust der Partei bei.

1.1.1.2.6 Das Kriterium der „Parlamentarischen Erfahrung“

Aus den geführten Gesprächen geht hervor, dass die dem Stadtparlament angehörenden Republikaner vereinzelt zuvor in anderen Parteien organisiert waren, jedoch dort weder parlamentarisch noch politisch in Erscheinung getreten waren. Das bedeutet, dass sie beim Eintritt in die parlamentarische Sozialisation politisch (relativ) unerfahren waren. Die Fraktion bestand komplett aus „Neuparlamentariern“. Anfänglich zeigten sich die Defizite in den einzelnen Aufgabenbereichen und Arbeitsgebieten sowie bei den parlamentarischen und innerfraktionellen Verfahrensabläufen, was sich deutlich in ihrer parlamentarischen Arbeit widerspiegelte. Darüber hinaus verfügten sie über keine Person mit ausgeprägten charismatischen oder rhetorischen Fähigkeiten in ihren Reihen.

Diese aufgezählten Mängel förderte weithin eine gewisse Unbeholfenheit, politische Vorstellungen zu formulieren und in den parlamentarischen Prozess einzubringen. Während der Phase ihrer parlamentarischen Präsenz verdichtete sich immer mehr das Bild von Kandidaten ohne Eigenschaften. Die eigenen Vorstellungen, an der sie ihre politische

Erfahrung maßen, lagen dahingehend, dass sie „schon einmal in der Stadtverordnetenversammlung gewesen sind und wissen, was die Bürger bewegt“, oder sie „wohnen schon 20 Jahre in Gießen und kennen bestens die Probleme der Stadt“²⁵⁵.

1.1.1.2.7 Die „Qualifikation“ der Mandatsträger

Die „Qualifikation“ der Mandatsträger kann lediglich auf der Basis des formalen Bildungsstandes, gemessen am Schul-/Hochschulabschluss sowie am derzeit ausgeübtem Beruf, diskutiert werden, sicherlich ein sehr beschränkt taugliches Konzept. Es zeigt sich bei der Fraktion, dass vorwiegend mittlere Reife und Fachabitur vorherrschten.

Die Frage, was die jeweiligen Funktionsträger der Republikaner für die einzelnen Ausschüsse des Stadtparlamentes an Qualifikationen und kommunalen Sachkompetenzen mitbrachten, bleibt offen, zumal sie vorher kaum politisch in Erscheinung traten und parlamentarisch nicht präsent waren. So liegen Aussagen vor, dass z.B. die Mandatsträgerin Ursula Kolan, als Mutter und Ehefrau, richtig im Frauenausschuss sitzt und der Fraktionsvorsitzende, Horst Öhl, als Warenannehmer tätig, ein enormes „empirisches Wissen“ im Ausschuss für Abrüstungsfolgen mitbringt.²⁵⁶

1.1.1.2.8 Die Frage von „Macht und Einfluss der Kommune“

Zur Selbstverortung der Politik im kommunalen Machtsystem durch die politischen Akteure der Republikaner sollte der Frage dienen, für wie groß die Fraktionsmitglieder den Einfluss folgender Gruppen oder Institutionen auf politische Entscheidungen in ihrer Kommune halten. Bei der Befragung kam heraus, dass die politisch institutionalisierte Macht der gesellschaftlichen überlegen sei. Die Republikaner sehen die Macht der Kommune in der Trias von politischer Spitze Oberbürgermeister/Bürgermeister, Regierungspartei und Verwaltung konzentriert. Die gesellschaftlichen Mächte und Interessengruppen erscheinen eher als unbedeutend. Die Bewertung des Unternehmereinflusses auf die Kommunalpolitik fiel gering aus. Unbedeutend für sie war auch der Einfluss der Bewertung der kommunalpolitischen Macht und Arbeit durch Medien und Kirchen.

²⁵⁵ Beide Zitate im Gießener Anzeiger vom 8.3.1993.

²⁵⁶ Gießener Express-Magazin 13/94, S. 6.

1.1.1.2.9 Interessenschwerpunkte und Rollenfunktion der Mandatsträger

In diesem Teilkapitel soll geklärt werden, welche Interessenschwerpunkte in Bezug auf verschiedene politische Themenbereiche bei den Mandatsträgern der Republikaner vorlagen und wie ihre eigene Einschätzung bezüglich der Rollenfunktion eines Kommunalpolitikers eingestuft wurde. Hierzu habe ich einen Fragenkatalog mit verschiedenen Aussagen den Befragten vorgelegt. Das Auswertungsergebnis verdeutlicht, dass sich die Mandatsträger vorrangig für Stadt-/Gemeinde- und Kreispolitik sowie für Innenpolitik interessieren.

Zur Einschätzung ihrer Rollenfunktion handelte es sich bei den ersten drei Punkten der Tabelle um drei Rollenmerkmale, die von den Erwartungen an einen Kommunalpolitiker gekennzeichnet sind. So fand beispielsweise die Aussage, dass Parteiakteure sich am Wohl des Ganzen zu orientieren hätten („das Gemeinwohl“ beachten) unter den Gießener republikanischen Mandatsträgern eine hundertprozentige Zustimmung. Dass Kommunalpolitiker ihr Handeln an sachlichen Gesichtspunkten orientieren sollten („sachorientiert“) bejahten immerhin noch vier von sechs Befragten. Die Frage, dass sich Parteiakteure um Anfragen und Bitten jedes einzelnen Bürgers und nicht nur um solche einer besonderen Klientel zu kümmern hätten („Bitten bearbeiten“), fand nur bei drei Akteuren eine Zustimmung.

Zwei Punkte beinhalteten die persönliche Rollenauffassung eines Mandatsträgers. Ein Kommunalpolitiker muss vor allem Kontakt zur Verwaltung haben, damit er seine Vorhaben durchsetzen kann („Kontakt zur Verwaltung“), dieser Aussage stimmten nur zwei der sechs Abgeordneten zu. Ein Kommunalpolitiker muss erreichen, dass die von ihm erkannten Probleme in der Lokalzeitung erscheinen („Lokalzeitungsberichte“), fand bei drei Gießener Republikanern noch Zustimmung. Dem letzten Punkt, dem der Bürgerkompromisse stimmte, die Hälfte der Befragten zu.

1.1.1.2.10 Zusammenfassung

Das soziodemographische Analyseergebnis ergab folgendes Bild der sechsköpfigen Fraktion der Republikaner in der Legislaturperiode von 1993 bis 1997. Die größte Gruppe stellten die 42- bis 63-jährigen. Eine „Jugendlichkeit“ konnte dieser Fraktion nicht attestiert werden. Es dominierten von Beginn an die so genannten „reiferen Jahrgänge“.

Bei den republikanischen Mandaten zeigte sich, dass es sich um eine von Männern dominierte Fraktion handelte. Der Frauenanteil war eklatant niedrig. Zumindest in diesem soziodemographischen Bereich wichen die Republikaner in Gießen von Hafenegers Studie ab. Seinen Ergebnissen zufolge, bezogen auf Hessen, beanspruchen „die Männer (...) die

‘erfolgsversprechenden’ Listenplätze für sich (...) und/oder daß die ‘Republikaner’ kaum Frauen für die zu erwartende parlamentarische Arbeit (d.h. für vordere Listenplätze) gewinnen können“²⁵⁷. Seine Ausführung kann ich, bezogen auf Gießen, nicht ganz bestätigen. Nach meinen Untersuchungserkenntnissen sind es zwei Ursachen, die für dieses Disverhältnis verantwortlich sind. Erstens der Frauenanteil an sich, der an der Gesamtmitgliedschaft ebenfalls extrem niedrig ist und zweitens im vorherrschenden unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Partizipationsverhalten.²⁵⁸ Somit handelt es sich meiner Meinung nach nicht um eine generelle Beanspruchung der männlichen Anwärter um einen Listenplatz, sondern um eine Folgewirkung der Organisationsstruktur als Ganzes.

Unter den Mandatsträgern bestanden eine Dominanz von „einfachen“ Angestellten und Rentnern auf der einen und eine geringe Zahl aus anderen Berufsgruppen auf der anderen Seite. Dieses kommunale Ergebnis bestätigt die Erkenntnisse der Hessen-Studie von Hafener, nach der er von einer Dominanz „aus unteren sozialen Schichten (Milieus) der Arbeiter und ‘kleinen’ Angestellten“ ausgeht.²⁵⁹

Darüber hinaus geht er von einem relativ großen Teil der Kandidaten und Mandatsträger der Republikaner aus, der sich aus ihrem engeren sozialen Milieu rekrutiert.²⁶⁰ Das kann für Gießen zum Teil bestätigt werden. Unter den sechs Mandatsträgern war ein Ehepaar (Kolan) vertreten.

Die Dauer der Parteizugehörigkeit hat bei der Rekrutierung der Abgeordneten aufgrund der extrem niedrigen Gesamtmitgliedschaft des Kreisverbandes Gießen kaum eine entscheidende Rolle gespielt. Wichtiger hingegen waren auch infolge des zeitlichen Aspekts andere Faktoren, z.B. der Wille zur Exponierung und/oder die Zugehörigkeit zu Parteivorständen, sowie emotionelle Gratifikationen.

Von den sechs Mandatsträgern waren alle gewählte Mitglieder eines oder mehrerer Vorstände. Fraktion und örtliche Parteigliederung waren somit identisch besetzt. Bei den Abgeordneten handelt es sich um „Multifunktionsträger“. Ein Aufstieg eines Mandatsträgers in eine „Eliteposition“, z.B. als Fraktionsvorsitzender oder -sprecher, erfolgte unabhängig von seinem Bildungsgrad. Es herrschte Chancengleichheit für den Aufstieg in Elitepositionen.

Die Gießener Mandatsträger brachten sehr viel *Zeit* für ihre *Parlamentstätigkeit* auf. Das zeigte sich an ihrer hohen zeitlichen Belastung (mehr als zwanzig Stunden wöchentlich). Hierbei spielte der Aspekt eine Rolle, dass es sich bei den in der Fraktion vertretenden Berufsgruppen überwiegend um Berufe mit einem hohen Zeitbudget handelte.

²⁵⁷ Benno Hafener, (1997), op.cit., S. 33.

²⁵⁸ Zur politischen Partizipation von Frauen vgl. u.a.: Beate Hoecker, „Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch“, Opladen 1995.

²⁵⁹ Benno Hafener, (1997), op.cit., S. 58

²⁶⁰ Benno Hafener, (1997), op.cit., S. 36.

Die Republikaner widmeten sich nur im geringen Maß der Aufgabe einer umfangreichen und umfassenden *Repräsentation* in der Öffentlichkeit. Es existierten keine festen Bürgersprechstunden der einzelnen Abgeordneten. Sie „pfl egten“ ihren Wahlkreis demnach kaum durch Kontakte mit den Bürgern und Vereinen. Die Politikvermittlung nach außen fand nur in einem geringen Umfang statt.

Aus den geführten Gesprächen mit den Abgeordneten und der Befragung wurde die Zusammensetzung der verschiedenen *Kommunikationsräume* der Mandatsträger ermittelt. Sie strukturierten sich unterschiedlich um den einzelnen Akteur herum. Beim Gesprächsverhalten kristallisierten sich drei Schwerpunktgruppen heraus. In erster Linie reden sie mit Familien- und Parteimitgliedern, gefolgt von der Gruppe der Freunde und Arbeits-/Berufskollegen. Mit Vereinskollegen erfolgt kaum eine politische Konversation. Je enger die räumliche Nähe, je ähnlicher der sozioökonomische Status, umso größer ist die Kommunikationschance und Wahrnehmung.

Bei der außerparteilichen gesellschaftlichen Verankerung der Mandatsinhaber des Gießener Stadtparlamentes, hier in Form der Zugehörigkeit und *Mitgliedschaften* in gesellschaftlichen Organisationen, vor allem im lokalen *Vereins-* und *Verbandswesen*, kam ich zum Ergebnis, dass die Hälfte der Abgeordneten zur Zeit der Befragung Mitglied in einem Verein waren, jedoch selten/nie oder überhaupt keinen Kontakt zu Vereinskollegen hatten. Hierbei handelte es sich um passive Mitgliedschaften. Darüber hinaus waren einige Mandatsträger in mehreren Vereinen Mitglied. Dem gegenüber war eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht bekannt. Die Ergebnisse zeigten, dass soziale Aktivität zwar vielfach gleichzeitig in mehreren Bereichen hervortreten kann, aber von den Mandatsinhabern nicht ausreichend genutzt wurden. Sie waren in die verschiedenen Bereiche der parteiexternen gesellschaftlichen Organisation der Gemeinde nicht integriert. Sie agierten nahezu anonym. Zwischen Partei und Wähler gab es kaum Kontakt und Dialogangebote.

Die Frage nach den Qualifikationen jedes einzelnen Mandatsträgers und deren Sachkompetenz konnte nicht beantwortet werden.

1.2 Die Fraktion in der Gießener Stadtverordnetenversammlung von 1997 bis 2001

In diesem Untersuchungszeitraum gehörten drei Mandatsträger (Ehepaar Ursula und Ulrich Kolan und Horst Öhl) der republikanischen Fraktion im Gießener Stadtparlament an. Alle drei Abgeordneten waren bereits Mandatsträger der Fraktion der Legislaturperiode 1993 bis 1997.

1.3 Auflösungsprozesse der Fraktion und Skandale

Bundesweit gelang es, was u.a. die Studien von Lepszy/Veen, Hafener, Griesse/Niermann und Butterwegge verdeutlichen, nur wenigen Republikaner-Fraktionen, eine Wahlperiode ohne Abspaltungen und Zerwürfnisse zu überstehen.²⁶¹ In diesem Abschnitt soll geklärt werden, ob die Republikaner in der mittelhessischen Universitätsstadt eine ähnliche Entwicklung durchlaufen haben oder ob sie diesbezüglich eine Ausnahme bilden.

1.3.1 Legislaturperiode von 1993 bis 1997

Der Auflösungsprozess der Fraktion begann unmittelbar nach der Kommunalwahl im März 1993, nachdem ein Mitglied (Dieter Ilgenfritz) sein Mandat nicht annahm. Für ihn rückte Rainer Schuster nach. Ausscheiden musste aufgrund seiner Vorstrafen ein weiterer Republikaner, nachdem seine Nominierung öffentlich diskutiert worden ist.²⁶² Im September 1993 hat Christine Kunze ihr Mandat wegen ihres Wohnsitzwechsels niedergelegt. Als ihr männlicher Nachfolger rückte der Student Carsten Beck nach. Die Auflösung der Fraktion der Republikaner setzte sich im September 1994 fort, als nach heftigen internen Querelen Bernhard Gattwinkel sein Amt und Mandat als Fraktionsvorsitzender niederlegte und gleichzeitig auch die Partei verließ. Zudem musste die Fraktion den Austritt Rainer Schusters verkraften, der an der Seite von Bernhard Gattwinkel focht und seitdem mit dem Status eines „Fraktionslosen“ im Stadtparlament saß. Helmut Zimmermann, der einzige Stadtrat der Republikaner im ehrenamtlichen Magistrat der Universitätsstadt Gießen, saß nach seinem Parteiaustritt Ende 1994 dort mit dem Status eines „Parteilosen“.

Das verwaiste Mandat konnte erst nach fast zwei Monaten mit dem letzten aus der Kandidatenliste zur Verfügung stehenden Nachrücker, Richard Maar, besetzt werden. Im April 1995 schied Richard Maar durch Tod aus.

Fazit ist, dass bereits im Oktober 1994 die mit zwölf Namen sowieso äußerst knapp besetzte, Nachrückerliste ausgeschöpft war. Vier Kandidaten aus dem Wahlvorschlag der Republikaner zur Kommunalwahl hatten auf die Annahme ihres Mandats aus unterschiedlichen Gründen verzichtet. Aufgrund des öffentlichen Drucks mussten die Republikaner einen Kandidaten wegen seiner Vorstrafen zurückziehen. Drei waren mittlerweile nicht mehr Mitglied der Partei. Am Ende der Legislaturperiode 1993 bis 1997 waren von den anfänglich sechs nur noch vier Mandatsträger übrig.

²⁶¹ Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, (1992), op.cit.; Benno Hafener, (1995 und 1997), op.cit.; Birgit Griesse/Gunter Niermann, (1998), op.cit.; Christoph Butterwegge (1998 und 1999), op.cit.

²⁶² Gießener Anzeiger vom 26.6.1997.

1.3.2 Legislaturperiode von 1997 bis 2001

In diesem Zeitraum ist kein Auflösungsprozess ersichtlich. Die drei Mandatsinhaber der Republikaner (Ehepaar Ulrich und Ursula Kolan und Horst Öhl) waren während der gesamten Legislaturperiode 1997 bis 2001 stets präsent und gaben nach außen eine in sich geschlossene Fraktion ab.

1.3.3 Dauer der Fraktionsangehörigkeit

Für die hohe Fluktuationsrate innerhalb der Reihen der Fraktion der Republikaner der Legislaturperiode 1993 bis 1997 sind vielfältige Ursachen verantwortlich. Erstens organisatorische und strukturelle, da freigewordene Mandate aufgrund fehlender Kandidaten nicht neu besetzt werden konnten. Zweitens parteiinterne Faktoren (persönliche Differenzen, Affären etc.). Drittens eine Überbelastung einzelner Mandatsträger, die sich daraus ergab, dass neben einem „Doppelmandat“ (Stadt- und Kreisparlament) noch eine regionale und/oder überregionale parteiinterne Funktion ausgeübt wurde.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die sukzessive Auflösung der Fraktion als Chronik der Zerstrittenheit, gegenseitiger Vorwürfe, Affären, persönlicher Differenzen, mit juristischen Mitteln ausgefochtener parteiinterner Ungereimtheiten und Parteiausschlussverfahren gelesen werden kann. Teilweise handelt es sich hierbei um Überreaktionen. Der Zerfallsprozess ist das Ergebnis, weil weder ein geregelter Meinungs- und Willensbildungsprozess noch eine systematische Eliterekrutierung existiert. Für ein Minimum an personeller Kontinuität und organisatorischer Stabilität konnte die Fraktion nicht sorgen. Eine effektive, kontinuierliche Arbeitsmöglichkeit innerhalb der Fraktion existierte deshalb nicht.

Fazit: Die Fraktion der Republikaner in Gießen unterschied sich in diesen Punkten ihrer Gesamtentwicklung nicht von den republikanischen Fraktionen anderer Kommunal- und Landesparlamente.

2. Die Republikaner in ihrer parlamentarischen Arbeit im Gießener Stadtparlament

Im Vordergrund dieses Kapitels steht die Analyse der parlamentarischen Arbeit der Republikaner von beiden Legislaturperioden. Es sollen u.a. Antworten auf die Fragen nach ihren präferierten Themen, Problemlösungsvorschlägen, Entwicklungsperspektiven, ihrer Agitation und ihrem interfraktionellen Verhältnis gefunden werden.

Dabei soll überprüft werden, ob es sich im Stadtparlament der mittelhessischen Universitätsstadt ebenfalls um eine „Ein-Thema-Fraktion“ mit „Fixierung auf das Ausländer- und Asylthema“ handelt, wie es Lepszy/Veen zusammenfassen,²⁶³ und ob die Gießener Republikaner-Fraktion ebenfalls einen „Mangel an Sachkompetenz“²⁶⁴ aufwies, was in vielen Studien und Hintergrundberichten über die anderen Fraktionen bestätigt wurde. Erwiesen sich die Abgeordneten ebenfalls als „fachlich inkompetent, desinteressiert und ziemlich schlecht informiert“²⁶⁵, wie es Butterwegge resümiert: Wenn ja, wo liegen die Ursachen für dieses Problem? Ist die Realität wirklich so, wie es Leggewie bilanziert, dass die praktisch-parlamentarische Arbeit rechtsradikaler Fraktionen „selbst bei wohlwollender Betrachtung katastrophal“²⁶⁶ sei?

Im ersten Halbjahr der Legislaturperiode 1993 bis 1997 verzeichnete das Stadtverordnetenbüro von der Fraktion der Republikaner lediglich wenige technische Fragen in den Ausschüssen zu den Vorlagen des Magistrats. Die Fraktion stellte in diesem Zeitraum weder Anträge noch Anfragen und beteiligte sich in der Regel nicht am parlamentarischen Leben.²⁶⁷ Explizit zeigte sich das an folgender Situation: Im Juni 1993 äußerte sich die Fraktion während einer Sondersitzung des Stadtparlamentes in keiner Weise zu einem sehr wichtigen Antrag der Union, in welchem sie die Abwahl des Magistrats forderte.

Erst Ende September 1993, ein halbes Jahr nach ihrem Parlamentsantritt, war aufseiten der Republikaner ihre „Lernphase“ in die Phase der konstruktiven Vorschläge übergegangen. Bis zu diesem Zeitpunkt blieben Grundsatzfragen zu ihrer Standortbestimmung ebenso aus wie Anträge, die einen Eindruck hätten geben können, was die Republikaner auf kommunaler Ebene verändern, welche neue Impulse sie der Stadt geben wollten.

²⁶³ Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, (1992), op.cit., S. 104.

²⁶⁴ Ibid., S. 59.

²⁶⁵ Christoph Butterwegge, (1997), op.cit., S. 40.

²⁶⁶ Claus Leggewie, (1994), op.cit., S. XII.

²⁶⁷ Die erste parlamentarische Amtshandlung der Republikaner lag in der offiziellen Eröffnung der neu gewählten Gießener Stadtverordnetenversammlung der Legislaturperiode 1993 bis 1997. Diese Aufgabe übernahm, in der Rolle des Alterspräsidenten, der 66-jährige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Republikaner, Ulrich Kolan. Während der Parlamentseröffnung kam es auf der Zuschauertribüne im Sitzungssaal zu tumultartigen Szenen, die jedoch nicht weiter eskalierten, als sich Ulrich Kolan anschickte, die Versammlung zu eröffnen.

Als Beispiel: „Den ganzen Abend über gab es nicht eine einzige Wortmeldung der sechs Rechtsradikalen“, Gießener Allgemeine Zeitung vom 24.7.1993.

Als Erklärung für ihre bis zu diesem Zeitpunkt als mangelhaft zu bezeichnenden parlamentarische Arbeitsleistung diene, dass sie als Parlamentsneulinge „die ganze Sache erst einmal anschauen wollten“²⁶⁸. Mit dieser Äußerung des damaligen Fraktionsvorsitzenden Bernhard Gattwinkel spiegelt sich deutlich wider, dass die Republikaner einen großen Teil ihrer ersten Legislaturperiode zur Einarbeitung und parlamentarischen Orientierung benötigten. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt, zwar bezogen auf Abgeordnete im Bundestag, Kaack in seiner Studie. Er konstatiert, dass „Parlamentsneulinge in der Regel einen Teil ihrer ersten Wahlperiode zur Einarbeitung benötigen“²⁶⁹. An dieser Situation machte sich die negative Seite des Kriteriums der „parlamentarischen Erfahrung“ und der „Qualifikation der Mandatsträger“ bemerkbar, auf die im vorhergegangenen Kapitel eingegangen wurde, ein Ergebnis, weil Mandate an parlamentarisch Unvorbereitete und zu wenig „qualifizierte“ Parteimitglieder gegangen waren. Die Schwäche der Fraktion lag eindeutig darin, dass die gewählten Parteivertreter mit wenigen Ausnahmen kaum über eine politische Erfahrung oder über eine kommunalpolitische Sachkompetenz verfügten. Darüber hinaus fehlt das Insiderwissen, um sich im Verwaltungsapparat durchsetzen zu können. Selbst am Ende der Legislaturperiode 1993 bis 1997 war der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Finanzausschusses Ulrich Kolan (der zu diesem Zeitpunkt schon vier Jahre im Amt war) mit spezifischen Verfahrensfragen innerhalb der Ausschusssitzung nicht genügend vertraut.²⁷⁰ An dieser Situation änderte sich in der darauf folgenden Legislaturperiode (1997 bis 2001) kaum etwas.

2.1 Die quantitative Analyse ihrer parlamentarischen Arbeit

Die quantitative Analyse der Tagesordnungspunkte, die von den Republikanern initiiert wurden, zeigte einen geringen Anteil an Eigeninitiativen im Vergleich zu den anderen im Gießener Stadtparlament vertretenen Parteien (siehe Tabelle 2.1).

Während der ganzen Legislaturperiode 1993 bis 1997 hatte die Fraktion der Republikaner nur zwölf reguläre Parlamentsanträge gestellt.²⁷¹ Neun davon fielen der Blockadehaltung der anderen Fraktionen zum Opfer und wurden abgelehnt, zwei wurden jeweils im Verlauf der Ausschussberatungen abgeändert. Ein Prüfantrag ging durch.

²⁶⁸ Gießener Anzeiger vom 2.8.1993.

²⁶⁹ Hajo Kaack, „Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages - ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 12, H 2 (1981), S. 201.

²⁷⁰ Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.12.1996.

²⁷¹ Einige Änderungsanträge zu den Haushalten 1993 (5), '94 (15), '95 (11), '96 (0), '97 (9) Mitteilung des Stadtverordnetenbüro, Stand 13.2.1996 und Gießener Anzeiger vom 8.3.1994 und 24.4.1996; Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.12.1996.

In der darauf folgenden Legislaturperiode 1997 bis 2001 waren es siebzehn reguläre Parlamentsanträge (siehe Abbildung 2.1). Sechzehn wurden mit oder ohne Diskussion

Tabelle 2.1: Gestellte Anträge der einzelnen Fraktionen im Gießener Stadtparlament der Legislaturperiode von 1993 bis 1997 und von 1997 bis 2001

	1993 bis 1997	1997 bis 2001
SPD	21	19
CDU	93	*)
Grüne	65	24
SPD/Grüne	23	17
FDP	12	FWG *)
Republikaner	12	17

Quelle: Daten vom Gießener Stadtverordnetenbüro. *) Zahlen lagen bei Fertigstellung der Arbeit nicht vor. Eigene Darstellung.

mehrheitlich abgelehnt, nur ein Antrag mehrheitlich angenommen. Auffällig waren die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Antragserstellungen. Abstände von sechs oder acht Monaten waren keine Seltenheit.

Diametral zu dieser Tatsache steht die subjektive Selbsteinschätzung ihrer eigenen Parlamentsarbeit, die sie als konstruktiv und aktiv einordneten. In einer Pressemitteilung der Kreistagsfraktion vom 9.7.1993 hieß es z.B., dass „die Fraktionen der Republikaner konstruktiv mitarbeiteten im Stadtparlament und Kreistag, hat sich in der letzten Zeit bewiesen“.²⁷² Am Kommunalwahlabend des 2. März 1997 äußerte sich Ulrich Kolan dahingehend, dass „seine Fraktion eine gute Arbeit im Sinne der Bürger geleistet habe ...“.²⁷³

Fazit: Die Mandatsträger überschätzen hier ganz klar die Reichweite und die Qualität ihrer Initiativen und ihrer Legitimationsfunktion. Der hohe Stellenwert, den die förmliche Beschlussfassung über die Eigeninitiative bei den lokalen Mandatsträgern besaß, verdrängte anscheinend ihre geringe Bedeutung im Vergleich zur Gesamttagesordnung. Insgesamt haben die Republikaner im untersuchten Zeitraum von 1993 bis 2001 29 reguläre Parlamentsanträge gestellt. Eine Differenzierung nach Themenbereichen zeigte, dass 26 kommunalpolitischen und 3 allgemeinpolitischen Inhalts waren.

²⁷² Pressemitteilung der Fraktion des Stadt- und Landkreises Gießen der Republikaner vom 9.7.1993.

²⁷³ Gießener Allgemeine Zeitung vom 3.3.1997.

a) Kommunalpolitischer Themenbereich:

Von den 26 kommunalpolitischen Themen dominierten die Aspekte „Verkehr“ (4) und „kommunale Verwaltung“ (4), gefolgt von „Innere Sicherheit/Polizei und Kriminalität“ (3), „Werbung“ (2), „Asyl-/Ausländerpolitik“ (2), „künstlerische Gestaltung“ (1), „Berufsfeuerwehr“ (1), „Internet“ (1), „Flächennutzungsplan“ (1), „Tierheimentlastung“ (1), „Straßenreinigung“ (1), „kommunaler Tourismus“ (1), „Parkhäuser“ (1), „Schule“ (1), „Soldatendenkmäler“ (1), „Änderung der Geschäftsordnung“ (1).

b) Allgemeinpolitischer Themenbereich:

Die drei allgemeinpolitischen Themen waren wie folgt aufgegliedert: „Schule“ (1), „Verbraucherschutz“ (1) und „Familie“ (1).

Die Republikaner griffen ein breit gefächertes kommunalpolitisches Themenspektrum auf und waren daher als eine „Mehr-Themen-Partei“ zu charakterisieren. Es gab Anträge mit einer sachlichen Grundausrichtung, die nicht von einer republikanisch-spezifischen Politikausrichtung beeinflusst waren. Sie zielten auf eine breite parlamentarische Zustimmung.

2.1.1 Kommunale Themen

Die Republikaner griffen mit ihrem Einzug in das Stadtparlament 1993 vielfältige kommunalpolitische Themen auf, die ihre Vorstellungen bezüglich ihrer Problemlösungen und Entwicklungsperspektiven für die mittelhessische Universitätsstadt Gießen aufzeigten. Die 26 kommunalpolitischen Anträge habe ich in folgende vier Themenbereiche („Allgemeines“, „Innere Sicherheit“, „Steuern/Haushalt und Finanzen“ und „Asyl-/Ausländerpolitik“) zusammengefasst:

2.1.1.1 Allgemeine Themen

In einem Antrag vom 7.9.1993 forderte die Fraktion den Magistrat der Stadt Gießen auf, für einen Neuanbau an das Gebäude der Gießener Berufsfeuerwehr Mittel im Haushalt 1994 einzustellen. Diesem Antrag sprach der CDU- Fraktionsvorsitzende Dieter Gail die Unterstützung seiner Fraktion während einer Parlamentsdebatte zu.²⁷⁴ „Heimischen Künstlern oder Schülern“ sollte im Zuge eines Ideenwettbewerbs die Möglichkeit gegeben werden, Gestaltungsvorschläge zur „optischen Aufwertung der Betonfläche im Bereich der Bushaltestelle Mühlstraße“ zu unterbreiten. Das wurde in einem Antrag der Republikaner an

²⁷⁴ Gießener Anzeiger vom 6.11.1993.

die Stadtverordnetenversammlung vom 18.3.1996 gefordert. Der Magistrat sollte außerdem weitere Flächen erfassen, die für die Gestaltungsmaßnahmen in Betracht kämen. Die Republikaner wollten somit Wandschmierereien verhindern. Außerdem forderten sie in einem Antrag vom 5.11.1995, dass Gießen ins Internet eingefügt werden sollte.

In einem anderen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung vom 2.4.1996 forderte die Fraktion eine Steuerleichterung für Tierheim-Hunde. Die Stadtverwaltung sollte darauf einwirken, dass für Hunde, die aus einem Tierheim zur Dauerpflege von Privatpersonen abgeholt werden, sich die zu zahlende Hundesteuer um 50 Prozent ermäßigt. Die Republikaner nahmen an, dass dieser Vorschlag den Interessentenkreis erweitert, der einen Hund in Pflege nehmen könnte. Sie erhofften sich infolge des finanziellen Anreizes eine Entlastung des mit Hunden überbelegten Tierheims.

Verkehrspolitisch engagierte sich die Fraktion mit vier Anträgen. In einem vom 19.11.1993, ging es um Sicherheitsmaßnahmen im Bereich der Gesamtschule Herderschule Gießen. In einem weiteren Antrag vom 22.6.1996 beschäftigten sich die Republikaner mit der „Erneuerung der Fahrbahndecke des Gleiberger Weges“. Die „Auffüllung der Fahrbahndecke des Fußüberweges Nordanlage/John F. Kennedy-Platz“ wurde in einem Antrag vom 8.1.1998 gefordert. In einem weiteren, datiert von 7.10.1999, ging es um die „Markierung von Fahrbahnbegrenzungssteinen an Straßenkreuzungen/Abbiegungen mit reflektierender Farbe“.

In dem Antrag vom 26.6.1996 forderte die Fraktion die „Neuorganisation der Straßenreinigung“. Die Reinigung der Bürgersteige sei künftig von den Anwohnern in Eigenregie durchzuführen, da sich in dem Umfang der Beteiligung durch die Anwohner an der Straßenreinigung sich die Straßenreinigungsgebühr reduziere. Begründet wurde der Antrag, „daß die Bürgersteige trotz Reinigung durch das Straßenreinigungsamt nicht immer in sauberem Zustand sind“. Unter Hinzuziehung verschiedener Beispiele hätte es sich erwiesen, „daß die privat organisierte Reinigung meist kostengünstiger und sauberer“ sei.

Unterstützt haben die Republikaner den kommunalen Tourismus in ihren Antrag vom 16.4.2000, in welchem sie Hinweisschilder auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt Gießen im Rahmen der kommunalen Tourismusförderung forderten. Bei einem Antrag vom 22.2.1999 ging es um die „Optimierung der Parkplatzbelegung in städtischen Parkhäusern“, um, so in ihrer Begründung, die Dauerparker in die oberen Etagen zu leiten.

Bürgernah gab sich die Fraktion der Republikaner in ihrem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, datiert vom 20.6.1997. Sie forderte die „Einrichtung eines Anregungs- und Beschwerdebuches in Stadtämtern mit Publikumsverkehr“.

Werbung unterstützend zeigte die Partei sich in zwei Anträgen. In einem Parlamentsantrag vom 15.2.1998 wurde die „Aufstellung von ‘City Light Bords’ in der Universitätsstadt Gießen“ gefordert. Die Seitenflächen von Müll- und sonstigen Entsorgungsfahrzeugen der Stadt Gießen hätten, wenn es nach einem Antrag der

Republikaner vom 8.6.1998 gegangen wäre, in der Zukunft als Werbeträger genutzt werden sollen.

Am 24.11.1997 ging es um ein lückenloses „Bildungsangebot an Gießens Schulen“.

Die Verwaltung wurde in einem Parlamentsantrag, datiert vom 15.10.2000, aufgefordert, „in offiziellen Briefen, Verordnungen, Vorlagen usw. sich der deutschen Sprache zu bedienen“. In einem Antrag vom 15.9.1996 wird die „Prüfung eines Beteiligungscontrolling und einer Beteiligungsverwaltung durch externes Management“ gefordert.

2.1.1.2 Innere Sicherheit

Lepszy führt aus, dass sich die Republikaner als „Partei für Recht und Ordnung, als Partei der inneren Sicherheit“ zu profilieren versuchten.²⁷⁵ Einen Beleg für seine angeführte These liefert der Antrag vom 14.12.1994, in dem sie für die Gießener Innenstadt einen erhöhten Einsatz von Polizeifußstreifen forderten. Dieser Antrag schien einerseits dem Bevölkerungswillen aus der Politbarometer-Umfrage von Mai 1994 zu entsprechen, wonach 59,2 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass es zu wenig Polizeipräsenz in Gießen gäbe. Darüber hinaus spiegelte er einen der am Wahlabend angekündigten Schwerpunkte der Legislaturperiode 1993 bis 1997 wider, für den sich die Republikaner einsetzen wollten, nämlich die Bekämpfung der Kriminalität. Dieser Antrag wurde von der F.D.P.-Fraktion mit einem Initiativantrag unterstützt.²⁷⁶ Drei Jahre später forderten eben diese in einem Antrag vom 19.10.1997, den „Einsatz einer mobilen Polizeiwache“. Der einzige Antrag (16.10.2000) der Republikaner innerhalb beider Legislaturperioden, der mehrheitlich in der Stadtverordnetenversammlung unterstützt wurde, hatte die Erstellung eines Situationsberichts über „Gewalt und Kriminalität an Gießener Schulen“ zum Inhalt, um deren Entwicklung frühzeitig entgegen wirken zu können.

2.1.1.3 Steuern/Haushalt und Finanzen

In den meisten Anfragen und Anträgen zur kommunalen Haushalts- und Finanzpolitik erschienen die Republikaner als selbst ernannte Kontrollinstanz für den Umgang der Verwaltung, respektive des Stadtparlamentes, mit Steuergeldern.

Das öffentliche Klima der Vorwürfe über die Verschwendung von Steuermitteln und Forderungen nach Kürzungen, Streichungen und Einsparungen in der kommunalen Verwaltung wie auch in der Förderungspolitik, hier vor allem von Haushaltsansätzen zugunsten von Projekten und Strukturen, z.B. dem Gießener Ausländerbeirat, folgte u.a.

²⁷⁵ Norbert Lepszy, (1989), op.cit., S. 8.

²⁷⁶ Gießener Anzeiger vom 22.2.1994 und Gießener Allgemeine Zeitung vom 23.2.1994.

ihren ideologischen Interessen oder wurde populistisch aufgegriffen.²⁷⁷ Gerade in diesem ihrem Bereich offenbarten sich fehlende Sach- und Lösungskompetenzen sowie ein nicht vorhandenes Wissen im Bereich der Finanzpolitik. Explizit zu erkennen war dieses an ihren 15 Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf 1994. Die Republikaner waren hierbei zu amateurhaften Fehleinschätzungen gekommen. Die Folgen einer Umsetzung ihrer Anträge hatten die Mandatsträger einfach nicht erkannt.

So wollte die Fraktion der Republikaner mit einer Mittelstreichung im Haushaltsansatz der Volkshochschule (VHS) von DM 850.000,– eine Deckung des Gießener Haushaltsetats erreichen. Wie dies jedoch im Einzelnen auszusehen hätte, ließen die Republikaner jedoch offen. Ganz zufällig schien diese Rotstift-Attacke gegen die VHS nicht gewesen zu sein, denn nur wenige Tage vor der Antragstellung hatte auch die Gießener VHS am bundesweiten „Aktionstag gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus“ teilgenommen.

Um DM 500.000,– sollte auch die Subventionierung für die Stadthallen GmbH im Jahr 1994 gekürzt werden. Begründet wurde ihr Änderungsantrag damit, dass eine „GmbH gewinnbringend arbeiten sollte, daher sei ein zu hoher Zuschuß nicht gerechtfertigt“. Dass sich aus dieser Forderung eine kräftige Erhöhung der Bürgerhaus-Benutzungsgebühren ergeben hätte, wurde von der Fraktion übersehen. Vermutlich erinnerten sich die Republikaner noch daran, dass die Stadthallen GmbH ihrer Partei keine Versammlungsräume zur Verfügung stellte?

Eine weitere Einsparung, möglichst im Umfang von DM 850.000,–, sahen die Republikaner in der Kürzung der Zuweisungen an die in der Jugendarbeit tätigen Vereine und Verbände. Diese Vereine müsse es aus ihrer Sicht nicht geben, da es genügend staatliche Einrichtungen gäbe, die sich um den betroffenen Personenkreis kümmern könnte, so die Begründung. Hier wurde eine Jugendfeindlichkeit deutlich.²⁷⁸ Weitere DM 333.340,– wollte die Fraktion für das Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen (ZAUG) einsparen. Weiter gekürzt werden sollte bei kulturellen Zuschüssen, Angestelltenvergütungen im Standesamt, Expertisen, in der Aus- und Fortbildung und bei den Mitteln für Rechtsstreitigkeiten um die durch den Abzug der amerikanischen Besatzungsmacht freigewordenen Militärf Flächen.

Ebenfalls verlangten die Republikaner eine 20-prozentige Reduzierung der Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Ausländerbeirats. Allem Anschein nach hatten sie bei diesem Antrag übersehen, dass sie folgerichtig auch eine Kürzung der Entschädigung für sich selbst und alle anderen Parlamentarier hätten verlangen müssen.

²⁷⁷ Gießener Allgemeine Zeitung vom 10.5. und 21.12.1996; Gießener Anzeiger vom 10.5. und 21.12.1996.

²⁷⁸ Schon zum Nachtragshaushalt 1993 forderten die Republikaner, dass die freiwilligen Zuschüsse an Vereine und Verbände nicht über die ursprünglichen Ansätze hinaus ausgeweitet werden sollten. Betroffen wären das Projekt „sexueller Mißbrauch“ und die Jugendarbeit des Diakonischen Werkes in der Weststadt gewesen. Gießener Allgemeine Zeitung vom 21.10.1993.

Durch kleinere Zusatzausgaben wollten sie für mehr Gerechtigkeit sorgen, hierzu gehörte z.B. eine Erhöhung der Zuwendung an den Gießener Traditionsverein der Gesamtfünfziger von DM 2.500,- auf 5.000,-; weil „diese Vereinigung ein Musterbeispiel in der Stadt Gießen als kulturelle Einrichtung“ sei. Ebenfalls DM 5.000,- sollten die Gießener Kleingartenvereine, die bisher leer ausgegangen waren, erhalten. Um DM 125.000,- sollte die Stadt ihre Einnahmen durch verbesserte Eintreibung ausstehender Gebühren verbessern.²⁷⁹

An den oben aufgezählten Einsparungsvorschlägen hielt die Fraktion teilweise über die einzelnen Jahre hinweg fest. Noch im Mai 1996 äußerte sich Ulrich Kolan dahingehend, dass „aufgeblähte Haushaltspositionen wie die VHS, Frauenbeauftragte und ZAUG ... die Stadtkasse über Gebühr“²⁸⁰ belasteten. Als Problemlösungskonzept, um der Krise der öffentlichen Finanzen beizukommen, propagierte der Mandatsträger Ulrich Kolan in der dritten Lesung zum Haushalt 1996 deutsche „Tugenden, wie Ordnung und Fleiß“²⁸¹.

Weitere Kosten wollten die Republikaner der Stadt Gießen mit ihren Antrag vom 24.11.1998, ersparen. Sie forderten die „Ausstattung der Stadtverwaltung mit Geräten zur Ermittlung geringster Telefonkosten, so genannte Least-Cost-Router (LCR)“. Darüber hinaus sprachen sie sich gegen jegliche Einnahmeerhöhungen, etwa durch eine Getränkeausschanksteuer oder Straßenbeitragssatzung, aus.²⁸²

Ein fehlendes Geschichtsbewusstsein verdeutlichte der Änderungsantrag zum Haushalt 1997, in welchem sie forderten, dass der Betriebskostenzuschuss von DM 50.000,- für das jüdische Gemeindezentrum „im Sinne einer Gleichbehandlung aller Kirchen“ auf DM 1.000,- zusammenzustreichen sei.²⁸³

Mit dieser Sparpolitik und der Thematisierung mitunter „sozialer“ Fragen wurde versucht, wie es bereits Hafenegger in seiner Studie beschreibt, sich als sparsame und seriöse, an den Interessen des „kleinen Mannes“ (Mittelstand, Arbeitnehmer, Familie etc.) und der deutschen Bevölkerung orientierte, wählbare kommunale Alternative zu den verschwenderischen „Altparteien“ anzubieten.²⁸⁴

Fazit: Bei allen Anträgen hinsichtlich ihrer Spar- und Finanzpolitik wurden die Ursachen und Problemlösungen vereinfacht dargestellt. Ihre angebotenen Lösungsversuche waren laienhaft und daher meist als realitätsfern zu bezeichnen.

²⁷⁹ Gießener Anzeiger vom 9.3.1994.

²⁸⁰ Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.5.1996.

²⁸¹ Loc.cit.

²⁸² Gießener Allgemeine Zeitung vom 10.5.1996.

²⁸³ Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.12.1996.

²⁸⁴ Benno Hafenegger, (1995), op.cit.

2.1.1.4 Asyl-/Ausländerpolitik

Der in Publikationen vertretene Meinung (u.a. von Lepszy/Veen, Hafenegger und Butterwegge), dass die Republikaner jedes beliebige Problem sofort mit der Asyl-/Ausländer-Thematik in Verbindung zu bringen versuchen, kann für Gießen nicht so einfach konstatiert werden. Eine Fixierung auf die Asylbewerber- und Ausländerpolitik blieb nicht aus und Themen sowie politische Probleme wurden mit ihr in Verbindung gebracht, jedoch nicht in dem Ausmaß, wie man es anfänglich vermutet hätte.²⁸⁵ Nur zwei der 29 gestellten Anträgen im Untersuchungszeitraum und einige wenige Änderungsvorschläge zu den Haushalten beschäftigten sich speziell mit der Asylbewerber- oder Ausländerpolitik. Wie realitätsfern diese Fixierung auf das „Patentlösungskonzept“ sein konnte, zeigte sich explizit bei dem Änderungsantrag zum städtischen Haushalt 1994, in dem von der Fraktion gefordert wurde, dem Gießener Tierheim den Zuschuss um DM 14.500,- zu kürzen, weil das Tierheim angeblich „Hunde aus ausländischen Regionen“ importierte.

In einem Antrag über „Brandschutzschauen in Asylbewerberunterkünften“ vom 5.10.1993 forderte die Fraktion den Magistrat der Stadt Gießen auf, in Asylbewerberunterkünften „regelmäßig wiederkehrende Brandschutzschauen durchführen zu lassen“. Begründet wurde dieser Antrag mit dem Hinweis, dass „der teilweise hohe Personen- und Sachschaden, der durch Brände in Asylbewerberunterkünften zu beklagen ist, umgehende Maßnahmen erfordert“. Doch dieses Problem hatten die Republikaner mit ihrem Antrag auch nicht gemeint, behauptete in einem Gespräch mit dem Gießener Anzeiger der damalige Fraktionsvorsitzende Gattwinkel.²⁸⁶ Nur die Ausbildung der Asylbewerber in der Brandverhütung sollte verbessert werden, nicht das, was die Republikaner letztendlich in ihrem Antrag schrieben, war gemeint gewesen. Diese Situation offeriert deutliche Defizite in der Formulierungsfähigkeit eines Antrages, was folglich zu Fehlinterpretationen führt. Hierzu muss gesagt werden, dass es in den vergangenen Jahren keine Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte in Gießen gegeben hatte.

Bei einem anderen Antrag, datiert vom 29.5.1995, wurde der Magistrat der Stadt Gießen aufgefordert, den Gedenkstein zur Erinnerung an den 17. Juni 1953 und das Originalstück der Berliner Mauer von dem Gelände des früheren Notaufnahmeflughafens an einem geeigneteren Standort aufzustellen. Begründet wurde dies mit dem Hinweis, dass das ehemalige Notaufnahmeflughafen als Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende genutzt wird, diese „Personengruppe [ist, B.W.] mit den innerdeutschen Geschehnissen des Jahres 1953 nicht vertraut und hat somit keinen Bezug zu diesem Gedenkstein“.

²⁸⁵ Norbert Lepszy/Hans-Joachim Veen, (1992), op.cit.; Benno Hafenegger, (1995), op.cit.; Christoph Butterwegge, (1997), op.cit.

²⁸⁶ Gießener Anzeiger vom 14.10.1993.

Ihr xenophobes Einstellungspotenzial wurde auch deutlich, als nach den Morden von Solingen 1993 eine Resolution von SPD und Bündnisgrünen mit der Überschrift: „Jeder ist uns der Nächste: Für eine gesellschaftliche und politische Offensive gegen Rassismus, Haß und Gewalt“, mit der eine scharfe Kritik an ausländerfeindlichen Tendenzen in der Bundesrepublik geübt und konkrete Maßnahmen zur besseren Integration von Ausländern gefordert wurden. Gegen diese Resolution stimmte für die Fraktion Ulrich Kolan Kreisverbandsvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, der sich gegen die Einseitigkeit der Darstellung wandte. In dem Text werde fälschlich der Eindruck erweckt, „als ob wir Deutschen schon überwiegend ein Verbrechervolk sind“²⁸⁷.

2.1.2 Allgemeinpolitische Themen

Die Republikaner forderten in ihrem bildungspolitischen Antrag vom 23.8.1998 die „Einführung eines Schulunterrichtsfaches ‘Gesundheit’“. Verbraucherfreundlich zeigten sie sich mit ihrem Antrag vom 19.10.1997, in dem sie die „Vergabe einer Vertrauensplakette an Metzgereibetriebe“ beantragten. Für die Familie setzte sich die Fraktion mit ihrem Antrag vom 20.6.1997 ein, in dem sie „Darlehen zur Gründung eines eigenen Familienstandes“ forderte.

Bei allen drei Anträgen verwechselten die Republikaner die Zuständigkeitsbereiche, weil die Stadtverordnetenversammlung formell dafür nicht zuständig ist. Das ist ein Ergebnis, weil Mandate an parlamentarisch zu wenig qualifizierte Parteimitglieder gegangen sind. Die Folge war, dass diese Parlamentarier in der gegebenen Zeit nicht in der Lage waren, sich ein ausreichendes Fachwissen anzueignen.

Fazit: Die Republikaner in Gießen waren keine „Ein-Thema-Partei“. Durch ihr breit gefächertes kommunalpolitisches Themenspektrum konnten sie als „Mehr-Thema-Partei“ charakterisiert werden. Die quantitative Analyse der durch die von den Republikanern beeinflussten Tagesordnungspunkte zeigten einen äußerst geringen Anteil von Eigeninitiativen in der parlamentarischen Arbeit. Keine andere Partei hat so wenige Anträge über den Zeitraum von zwei Legislaturperioden gestellt wie die der Republikaner.

2.3 Die qualitative Analyse ihrer parlamentarischen Arbeit

Betrachtet man die Anträge, die die Fraktion der Republikaner in der Gießener Stadtverordnetenversammlung innerhalb von zwei Legislaturperioden gestellt hatten, nach

²⁸⁷ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

ihren Inhalten, so fällt auf, dass die politischen Forderungen allgemein gehalten waren, ihnen kein klares in sich geschlossenes Politikkonzept zu Grunde lag und weder eine Strategie noch eine langfristige Planung zu erkennen waren. Die Inhalte waren außerdem viel zu breit gefächert. Der Zusammenhang zwischen den konkreten Einzelforderungen und dem zukunftsweisenden kommunalen Ergebnis als Ganzes blieb größtenteils diffus. Bei den Haushaltslesungen wurde zu oft auf bundespolitische Themen ausgewichen.²⁸⁸ Im Unterschied zu den anderen im Gießener Kommunalparlament vertretenen Parteien verfügten die Republikaner über kein eigenes Kommunalprogramm. Als programmatische Identifikationserklärung und Selbstmedium dienten ihnen sowohl das Bundes- als auch das Hessenprogramm der Republikaner, wobei das Hessenprogramm inhaltlich teilweise identische Auszüge des Bundesprogrammes aufwies. Der Fraktion fehlte der programmatische Grundkonsens, um ein eigenständiges kommunalpolitisches Profil herauszuarbeiten. Besonders deutlich spiegelte sich das bei ihrer parlamentarischen Arbeit wider. Hier ist Lehmbruchs Problem der so genannten „Janusköpfigkeit der Ortsparteien“ deutlich zu erkennen.²⁸⁹ Auf der einen Seite wollen die Abgeordneten der Republikaner Träger der kommunalen Politik und der örtlichen Kommunikationsstruktur sein und danach gerne ihre Problemlösungen und Politik ausrichten, auf der anderen Seite sind sie Teil der überregional verbreiteten Gesamtpartei. Aus dieser Stellung heraus versuchen sie, deren Politikvorschläge einfach auf die kommunale Ebene umzusetzen, wie es bei einzelnen Anträgen zu sehen war. Der damalige Pressesprecher des Kreisverbandes, Björn Clemens, äußerte sich in einem Leserbrief vom 24.3.1993 in der Gießener Allgemeinen Zeitung dahingehend, dass ihre kommunalpolitischen Thesen landesgültigen Charakter hätten und auf jede Kommune anwendbar seien („Asylantenschwemme“, „Kriminalität“ und „Wohnungsnot“). Die aus dieser Schnittstelle resultierenden Schwierigkeiten wurden zu einer erheblichen Gratwanderung für diese Partei. Ihre Vorschläge erschienen daher wie ein unzusammenhängendes Sammelsurium isolierter Vorschläge, die mit dem „Gesamtziel Gießen“ nicht recht zusammenpassen wollten. Die themenbezogenen politischen Forderungen waren teilweise realitätsfern und utopisch. Zwar lag eine Problemerkennung für ihre erste Legislaturperiode vor, wie die Nennung von Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung, soziale Wohnungsnot, Schaffung von Arbeitsplätzen, nur die Methode der Umsetzung blieb offen. Diese existentiellen Problempunkte und Sorgen der Gießener Bevölkerung konnten nicht als fundierte und umsetzbare Lösungsvorschläge formuliert und in konkrete Anträge umgesetzt werden. Darüber hinaus fehlten oftmals die fundierten Begründungen für ihre

²⁸⁸ In seiner Rede zur dritten Lesung des Haushaltes 1996 schweifte Ulrich Kolan in weiten Teilen auf bundespolitische Themen ab. Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.5.1996.

²⁸⁹ Gerhard Lehmbruch, in: Helmut Köser (Hrsg.), „Der Bürger in der Gemeinde“, Hamburg 1979, S. 330.

Lösungsvorschläge.²⁹⁰ So sollten wahllos Mittel bei der Volkshochschule (VHS), bei der Ausbildungsförderung etc. gestrichen werden, um so der Stadtverwaltung zu einer effizienteren Wirtschaftlichkeit zu verhelfen. Ebenfalls gestrichen werden sollten Mittel für subventionierte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose von ZAUG. Darüber hinaus sollte der Frauenausschuss der Stadtverordnetenversammlung aus wirtschaftlichen Effizienzgründen abgeschafft werden.²⁹¹ Die Republikaner stellten keine realistischen, sachpolitischen Alternativen und/oder Konzepte zur bestehenden Politik vor. Diese Situation war das Ergebnis erheblicher Defizite in der Wahrnehmung und Verarbeitung von Problembereichen in den Sachgebieten.

Darüber hinaus wurden ihre Anträge aus einem Aktionismus, ohne ausreichende Recherche, heraus gestellt. Teilweise galten sie bei Antragstellung als überholt oder die Stadtverordnetenversammlung war formell dafür nicht zuständig, z.B. waren Mittel für den Neuanbau bei der Feuerwehr beim Land bereits gestellt.²⁹² Bei dem „Tierheim-Antrag“ vom 2.4.1996 hatten Tierschützer schon längere Zeit vorher auf anderen Ebenen entsprechend Forderungen gestellt. Auch hier war die Stadt formell nicht zuständig, denn sie müsste mit dem Ansinnen an den Landesgesetzgeber herantreten, der den Paragraphen 6 Hundesteuergesetz zu ändern hätte.

Wie wenig sich die Fraktionsmitglieder mit dem parlamentarischen Geschäftsgang auskannten, zeigte sich bei einem Dringlichkeitsantrag zur „Beschmierung von drei Soldatendenkmälern in Gießen“ vom September 1993, bei dem sich der damalige Fraktionsvorsitzende Gattwinkel für sein heimliches Engagement bei der Reinigung eines dieser Denkmäler selbst outete und vom Umweltdezernenten der Stadt Gießen, Eckard Dammann, fast eine Strafanzeige einhandelte, weil er umweltschädigendes Putzmittel verwandte.²⁹³ Er sah sich zu diesem Schritt veranlasst, weil der Magistrat nicht schon am nächsten Tag nach Antragstellung die Denkmäler gereinigt hatte. Er wollte mit dieser Aktion demonstrieren, wie langsam der Magistrat bei der Umsetzung von Anträgen sei.

Ulrich Kolan hatte in seiner Rede zum Haushalt 1995 dem Magistrat angelastet, weiterhin nach dem kameralistischen Prinzip mit festen, zu Jahresbeginn gesetzten Posten zu rechnen und damit unnötige Mehrausgaben zu provozieren. Kolan vergaß dabei, dass das kameralistische Prinzip in der Gemeindehaushaltsordnung festgelegt ist und nur vom Landtag

²⁹⁰ Begründung dafür blieben sie wie bei vielen anderen Tagesordnungspunkten schuldig. Gießener Allgemeine Zeitung vom 14.10.1993. Der stellvertretende Republikaner-Fraktionsvorsitzende „nannte allerdings keinen einzigen Ansatz, der nach Ansicht der Republikaner in diese Kategorie fällt“. „Seine Begründung: ‘Eine Aufzählung würde zu weit führen’“. Gießener Anzeiger vom 21.12.1996.

²⁹¹ Gießener Anzeiger vom 20.12.1996.

²⁹² Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung beide vom 6.10.1993.

²⁹³ Der damalige Fraktionsvorsitzende, Bernhard Gattwinkel, eröffnete der Stadtverordnetenversammlung, er habe sich höchstpersönlich mit Eimer und Schrubber zum Denkmal in Kleinlinden begeben. Und die Farbe sei durchaus herunterzukriegen. Gießener Anzeiger vom 11.9.1993.

geändert werden kann.²⁹⁴ Ebenso forderte der Abgeordnete, Ulrich Kolan, während einer Stadtverordnetenversammlung den Rücktritt der Vorsitzenden des Gießener Tierschutzvereins, Ilse Töth. Dabei vergaß er allem Anschein nach, dass das Stadtparlament für Abwahlen bei eingetragenen Vereinen nicht zuständig ist.²⁹⁵

Fazit: Bei der Qualität ihrer Anträge spiegelte sich das Fehlen eines eigenständigen kommunalpolitischen Profils und Grundkonsens wider. Die Antragsinhalte erschienen wie eine unkoordinierte Anhäufung isolierter Vorschläge, die mit einem zukunftsweisenden kommunalen Ergebnis als Ganzes nicht zusammenpassen. Klar zu erkennen war das an der großen thematischen Streubreite ihrer Parlamentsanträge. Die von ihnen genannten Lösungsvorschläge waren laienhaft und stellten keine realistischen, sachpolitischen Alternativen und/oder Konzepte zur bestehenden Kommunalpolitik. Die Republikaner waren nicht in der Lage, innerhalb eines Zeitraums von zwei Legislaturperioden diese Defizite zu beseitigen.

2.4 Parlamentsdebatten und Äußerungen der Abgeordneten der Republikaner

Die primäre Funktion von Debatten ist die, folgt man der Parteienforschung, der Öffentlichkeit die Hintergründe der eigenen Position zu bestimmten politischen Problemen und Lösungsansätzen zu verdeutlichen und dem Wähler damit auch eine Entscheidungshilfe für die nächste Wahl zu geben. Dieser Funktion kamen die Republikaner nur partiell nach. Der parlamentarische Alltag im Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2001 sah wie folgt aus: Die Arbeit der Abgeordneten beschränkte sich auf kurze Redebeiträge im Plenum. Mit dieser „Sparpolitik“ hinsichtlich ihrer Redezeit wollten sie dem Parlament zu einer erhöhten Effektivität verhelfen.²⁹⁶ In den Ausschüssen glänzten sie durch Schweigsamkeit, was darauf hindeutete, dass sie fachlich völlig überfordert waren.

Ihre politischen Forderungen waren sehr allgemein und vage formuliert, Detailerklärungen blieben deshalb größtenteils aus.²⁹⁷ Darüber hinaus wurde sehr oft in

²⁹⁴ Gießener Anzeiger vom 11.10.1996.

²⁹⁵ „Ist eine solche Vorsitzende noch zu dulden?“, fragte sich Ulrich Kolan in der Stadtverordnetenversammlung vom 9.10.1996. Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger beide vom 11.5.1996.

²⁹⁶ „Wir orientieren uns an der Geschäftsordnung des House of Lords, dem ältesten Parlament auf westeuropäischem Boden, wobei wir natürlich das Forum Romanum außer Acht lassen. Keine Beschuldigungen, keine Polemiken, nur sachbezogene Beiträge in ermessen kurzer Zeit“. Gießener Express-Magazin 13/94. Zur Haushaltsrede 1994 des damaligen Fraktionsvorsitzenden Bernhard Gattwinkel in der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 19.3.1994: „(...) der die Redezeit nur zu einem Drittel genutzt hatte“.

²⁹⁷ Gießener Allgemeine Zeitung vom 24.7.1993 und Gießener Anzeiger vom 21.12.1996.

weiten Teilen auf bundes- und europapolitische Themen abgeschweift.²⁹⁸ Ein Konzept hierbei ist nicht zu erkennen.

Tragende Figuren beim parlamentarischen Schlagabtausch waren der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kolan mit seiner Ehefrau Ursula und während der Anfangsphase der Legislaturperiode 1993 bis 1997 der damalige Fraktionsvorsitzende, Bernhard Gattwinkel. In der Legislaturperiode 1997 bis 2001 war es das Ehepaar Kolan.

Hafeneger geht in seiner Untersuchung davon aus, dass den Republikanern das Parlament als „‘Bühne’ zur Artikulation nationalpopulistischer Ressentiments und Durchsetzung ethnischer Polarisierungen“²⁹⁹ dient. Ähnlich argumentiert Butterwegge in seiner Publikation.³⁰⁰ In diesem Bereich unterschieden sich die Gießener Republikaner nicht von anderen republikanischen Landtags- und Kommunalfraktionen. Wenn sie einmal das Wort ergriffen, zeigten sie Ängste, Nöte, Sorgen und existentielle Probleme der Gießener Bevölkerung auf, deuteten sie nationalistisch und populistisch um.

Die Zukunft der Kommune wurde im Zusammenhang mit dem „Ausländer- und Asylbewerberproblem“ in Frage gestellt. Dieser Themenkomplex wurde zur Bündelung vielfältiger, damit geschickt in Verbindung gebrachter sozialer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, ökologische Folgen der Zuwanderung sowie verbreiteter Verdrängungsängste gestellt.

So versuchten die Republikaner, Asylbewerber und die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer exemplarisch für die finanziellen Probleme der Kommune verantwortlich zu machen. Explizit äußerte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Republikaner Ulrich Kolan in der zweiten Lesung zum Haushalt 1996 dahingehend, dass die Asylpolitik Sparchancen biete.³⁰¹ In der dritten Lesung zum Haushalt 1996 nannte er „Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen“ als Ursache für die Finanzkrise der Kommunen.³⁰² Hierbei muss einschränkend erwähnt werden, dass die Republikaner bei den „Wirtschaftsflüchtlingen“ durchaus zwischen deutschstämmigen Aussiedlern und fremdstämmigen Einwanderern unterschieden.³⁰³ In der dritten Lesung zum Haushalt 1997 beschrieb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kolan die negativen Folgen einer „multikulturellen Gesellschaft“ für die öffentlichen Kassen. Darüber hinaus mutmaßte er, dass die Kommunen unter den „ökologischen Folgen“ der Zuwanderung zu leiden hätten. Der Staat gebe nach wie vor zuviel Geld für bedürftige Menschen ohne deutschen Pass aus.³⁰⁴

²⁹⁸ Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger, beide von 21.12.1996

²⁹⁹ Benno Hafeneger, (1995), op.cit., S. 47.

³⁰⁰ Christoph Butterwegge, (1999), op.cit., S. 185.

³⁰¹ Gießener Anzeiger vom 10.5.1996.

³⁰² Gießener Allgemeine vom 11.5.1996.

³⁰³ Die SPD dagegen schiebe „unseren deutschen Landsleuten aus Kasachstan“ die Schuld für die Finanzen in die Schuhe (Ulrich Kolan, B.W.), Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.5.1996.

³⁰⁴ Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung, beide vom 21.12.1996.

Bei der öffentlichen Agitation ging es den Republikanern nicht nur um die Präsentation sachpolitischer Alternativen und Konzepte zur bestehenden Politik, sondern um oberflächliche Schuldzuweisungen. Neben einer seitens der Republikaner immer wieder propagierten „finanziellen“ und „ökologischen“³⁰⁵ Belastung stellt die unkontrollierte Zunahme der Ausländerzahl vor allen anderen auch eine Gefahr für die Einheit der Deutschen dar, die als Nation um ihre Identität, um die Erhaltung ihrer historisch gewachsenen völkischen Einheit fürchten muss. Die zahlreichen Äußerungen seitens der Parteifunktionäre u.a. in Pressemitteilungen, in Anträgen oder in Parlamentsreden zeugten von diesen Vorstellungen. Die Ausländerpolitik wurde von den Gießener Republikanern zum Schlüsselproblem in vielfacher Hinsicht hochstilisiert. Darüber hinaus wurden Ursachen und Problemlösungen simplifiziert, Missstände und finanzielle Schwierigkeiten der Kommune einseitig den Ausländern und Asylsuchenden angelastet. Sie verstanden es auch in Gießen, die Deutschen als Opfer der zu Sündenböcken erklärten Ausländer darzustellen. Auf diese Weise wurde in der Bevölkerung Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit bzw. -angst erzeugt.³⁰⁶ Nach Schwangerls Ausführungen wurde das explizit auch als Mittel zur permanenten Verteidigung der „Völkischen Substanz“³⁰⁷ gegen Artfremde verwandt.

Der Ausländerbeirat in Gießen war den Angriffen vonseiten der Republikaner ausgesetzt, der nach ihrer Meinung eher den Charakter eines Vereins zur Interessenvertretung für Ausländer habe und den Stadtsäckel durch Bezug von Sitzungsgeldern und Spesen unnötig schröpfe. Deshalb wurde in einem Antrag an den Magistrat der Stadt Gießen gefordert, die Sitzungsgelder des Ausländerbeirates zu kürzen.

Oftmals wurde von „Asylanten“³⁰⁸ oder „Scheinasylanten“³⁰⁹ im negativen Sinn gesprochen oder es wurden auch zahlreiche metaphorische Ausdrücke der Naturwissenschaften verwandt. Diese Natur-Metaphern sollten, wie z.B. „Asylbewerberstrom“³¹⁰, „Massenzustrom“³¹¹ zur Bewertung von politischen Ereignissen dienen. Es handelte sich demnach um Signale, die eine heraufziehende Gefahr beschrieben und deshalb bekämpft werden mussten.

Diffamierungen und Diskreditierungen gegen die in Gießen lebenden Ausländer gehörten zum festen Repertoire der Republikaner, wie z.B. der Satz: „ ... auch der dauerhaft in

³⁰⁵ Ulrich Kolan in der Haushaltsrede behauptete, dass „die Kommunen unter den ökologischen Folgen der Zuwanderung zu leiden hätten“. „Die Siedlungsdichte in Deutschland sei zu hoch“, beide Zitate im Gießener Anzeiger vom 21.12.1996.

³⁰⁶ „Auch gebe der Staat nach wie vor zuviel Geld für bedürftige Menschen ohne deutschen Paß aus“. Gießener Anzeiger vom 21.12.1996. „Asylpolitik biete Sparchancen“, Gießener Anzeiger vom 10.5.1996. „ ... bei der hohen Arbeitslosigkeit sollten die Deutschen zuerst vermittelt werden“, Gießener Anzeiger vom 26.2.1997

³⁰⁷ Joachim H. Schwagerl, „Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden“. Frankfurt/M. 1993, S. 126.

³⁰⁸ Brief an eine Klassensprecherin der Liebigschule in Gießen vom 15.4.1993.

³⁰⁹ Ibid.

³¹⁰ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.5.1993.

³¹¹ Ibid.

Deutschland lebende Ausländer ist ein Gast“³¹² verdeutlichte. Der Begriff Gast konnte in diesem Zusammenhang sicher nicht positiv gewertet werden. Der Wortinhalt war durch den Kontext negativ konnotiert und mit dem semantischen Merkmal „jemand“, der vorübergehend anwesend ist, lexikalisch sehr eng gefasst. Somit hätten Ausländer zeitlich begrenzte Rechte, weil sie als „Gäste“ gelten. Implizit bringt er zum Ausdruck, dass die Fraktion der Republikaner de facto von einem Zwei-Klassen-Recht ausging, was zu einer Integration von Ausländern nicht beiträgt.

Die Republikaner waren im Untersuchungszeitraum Gegner der „multikulturellen Gesellschaft“, in der Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Religion zusammen leben, aber gemeinsame kulturelle Werte teilen. Die multikulturelle Gesellschaft wurde und wird durchweg negativ gewertet und ist Ausdruck sowohl für den Zustand der kommunalpolitischen Gesellschaft als auch für die finanzielle Not der Kommune. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Gießener Stadtparlament der Legislaturperiode 1993 bis 1997 Ulrich Kolan beschrieb in seiner Plenarrede die negativen Folgen der „multikulturellen Gesellschaft“ für die öffentlichen Kassen.³¹³

Latente Angstgefühle (z.B. Angst vor Arbeitsplatzverlust, Kriminalität, Ausländern), die innerhalb der Gießener Bevölkerung nachgewiesen worden waren (siehe Kapitel 1), wurden und werden von den Republikanern in Gießen systematisch für ihre politische Zielsetzung genutzt.

Krisenherde auf der Welt, welche durch die Berichterstattung in den Medien bei den Bundesbürgern besonders präsent waren und sind, wurden als Angst machende Visionen herangezogen und mit der Ausländer- und Asylpolitik verknüpft. „Konflikte wären vorprogrammiert - siehe Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und zwischen Armenien und Aserbeidschan“³¹⁴. Nach der Gießener Politbarometer-Umfragen bestand unter der mittelhessischen Bevölkerung immer noch die Angst, dass ein weiterer Zuzug von Ausländern Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen verschärfen könnte. Angst wurde von Republikanern in Gießen immer wieder benutzt, um durch alles Fremde und Andersartige eine Bedrohung für die eigene Nation und die Identität der Deutschen zu schüren. Ausländern und Asylsuchenden wurde die angebliche Schuld für die vorhandenen sozialen, ökologischen und finanziellen Misere zugewiesen, wie folgende Aussagen dokumentieren: „In Deutschland, einem der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt ist, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nur möglich, wenn die Bevölkerungszunahme durch den Mißbrauch des Asylrechts beendet wird. Geographische

³¹² Ibid.

³¹³ Gießener Allgemeine Zeitung vom 21.12.1996.

³¹⁴ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

Probleme unserer Bevölkerung lassen sich durch Massenzuwanderungen nicht lösen. (...) Durch Zuwanderung werden unlösbare neue Probleme für die Zukunft geschaffen“³¹⁵. „Zudem ist bei anhaltenden Asylbewerberstrom der innere Frieden unseres Gemeinwesens existentiell gefährdet“³¹⁶. Bei diesen Formulierungen zeigte sich der Transport konservativer programmatischer Konzepte in den politischen Diskurs der Republikaner.

Die Erwartung einer permanenten Bedrohung ist nach Schwagerl ein Merkmal rechtsextremer Bestrebungen.³¹⁷ Äußerungen wie „einer drohenden Finanzkatastrophe, bedrohliche Aussichten“³¹⁸ werden zur Unterstreichung dieser Situation verwendet.

Das Argument der oben genannten Bevölkerungsdichte diene in diesem Fall als eine Art Scheinargument, weil nämlich im anderen Zusammenhang die „Bestandspflege“ des deutschen Volkes bei den Republikanern eindeutig auf Bevölkerungswachstum hin orientiert war. In einer anderen Situation wurde folgendermaßen argumentiert: „In Deutschland, einem der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt, (...) wenn die Bevölkerungszunahme durch Mißbrauch des Asylrechts beendet wird. Demographische Probleme unserer Bevölkerung lassen sich durch Massenzuwanderung nicht lösen. Stattdessen sollte eine gezielte Familienpolitik betrieben werden“³¹⁹. In diesen Rahmen fiel auch der Antrag über ein „Darlehen zur Gründung eines eigenen Familienstandes“.

Die Angst, irgendwann einmal Opfer eines Verbrechens zu werden, war auch nach den Gießener Politbarometer-Umfragen in der Bevölkerung noch immer weit verbreitet. Die Überbetonung des Sicherheitsgefühls, basierend auf Verallgemeinerungen und Szenarien von Gewalt und Kriminalität in der Gesellschaft, durch die sich der Bürger in steigendem Maße verunsichert und bedroht fühlte, wurde von den Republikanern herausgestellt. Diese Art der Darstellung war jedoch ein Merkmal rechtsextremistischer Propaganda. Dem Bürger sollte ein Szenario vermittelt werden, dass sich die Kommune unmittelbar vor dem Chaos befand, dass Polizeibehörden und Staat nicht mehr in der Lage seien, die weitere Kriminalitätsentwicklung aufzuhalten. „Ihr wißt, daß in Deutschland die Kriminalität in erschreckendem Maße zugenommen hat. Die Polizei ist überlastet, die Justiz überfordert. Sie muß Kriminelle wieder entlassen, wenn ihr Verfahren nicht in einer gewissen Zeit durchgeführt worden ist“³²⁰. Unterstrichen wurde dieses durch die tägliche Konfrontation mit spektakulären Verbrechensberichten, die den Eindruck erweckten, dass der Staat auf dem Gebiet der „Inneren Sicherheit“ versagt. In diesem Rahmen sind auch die beiden Anträge in Stadtparlament für eine Verstärkung der Polizeipräsenz zu verstehen.

³¹⁵ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

³¹⁶ Ibid.

³¹⁷ Joachim H. Schwagerl, (1993), op.cit., S. 131.

³¹⁸ Gießener Allgemeine Zeitung vom 16.11.1993.

³¹⁹ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

³²⁰ Brief an eine Klassensprecherin der Liebigschule in Gießen vom 15.4.1993.

Ein weiteres großes Feld der Agitation der Gießener Republikaner bildeten die Angriffe gegen das demokratische Parteiensystem und deren Repräsentanten, wenngleich sich die Partei in ihrem Bundesprogramm zum Mehrparteienprinzip und zur Chancengleichheit für alle politischen Parteien bekannte und es sogar forderte.

Die demokratischen Parteien wurden in der politischen Praxis teilweise mit dem Ziel diffamiert und angegriffen, das parlamentarische System als unfähig, korrupt und unehrlich hingestellt, das zudem gegen die Interessen des eigenen Volkes handelte und vor dem der deutsche Bürger geschützt werden musste. So wurden „mangelndes Verantwortungsbewußtsein von Kommunalpolitikern“ beklagt.³²¹ Gießen würde zunehmend von einem handlungsunfähigen Magistrat regiert, so die Behauptungen der Republikaner.³²²

Noch schlimmer verhielt es sich mit den Versuchen, angebliche Parallelen zwischen den derzeitigen Verhältnissen und denen im „Dritten Reich“ hinsichtlich der „Verfolgung“ des politischen Gegners, in diesem Fall der Republikaner, aufzuzeigen, was besonders deutlich aus folgenden Äußerungen hervorgeht: „ (...) mit dem Ziel, den einzigen ernstzunehmenden politischen Konkurrenten der Alt-Parteien, nämlich die Republikaner, zu kriminalisieren (...)“³²³, „Politisch Andersdenkende, insbesondere diejenigen, die die Asylprobleme zum Diskussionsgegenstand in der Öffentlichkeit machen wollen, werden zu Rassisten/Nichtdemokraten erklärt“³²⁴.

Bei den meisten Beschimpfungen demokratischer Politiker und Parteien geht es im Kern darum, die Prinzipien der Demokratie und des Parlamentarismus als minderwertig hinzustellen. Der demokratische Staat sei demnach nicht mehr in der Lage, die anstehenden Probleme zu lösen. Mit diesen Behauptungen stellen sie die Existenz des demokratischen Parteienstaates auch auf kommunaler Ebene in Frage.

Sehr auffällig war die Überbetonung der Rechtsstaatlichkeit. Äußerungen wie z. B. wir stehen „auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit“³²⁵ dienten allem Anschein dazu, sich den Forderungen des politischen Konservatismus zu nähern. Das geschah mit der Übernahme von Sekundärtugenden aus den Forderungen der „Konservativen Revolution“, wie Fleiß, Pünktlichkeit, Recht, Ordnung und Sauberkeit. Wertvorstellungen, die sich vor allem auf das persönliche Verhalten bezogen. Diese Tugenden wurden auch als allgemeines Problemlösungskonzept missbraucht, um beispielsweise der Krise der öffentlichen städtischen Finanzen beizukommen. So propagierte Ulrich Kolan in der dritten Lesung zum

³²¹ „Fremdes Geld, nämlich das der Steuerzahler, gibt sich einfach leichter aus.“, Gießener Anzeiger vom 21.12.1996. „Der Magistrat sei handlungsunfähig und selbstherrlich“, Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.5.1996.

³²² Gießener Allgemeine Zeitung vom 21.12.1996.

³²³ Gießener Anzeiger vom 9.9.1994.

³²⁴ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

³²⁵ Leserbrief von Bernhard Gattwinkel vom 27.12.1993 im Gießener Anzeiger.

Haushalt 1996 deutsche Tugenden wie Ordnung und Fleiß als die Lösung des Problems.³²⁶ Wenn diese Sekundärtugenden in obrigkeitsstaatliche, autoritäre Ordnungskonzepte eingebunden werden, kann es zu einer Verzahnung von Rechtsextremismus und politischem Konservatismus kommen.

Die Republikaner boten sich als Partei von Recht und Ordnung an. Begriffe wie Staat, Recht und Ordnung beinhalteten das Konzept einer ordnungssichernden Obrigkeit und die Bestrebungen nach der Durchsetzung eines starken Staates. Sie propagierten deshalb ein betont autoritäres Staatsdenken. Ihre demokratische Willensbildung basierte auf der Loyalität gegenüber dem Staat. Seitens der Gießener Republikaner wurde somit der loyale Bürger eingefordert, dazu hieß es beispielsweise in der Erklärung der Fraktion zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993: „... hinter der Formel von den ‚Rechten und Pflichten‘ für Staatsbürger verbirgt“ sich, „nämlich die Frage nach der Loyalität und der Verbundenheit eines Staatsbürgers zu seinem Staat“³²⁷. Bei dieser Äußerung kann man einen Verstoß, wie Stöss dokumentiert, gegen das plurale Prinzip des Grundgesetzes erkennen, weil das Grundgesetz keine Pflicht des Bürgers zur Loyalität gegenüber dem Staat vorschreibt.³²⁸ Der Bürger ist nämlich nur auf die freiheitliche demokratische Grundordnung verpflichtet. Demnach unterscheiden die Gießener Republikaner zwischen „illoyalen Bürgern“, die zum Objekt der Feinderklärung werden und „loyalen Bürgern“, die sich der staatlichen Volksgemeinschaft freiwillig unterwerfen.

In der wissenschaftlichen Publizistik wird der emotionale Appell „das Bekenntnis mit ‘dem Herzen’“³²⁹, die Beschwörung eines Gemeinschaftsmythos und ein Freund-Feind-Denken als Charakteristikum für rechtsextreme Bestrebungen angesehen. Substantive wie Deutschland, Heimat, Gemeinschaft, Gemeinwesen sollen auch im kommunalen Bereich des Politischen ein kollektives „Wir-Gefühl“ einer homogenen Gruppe nach innen vermitteln, in der die Gruppenmitglieder politische, kulturelle und ethnische Gemeinsamkeiten haben. In dieser gemeinschaftlichen Beziehung ist menschliches Handeln von inneren Antrieben gelenkt. Die Motivation, eine Gemeinschaft zu begründen, liegt daher auf affektiven, emotionalen und traditionellen Überlegungen, sie dient zum Wohl aller Beteiligten der institutionellen Beziehung. Die Eigeninteressen sind den Interessen des Kollektivs als Ganzes zu unterwerfen. Kleinste Zelle des Ganzen bildet demnach die Kommune. Als ideologischer Begriff zielt er gegen den Liberalismus und Individualismus, in der negativen gedeuteten Konsequenz bedeutet er die Beschränkung des demokratischen Pluralismus.³³⁰

³²⁶ Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.5.1996.

³²⁷ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

³²⁸ Richard Stöss, (1990), op.cit., S. 7.

³²⁹ Erklärung der Republikaner zur Resolution der SPD-Fraktion Gießen vom 29.6.1993.

³³⁰ Richard Stöss, (1990), op.cit., S. 75.

Was außerhalb dieser Gemeinschaft steht, ist bei den Republikanern auch in Gießen negativ konnotiert, hierzu gehören Ausländer, Asylbewerber, multikulturelle Gesellschaft und Europa. Durch diese Abgrenzung nach außen entsteht nach innen ein kollektives „Wir-Gefühl“, in dem die eigene Gemeinschaft als das eigentlich wertvolle, den „anderen“ überlegenen Teil der Menschheit eingestuft wird. Stöss schreibt hierzu: „Immer wieder werden Partnerschaftlichkeit, Gemeinschaft, Gemeinsinn etc. beschworen und Einzel- oder Gruppeninteressen als tendenziell schädlich eingestuft“³³¹.

Eng verknüpft mit der Idee der Gemeinschaft ist der Mythos vom Volk. In diesem Begriff spricht sich das spezifisch deutsche, antiwestliche und antidemokratische Denken aus. Aus der Zugehörigkeit und der daraus resultierenden Verpflichtung gegenüber dem Wesen des deutschen Volkstums erwächst der Kampf gegen eine Überfremdung, die Forderung nach Reinerhaltung der völkischen Substanz. So warnte beispielsweise Ursula Kolan in der zweiten Lesung zum Haushalt 1997 vor einer Überfremdung der deutschen Bevölkerung.³³² Damit suggeriert sie, dass das deutsche Volk und seine Nachkommen vor einer Überfremdung zu schützen seien.

Fazit: Die Fraktion der Republikaner im Gießener Stadtparlament nutzte das ihnen zur Verfügung stehende Forum für ihre beiden klassischen Themen und wiederkehrenden Metaphern. Hierunter fallen die Nationalisierung/Ethnisierung ökonomischer und sozialer Probleme (Wohnungsnot, Arbeitsplätze, Sozialhilfe etc.), mit denen Ausländer und Asylsuchende diffamiert und in populistischer Form zu Sündenböcken erklärt wurden.

Mit ihren Anträgen und Anfragen zu anderen Politikfeldern gelang ihnen der Versuch, politische Themen mit Blick auf ihre „Alltagstauglichkeit“ breiter zu fächern und sich von der „Ein-Thema-Orientierung“ zu entfernen. Mit ihrem neuen Themenspektrum wollten sie sich vom Negativimage der „rechtsextremen Partei“ befreien und sich als konservativ-rechte Alternative auf kommunaler Ebene anbieten und etablieren.

Die mangelnde Bereitschaft der Republikaner, am parlamentarischen Geschehen teilzunehmen, deutete darauf hin, dass die Mandatsträger fachlich überfordert waren. Dieses „Desinteresse“ verband sich mit laienhaftem Wissen über die politischen Zusammenhänge. Die Fraktionen beider Legislaturperioden waren Fremdkörper im Parlamentsbetrieb.

³³¹ Richard Stöss, (1990), op.cit., S. 76.

³³² Gießener Allgemeine Zeitung vom 20.12.1996.

2.5 Das Abstimmungsverhalten der Fraktion

Bei den Republikanern beider Legislaturperioden im Gießener Stadtparlament war ein stark ausgeprägtes fraktionsungebundenes Abstimmungsverhalten zu erkennen. Kreuz und quer wurde mit oder gegen die rot-grüne Regierung bzw. mit oder gegen die Opposition oder mit Enthaltung gestimmt.³³³ Demnach differenzieren die Republikaner ihr Abstimmungsverhalten je nach Themenfeld und konkretem Gegenstand oder Gremium in kompetitiv und kooperativ. Mit diesem Verhalten praktizierten sie ihrer Meinung nach Sachpolitik. So stimmten sie Anträgen der Bündnisgrünen zu, wenn die „in Ordnung waren“³³⁴. Selbst das Frauennachttaxi, eine rot-grüne Erfindung, fand anfänglich durch die Republikaner eine Unterstützung. Ebenso verhalten die Republikaner im Magistrat dem städtischen Nachtragshaushalt von 1993 zu einer Mehrheit, nachdem es wegen des rot-grünen Zerwürfnisses hierfür keine klare Mehrheit gab. Diese Situation sorgte für Schlagzeilen über Gießen hinaus. „SPD und Reps verabschiedeten im Magistrat gemeinsam Nachtragshaushalt“; „‘Rot-brauner Spuk’ in Gießen beschäftigt nun auch Hans Eichel“.³³⁵

Darüber hinaus war zu erkennen, dass ein hohes Maß an Abstimmungskohäsion in den öffentlichen Sitzungen bestand. Dieses geschlossene Abstimmungsverhalten der Fraktionsmitglieder wird zwar einerseits benötigt, um sich in parlamentarischen Abstimmungen gegen andere Auffassungen durchzusetzen, andererseits, und das erscheint meiner Auffassung nach für die Fraktion sehr wichtig zu sein, um den Wählern gegenüber ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen. Ein Grund für dieses Verhalten können die regelmäßig stattfindenden Fraktionssitzungen sein. Als Forum des fraktionsinternen Willensbildungsprozesses können bereits im Vorfeld Punkte geklärt werden, um dann als Fraktion möglichst geschlossen im Stadtparlament und in den Ausschusssitzungen aufzutreten. Eng verflochten mit der Abstimmungskohäsion ist die Frage der Fraktionsdisziplin bzw. des –zwanges, doch letzteres kann aufgrund fehlender Daten nicht beantwortet werden.

2.6 Parlamentarischer Sprachgebrauch der Republikaner

Die parlamentarische Sprache der Gießener Republikaner im Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2001 war der Alltagssprache angepasst. Sie war einfach und verständlich, auf abstrakte fachspezifische Politik-Begriffe und Fremdwörter wurde weitgehend verzichtet. Eine rhetorische Feineinstellung fehlte. Ihre Plenarreden waren teilweise polemisch, populistisch

³³³ Vgl. u.a., Gießener Anzeiger vom 30.11.1996 und Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.12.1996.

³³⁴ Gießener Express-Magazin, Nr. 13/93, S. 6.

³³⁵ Gießener Anzeiger vom 8.9. und 9.9.1993.

mit nationalistischen Metaphern durchwoben. Ihre kommunikative Kompetenz in der Darstellung, dem Stil, verwendeter Symbole und Sprachschatz war einfach strukturiert. Eine selbständige, bewusste Stellungnahme, Wahrnehmungs-, Erlebnis- und Ausdrucksfähigkeit fehlten.³³⁶

2.7 Die Fraktion der Republikaner und ihre „Streitkultur“

Bei den republikanischen Mandatsträgern war eine extrem niedrig anzusetzende Reizschwelle gegenüber außerfraktioneller Kritik oder politischer Meinungsäußerungen Andersdenkender zu erkennen. Diese Äußerungen wurden als „undemokratisch“, sogar als „Beschmutzung“, als „verabscheuungswürdiges Verhalten“ und als „unfair“ erachtet.³³⁷ In diesen Äußerungen spiegelte sich in den Reihen der Republikaner das Fehlen einer politischen Streitkultur wider, deren Ursache in ihrem Nationalpopulismus mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer demokratisch pluralistisch verfassten Gesellschaft zu suchen ist.³³⁸ Ich gehe davon aus, dass politischer und öffentlicher Streit als politische Führungsschwäche begriffen wurde, eine Geschlossenheit in den eigenen Reihen dagegen als höchster Wert galt.

2.8 Personelle Kompetenz der Gießener Republikaner-Fraktion

Bezüglich der quantitativen Verteilung der parlamentarischen Aufgaben auf die einzelnen Mandatsträger konnte festgestellt werden, dass bei den Anträgen, Anfragen, Wortmeldungen und Redebeiträgen der Republikaner (Legislaturperiode 1993 bis 1997 und 1997 bis 2001) wiederkehrend die gleichen Namen auftauchten. Die formalen Kompetenzen waren zugunsten weniger Personen verschoben. „Schwerpunktbildungen, Arbeitsteilung und gesamtkonzeptionelle Vorstellungen“, die sich in der kommunalen Politik auch über mehrere Personen erstreckten, waren für den außenstehenden Beobachter dagegen nicht zu erkennen. Zu einem ähnlichen Ergebnis, zwar bezogen auf andere hessische Republikaner-Fraktionen, kommt Hafeneger in seiner Studie.³³⁹ Ich gehe deshalb davon aus, dass in Gießen eine inhaltlich kompetente, personelle und langfristig ausgerichtete Basis für eine konkrete Politikgestaltung nicht vorhanden war. Das ist auch das Ergebnis der hohen

³³⁶ Zum politischen Sprachgebrauch der Republikaner siehe: Bernhard Schelenz, „Der politische Sprachgebrauch der ‘Republikaner’“, Frankfurt/M. 1992; Sonja Bredehöft/Franz Januscheck, „Doppelzüngler. Die Sprache der „Republikaner“, Duisburg 1994.

³³⁷ Gießener Allgemeine Zeitung vom 27.10.1993.

³³⁸ Zum Begriff der politischen Streitkultur siehe Ulrich Sarcinelli (Hrsg.): „Demokratische Streitkultur“, Bonn 1990.

³³⁹ Benno Hafeneger, (1995), op.cit., S. 45.

personellen Fluktuationsrate und eine Folge des Problems „unqualifizierten“ und „unvorbereiteten“ Personals, denn am Ende der Legislaturperiode 1993 bis 1997 waren die Republikaner mit einzelnen parlamentarischen Verfahrensweisen immer noch nicht vertraut.³⁴⁰ Hier stellt sich die Frage, ob diese Personen in der Regel am informellen Vorkläarungsprozess beteiligt waren oder nicht.

Einschränkend hierzu muss jedoch gesagt werden, dass der Grad der innerfraktionellen Arbeitsaufteilung in einer Kleinpartei von vornherein nicht so ausgeprägt sein kann wie in großen Fraktionen. Da es aber auch für eine kleine Fraktion unumgänglich ist, Fachkompetenz zu beweisen, wenn ein Parlamentarier die Ausschussberatungen politisch mitgestalten will, hätten sich die Republikaner theoretisch Schwerpunkte setzen und dafür andere Themenfelder vernachlässigen müssen. Die Auswahl der relevanten Themen müsste demnach unter dem Aspekt ihrer politischen Grundpositionen und unter dem der Qualifikation des einzelnen Abgeordneten stehen. Diametral dazu steht jedoch die reale breite thematische Fächerung.

Ein weiterer Grund für ihre defizitäre politische Effizienz lag in einer nach wie vor schlechten Organisationsstruktur der Partei auf kommunaler Ebene. Es fehlten fraktionsinterne Arbeitskreise. Darüber hinaus zeigte die Untersuchung, dass die Fraktionsarbeit und die Politikgestaltung von einzelnen Personen, hier zugunsten der Fraktionsführung mit ihrem Informationsvorsprung, getragen wurden. Es fehlte eine differenzier-arbeitsteilige oppositionelle Politikgestaltung, wie ich sie bereits im vorhergehenden Kapitel aufgezeigt habe.

2.9 Die Republikaner aus der Sicht von Fraktionsvertretern anderer Parteien

In diesem Abschnitt soll untersucht werden, wie die Republikaner und deren parlamentarisches Leben aus der Sicht von Fraktionsvertretern anderer Parteien gesehen wird.

2.9.1 Zur Befragung

Im Stadtparlament der Universitätsstadt Gießen waren im Untersuchungszeitraum von 1993 bis 2001 (Legislaturperioden 1993 bis 1997 und 1997 bis 2001) die Fraktionen der CDU (20/21 Sitze), SPD (20/22 Sitze), von Bündnis 90/Die Grünen (10/8 Sitze), der F.D.P. (3 Sitze), der FWG (5 Sitze) und die Republikaner (6/3 Sitze) vertreten. Die jeweiligen

³⁴⁰ Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.12.1996.

Fraktionsvorsitzenden und ein Mandatsträger wurden um ein Interview mit neun Fragen gebeten. Die Auswahl der beiden Interviewteilnehmer war so gestaltet, dass beide zwei Legislaturperioden lang dem Stadtparlament angehören mussten. Eine Ausnahme bildeten hier die F.D.P. und FWG, die während des Untersuchungszeitraums jeweils nur eine Legislaturperiode lang vertreten waren.

Die Mandatsträger der demokratischen Parteien im Parlament der mittelhessischen Universitätsstadt begegneten den Republikanern in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen und in den Ausschüssen. Hier war die Fraktion der Republikaner ein parlamentarischer Gegner in Themen, Fragen und Entscheidungen, indem sie durch Anträge und Anfragen sowie Rede- und Stimmrecht versuchte, Einfluss auf die Gestaltung der kommunalen Politik zu nehmen. Die kommunalen Abgeordneten sind aufgrund ihrer parlamentarischen Arbeit und Erfahrungen kompetent, die Republikaner einzuschätzen. Alle sind als exponierte Experten und Beobachter kommunaler Gegebenheiten und Entwicklungen anzusehen, die einen vergleichsweise hohen Informationsstand im Hinblick auf Probleme und anstehende Entscheidungsnotwendigkeiten haben.

Die Interviews wurden mit den Vertretern der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P. und FWG geführt.

Die Fragen an die Parlamentarier richteten sich insbesondere auf die Arbeit der Republikaner in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen, auf die zentralen Themen der Debattenbeiträge, auf ihre Anträge und Anfragen. Es wurde nach Erfolgen und Misserfolgen der parlamentarischen Arbeit der Mandatsträger der Republikaner gefragt wie auch nach dem wechselseitigen Umgang der Parteien und ihren vorhandenen oder nicht vorhandenen Strategien. Ferner wurde nach der Öffentlichkeitsarbeit und den republikanischen Aktivitäten gefragt wie nach der Präsenz der Abgeordneten in Vereinen, Verbänden und Gremien. Eine abschließende Frage beschäftigte sich mit der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Republikaner in Gießen.

2.9.2 Beteiligung im Stadtparlament und in den jeweiligen Ausschüssen

Die Teilnehmer des Interviews resümierten, dass die Beteiligung der Republikaner im Plenum des Gießener Stadtparlaments und in den jeweiligen Ausschüssen über eine bzw. zwei Legislaturperioden als „dürftig“, „sehr gering“, „erstaunlich wenig“ zu bezeichnen ist, oder ein Abgeordneter ging so weit, ihnen zu attestieren, dass sie „sich Mühe gegeben“ hatten. „Die körperliche Präsenz der Abgeordneten hatte wenig zu tun mit inhaltlicher

Präsenz“. Sie haben von Anfang an die vermeintlichen Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, nicht erfüllt.

2.9.3 Inhalt und Umfang ihrer parlamentarischen Tätigkeit

„Die Anträge wiesen keine rechtsradikalen Tendenzen auf“. Wenn Anträge gestellt wurden, „entsprachen diese in inhaltlich schwacher Form den populistischen Themen, die von den Republikanern auch außerhalb des Parlamentes vertreten wurden“. Themenschwerpunkte wurden von keinem Interviewteilnehmer wahrgenommen. Die Anträge der Republikaner befassten sich mit Themenbereichen, „die auch in jedem anderen Kommunalparlament hätten gestellt werden können (also keine ‘Gießen spezifischen’ Themen)“. Einem Teilnehmer erschienen die Anträge „als wären es Anträge, die von Gemeinde zu Gemeinde herumgereicht werden“. Eine Beteiligung zu wesentlichen Fragen der Kommunalpolitik z.B. Schulpolitik, Gewerbeansiedlung, Fragen zur Stadtentwicklung oder dem Baubereich allgemein gab es kaum. Es fehlte die „fachliche Kompetenz“. Redebeiträge, und da waren sich alle Befragten einig, gab es zu Themenbereichen, die nur für die Republikaner interessant waren.

2.9.4 Erfolge und Misserfolge in der parlamentarischen Tätigkeit

„Erfolge hat es in der parlamentarischen Arbeit der Republikaner nicht gegeben“. Man ging sogar so weit, die parlamentarische Tätigkeit „insgesamt als Misserfolg zu bewerten“, weil überwiegend die Anträge der Republikaner „keine Mehrheit im Stadtparlament fanden“. „Auch bei der Mehrheitsbeschaffung des rechten Lagers spielten sie keine Rolle“. Ein Abgeordneter ging so weit und bezeichnete die Präsenz der Republikaner sogar als Episode.

2.9.5 Beurteilung der innerfraktionellen personellen Konstellation

Die Interviewteilnehmer akzentuierten deutlich die Dominanz der Eheleute Ulrich und Ursula Kolan, insbesondere die von Herrn Kolan. Bereits diese Dominanz führte „schon zu Konflikten mit einzelnen Mandatsträgern, die daraufhin teilweise die Partei und die Fraktion verließen“. Man mutmaßte, „ob vielleicht eine gewisse Unfähigkeit innerhalb der Fraktion herrschte, Kompromisse einzugehen. Vielleicht waren zu viele Einzelkämpfer (...) Selbstverwirklicher (...) oder Profilneurotiker“ in der Fraktion. Hierbei handelte es sich um „persönliche Differenzen zwischen den Einzelnen“ und nicht um politische. Ulrich Kolan wurde als dominierender Fraktionsvorsitzender, als „Wolf im Schafspelz“ und als „Scharfmacher“ hinsichtlich rechter Parolen bezeichnet. Ihm wurde der Charakterzug eines Cholerikers zugeschrieben, der „knallrot“ angelaufen ist und wie ein „HB-Männchen“ gleich

an die Decke gesprungen sei. Als zweite Figur fiel der Stadtverordnete Bernhard Gattwinkel auf, dem nachgesagt wurde, dass er insgeheim gehofft hatte „sich persönlich profilieren zu können“. Im Verlauf der zweiten Legislaturperiode wurde es „etwas ruhiger“. Innerfraktionelle Probleme oder Konflikte fielen nicht auf. Die drei Mandatsträger erweckten bei den Teilnehmern den „Eindruck, dass die Republikaner desillusioniert waren“.

2.9.6 Umgang der Republikaner zu den anderen Parteien

Der Umgang der Republikaner zu den anderen Parteien im Stadtparlament wurde als „höflich“ und „neutral“ klassifiziert, wobei hierbei auch differenziert wurde. Von den Befragten wurde er bei der SPD und den Grünen aufgrund des ablehnenden Verhaltens beider Parteien als distanziert bezeichnet. Anfänglich haben die Republikaner versucht, „die Distanz zu den anderen Fraktionen zu überbrücken“. Diese Versuche wurden von einem Teil der Befragungsteilnehmer als „bis in den Bereich der Anbiederung“ gehend empfunden. Aufgrund der Erfolglosigkeit wurde ihr Verhalten relativ unauffällig.

2.9.7 Umgang der Parteien mit den Republikanern

Vereinzelte Kontakte mit Stadtverordneten aus der CDU-Fraktion wurden wahrgenommen. Ansonsten gab es nach dem Wissen der Interviewteilnehmer keine Kontakte, außer wenn es sich nicht vermeiden ließ und man ihnen auf dem Flur begegnete. Es fand vor allem „eine Ausgrenzung der Republikaner seitens SPD und Grünen statt“. Sie wurden von einem „großen Teil der SPD aufs massivste gemieden und boykottiert“. Eine geplante, abgesprochene oder punktuelle Zusammenarbeit gab es nicht, private Kontakte wurden vermieden. Bei den Einladungen und Empfängen im außerparlamentarischen Bereich (Parlamentarische Abende) wurden die Mandatsträger der Republikaner ausgegrenzt. Eine Strategie zur Ausgrenzung der Republikaner hat es offiziell nicht gegeben, allerdings war es die gewollte und tolerierte Absicht aller Parteien.

2.9.8 Wahrnehmung der Aktivitäten und der Öffentlichkeitsarbeit

Die Pressearbeit der Republikaner wurde als „eher dürrig und kaum wahrnehmbar“ eingestuft. Über weitere Aktivitäten jenseits der gelegentlichen „Veröffentlichungen in der Presse“ war bei allen Befragten nichts bekannt.

2.9.9 Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Gremien

Ein Mandatsträger äußerte sich dahingehend, dass die Sozialdemokraten es verstanden haben, „die Republikaner aus allen möglichen Gremien herauszuhalten, und die Grünen haben es für gut befunden“. Als Beispiele wurden die Städtischen Kommissionen, Gremien und der ehrenamtliche Magistrat genannt.

Außer den parlamentarischen Tätigkeiten in den entsprechenden Gremien (Parlament und Ausschüssen) war eine Mitarbeit der Republikaner in Vereinen und Verbänden allen Interviewteilnehmern nicht bekannt. Man schloss jedoch nicht aus, dass sie vielleicht in einem oder mehreren Vereinen Mitglied waren.

2.9.10 Zukünftige Entwicklung der Republikaner

In den Augen der Befragungsteilnehmer werden die Republikaner „mittelfristig“ keine Rolle mehr in der mittelhessischen Universitätsstadt spielen. In diesem Punkt waren sich fast alle Interviewteilnehmer einig, dass die zukünftige Entwicklung der Republikaner von der landes- und bundesweiten Entwicklung abhängen wird. Mit dem Wegfall der Fünfprozent-Hürde im Kommunalwahlrecht „ist es nicht auszuschließen, dass bei einer personellen Neuorientierung der Republikaner“ diese Partei wieder in Erscheinung treten könnte. Vor allem dann, wenn sie „vernünftige Köpfe hätten, die sich gut verkaufen könnten“, dann nämlich „müßte man sie ernster nehmen“.

Fazit: Die Parlamentarier sahen die Fraktion der Republikaner von Ulrich Kolan dominiert und autoritär zusammengehalten. Ansonsten waren sie eine Fraktion, die nach außen, vor allem während der zweiten Legislaturperiode, einen hohen Grad an Geschlossenheit zeigte.

Die Fraktionsarbeit wurde als dürrtig eingeschätzt. Themenschwerpunkte waren aus der Sicht der parlamentarischen Konkurrenten nicht zu erkennen. Es fand keine Beteiligung zu wesentlichen Fragen der Kommunalpolitik statt. Es wurde ihnen die „fachliche Kompetenz“ abgesprochen. Die Parteivertreter tolerierten die Republikaner als eine demokratisch gewählte Partei, die im kommunalpolitischen Bereich der Stadt Gießen nur eine Episode gespielt hatte.

Die Auseinandersetzung mit der Fraktion spielte sich im Rahmen der Ausgrenzung ab und nicht im Bereich einer politischen Auseinandersetzung. Die politische Zukunft der Republikaner in Gießen hängt somit von verschiedenen Rahmenbedingungen und von der landes- und bundesweiten Entwicklung ab. Mit dem Wegfall der Fünfprozent-Hürde im Kommunalwahlrecht wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass bei einer personellen Neuorientierung der Republikaner diese Partei wieder in Erscheinung treten kann.

2.10 Interfraktionelles Verhältnis

Betrachtet man sich die parlamentarischen Auseinandersetzungs- und Umgangsformen der Repräsentanten der etablierten Parteien mit den Republikanern im Gießener Stadtparlament im gesamten Untersuchungszeitraum, so wird deutlich, wie unsicher die etablierten Fraktionen agierten. So versuchten sie die Republikaner zu beschweigen, auszugrenzen, von jeder politischen Verantwortung fernzuhalten und ihren parlamentarischen Bewegungsraum, soweit dies rechtlich und verfahrenstechnisch möglich war, zu beschneiden bzw. einzuengen.³⁴¹ Neben der Bildung von Koalitionen nutzten die Gießener Fraktionen das ganze Spektrum parlamentarischer Verhaltensmechanismen, die bis zum demonstrativen Verlassen des Versammlungssaals bei Plenarreden von Republikanerabgeordneten reichten.³⁴² Höhepunkt dieser parlamentarischen Aktionen und zur ersten offensiven, wenn auch nur bedingt sachlichen Auseinandersetzung zwischen den Republikanern und den anderen Fraktionen wurde der Antrag über „Brandschutzschauen“.³⁴³

Aufgrund dieser Verhaltensweisen wurde den Republikanern eine Aufmerksamkeit zuteil, die sich deutlich an der Qualität ihrer Arbeit brach und die gerade von den anderen Fraktionen vermieden werden wollte. Die anfänglichen Aufregungen legten sich im Laufe der zwei Legislaturperioden. Die Republikaner wurden im praktischen Alltag zu Statisten degradiert. Aufgrund ihrer immer wieder unter Beweis gestellten Unbeholfenheit zu einer konstruktiven Parlamentsarbeit, der fehlenden politisch-praktischen Gestaltungsalternativen sowie ihrer teilweise emotionalen Ausfälle neutralisierten sich die Republikaner bereits im Vorfeld für eine mögliche Zusammenarbeit. Es war ihnen nicht möglich gewesen, die von ihnen angestrebte Integration in den parlamentarisch-internen interfraktionellen Meinungsaustausch der etablierten Parteien und der Verwaltung zu schaffen. Sie sind eine Diaspora-Partei über den ganzen Zeitraum zweier Legislaturperioden hinweg geblieben.

³⁴¹ Gießener Allgemeine Zeitung vom 10.6.2000.

³⁴² Anträge wurden niedergestimmt, auch mit Hilfe einer namentlichen Abstimmung. Gießener Allgemeine Zeitung vom 9.11.1993. Wahldebakel bei der Bestimmung der Mitglieder für die Betriebskommission der Gießener Stadtwerke. Gießener Allgemeine Zeitung und Gießener Anzeiger, beide vom 18.6.1993, Gießener Anzeiger vom 21.6.1993, Gießener Allgemeine Zeitung vom 22.6.1993. Der Versuch der Bündnisgrünen, „einen Vertreter der Republikaner aus dem Jugendhilfeausschuß fernzuhalten“, war bei einer Parlamentssitzung gescheitert. Rainer Schuster von den Republikanern wurde entsandt. Gießener Allgemeine Zeitung vom 2.10.1993. Die SPD glaubte, sich mit einem Griff in die Trickkiste der parlamentarischen Geschäftsordnung gerettet zu haben. Da zwei Stadtverordnete der SPD fehlten, präsentierte der Fraktionsvorsitzende Dieter Leinweber eine schriftliche Mandatsniederlegung der abwesenden Annelore Kühr, für die Ellen Volk nachrückte. Das Manöver hätte man sich sparen können, denn der erkrankte Republikaner Carsten Beck sorgte für Ausgleich. Gießener Allgemeine Zeitung und Anzeiger, beide vom 21.12.1996.

Bei dem Redebeitrag der Republikaner zur Lesung des Haushalts 1996 „verließen viele der Abgeordneten teils erheitert, teils empört den Sitzungssaal des Stadthauses“. Gießener Allgemeine Zeitung vom 11.5.1996. Bei der zweiten Lesung zum Haushalt '96, als die Republikanerin Ursula Kolan am Rednerpult stand, verließen viele den Saal. Gießener Anzeiger vom 10.5.1996. Vor und während Kolans Rede verließen viele Stadtverordnete den Saal. Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung, beide vom 21.12.1996.

³⁴³ Gießener Allgemeine Zeitung vom 27.10.1993.

Darüber hinaus war zu erkennen, dass die Republikaner stets um die Anerkennung als gleichberechtigter Oppositions- oder Koalitionspartner und um demokratische Respektabilität, hier vor allem von der CDU, bemüht waren.³⁴⁴ Unter diese Anpassungsanstrengungen seitens der Republikaner fielen zwei Tendenzen auf:

Erstens die Abgrenzung zum Rechtsextremismus. Die Fraktion versuchte jede mögliche Verknüpfung mit parteiprogrammkonformer Xenophobie und Ideologie zu vermeiden. Öffentlich machten sie immer wieder deutlich, dass sie weder ausländerfeindlich noch eine Protestpartei seien und sich gegen die Einordnung ihrer Partei als rechtsextremistisch wehrten.³⁴⁵ Mit dieser Selbstpositionierung als „demokratische, verfassungstreue, konservative, rechte Partei“ war die Hoffnung verbunden, von den demokratischen Parteien nicht ausgegrenzt, sondern in die interfraktionellen Austauschprozesse und internen Verwaltungsabläufe mit einbezogen zu werden.

Zweitens der anfängliche Versuch, informelle, persönliche Kontakte zu den Mitgliedern der anderen Fraktionen aufzubauen. Mit diesem Bemühen um zwischenmenschliche Kontakte sollten Distanzen, die durch die Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Parteien generell existieren, auf die persönliche Ebene relativiert werden. Diese Vorgehensweise trug letztendlich jedoch zur Hoffähigkeit der Partei bei.

Darüber hinaus versuchte die Fraktion, betont reputierlich und unauffällig aufzutreten. Hierbei entstand unweigerlich der Eindruck, dass die Republikaner geradezu ängstlich versuchten, die Form zu wahren, Konventionen nicht zu verletzen, penibel die formalen Regeln der Parlamentsarbeit einzuhalten und nicht durch unentschuldigtes Fehlen einer ihrer Mandatsträger negativ aufzufallen, um somit keine Angriffspunkte für eine mögliche Auseinandersetzung mit ihnen zu bieten. Ein Verhalten keine politischen Diskussionen aufkommen zu lassen, welches ihr angestrebtes Bild einer in sich und nach außen hin geschlossenen Partei hätten trüben können.³⁴⁶ Für ihr negatives Bild sorgten die Republikaner mit ihren Skandalen und dem Zerfallsprozess selber. Deshalb ist eine „intensivere“ Auseinandersetzung mit den Republikanern im Gießener Stadtparlament ausgeblieben.

Deutlich sichtbar wurde während der beiden Legislaturperioden hingegen, dass die Republikaner schon allein durch ihre parlamentarische Repräsentanz das

³⁴⁴ „Im Parlament will man ‘mit allen Fraktionen das Gespräch suchen‘“, so Ulrich Kolan in der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 8.3.1993. „(...)“, daß auch Gespräche mit dieser Partei [CDU] möglich sein müßten. Äußerung Ulrich Kolans im Gießener Anzeiger vom 8.3.1993. Auch drückt sich dieses Bemühen beispielsweise in verbalen zustimmenden Äußerungen wie mit einem „jawohl“ aus, wenn die Republikaner von Burkhard Schirmer (SPD) im Rahmen der Haushaltsdebatte von 1994 inhaltlich mit der CDU verglichen wurden.

³⁴⁵ „Wir sind absolut nicht ausländerfeindlich“, betonte der Kreisverbandsvorsitzende, Ulrich Kolan dem Gießener Anzeiger gegenüber. Darüber hinaus verwahrte er sich gegen die seiner Meinung nach diffamierende Einstufung als „rechtsextreme“ Partei. Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung, beide vom 8.3.1993.

³⁴⁶ „Solange die da brav sitzen, schrecken sie auch keinen ab“, resümierte Heinrich Brinkmann von den Bündnisgrünen. Gießener Express-Magazin 13/94.

Kräfteparallelogramm zwischen den Parteien beeinflussten. Die politischen Antworten der etablierten Fraktionen waren, dass sie die propagierten Themenbereiche der Republikaner aufgriffen, wie es z.B. bei den Anträgen zur Ausländerkriminalität, zur Drogenszene, zur „Inneren Sicherheit“ und dem „Situationsbericht“ an den Schulen der Fall war. Sie wurden somit zu aktuellen Themen der kommunalen Politik und Presse.³⁴⁷ Damit schafften die Republikaner indirekt auch politische Berücksichtigungszwänge. Hierbei bestand jedoch die Gefahr, dass Positionen der Republikaner enttabuisiert und damit hoffähig gemacht wurden, was letztendlich auf Dauer nicht unbedingt den etablierten Parteien zugute kommen brauchte, sondern den Republikanern.

Letztendlich waren alle Parteien um ein gutes Einvernehmen und Arbeitsklima untereinander bemüht, was sich auch in der Idee der „sachlichen Auseinandersetzung“ widerspiegelt. Die teilweise immer wieder aufgeflammt Konfrontationen erfuhren eine „Normalisierung“. Die Aufregungen vor allem aus den Reihen des linken Lagers wurden im Laufe der zweiten Legislaturperiode immer mehr relativiert.

2.11 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann aufgrund dieser Darstellung verdeutlicht werden, dass die Republikaner einen großen Teil ihrer ersten Legislaturperiode zur Einarbeitung und Orientierung benötigten. Schwierigkeiten, die aus einer Situation entstanden, weil Mandate an parlamentarisch unvorbereitete, zu wenig „qualifizierte“ Parteimitglieder gegangen waren. Konträr zu diesem Problem stand die subjektive Selbsteinschätzung ihrer eigenen Parlamentsarbeit, die sie als konstruktiv und aktiv einordneten.

Die quantitative Analyse der Arbeit zeigte einen geringen Anteil von Eigeninitiativen. Keine andere Fraktion hatte über den Zeitraum von zwei Legislaturperioden so wenige reguläre Parlamentsanträge (29) sowie Änderungsanträge zu den Haushalten gestellt und trat derart selten mit Redebeiträgen auf wie die Republikaner. Darüber hinaus hatten die Mandatsträger die Reichweite und die Qualität ihrer Initiativen und Legitimationsfunktion überschätzt.

Die sukzessive Auflösung der Fraktion kann als Chronik der Zerstrittenheit, gegenseitiger Vorwürfe, Verleumdungen, Drohungen mit juristischen Schritten und Parteiausschlussverfahren gelesen werden. Dieser Zerfallsprozess war kein Einzelfall, wie der Vergleich zu anderen Fraktionen in Hessen zeigt.

³⁴⁷ Zur Inneren Sicherheit hat die F.D.P. die Republikaner mit einem Initiativantrag unterstützt, in dem es um die Forderung nach mehr Polizeistreifen ging. Gießener Anzeiger vom 22.2.1994 und Gießener Allgemeine Zeitung vom 23.2.1994. Zur Drogenszene in Gießen sei der Vorstoß der CDU zu nennen. Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung, beide vom 15.1.1994; Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung, beide vom 21.1.1994 und letztere vom 5.2.1994.

Eine effektive, kontinuierliche Arbeitsmöglichkeit der Republikaner-Fraktion war durch die hohe Fluktuation der Mandatsträger, die schlechten organisatorischen Voraussetzungen und die fraktionsinternen Problemen erheblich eingeschränkt. An dieser Stelle entstand der Widerspruch, auf den schon Jaschke hinwies, dass die Partei einerseits von ihrem Wahlergebnis profitierte, gleichzeitig aber auch darunter leide. Den Anspruch von einer soliden, demokratischen ohne Zerwürfnisse geprägten Partei in der Öffentlichkeit konnten die Republikaner in Gießen nicht erfüllen. Für ihr negatives Bild sorgt die Fraktion selbst.

In Gießen kann nicht von der oft zitierten „Ein-Thema-Partei“ ausgegangen werden, zu groß war die thematische Streuweite der Parlamentsanträge. Nach ihren Inhalten betrachtet, waren die politischen Forderungen allgemein gehalten und ließen kein klares Konzept erkennen. Darüber hinaus war weder eine Strategie noch eine langfristige Planung zu erkennen. Dabei blieb der Zusammenhang zwischen den konkreten Einzelforderungen und dem zukunftsweisenden kommunalen Ergebnis unklar. Die themenbezogenen politischen Forderungen und Problemlösungen erwiesen sich teilweise als realitätsfern. Die Republikaner wurden mit dem Problem der so genannten „Janusköpfigkeit der Ortsparteien“ konfrontiert. Einerseits wollten sie Träger der kommunalen Politik und kommunalen Kommunikationsstruktur sein und ihre Politik danach ausrichten, andererseits waren sie Teil der überregional verbreiteten Gesamtpartei. Aus dieser Stellung heraus versuchten sie, deren Politik einfach auf die kommunale Ebene umzusetzen, wie es explizit die Asyl- und Ausländerpolitik zeigt. Die aus dieser Schnittstelle entstandenen Schwierigkeiten wurden zu einer erheblichen Gratwanderung für diese Partei. Dabei sahen sich die Republikaner immer mehr mit dem Widerspruch konfrontiert, dass sie im immer mühsameren Wettbewerb um Wählerstimmen ihre Lösungsunfähigkeit in bestimmten Politikfeldern oder für spezifische Probleme darlegten. Hier fiel ein bezeichnendes Licht auf die inhaltliche, personelle und strukturelle Schwäche der Republikaner.

Darüber hinaus diente ihnen das Parlament als „Bühne“ zur Artikulation nationalpopulistischer Ressentiments und Durchsetzung ethnischer Polarisierungen, wie Hafenerger für andere kommunale hessischen Republikanerfraktionen festgestellt hat.

Bei der Fraktion war ein stark ausgeprägtes fraktionsungebundenes Abstimmungsverhalten zu erkennen. Kreuz und quer wurde, mal für die Regierung mal für die Opposition oder mit Enthaltung gestimmt. Daneben bestand ein hohes Maß an Abstimmungskohäsion unter den Mandatsträgern in den öffentlichen Sitzungen. Ihre Redebeiträge und Redezeiten waren als unterdurchschnittlich zu bezeichnen. Die parlamentarische Sprache war der Alltagssprache angepasst, auf rhetorische Feineinstellungen wurde verzichtet, ein charismatischer Redner fehlte in den Reihen der Fraktion.

Erkennbar war auch eine extrem niedrig anzusetzende Reizschwelle gegenüber außerfraktioneller Kritik. Sie wurde als „undemokratisch“, sogar als „Beschmutzung“, „verabscheuungswürdiges Verhalten“ oder als „unfair“ erachtet. Von den anderen Fraktionen

wurden sie als Diaspora-Partei angesehen. Aufgrund ihrer Parlamentsarbeit wurden sie als politischer Gegner wenig ernst genommen. Anfänglich, aufgrund einzelner, wenn auch nur bedingt sachlicher Auseinandersetzungen mit den anderen Fraktionen, wurde den Republikanern eine Aufmerksamkeit zuteil, die sich deutlich brach an der Qualität ihrer Arbeit und die von den anderen parlamentarischen Vertretungen vermieden werden wollte.

Deutlich sichtbar wurde während des Zeitraums ihrer parlamentarischen Tätigkeit, dass die Republikaner schon allein durch ihre parlamentarische Repräsentanz das Kräfteparallelogramm zwischen den Parteien beeinflussten. Die politischen Antworten der etablierten Fraktionen darauf waren, dass sie propagierte Themenbereiche der Republikaner aufgriffen, wie es beispielsweise bei der Ausländerkriminalität, der Drogenprobleme und der inneren Sicherheit der Fall war. Sie wurden somit zu aktuellen Themen der lokalen Politik. Mit diesem Schritt haben sie die Tabuisierung des Rechtsextremismus und der Republikaner schleichend aufgeweicht. Darüber hinaus schafften die Republikaner damit indirekt politische Berücksichtigungszwänge. Hier darf auf keinen Fall übersehen werden, dass rechte Wählerentscheidungen nicht einfach durch das Besetzen rechter Themenfelder durch die Parteien erstickt werden können.

Letztendlich hat die anfängliche und zwischendurch hin und wieder aufgeflamnte Konfrontation zwischen den Fraktionen eine Normalisierung erfahren. Die Aufregungen vor allem aus den Reihen des linken Lagers ließen im Laufe der Legislaturperioden immer mehr nach.

Zu einer treibenden Kraft im Parlament sind die Republikaner in all den Jahren nicht geworden. Der Handlungsfähigkeit dieser Partei auf kommunaler Ebene standen folgende Dinge im Wege: eine rudimentäre organisatorisch-strukturelle Ausdifferenzierung, eine personelle und finanzielle Schwäche, eine zu geringe „Verparlamentarisierung“ sowie politisch-organisatorische Mängel und mangelnde personelle Kompetenz.

Schlussbetrachtung und Ausblick

Die mittelhessische Universitätsstadt Gießen war stärker von sozialen, ökonomischen und strukturellen Problemlagen gekennzeichnet als andere hessische Städte gleicher Größenordnung. Sozialpolitisch weist sie viele großstädtische Probleme auf. Bundesweit ist sie die Stadt mit der höchsten Quote an Alleinerziehenden und die Stadt mit der höchsten Studentendichte, bezogen auf die Einwohnerzahl. Die hohe Zahl von Migrantenfamilien und Aussiedlern gehörte ebenso zu den besonderen Bedingungen der Stadt. In den neunziger Jahren kam es zu einem Strukturwandel. Dieser Strukturwandel hatte zur Folge, dass es zwischen 1990 und 1997 zu einem Anstieg der *Arbeitslosenquote* und der Zahl der *Langzeitarbeitslosen* kam. 1997 wurde die Rekord-Arbeitslosenquote von 11,8 Prozent erreicht. Damit lag Gießen sowohl über dem Landesdurchschnitt als auch über der Quote für das Bundesgebiet.

Parallel hierzu setzte eine massive *Verarmung* breiter Bevölkerungsschichten ein. Die *Sozialhilfeausgaben* der Stadt stiegen sukzessiv und erreichten 1997 einen Nachkriegsrekord. Darüber hinaus musste die städtische Sozialpolitik eine fortschreitende *Verelendung* einzelner *Stadtviertel* und Ausgrenzung sozial Benachteiligter verhindern. Gießen verfügt über vier Stadtteile mit „*sozialen Brennpunkten*“, deutliche Phänomene für Armut im Wohlstand.

Gießen war bis zur Wiedervereinigung hessische Erstaufnahmestelle für DDR-Übersiedler. Nach der Wiedervereinigung wurde die Universitätsstadt Aufnahmeeinrichtung für Asylsuchende. Auslöser für die Dramatisierung der *Asylfrage* waren die wachsenden *Asylbewerberzahlen*, die im Jahr 1992, vor allem durch die Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, sprunghaft anstiegen. 1995 war jeder zweite Asylbewerber in Hessen nach Gießen „eingewiesen“ worden. Von Ende 1991 bis zum Sommer 1993 war eines der wichtigsten Themenfelder für die Bevölkerung in Gießen die *Asyl- und Ausländerpolitik*. Das wurde nachgewiesen. Nachgewiesen wurde auch eine latent vorhandene *Fremdenfeindlichkeit* innerhalb der Gießener Bevölkerung.

Eine weitere Rahmenbedingung für den Erfolg der Republikaner in Gießen war der *Wertewandel*. Aufgrund der Bildungsexpansion hat nicht nur eine Gesellschaftsgruppe prosperiert, die durchaus interessierter und distanzierter den politischen Geschäften folgt. Der Wertewandel setzte einen Trend frei, hin zur individualisierten, aktiveren, stärker partizipationsorientierten Gesellschaft, die sich von traditionellen Großorganisationen jeder

Art abwendete. *Intermediäre Instanzen* der politischen Interessenvermittlung, wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, Träger der pluralistischen Vermittlung von Staat und Gesellschaft, verloren immer mehr an Einfluss. Parallel nahm die Bereitschaft zur dauerhaften Organisationsbindung, ab und es lockerte sich die Verankerung der Parteien in ihren Traditionsmilieus und gesellschaftlichen Vorfeldorganisationen.

Wertewandel und kognitive Mobilisierung führten zu einer erhöhten *Kritikbereitschaft* gegenüber Institutionen und etablierten Strukturen. Die originäre Aufgabe der politischen Parteien, gesellschaftliche Interessen zu aggregieren und in das politische System zu transformieren, wurde in Gießen zunehmend in Frage gestellt.

Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass die *Integrationskraft* der etablierten Parteien durch eklatante *Problemlösungsdefizite* der großen Parteien, eine rezessive wirtschaftliche Entwicklung und eine wachsende Zahl sozial Depravierter in den vergangenen Jahren deutlich verloren gegangen ist. Im Zuge dieser Entwicklung kam es zu einer „*Pluralisierung*“ des *Parteiensystems*, die *Volatilität* nahm ab, die Gruppe der Nichtwähler stieg sukzessiv. Parallel erhöhte sich der Ansehens- und Vertrauensverlust der politischen Klasse in der Gießener Bevölkerung, das Unzufriedenheits- und Protestpotenzial wurde größer und der Wählerzuspruch für Kleinparteien erhöhte sich.

Während die etablierten Parteien in der mittelhessischen Universitätsstadt unter dem Verlust der Wählerbindung litten, besetzten Klein- und Splitterparteien Repräsentationsfreiräume im politischen Parteienspektrum Gießens und konnten sich so eine politische Nischenexistenz aufbauen. Gerade diese Kleinparteien zeigten gesellschaftliche *Protest- und Unzufriedenheitspotenziale* auf und verdeutlichten ihre *Legitimations- und Integrationskompetenz*. Sie wiesen neben vernachlässigten Problemfeldern, neuen *Konfliktlinien*, so genannte „*cleavages*“ und Interessen auch auf die Mobilisierungskraft politischer Streitfragen innerhalb der Gesellschaft hin, auf die die etablierten Parteien auf kommunaler Ebene nicht angemessen reagieren konnten. Anfang der achtziger Jahre waren das die Grünen im Bereich der Ökologie und der links-alternativen Szene. Anfang der neunziger die Republikaner und Ende der neunziger Jahre die Freie Wählergemeinschaft. Ihre Wahlerfolge gaben somit Auskunft über Art und Ausmaß des in Teilen der Gießener Gesellschaft entstandenen Kritikpotenzials und zwangen die etablierten Parteien, Integrationsverluste durch Übernahme zuvor unberücksichtigter Themen und politische Kurskorrekturen auszugleichen.

Deutlich zeigt die Studie, dass die Republikaner in Gießen, als „Anwalt der kleinen Leute“ hervorragend den Unmut der Bevölkerung artikulierten und gegen das etablierte System der „Altparteien“ verwenden konnten. Die Republikaner bündelten einerseits die Unzufriedenheit derer, denen es weder um demokratische Positionen als Selbstwert ging, und andererseits jene, die die als ineffizient und korrupt erachtete Parteiendemokratie mit

ihren Vertretern nicht mit Gewalt oder von einem geschlossenen extremen Weltbild aus bekämpfen wollten. Politische Unzufriedenheit in Verbindung mit einer autoritär und ethnozentrisch eingefärbten Distanz zum politischen System verwies somit auf jene indifferente Einstellung der Gießener Bevölkerung, die die Republikaner wählbar werden ließ. Die Republikaner organisierten keine Interessen, sondern artikulierten Unzufriedenheit, Protestverhalten und eine rechtspopulistische Sicht komplexer Themen, die ansonsten im Parteiensystem keinen Ausdruck fanden. Dabei schadeten ihnen am Anfang ihrer parlamentarischen Präsenz nicht die Dinge, die der Handlungsfähigkeit der Partei auf kommunaler Ebene im Wege standen: eine organisatorisch-strukturelle, personelle und finanzielle Schwäche, eine zu geringe „Verparlamentarisierung“, politisch-organisatorische Mängel, Besetzung weniger Themenbereiche und eine geringe öffentlichkeitswirksame Agitation. Prägnant formuliert heißt das: Mit einem minimalen Aufwand konnten sie „aus dem Stand“, ohne dass sie vorher einen Leistungsnachweis ihrer politischen Kompetenz erbringen mussten, einen maximalen Erfolg erzielen.

Die aktuelle soziale Segregation und die politische Fragmentierung, weg von den Volks- und Großparteien hin zu Flügel- und Kleinparteien und zur Gruppe der *Nichtwähler* und *Wechselwähler*, erleichterten die Erfolge der Republikaner. Gerade der hohe Anteil von *Wechselwählern* in der mittelhessischen Universitätsstadt eröffnete den Republikanern Chancen auf dem Wählermarkt. Die sozioökonomische Krise und das politisch-kulturelle Krisenphänomen des Parteienverdrusses trugen ebenfalls dazu bei, das Unzufriedenheitsniveau anwachsen zu lassen und begünstigen die Erfolgsaussichten der Republikaner.

Durch den sehr schnell vorangetriebenen Parteiorganisationsauf- und ausbau fiel zwangsläufig eine Vielzahl der neu entstandenen Parteiposten an unvorbereitete, zu wenig qualifizierte, amateurhaft arbeitende Funktionäre und Mitglieder. Diese mangelnde, unzulängliche organisations- und personalpolitische Kapazität führte zwangsläufig zu einer *Dysfunktionalität* der Partei. Anfänglich versuchte man diese durch Beitritte ehemaliger Funktionsträger anderer demokratischer Parteien, Parteimitglieder, die auch aus den Reihen der Union stammten, zu entschärfen. Jedoch wurde diese neue Führungsschicht „importierter Politiker“ nur in einem geringen Umfang in die neue Partei integriert. Die Krisenanfälligkeit der Partei, ausgelöst durch das schnelle Wachstum, wurde noch dadurch verschärft, dass entstehende Konflikte nicht nur inoffiziell und parteiintern, sondern in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Der Rücktritt und Parteiaustritt des Generalsekretärs und Kreisverbandsvorsitzenden, Gerhard Keil, im Juni 1990 sowie zahlreicher Mitglieder war der vorläufige Höhepunkt in einer langen Kette parteiinterner Auseinandersetzungen.

Die Studie zeigt aber auch, dass der Kreisverband Gießen der Republikaner eine geringe organisatorische Ausdifferenzierung aufwies, es fehlen z.B. Stadtverbände. Im ganzen Untersuchungszeitraum konnte sich kein mitgliederstarker Kreisverband bilden. Diese

mangelnde, unzulängliche organisations- und personalpolitische Kapazität ließ eine flächendeckende Basisarbeit im Kreisverband nur eingeschränkt zu und führte zu zahlreichen Folgewirkungen, die letztendlich im Scheitern der Republikaner in Gießen gipfelte.

Die den politischen Parteien zugemessene Rekrutierungsfunktion ist von den Republikanern nur unvollständig erfüllt worden. Die Fluktuationsrate an Parteimitgliedern war hoch. Die Motive für einen Parteibeitritt und –austritt waren multiple. Es konnten neben sozialen, persönlichen, ökonomischen oder situationsbedingten Motiven auch politisch motivierte unterschieden werden. Wahlerfolge waren die wichtigsten Rekrutierungszeitpunkte.

Weiter konnte ein unterschiedlich strukturiertes Partizipationsverhalten in der Gesamtmitgliedschaft festgestellt werden. Die Folge waren Ämterkumulationen und „Mehrbereichsakteure“. Ebenso fehlten die so genannten „Zubringerdienste“ aus dem vorpolitischen Raum, weil die Republikaner in ihnen kaum verankert waren.

Die formale innere Ordnung der Parteiorganisation der Republikaner räumte den Parteimitgliedern in Gießen alle Möglichkeiten ein, die Politik des Kreisverbandes zu bestimmen und somit aktiv am *innerparteilichen Willensbildungsprozess* teilzunehmen. Aufgrund des unterschiedlichen Partizipationsverhaltens der Parteimitglieder wurde das Binnenleben der Partei weitestgehend von einer Minderheit „Aktiver“ bzw. einer Person getragen.

Die aktive Mitgliedschaft setzt sich größtenteils aus familiären und quasifamiliären Netzwerken zusammen; es handelt sich dabei um teilweise sozial abhängige, überwiegend politisch unerfahrene Personen aus dem Bekanntenkreis. Die Republikaner bauten selbst Schwellen auf („Schweigespirale“, Auswahlraster bei der Mitgliederrekrutierung) und litten unter einer gewissen Stigmatisierung in der öffentlichen Meinung. Als Anreiz zur Mitgliedschaft wirkte höchstens die Aussicht auf einen raschen Aufstieg als „Berufspolitiker“ in einer kleinen Partei, der vor allem einige Parteiwechsler aus den großen Volksparteien motivierte. Hierbei ist zu erkennen, dass Enttäuschungen über die Politik der etablierten Parteien und opportunistische Motive Hand in Hand gehen. Diese parteiinterne Heterogenität ist als Grundlage für ein parteiinternes und –externes Konfliktpotenzial anzusehen. Die Mitgliederbasis bedingt eine schwache Organisationstreue; hohe Fluktuation und begrenzte Partizipationswilligkeit.

Weil sich das Parteileben im Kreisverband auf einen kleinen, fast familiären Kreis von Insidern beschränkt haben die Republikaner politisch gearbeitet und gehandelt wie eine Art „Wohnzimmerpartei“. Theoretisch müsste man annehmen, dass eine innerparteiliche Willensbildung von unten nach oben weit besser ausgeprägt ist, eine Willensbildung von oben nach unten kaum existiert. Das konnte nicht bestätigt werden. Die selbstherrlichen Tendenzen des damaligen Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan, sprechen dem

entgegen. Dem gegenüber steht aber, das Kolan demokratisch und legitim in den Mitgliederversammlungen von den Parteimitgliedern immer wieder gewählt worden ist. Deshalb spreche ich von einer *demokratisch legitimierten Autokratie*, die im Kreisverband vorherrschte. Darüber hinaus kann aufgrund der Auswertungsergebnisse gesagt werden, dass die *innerparteiliche Demokratie* eindeutig ein Partizipationsproblem war. Die Defizite waren ausschließlich bei den Mitgliedern und deren Leistungsmotivationen zu suchen.

Somit ist ein Ergebnis der Studie, dass die interne Strukturierung sich durch mangelnde Rollen-Differenzierung, innerparteilicher Willensbildung und Professionalisierung auszeichnet.

Eine *Politikvermittlung* nach außen fand nicht statt. Eine aktive, effiziente und professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit existierte nicht. Die kommunale Parteiorganisation war seit ihrer Gründung nicht in der Lage, ein eigenes kommunalpolitisches Profil und Programm zu erstellen. Bei beiden kommunalen Wahlkämpfen war die Partei in Gießen praktisch nicht präsent. Im gesamten Untersuchungszeitraum gab es keine kontinuierlichen Dialogangebote zwischen Partei und Bürger.

Als weiteres Ergebnis der Studie zeichnet sich die externe Strukturierung durch Kommunikationsmängel, geringe öffentlichkeitswirksame Agitation und unprofessionelles Auftreten aus.

Bei der Fraktionsarbeit spiegeln sich diese herausgestellte Organisationsschwäche, Unprofessionalität, interne und externe Defizite und Probleme, wie das Fehlen an „parlamentarischer Erfahrung“ und mangelnde „Qualifikation der Mandatsträger“, wider und bestätigt oder modifiziert Befunde über die republikanische Parlamentsarbeit, die in anderen Studien herausgearbeitet worden sind. Aufgrund ihrer Selbstdarstellung im Kommunalparlament wurden die Republikaner von den Mandatsträgern der anderen Fraktionen offiziell als „Diasporapartei“ angesehen und als politischer Gegner wenig ernst genommen.

Die Republikaner profilierten sich nicht als „extremistische“ Partei in Gießen, sondern waren mit einem im Wesentlichen pragmatisch an den Regeln des parlamentarischen Betriebs ausgerichteten Verhalten bemüht, eigene Themenschwerpunkte zu kommunizieren und aktiv mitzuarbeiten. Die qualitative und quantitative Analyse ihrer Arbeit zeigt einen geringen Anteil von Eigeninitiativen. Darüber hinaus zeigen die Auswertungen, dass in Gießen nicht von der oft zitierten „Ein-Thema-Partei“ ausgegangen werden kann. Ebenso schwer getan hat sich die Fraktion mit ihrer eigenen Ideologie und mit ihrer kommunikativen

Qualität. Zu erkennen war auch, dass ihnen das Parlament als „Bühne“ zur Artikulation nationalpopulistischer Ressentiments und Durchsetzung ethnischer Polarisierungen diene.

Trotzdem schafften sie indirekte Berücksichtigungszwänge, weil die etablierten Parteien propagierte Themenbereiche der Republikaner aufgriffen, bevor die Republikaner selbst handeln konnten, wie es explizit bei den Drogenproblemen und der Inneren Sicherheit der Fall war; sie wurden somit zu aktuellen Themen der Lokalpolitik. Dabei darf auf keinen Fall übersehen werden, dass rechte Wählerentscheidungen nicht einfach durch das Besetzten rechter Themenfelder durch die anderen Parteien erstickt werden können und eine automatische Reintegration der Wähler stattfindet. Diese Entwicklung kann eher als ein Schritt in die Richtung einer schleichenden Aufweichung der Tabuisierung der Republikaner gesehen werden. In der mittelhessischen Universitätsstadt wurden vereinzelt Stimmen sowohl aus dem christ- als auch dem sozialdemokratischen Lager laut, dass man einen soliden Antrag der Republikaner nicht einfach ablehnen kann, „nur weil er von ihnen eingebracht wurde“. Diese Aussagen erwecken vage den Eindruck, dass sich hier auf kommunaler Ebene bereits innerhalb des Untersuchungszeitraums einige Politiker mit den Republikanern als einer demokratisch gewählten Partei abfinden. Ich gehe davon aus, dass man sich an die Republikaner als parlamentarische Partei innerhalb der zwei Legislaturperioden gewöhnt und sie als Teil des demokratischen kommunalen Parteiensystems akzeptiert hat.

Mangelnde personelle Kompetenz und innerfraktionelle Streitigkeiten bzw. „Skandale“ haben diesen Normalisierungsversuch allerdings durchkreuzt. Weder konnten die Republikaner eine kompetente Oppositionspolitik leisten, noch konnte die von ihnen selbst gepflegte Außenseiterrolle die zweimal bei der Wählerschaft gewonnene Zustimmung konservieren. Sie waren nicht in der Lage, sich an die formellen und institutionellen Rahmenbedingungen des Kommunalparlamentes anzupassen. Ein Lernprozess war nicht zu erkennen.

Deutlich zeigte sich während beider Legislaturperioden, dass man leicht auf Grund eines diffusen, von den etablierten Politik enttäuschten Milieu in ein Kommunalparlament hinein gewählt werden kann, dort aber auf formale und institutionelle Rahmenbedingungen stößt, die sich bei mangelnder Organisation, fehlender Professionalisierung, geringer Parteimitgliederzahl, Partizipationsunwilligkeit, negativ auf die gesamte Entwicklung auswirken. Dieses Ergebnis deckt sich weitestgehend mit anderen mittlerweile erschienen Arbeiten zur parlamentarischen Arbeit rechter Parteien in Kommunal- und Landesparlamenten.

Die Studie zeigt deutlich, dass nicht nur die subjektiven Wahrnehmungen und Wahlentscheidungen für den Erfolg der Republikaner in den neunziger Jahren waren, sondern in erster Linie objektive Defizite, wie das Fehlen einer gut ausdifferenzierten und funktionierenden Parteistruktur in all ihren Facetten und über alle Organisationsebenen

hinweg, die eine Stabilität den Republikanern hätte geben können. Deshalb sind die Republikaner im politischen Wettbewerb gescheitert. Ebenso zeigt die Dissertation, dass eine Klein(st)partei, wie die Republikaner, oder generell jetzt bezogen auf alle Kleinparteien, sich diese schwache organisatorisch-strukturelle Ausdifferenzierung, politisch-organisatorische Mängel, finanzielle Schwäche, geringe und unprofessionelle öffentlichkeitswirksame Agitation und mangelnde personelle Kompetenz heute einfach nicht mehr leisten können. Wenn sie im politischen Wettbewerb erfolgreich sein wollen, müssen sie professioneller in ihrer Parteistruktur und handlungsfähiger werden.

Die Herabsetzung der Sperrminorität von fünf auf null Prozent wird zu einer weiteren Pluralisierung des Gießener politischen Parteiensystems führen, bei der sich vor allem die Chancen der Kleinparteien und der Splitterparteien sowohl aus dem linken als auch dem rechten Parteienspektrum erheblich verbessern wird. Die Gruppe der „Nichtwähler“ wird das Wahlergebnis bei zukünftigen Wahlen immer mehr beeinflussen und damit unkalkulierbar machen. Wenn die Rahmenbedingungen in der mittelhessischen Universitätsstadt stimmen, bei den Republikanern eine personelle und parteiorganisatorische Erneuerung stattgefunden hat, sie an ihrer Spitze einen fähigen Charismatiker haben und ihnen keine Konkurrenz erwächst, die ihnen ihre Nische im kommunalen politischen Parteiensystem streitig macht, wie es ihnen bei den Kommunalwahlen 1997 mit der Freien Wählergemeinschaft passierte, sind Wahlerfolge auf lokaler Ebene nicht ganz auszuschließen.

Fragenkatalog

Folgende Fragen wurden den Mandatsträgern der demokratischen Parteien im Gießener Stadtparlament in einem Interview gestellt:

1. Die Republikaner waren zwei Legislaturperioden im Gießener Stadtparlament und in den jeweiligen Ausschüssen vertreten. In welchem Umfang beteiligten sich Ihrer Meinung nach die Abgeordneten der Republikaner an der parlamentarischen Arbeit?
2. Welchen Inhalt und Umfang hatten die Anträge, die Anfragen und die Debattenbeiträge der Republikaner? Welche Themen und Schwerpunkte standen dabei im Mittelpunkt?
3. Sehen Sie Erfolge und Misserfolge in der parlamentarischen Tätigkeit der Republikaner und wenn ja, worin bestehen diese, wie würden Sie diese bewerten?
4. Wie beurteilen Sie die personelle Konstellation innerhalb der Republikaner-Fraktion? Gab es innerfraktionelle Konflikte zwischen den einzelnen Mandatsträgern, gab es einzelne Fraktionsmitglieder, die besonders auffielen, im negativen wie positiven Sinn? Wie würden Sie es beurteilen?
5. Wie war der Umgang der Republikaner mit Ihrer Partei und mit den anderen Parteien? War er eher neutral, distanziert, anbiedernd, aufgeschlossen? Wie würden Sie es mit Ihren eigenen Worten formulieren?
6. Wie ging Ihre Partei und wie gingen die anderen Parteien mit den Republikanern um? Gab es spezielle Strategien, beispielsweise die einer Ausgrenzung, Auseinandersetzung, einer punktuellen Zusammenarbeit oder sogar die einer Vermeidung privater Kontakte? Wie würden Sie es darstellen?
7. Welche Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit betrieben die Republikaner in der Stadt Gießen?
8. Gab es oder gibt es eine Mitarbeit von Republikanern in Vereinen, Verbänden, Gremien o.ä., und wenn ja, wie schätzen Sie diese ein?
9. Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Republikaner in der Stadt Gießen?

1. Seit wann sind Sie Parteimitglied? Wie alt waren Sie?

Jahresangabe: 19....

Altersangabe: Jahre.

2. Haben Sie vorher schon einmal Mitglied in einer anderen Partei?
☐ Nein ☐ Ja und zwar:

Falls Sie schon einmal einer Partei angehört haben, können Sie bitte kurz angeben, welches der Grund für Ihren Parteiaustritt war?

3. Erinnern Sie sich, was der konkrete Anlaß für Ihren Eintritt in die Partei war?

☐ Eltern ☐ Freunde ☐ Nachbarn ☐ Schule/Studium

☐ Private Kontakte mit Parteimitgliedern

☐ Berufliche Kontakte mit Parteimitgliedern

☐ Werbetätigkeit der Partei

☐ Mitarbeit in Vereinen und Verbänden

☐ Bestimmtes politisches Ereignis oder Erlebnis

☐ Anderes:

Falls ein politisches Ereignis oder Erlebnis Sie zu Ihrem Parteieintritt bewogen hat, geben Sie bitte kurz an, welches das war:

4. In der folgenden Liste sind einige Aussagen über Gründe, in eine Partei einzutreten, zusammengestellt. Bitte geben Sie bei jeder Aussage an, ob sie bei Ihrem Eintritt in die Partei ausschlaggebend, ob sie wichtig aber nicht ausschlaggebend, ob sie nicht so wichtig war oder ob sie keine Rolle gespielt hat.

	War ausschlaggebend	war wichtig, aber nicht ausschlaggebend	war nicht so wichtig	spielte keine Rolle
- Ich bin persönlich mit Mitgliedern befreundet.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Politik gehört einfach zu meinem Leben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Durch die Mitgliedschaft in der Partei will ich ein politisches Mandat erreichen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Als Parteimitglied kann ich mich politisch betätigen, mitreden und mitarbeiten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Als Mitglied der Partei kann ich daran mitarbeiten politische Ziele durchzusetzen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- Diese Partei vertritt meine Interessen am besten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- In der Demokratie sollte der Bürger aktiv Einfluß auf die Politik nehmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- In der Partei sind viele gute Köpfe, die ich unterstützen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Finden Sie, daß neue Parteimitglieder ausreichend persönlich in die Arbeit der Partei eingeführt und im Parteileben berücksichtigt werden?

werden genügend berücksichtigt ☐

sollten stärker berücksichtigt werden ☐

6. Ein großer Teil der Parteimitglieder zahlen nur Mitgliedsbeiträge, sind aber sonst nicht aktiv in der Partei oder für die Partei tätig. Was meinen Sie welche Gründe es sein könnten:

(Kreuzen Sie bitte nur eine Antwort an!)

☐ Es sind persönliche Gründe (wie z.B. keine Zeit), die diese Mitglieder von einer intensiven Parteiarbeit abhalten.

☐ Viele Parteimitglieder sehen kaum Einflußmöglichkeiten und haben deshalb nur wenig Interesse an einer intensiven Parteiarbeit.

☐ Die Partei bietet ihren Mitgliedern zu wenige Anreize zu einer intensiven Mitarbeit, z.B. in Form von Ämtern und Mandaten.

☐ Anderes und zwar:

7. Üben Sie in der Partei ein Amt/Ämter aus? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Vorsitzender im

☐ Stadt-/Gemeindeverband ☐ Kreisverband ☐ Landesverband

Stell.Vors./Beisitzer, mit dem Arbeitsbereich: im

☐ Stadt-/Gemeindeverband ☐ Kreisverband ☐ Landesverband

Delegierter zum

☐ Bundesparteitag

☐ Landesparteitag

☐ Bezirksparteitag

8. Würden Sie gegebenenfalls (zusätzliche) Parteiämter übernehmen?

☐ Ja

☐ Nein

9. Würden Sie gegebenenfalls ein Parteiamt, was Sie derzeit haben, gegen ein "höheres" wechseln?

☐ Ja

☐ Nein

10. Wie stark interessieren Sie sich für folgende politische Themenbereiche?

(Kreuzen Sie bitte die entsprechende Zahl an 0 = überhaupt nicht, 5 = sehr stark)

Gemeinde-/Stadtpolitik 0() 1() 2() 3() 4() 5()

Kreispolitik 0() 1() 2() 3() 4() 5()

Landespolitik 0() 1() 2() 3() 4() 5()

Bundespolitik

a) Innenpolitik 0() 1() 2() 3() 4() 5()

b) Außenpolitik 0() 1() 2() 3() 4() 5()

Parteilpolitische Programm- und Grundsatzfragen 0() 1() 2() 3() 4() 5()

11. Mit wem reden Sie über Politik? Wie oft pro Woche?

	seltener	1-2mal	3-5mal	über 5mal
Mit Familienmitgliedern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit meinen Freunden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit Vereinskollegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit Arbeits-/Berufskollegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit Parteimitgliedern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Welche der folgenden Ämter haben sie zur Zeit inne?

- ☐ Mitglied des Gemeinde-/Stadtparlament
☐ Mitglied des Fraktionsvorstands
☐ Ausschußmitglied (Name des Ausschusses:)
☐ Ausschuß für
☐ Ausschußvorsitzender
☐ Magistratsmitglied
☐ Kreistagsabgeordneter
☐ Ausschußmitglied (Name des Ausschusses:)
☐ Ausschuß für
☐ Ausschußvorsitzender
☐ Fraktionsvorstandsmitglied
☐ Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter
☐ Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

13. Wenn Sie sich über den Standpunkt ihrer Partei zu bestimmten Fragen informieren wollen, welche Informationsquelle ist für sie am wichtigsten?

(Kreuzen Sie bitte nur die wichtigste(n)!)

- ☐ Lokalzeitung
☐ Überregionale Tageszeitung
☐ Wochenzeitungen und -zeitschriften
☐ Hörfunk/Fernsehen
☐ Parteiveranstaltungen
☐ persönliche Kontakte zu Funktionären oder Delegierten
☐ private Gespräche
☐ Parteipublikationen

14. Wie häufig besuchen Sie durchschnittlich Veranstaltungen, Versammlungen und Treffen Ihrer Partei?

- ☐ fast nie/nie
☐ etwa einmal im Jahr
☐ etwa alle zwei-drei Monate
☐ mehrmals im Monat
☐ einmal oder mehrmals in der Woche

15. Wie häufig haben Sie Kontakt zu folgenden innerparteilichen Gruppen und Institutionen? Wie oft in der Woche?

	Über 5mal	3-5mal	1-2mal	seltener
Mit Gemeinde-/Stadt-/Kreismitgliedern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit Verbandsvorstandsmitgl.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mit "einfachen" Parteimitgl.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Schätzen Sie bitte: Wieviele Republikaner-Mitglieder sind in Ihrem Bekannten-/Familien- und Arbeitskreis?

Ungefähr Personen.

17. Wieviel Zeit wenden Sie normalerweise im Monat für die Mitarbeit in der Partei auf?

- ☐ fast keine/ überhaupt keine Zeit ☐ 5-10 Stunden
☐ bis 2 Stunden ☐ 11-20 Stunden
☐ 2-4 Stunden ☐ mehr als 20 Stunden

18. Und während des Wahlkampfes?

- ☐ fast keine/überhaupt keine Zeit ☐ 5-10 Stunden
☐ bis 2 Stunden ☐ 11-20 Stunden
☐ 2-4 Stunden ☐ mehr als 20 Stunden

19. Wie würden Sie ihre eigene Aktivität, ihre Mitarbeit in der Partei einschätzen?

- ☐ sehr aktiv
☐ aktiv
☐ mittel aktiv
☐ weniger aktiv
☐ nicht aktiv

20. Sind Ihre Erwartungen, die Sie persönlich mit Ihrem Parteieintritt verbunden haben, erfüllt worden?

- ☐ Meine Erwartungen sind übertroffen worden.
☐ Meine Erwartungen sind voll erfüllt worden.
☐ Ich habe mir mehr erwartet.
☐ Ich bin eigentlich etwas enttäuscht worden.

21. Wie würden Sie ganz allgemein die Einflußmöglichkeiten eines einfachen Parteimitglieds in Ihrer Partei beurteilen, z.B. bei

	sehr groß	groß	gering	sehr gering
kommunalpolitischen Grundsatzfragen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
politischen Grundsatzfragen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wichtigen Personalentscheidungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Wie würden Sie Ihre eigenen Einflußmöglichkeiten in Ihrer lokalen Parteieinheit einschätzen?

- ☐ sehr groß
☐ groß
☐ gering
☐ sehr gering

23. Sind Sie mit Ihre Einflußmöglichkeiten in der Partei zufrieden oder hätten Sie gern mehr Einfluß?

- ☐ bin zufrieden
☐ hätte gern mehr Einfluß

24. Was meinen Sie, wenn in Ihrer lokalen Parteieinheit wichtige Entscheidungen anstehen, wie oft werden sie von der Mitgliederversammlung getroffen?
- () jedesmal
() sehr häufig
() häufig
() gelegentlich
() selten
() nie/fast nie

25. Wieviele Teilnehmer kommen regelmäßig zu Mitgliederversammlungen?
Zahlenangabe:

26. Welche Rolle spielt die Mitgliederversammlung in der Parteiarbeit?
(Bitte kreuzen Sie die entsprechende Zahl an; 0= nicht richtig, 5= völlig richtig)
- Die Mitgliederversammlung kontrolliert den Stadt-/Kreisvorstand. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Die Mitgliederversammlung kontrolliert die Fraktion im Stadt-/Kreisparlament. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Die Mitgliederversammlung dient dazu, daß die Parteimitglieder die Partei gegenüber Bürger und Wählern besser vertreten können. 0() 1() 2() 3() 4() 5()

27. Was halten Sie für die wichtigsten Aufgaben des Kommunalpolitikers?
(Kreuzen Sie bitte die entsprechende Zahl an; 0= nicht richtig, 5= völlig richtig)
- Ein Kommunalpolitiker muß vor allem Kontakt zur Verwaltung halten, damit er seine Vorhaben durchsetzen kann. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Ein Kommunalpolitiker muß erreichen, daß die von ihm erkannten Probleme in der Lokalzeitung erscheinen. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Ein Kommunalpolitiker muß das Wohl des Ganzen im Auge behalten und für diesen Bereich (Ortsteil, Stadtteil, Gemeinde, Stadt) das Beste herausholen. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Ein Kommunalpolitiker muß sich um den einzelnen Bürger kümmern, Anfragen und Bitten bearbeiten und jederzeit dem Bürger hilfsreich zur Seite stehen. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Ein Kommunalpolitiker muß möglichst vielen öffentl. Veranstaltungen teilnehmen (Ortsbesichtigungen, Empfänge, verschied. Veranstaltungen etc.), damit die Bürger das Gefühl haben, daß er sich um ihre Probleme kümmert. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Ein Kommunalpolitiker muß vor allem sachorientiert entscheiden. 0() 1() 2() 3() 4() 5()
- Ein Kommunalpolitiker muß immer den Kompromiß mit den Bürgerforderungen suchen. 0() 1() 2() 3() 4() 5()

28. Denken Sie einmal an die Politik in Ihrer Stadt bzw. Gemeinde.
Wie hoch ist Ihrer Meinung nach der Einfluß folgender Personen und Gruppen?
Bestimmen Sie bitte das Gewicht des Einflusses und kreuzen Sie die entsprechende Zahl an (0 = kein Einfluß, 5 = sehr großer Einfluß).

Der Oberbürgermeister	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Der Bürgermeister	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Die Regierungspartei(en) der Gemeinde	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Der Landrat	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Die Oppositionspartei(en)	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Die Verwaltung	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Einzelne Unternehmer/Unternehmen	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Der Einzelhandel, Gewerbebetriebe	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Die Lokalpresse	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Die Kirchengemeinden am Ort	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Vereine am Ort	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Bürgerinitiativen	0() 1() 2() 3() 4() 5()
Die Landwirte	0() 1() 2() 3() 4() 5()

29. Wann sind Sie geboren? Geburtsjahresangabe: 19....

30. Ihr Geschlecht? () männlich () weiblich

31. Sind Sie zur Zeit berufstätig oder was machen Sie sonst?

ich bin	
() Hausfrau/Hausmann	() Angestellte(r)
() Rentner(in)	() leitende(r) Angestellte(r)
() arbeitslos	() Beamte(r) im einf./mittleren Dienst
() Auszubildende(r)	() Beamte(r) im gehob./höheren Dienst
() Student(in)	() selbständiger Unternehmer
() mithelfendes Familienmitglied	() selbständiger Handwerker
() ungelernte(r) Arbeiter(in)	() freiberuflich tätig
() Facharbeiter(in)	() sonstiges:

32. Nur für Berufstätige

Arbeiten Sie	
() im eigenen Betrieb	
() in einem anderen privaten Unternehmen oder einer anderen privaten Dienststelle	
() im öffentlichen Dienst	
in:	

33. Wieviele Personen sind in dem Betrieb/der Dienststelle, wo Sie arbeiten beschäftigt?

Ungefähre Zahlenangabe: Beschäftigte

34. Zu welchem Bereich gehört der Betrieb/die Dienststelle, wo Sie arbeiten?

- ☐ Land- und Forstwirtschaft
☐ Handwerk
☐ Industrie
☐ Handel, Banken, Versicherungen

Dienstleistungen:

- ☐ allgemeine Verwaltung ☐ Post, Bahn
☐ sozialer Bereich ☐ Bildungsbereich
☐ Ordnungsbereich ☐ Gesundheitswesen
☐ Sonstiges:

35. Sind Sie Mitglied in einer Gewerkschaft? Um welche handelt es sich?
 (Geben Sie im Fall der Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft bitte die Einzelgewerkschaft an)

- ☐ Nein, ich bin kein Mitglied einer Gewerkschaft.
☐ Ich war früher einmal Mitglied einer Gewerkschaft.
☐ Ja, ich bin seitJahren Mitglied in/im

36. Welcher Konfession gehören Sie an?

- ☐ evangelisch ☐ andere
☐ katholisch ☐ keiner

37. Beteiligen Sie sich an kirchlichen Aktivitäten?

- ☐ Nein
☐ Ja und zwar an

38. Sind Sie

- ☐ ledig ☐ geschieden
☐ verheiratet ☐ verwitwet

39. Wieviele Personen(Kinder und Erwachsene zusammen)leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst mitgerechnet?

..... Personen

40. In welcher der folgenden Berufsgruppe ist/war Ihr Vater tätig?

- ☐ Arbeiter ☐ Angestellter
☐ Beamter/Angestellter im öffentl. Dienst ☐ Selbständiger
☐ Landwirt

41. Sind oder waren Ihr Vater/Mutter oder nahe Verwandte in einer Partei?

- | | | | |
|--|-------|--------|----------------|
| | Vater | Mutter | nahe Verwandte |
| <input type="checkbox"/> Ja und zwar in: | | | |
| <input type="checkbox"/> Nein | | | |

42. Welchen Schulabschluß haben Sie?

- ☐ keinen Volks-/Hauptschulabschluß
☐ Volks-/Hauptschulabschluß
☐ Realschulabschluß/mittlere Reife
☐ Fachschulabschluß
☐ Abitur
☐ abgeschlossenes Hochschulstudium

43. Einige Fragen zum Kontakt mit Vereinen oder sonstigen Organisationen.
 Geben Sie bitte an, wie häufig Sie mit diesen Organisationen zu tun haben und ob Sie Mitglied sind.(Bitte Kontakthäufigkeit für jede Organisation angeben, auch wenn Sie kein Mitglied sind).

	Kontakthäufigkeit			
	nie/selten	wöchentl.	monatl.	Ich bin Mitglied
Heimat- oder Bürgerverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schützenverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freiwillige Feuerwehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Faschingsverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesangs- oder Musikverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sonst.				
örtliche Traditionsvereine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportvereine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Elternbeirat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Arbeiterwohlfeht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Caritas	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
sonst. karitative Vereine (Rotes Kreuz, Malteser usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bürgerinitiativen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ich danke Ihnen für Ihre Ausdauer und bitte Sie, den Fragebogen entweder auf der Stadtverordnetenversammlung (10.3.94) abzugeben, oder mir in dem beigefügten Briefumschlag bis spätestens zum 17.3.94 zuzusenden.

Literatur- und Quellenverzeichnis

1. Primärquellen

1.1 Mündliche Quellen

Interview mit Björn Clemens (Pressesprecher des Kreisverbandes Gießen), Dr. Jochen Klings (Landesvorsitzender der Republikaner in Hessen) und Ulrich Kolan (Kreisverbandsvorsitzender des Kreisverbandes Gießen), Gießen, 4.12.1993.

Interview mit Bernhard Gattwinkel (Fraktionsvorsitzender der Republikaner im Gießener Stadtparlament und Schriftführer des Kreisverbandes Gießen der Republikaner), Kleinlinden, 15.7.1994.

Interview mit Bernhard Gattwinkel, Gießen, 19.7.1994.

Interview mit Bernhard Gattwinkel, Gießen, 21.7.1994.

Interview mit Bernhard Gattwinkel, Gießen, 10.10.1994.

Interview mit Bernhard Gattwinkel, Gießen, 24.10.1994.

Interview mit Ulrich Kolan (Verbandsvorsitzender des Kreisverbandes Gießen der Republikaner, Mitglied des Landesvorstandes der Republikaner in Hessen), Gießen, 4.12.1993

Interview mit Gerhard Keil (Ex-Generalsekretär des Landesverbandes Hessen der Republikaner, Ex-Kreisverbandsvorsitzender von Gießen), Lich, 12.11.1993.

Interview mit Helmut Zimmermann (Mitglied des ehrenamtlichen Magistrats der Universitätsstadt Gießen, Mitglied Landesschiedsgericht Hessen der Republikaner), Gießen, 22.3.1994.

Interview mit Helmut Zimmermann, Gießen, 19.9.1994.

Telefoninterview mit Bernhard Gattwinkel, 19.9.1994.

Telefoninterview mit Udo Bösch (Ex-Bundesorganisationsleiter der Republikaner), 23.6.1994.

Telefoninterview mit Ulrich Kolan, 12.1.1994.

Telefoninterview mit Ulrich Kolan, 19.9.1994.

Telefoninterview mit Christine Kunze (Ex-Mandatsträgerin der Republikaner im Stadt- und Kreisparlament Gießen), 13.9.1994.

Gespräch mit Dr. Andreas Emmerich, Redakteur beim Gießener Anzeiger, Gießen, 22.11.1993.

Gespräch mit Torsten Winter, Redakteur der Gießener Allgemeine Zeitung, Gießen, 20.9.1994.

Telefongespräch mit Guido Tamme, Chefredakteur der Gießener Allgemeinen Zeitung, am 19.9.1994.

Interview mit Karin Hagemann (Bündnis 90/Die Grünen), 07.07.2001.

Interview mit Johannes Zippel (FWG), 11.07.2001.

Interview mit Irene von Lewinski (FWG), 11.07.2001.

Interview mit Klaus-Peter Möller (CDU), 01.01.2001.

Interview mit Dieter Gail (CDU), 12.03.2001.

Interview mit Wolfgang Greilich (F.D.P.), 06.11.2001.

Interview mit Philipp Lange (SPD), 01.11.2001.

Interview mit Burkhard Schirmer (SPD), 28.01.2002.

1.2 Schriftliche Quellen

Armutsbericht der Universitätsstadt Gießen. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen – Sozialdezernat. Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. Dieter Eißel. Institut für Politikwissenschaften der Justus-Liebig-Universität. Gießen 1993.

Bericht über die Sanierung von sozialen Brennpunkten in der Universitätsstadt Gießen. Hrsg. Lothar Schüler, Bürgermeister, Dezernent für Jugend, Soziales und Wohnen. o.D.

Brief vom Kreisverband Gießen der Republikaner an eine Klassensprecherin der Liebigschule in Gießen vom 15.4.1993.

Brief von Christiane Kunze vom 28.2.1994 an den Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan.

Brief von Christiane Kunze vom 2.3.1994 an den Kreisverbandsvorsitzenden, Ulrich Kolan.

Erklärung der Republikaner zu der Resolution der SPD-Fraktion in Gießen vom 29.6.1993.

Rücktrittsschreiben von Gerhard Keil vom 12.3.1990.

Rundschreiben des Landesvorstandes an die Kreisverbände. o.D.

Anträge der Fraktion der Republikaner in der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen:

DS 0176 vom 07.09.1993

DS 0195 vom 30.09.1993

DS 0192 vom 05.10.1993

DS 0256 vom 19.11.1993

DS 0308 vom 14.02.1994

DS 0820 vom 29.05.1995

DS 0905 vom 05.11.1995

DS 0988 vom 18.03.1996

DS 1099 vom 02.04.1996

DS 1136 vom 12.06.1996

DS 1140 vom 22.06.1996

DS 1180 vom 15.09.1996

DS 1180 vom 15.09.1996

Antrag vom 20.06.1997

Antrag vom 20.06.1997

Antrag vom 19.10.1997

Antrag vom 19.10.1997

Antrag vom 24.11.1997

Antrag vom 08.01.1998

Antrag vom 15.02.1998

Antrag vom 08.06.1998

Antrag vom 12.06.1998

Antrag vom 23.08.1998

Antrag vom 24.11.1998

Antrag vom 24.11.1998

Antrag vom 22.02.1999

Antrag vom 07.10.1999

Antrag vom 16.04.2000

Antrag vom 15.10.2000

Antrag vom 16.10.2000

Pressemitteilung der Fraktion der Republikaner des Stadt- und Landkreises Gießen vom 9.7.1993.

Pressemitteilung des Stadtverbandes Gießen der Republikaner vom 4.7.1989.

Pressemitteilung des Stadtverbandes Gießen der Republikaner vom 19.11.1989.

Pressemitteilung des Stadtverbandes Gießen der Republikaner vom 16.8.1989.

Abschrift des Alternativvorschlages der Republikanerfraktion im Gießener Kreistag vom 19.4.1993.

- Leserbrief des damaligen Stadtverbandsvorsitzenden, Bernhard Gattwinkel, vom 17.11.1989.
 Leserbrief von Bernhard Gattwinkel vom 26.6.1990.
 Leserbrief von Bernhard Gattwinkel vom 27.12.1993.
 Leserbrief von Ulrich Kolan vom 25.2.1994.
 Flugblätter und Informationsmaterial der Partei „DIE REPUBLIKANER“ zu den Kommunalwahlen am 2. März 1993 und am 7. März 1997 in Hessen.
 Bundessatzung der Partei „DIE REPUBLIKANER“, November 1992
 Die Republikaner, Landesverband Hessen, Satzung. Stand 1992.
 Die Republikaner, Hessenprogramm: „Sozial, Heimatverbunden, Deutsch“. Stand 1992
 Republikaner (REP). Übersicht der Vorstandsmitglieder der Partei und der Landesverbände, Satzung, Programm. Bonn Stand: 15.6.1993.
 Protokoll der konstituierenden Versammlung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner am 24.5.1989.
 Protokoll der konstituierenden Versammlung des Stadtverbandes Gießen der Republikaner am 7.9.1989.
 Protokoll der 2. Kreisverbandssitzung Gießen der Republikaner vom 15.9.1989.
 Protokoll über die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner vom 23.5.1989.
 Protokoll über die Gründung des Stadtverbandes Gießen der Republikaner in Gießen vom 11.7.1989.
 Protokoll einer Vorstandssitzung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner am 3.9.1993.
 Protokoll der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Gießen der Republikaner vom 10.9.1993.
 Mitgliederliste des Kreisverbandes Gießen der Republikaner vom 31.4.1993.
 Fragebogen an die Mandatsträger der Republikaner der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen vom 9.3.1994.
 „Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Kommunalwahlen am 2. März 1993“. Wahlleiter der Universitätsstadt Gießen.
 „Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge für die Kommunalwahlen am 7. März 1997“. Wahlleiter der Universitätsstadt Gießen.
 Gießener Wahlstatistik von 1993.
 Gießener Wahlstatistik von 1997.
 Gießener Wahlstatistik von 2001.
 Statistische Berichte des Wahlleiters der Universitätsstadt Gießen von 1989 bis 2001.
 Statistische Jahresberichte der Universitätsstadt Gießen von 1989 bis 1999. Hrsg. vom Büro für Presse, Information und Service der Universitätsstadt Gießen.
 Mitteilung des Stadtverordnetenbüros Gießen vom 13.2.1996.
 Alleinerziehende Mütter in der Universitätsstadt Gießen. Hrsg. von der Frauenbeauftragten beim Oberbürgermeister der Universitätsstadt Gießen. Gießen 1989.
 Armutsbericht der Stadt Gießen. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Gießen. Gießen 1993.
 Gießener Meinungen. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 17.2.1996.
 Gießener Meinungen. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 24.2.1996.
 Gießener Meinungen. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 15.2.1997.
 Gießener Meinungen. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 22.2.1997.
 Gießener Meinungen. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 6.10.2001.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 6.6.1992.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 19.12.1992.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 18.12.1993.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 21.5.1994.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 3.2.1996
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 12.10.1996.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 29.3.1997.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 25.10.1997.
 Politbarometer. In: Gießener Anzeiger vom 18.3.2000.

Statistische Berichte. Hessisches Statistisches Landesamt. Die Kommunalwahlen in Hessen am 7. März 1993. Endgültige Ergebnisse.
 Hessische Gemeindestatistik 1989 bis 1999. Wiesbaden.
 Informationen des Bundeswahlleiters. Parteiengesetz. Wiesbaden o.D.

2. Sekundärquellen

2.1 Periodika, Zeitungen und Zeitschriften

„Freier Fall. Wo Republikaner in Parlamente gelangen, herrschen bald Zwietracht und Stümperei in der rechtsextremen Partei“. In: DER SPIEGEL 20/1994.
 Sonderbeilage des Gießener Anzeigers vom Juni 1997: 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997.
 Sonderveröffentlichung der Gießener Allgemeinen Zeitung vom 28.6.1997: 800 Jahre Gießen.

2.2 Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften

Archiv für Kommunikationswissenschaften (einzelne Ausgaben)
 Aus Politik und Zeitgeschichte (einzelne Ausgaben)
 Blätter für deutsche und internationale Politik (einzelne Ausgaben)
 Das Parlament (einzelne Ausgaben)
 Der Bürger im Staat (einzelne Ausgaben)
 Der Hessische Republikaner, Nov./Dez. 1989.
 DER REPUBLIKANER (einzelne Ausgaben)
 DER SPIEGEL (einzelne Ausgaben)
 Die Neue Gesellschaft (einzelne Ausgaben)
 Eichholzbrief H. 4 (1989).
 Frankfurter Allgemeine Zeitung (einzelne Ausgaben)
 Gewerkschaftliche Monatshefte (einzelne Ausgaben)
 Gießener Allgemeine Zeitung (einzelne Ausgaben)
 Gießener Anzeiger (einzelne Ausgaben)
 Gießener Express-Magazin (einzelne Ausgaben)
 Gießener Stadtzeitung vom Juni 1989.
 Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Nr. 12 (1967).
 Journal für Sozialforschung (einzelne Ausgaben)
 Licher Anzeiger Nr. 18 vom 3.5.1989.
 Licher Wochenblatt vom 18.3.1993.
 Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (einzelne Ausgaben)
 Politische Vierteljahresschrift (einzelne Ausgaben)
 Publizistik (einzelne Ausgaben)
 Zeitschrift für Parlamentsfragen (einzelne Ausgaben)

3. Fachliteratur: Aufsätze, Beiträge in Sammelwerken und Monographien

- Alemann von, Ulrich (1980): Ungeschwächte Stabilität der Parteien. Anfechtungen und Herausforderungen im liberal-demokratischen Staat. In: Das Parlament Nr. 30. Bonn. S.3.
- Alemann von, Ulrich (1992): Parteien und Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Rekrutierung, Konkurrenz und Responsivität. In: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.). Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn. S. 89-130.
- Alemann von, Ulrich (1995): Special: Parteien. Reinbek bei Hamburg.
- Arzheimer, Kai/Klein, Markus (1997): Die Wähler der REP und der PDS in West- und Ostdeutschland. Ein empirischer Vergleich. In: Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.). Jahrbuch Extremismus & Demokratie 9. Baden-Baden. S. 39-63.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, W. Jürgen (2000): Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.). Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn. S.220-245.
- Assheuser, Thomas/Sarkowicz, Hans (1992): Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und neue Rechte. München.
- Backes, Uwe (1998): Rechtsextremismus in Deutschland. Ideologien. Organisationen und Strategien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 9-10. S. 27-35.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckard (Hrsg.) (1997): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 9. Baden-Baden.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckard (Hrsg.) (1999): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 11. Baden-Baden.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M.
- Brake, Ludwig/Brinkmann, Heinrich (Hrsg.) (1997): 800 Jahre Gießener Geschichte 1197-1997. Gießen.
- Bredehöft, Sonja/Januschek, Franz (1994): Doppelzüngler. Die Sprache der „Republikaner“. Duisburg.
- Bürklin, Wilhelm (1992): Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung. In: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie? Köln. S. 18-39.
- Butterwegge, Christoph/Griese, Birgit/Krüger Coerw/Meier, Lüder/Niermann, Gunther (1997). Rechts-Extremisten in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien. Opladen.
- Butterwegge, Christoph (1998). Witzfiguren, Marionetten, braune Demagogen? Zur Parlamentstätigkeit rechtsextremer Parteien. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 43. S. 990-998.
- Butterwegge, Christoph (1999): Erfahrungen mit Rechtsextremen in Parlamenten. In: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin. S. 177-190.
- CDU-Fraktion im hessischen Landtag (Hrsg.) o.D.: Mit den Republikanern ist kein Staat zu machen. Eine Analyse der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag ein Jahr nach dem Einzug dieser Partei in die hessischen Kommunalparlamente.
- CDU-Stadtverband Gießen (Hrsg.) o.D.: 50 Jahre CDU in Gießen. Gießen.
- Dinse, Jürgen (1992): Zum Rechtsextremismus in Bremen. Ursachen und Hintergründe der Erfolge rechtsextremer Parteien. Bremen.
- Dommer, Eckard/Schmidt, Peter (1994): Bürgerbefragung in Gießen. Unveröffentlichtes Manuskript. Gießen.
- Dommer, Eckard/Schmidt, Peter (1995): Auf der Suche nach Gießen. Gießen.
- Downs, Anthony (1968): Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen.
- Duverger, Maurice (1956): Die politischen Parteien. Hrsg. und übersetzt von Siegfried Landshut. Tübingen.
- Eilfort, Michael (1991): Die Nichtwähler. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Wahlverhalten. S. 224-241.

- Erdmenger, Klaus* (1990): REP-Wahlen als rationaler Protest? In: *Der Bürger im Staat* H 40. S. 192-195.
- Falter, Jürgen W.* (1991): *Hitlers Wähler*. München.
- Falter, Jürgen W.* (1994): *Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland*. München.
- Falter, Jürgen W./Klein, Markus* (1995): Rechtswähler - Übergangs- oder Protestwähler? In: *Karl Starzacher/Konrad Schacht* (Hrsg.): *Gefährdungen der Demokratie*. Wiesbaden.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans* (1997): Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994. In: *Oscar W. Gabriel u.a.* (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn. S. 495-513.
- Falter, Jürgen W./Schuhmann, Siegfried/Winkler, Jürgen* (1990): Erklärungsmodelle vom Wählerverhalten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 37-38. S. 3-13.
- Falter, Jürgen W./Schuhmann, Siegfried* (1993): Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 11. S. 39-49.
- Feist, Ursula* (1992): Rechtsruck in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. In: *Karl Starzacher u.a.* (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln. S. 69-76.
- Feist, Ursula* (1992): Niedrige Wahlbeteiligung - Normalisierung oder Krisensymptom?. In: *Karl Starzacher u.a.* (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?* Köln. S. 40-57.
- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara* o.D.: *Die Republikaner*. Hrsg. vom SPD-Bezirk Hessen-Süd.
- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara* (1994): ... und morgen die ganze Welt? Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa. Marburg/Berlin.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar* (1997): Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: *Dies. und Richard Stöss* (Hrsg.): *Parteiendemokratie*. Bonn. S. 277-300.
- Götz, Norbert* (1997): Modernisierungsverlierer oder Gegner der reflexiven Moderne? Rechtsextreme Einstellungen in Berlin. In: *Zeitschrift für Soziologie* Jg. 26 H 6. S. 393-413.
- Greven, Michael Th.* (1977): *Parteien und politische Herrschaft*. Meisenheim:Hain.
- Greven, Michael Th.* (1987): *Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das Alltagsbewußtsein in Parteien*. Opladen.
- Griese, Birgit/Niermann, Gunther* (1999): Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten. In: *Christoph Butterwegge/Birgit Griese/Coerw Krüger/Lüder Meier/Gunther Niermann*: *Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien*. Opladen. S. 147-207.
- Gundlick, Arthur B.* (1968): Gemeindevertreter und politische Parteien in Niedersachsen. In: *Archiv für Kommunikationswissenschaften* 7,2. S. 287-304.
- Habermas, Jürgen* (1976): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 8. Aufl. Neuwied/Berlin.
- Hafeneger, Benno* (1995): *Politik der „extremen Rechten“*. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente. Schwalbach im Taunus.
- Hafeneger, Benno* (1997): *Sozialstruktur der extremen Rechten. Mandatsträger der „Republikaner“ und der NPD am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente*. Schwalbach im Taunus.
- Hafeneger, Benno/Niebling, Torsten* (1999): Die Kandidaten der extremen Rechten bei der Bundestagswahl 1998. In: *Jens Mecklenburg* (Hrsg.): *Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft*. Berlin. S. 166-176.
- Hafeneger, Benno* (1999): *Rechtsextreme Parteien in Parlamenten - Gedanken zum Umgang*. In: *Jens Mecklenburg* (Hrsg.): *Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft*. Berlin. S. 191-200.
- Hafeneger, Benno* (2000): *Die „Republikaner“ in Stadthallendorf. Eine Lokalstudie*. Schwalbach im Taunus.

- Hättich, Manfred* (1969): Innerparteiliche Demokratie und politische Willensbildung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 49. S. 28-38.
- Heitmeyer, Wilhelm* (1992): Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München.
- Henning, Eike* in Zusammenarbeit mit Manfred Kieserling und Rolf Kirchner (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz. Eine Studie. Frankfurt/M.
- Henning, Eike* (1994): Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus? In: Wolfgang Kowalsky/Wolfgang Schroeder (Hrsg.). *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*. Opladen. S. 339-380.
- Herzog, Dietrich* (1982): Politische Führungsgruppen: Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung. Darmstadt.
- Herzog, Dietrich* (1997): Die Führungsgremien der Parteien. Funktionswandel und Strukturentwicklungen. In: Oscar W. Gabriel u.a. (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn. S. 301-322.
- Hoecker, Beate* (1995). Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch. Opladen.
- Hoffmann, Jörg* (2000): Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt. In: Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.). *Extremismus & Demokratie*. Bd. 12. Baden-Baden.
- Hofmann-Jahring, Birgit/Roth, Dieter* (1994): Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien? In: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.): *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?* Köln. S. 256-270.
- Hundseder, Franziska* (1995): Rechte machen Kasse. Gelder und Finanziers der braunen Szene. München.
- Jäger, Siegfried* (Hrsg.) (1988): *Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten*. Berlin/Bonn.
- Jarren, Otfried* (1994): Politik und politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 39. S. 3-10.
- Jaschke, Hans-Gerd* (1987): Splitterparteien: Indikatoren für unzufriedene Minderheiten. In: Peter Haungs/Eckard Jesse (Hrsg.): *Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven*. Köln. S. 221-225.
- Jaschke, Hans-Gerd* (1990): Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei. Bonn.
- Jaschke, Hans-Gerd* (1994): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Begriff, Positionen, Praxisfelder*. Opladen.
- Kaack, Hajo* (1981): Die personelle Struktur des 9. Deutschen Bundestages - ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* Jg. 12/H 2. S. 165-203.
- Kaack, Rüdiger* (1971): Die Basis der Parteien. Struktur und Funktionen der Ortsvereine. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* H 1. S. 23-38.
- Kailitz, Steffen* (2001): Die „Republikaner“ - Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. In: Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.). *Extremismus & Demokratie*. Bd. 13. Baden-Baden. S. 139-153.
- Klages, Helmut* (1993): *Häutungen der Demokratie*. Zürich.
- Klär, Karl-Heinz u.a.* (Hrsg.) (1989): *Sozialstruktur und Einstellungen von Wählern rechtsextremer Parteien*. 3 Bde. Bonn.
- Klönne, Arno* (1989): Aufstand der Modernisierungsoffer. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 34. S. 545-549.
- Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang* (1994): *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*. Opladen.
- Lammert, Norbert* (1974): Die Bedeutung regionaler und nichtregionaler Organisationsstrukturen im Willensbildungsprozeß politischer Parteien auf unterer Organisationsebene, dargestellt am Beispiel eines CDU-Kreises im Ruhrgebiet. Bochum.
- Lange, Astrid* (1993): Was die rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Ziele, Inhalte, Taktik. München.

- Leggewie, Claus (1987): Die Zwerge am rechten Rand - zu den Chancen kleiner neuer Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift Jg. 28 H 4. S. 361-383.
- Leggewie, Claus (1990): Die Republikaner. Ein Phantombild nimmt Gestalt an. Völlig überarbeitete Aufl. Berlin.
- Leggewie, Claus (1993): Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik? München.
- Lehmbruch, Gerhard (1979): Der Januskopf der Ortspartei. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem. In: Helmut Köser (Hrsg.): Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung. Bonn. S. 320-334.
- Lepszy, Norbert (1989): Die Republikaner. Ideologie, Programm, Organisation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21. S. 3-9.
- Lepszy, Norbert/Veen, Hans-Joachim (1992): „Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). Sankt Augustin.
- Lohmar, Ulrich (1963): Innerparteiliche Demokratie. Stuttgart.
- Lohmar, Ulrich (1966): Probleme innerparteilicher Demokratie. In: Gewerkschaftliche Monatshefte H 1. S. 33-40.
- Mayntz, Renate (1959): Parteigruppen in der Großstadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU. Köln/Opladen.
- Meiser, Lüder/Griese, Birgit (1997). Die REPublikaner im Landtag von Baden-Württemberg (1992-1996). In: Christoph Butterwegge u.a. Rechts-Extremisten in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien. Opladen. S. 209-241.
- Metzler, Jens (1991): Die Partei „Die Republikaner“ in den neuen Ländern. In: Klaus-Henning Rosen (Hrsg.): Die Rep. Aspekte einer rechten Partei. Daten - Fakten - Hintergründe. Bonn.
- Michels, Robert (1989): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über oligarchische Tendenzen des Gruppenlebens. 4. Aufl. hrsg. und mit einer Einführung versehen von Frank R. Pfetsch. Stuttgart. (1. Aufl. 1910).
- Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (1992): Zukunftsperspektiven des Parteiensystems. In: Dies. (Hrsg.): Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl. Bonn. S. 485-508.
- Mintzel, Alf/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) (1992): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Möller, Thomas (1981): Die kommunalen Wählergemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. München.
- Möller, Thomas (1994): Die kommunalen Wählervereinigungen in Hessen. In: Dirk Berg-Schlosser/Thomas Noetzel: Parteien und Wahlen in Hessen 1946-1994. Marburg. S. 222-238.
- Naßmacher, Hiltrud (1997): Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik. In: Oscar W. Gabriel u.a.: Parteiendemokratie. Bonn. S. 427-458.
- Niedermayer, Oskar (1989): Innerparteiliche Demokratie. Opladen.
- Niedermayer, Oskar (1989): Innerparteiliche Partizipation. Zur Analyse der Beteiligung von Parteimitgliedern am parteiinternen Willensbildungsprozeß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11. S. 15-25.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1993): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen.
- Pappi, Franz Urban (1989): Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21. S. 37-44.
- Pappi, Franz Urban (1995): Konfliktlinien. In: Dieter Nohlen/Rainer Schulze (Hrsg.): Pipers Wörterbuch Staat und Politik. 2. Aufl. München. S. 340-345.
- Pfeiffer, Ulrich (1997): Eine Partei der Zeitreichen und Immobilien. Folgerungen für eine Strukturreform. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 44. S. 392 ff.
- Raschke, Joachim (1985): Soziale Konflikte und Parteiensysteme in der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 49. S. 21-29.

- Rattinger, Hans* (1993): Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 11. S. 24-35.
- Rippl, Susanne/Schmidt, Peter/Schürhoff, Roland/Seipel, Christian* (1991): Determinanten der Parteisympathie für die Republikaner: Eine regionale Studie. In: *Journal für Sozialforschung* 31,2. S. 147-162.
- Ronneberger, Franz/Walchsdörfer, Jürgen* (1975): Parteien als Kommunikationssysteme. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): *Strukturprobleme des lokalen Parteiensystems*. Bonn. S. 115-160.
- Ronneberger, Franz/Wolz, Dieter* (1974): Lokale Presse und Herrschaft in der Ortsgemeinde. In: *Publizistik* H 19.
- Roth, Dieter* (1989): Sind die Republikaner die fünfte Partei? Sozial- und Meinungsstruktur der Wähler der Reps. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 41-42. S. 10-20.
- Roth, Dieter* (1990): Die Republikaner. Schneller Aufstieg und tiefer Fall einer Protestpartei am rechten Rand. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 37-38. S. 27-39.
- Roth, Dieter* (1992): Sinkende Wahlbeteiligung - eher Normalisierung als Krisensymptom. In: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.): *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie*. Köln. S. 58-68.
- Roth, Reinhold/Wiesendahl, Elmar* (1986): Das Handlungs- und Orientierungssystem politischer Parteien. Forschungsgruppe Parteiendemokratie, Analysen und Berichte. Nr. 17. Bonn. S. 60-66.
- Rowold, Manfred/Immerfall, Stefan* (1992): Im Schatten der Macht. Nicht etablierte Kleinparteien. In: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn. S. 362-420.
- Rüdiger, Vera* (1966): *Die kommunalen Wählervereinigungen in Hessen*. Meisenheim am Glan.
- Sarcinelli, Ulrich* (1987): Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur. In: Ders. (Hrsg.): *Politikvermittlung - Beiträge zur politischen Kommunikationsstruktur*. Bonn. S. 19-45.
- Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.) (1990): *Demokratische Streitkultur*. Bonn.
- Sarcinelli, Ulrich* (Hrsg.) (1998): Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie? In: Ders. (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn. S. 273-296.
- Schacht Konrad* (1992). *Der Rechtsextremismus hat eine Zukunft*. In: *Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*. H 2.
- Schelenz, Bernhard* (1992). *Der politische Sprachgebrauch der „Republikaner“*. Frankfurt/M.
- Scheuch Erwin K./Klingemann, Hans Dieter* (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Nr. 12. S. 11-29.
- Schmidt Matthias* (1997). *Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag*. Münster.
- Schwangerl, Joachim* (1993): *Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden*. Frankfurt/M.
- Siewert, Hans-Jörg* (1979): *Lokale Elitensysteme*. Königstein/Taunus.
- Simon, Klaus* (1983): Lokale Vereine - Schule der Demokratie? Zum Einfluß lokaler Freizeitvereinigungen auf politische Beteiligung der Bürger in der Gemeinde. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie*. München. S. 241-269.
- Steffani, Winfried* (1988): Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 19. S. 549-560.
- Stöss, Richard* (1989): *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik*. Opladen.
- Stöss, Richard* (1990): *Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist*. Köln.
- Stöss, Richard* (1990): Parteienkritik und Parteienverdrossenheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 21. S. 15-24.

- Veen, Hans-Joachim (1989): „Programm“ und „Wähler“ der Reps. Etablierung noch offen. In: Eichholzbrief 4. S. 62 ff.
- Veen, Hans-Joachim/Lepszy, Norbert/Mnich, Peter (1992): Die Rep-Partei zu Beginn der 90er Jahre. Programm, Propaganda, Organisation, Wähler- und Sympathisantenstrukturen. Interne Studien der Konrad Adenauer Stiftung Nr. 14/1991-1992. Sankt Augustin.
- Wiesendahl, Elmar (1980): Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung. Opladen.
- Wiesendahl, Elmar (1989): Partientypologie. In: Dieter Nohlen. Pipers Wörterbuch zur Politik. Bd. 1: Politikwissenschaft. Neuausgabe. München. S. 675-677.
- Wiesendahl, Elmar (1994): Verwirklichung und Verschluß der Mitte. Zum Umgang des etablierten Politikbetriebs mit der rechtsextremen Herausforderung. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktion auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt/M.
- Wiesendahl, Elmar (1997): Noch Zukunft für die Mitgliederpartei? In: Ansgar Klein/Rainer Bruns-Schmalz (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn. S. 349-381.
- Woyke, Wichard (1994): Stichwort: Wahlen. 8. Aufl. Bonn.

4. Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
B.	Band
Bd(e).	Band, Bände
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BTW	Bundestagswahl
B.W.	Birgit Wedhorn
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christliche Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders.	derselbe
Dies.	dieselbe(n)
Dr.	Doktor
DVU	Deutsche Volksunion
ex-	ehemaliger
EW	Europawahl
f./ ff.	der, die, das Folgende
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
FWG	Freie Wählergemeinschaft
GG	Grundgesetz
H.	Heft
Hrsg.	Herausgeber
ibid.	ebenda
insbs.	insbesondere
Jb.	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
Kap.	Kapitel
Loc.cit.	an zitierter Stelle

LTW	Landtagswahl
KW	Kommunalwahl
M.A.	Magister Artrium
MAZ	Mittelhessische Anzeigen Zeitung
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
o.D.	ohne Datum
o.g.	oben genannt
op.cit.	am angegebenen Ort
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
RBF	Republikanischer Bund der Frauen
REP	Republikaner
RHV	Republikanischer Hochschulverband
S.	Seite
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
stellv.	stellvertretend(e/er)
Tab.	Tabelle
u.	und
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
uvm.	unter vielen mehr
Vgl.	Vergleich
z.B.	zum Beispiel